

# Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für  
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Walter Dirks †

Günter Grass

Johannes Rau

Carola Stern

Hans-Jochen Vogel

# Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Ulrike Ackermann

Norbert Seitz

(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler

Jürgen Burckhardt

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reinhard Höppner

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Ferdinand W. Menne

Thomas Meyer

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Richard Schröder

Wolfgang Thierse

**2**<sup>1992</sup>  
39. Jahrgang

# Inhalt

99 Editorial

## Aktuelles

- 101 FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES  
Miterrand und Maastricht
- 107 ALEXANDER DUKA  
Das neue politische Spektrum  
in Rußland
- 110 WOLFGANG SCHROEDER  
Motor und Bremse der  
deutschen Einheit
- 114 THOMAS MEYER  
Vision, Illusion  
und Realismus

## Thema:

### Die Wiederbesichtigung eines Krieges

- 116 NORMAN BIRNBAUM  
Die wankende Supermacht
- 125 THOMAS KRAPF  
Israels ungewisse Zukunft
- 136 MOHAMED RABIE  
Die Palästinenser und  
der Friedensprozeß
- 142 AHMAD TAHERI  
Kriegsgewinnler Iran
- 145 BASSAM TIBI  
Keine Demokratisierung  
im Nahen Osten
- 150 MICHAEL MÜLLER  
Der Pate in der Nahostpolitik
- 156 DETLEV CLAUSSEN  
Krieg der Wörter

## Kontrovers

- 162 HERMANN SCHWENGEL  
Freunde und Feinde

## Kultur und Geschichte

- 169 GESPRÄCH MIT  
GÜNTER DE BRUYN  
Die mystische DDR-Identität  
ist viel gefährlicher als die Stasi-  
Verbrechen
- 174 OSKAR LAFONTAINE  
Ein Lob der Anpassung
- 177 MARTIN LINDNER  
Weimarer Profile:  
Die verschollene Generation (II)
- 182 HERBERT JÄGER  
Gehorsam oder Initiative?

## Kritik

- 184 ULLI STARK  
Antipazifistische Querschläger
- 186 JUDITH KLEIN  
»Hervorragende Bildung und  
männliche Thatkraft«
- 188 IRING FETSCHER  
Zwei Tyrannen des  
20. Jahrhunderts
- 192 Zu den Autorinnen und Autoren
- 192 Impressum

Titelfoto: General Schwarzkopf in Kuwait,  
AP/Photo-Army 1991

Dieser Ausgabe liegt das Jahresinhaltsverzeich-  
nis 1991 bei.

## Editorial

Ist es möglich«, fragt unser alter Autor *Norman Birnbaum*, Professor an der Georgetown Universität in Washington, »daß Präsident Bush wirklich geglaubt hat, was er über den Golfkrieg sagte?« Seine Antwort lautet: »Es ist möglich, aber in zunehmender Weise läßt sich der Krieg weniger mit dem Auftakt einer Entwicklung zu einer Neuen Weltordnung, sondern mit den Zuckungen eines im Verfall befindlichen Weltreiches gleichsetzen.« So ähnlich haben wir das schon vor einem Jahr gesagt, als der Golfkrieg gerade abließ und die intellektuelle Szene in Deutschland sich zwischen Bellizismus und Pazifismus polarisierte. Wir hatten mit unserer Skepsis gegenüber der Idee, daß der Golfkrieg die erste große Polizeiaktion einer universalistisch orientierten Weltregierung namens UNO sein könnte, wenig Erfolg. Heute wiederum verschafft es einem kein Hochgefühl, wenn man den Eindruck bekommt, damals eher recht gehabt zu haben.

Die UNO jedenfalls macht derzeit nicht den Eindruck, als ob sie sonderlich reformfähig wäre; die Entscheidung des Sicherheitsrates, die den Eingriff am Golf sanktionierte, entsprang wohl eher einer einmaligen Situation. Die Fähigkeit zu übernationalen Staatsbildungs- und Organisationsprozessen nimmt – die Regierungskonferenzen in Maastricht waren dafür ein sprechendes Exempel – eher ab als zu. Und im Nahen Osten herrscht grausame Routine. Saddam Hussein bleibt – mit Billigung der USA – der Herrscher des Irak. Die Kurden im Norden des Landes und die Schiiten im Süden wurden in eine furchtbare Falle gelockt. Die israelische Politik hat durch den Krieg nichts, aber auch gar nichts gewonnen, die Palästinenser wurden in eine lebensbedrohende Krise gedrückt, aus der sie sich erst auf der Madrider Konferenz halb und halb befreien konnten, und in Kuwait herrscht wie eh und je der El-Sabah-Clan; von Demokratie keine Rede. Und dafür 125 000 Tote und ein paar Hunderttausende Vertriebene? Wie war es möglich, daß ausgerechnet deutsche Intellektuelle, darunter bedeutende Figuren wie Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger, diesen Krieg rechtfertigten?

Es mag mit der deutschen Tradition abstrakten Denkens zu tun haben. Theoretisch verlangt der Zerfall der amerikanisch-sowjetischen Doppelhegemonie und die daraus folgende Diffusion der Macht nach einer universalistisch agierenden Interventionsarmee. Gleich-

zeitig war die Antwort der Friedensbewegung auf den Golfkrieg wenig überzeugend. Prinzipieller Pazifismus läßt sich in einer Welt von nationalistischen Kleinkriegen immer weniger rechtfertigen; der Slogan *Kein Blut für Öl* war Ausdruck einer ärmlichen Analyse. Warum das aber alles dazu führen mußte, eine pragmatische, sozusagen *klassische* Güterabwägung zu unterlassen und sich in den Vergleich von Saddam Hussein mit Adolf Hitler zu versteigen, bleibt unerfindlich. Für Deutschland sind die Folgen dieser Debatte – aus der Vogelperspektive gesehen – erträglich: eine gesplante Linke, eine gestärkte Rechte. Für die betroffene Region aber sind sie katastrophal: Die Nutznießer des Krieges sind die fragwürdigen Regime in Syrien und im Iran. Der islamische Fundamentalismus wurde gestärkt, nicht geschwächt. Noch mag man hoffen, daß die Madrider Friedenskonferenz zu einer tragfähigen Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes führt. Reden wir darüber, wenn erneut ein Jahr verflossen ist. Unsere Hypothese lautet: Diese Hoffnung steht auf tönernen Füßen.

bleibt die Frage, ob die Golfkriegsdiskussion – die *Detlev Claussen* in diesem Heft bitter und spitz rekapituliert – wenigstens für die Debatte um die europäische Sicherheitspolitik irgend etwas erbracht hat. Der Berliner Soziologe *Hermann Schwengel* analysiert dieses Problem in seinem Essay *Freunde und Feinde*. Einer der Kernsätze lautet: »Eine kritische politische Klasse, die die – uneingeschränkte – europäische Option in der Verteidigung ausschließt, zugleich die europäischen Völker der Sowjetunion nach Europa einlädt und im Inneren nichts als ihre symbolische Liebe zur multikulturellen Gemeinschaft anzubieten hat, soll sich zum Teufel scheren.« Der Mann hat recht. Übrigens: Auch die SPD darf die Aufgabe, sich in Verteidigungsfragen an die Realität heranzuroben, nicht allein Oskar Lafontaine überlassen. Dessen Idee, die NATO müsse Verteidigungsgarantien für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion übernehmen, ist zuerst einmal nur ein Wischer. Aber wer sich klarmacht, daß die Amerikaner höchst freiwillig immer mehr Truppen aus Europa abziehen und daß die KSZE (leider) ein ziemlich unhandlicher, machtloser Völkerbund bleibt, wird demnächst an ein paar unangenehme Entscheidungen nicht vorbeikommen. Die Alternativen heißen NATO, europäische Verteidigungsidentität oder Abseits. Aber das ist ein weites Feld.

Peter Glotz



Foto: dpa

## Aktuelles

FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES

### Mitterrand und Maastricht

Als François Mitterrand am 10. Mai 1981 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, waren die innenpolitischen Zielsetzungen des neuen Präsidenten und seiner Sozialistischen Partei mehr oder minder bekannt. Die große Unbekannte war jedoch das Feld der Außenpolitik. Wenngleich mit Akzentenverlagerung – vor allem in der Amtszeit Valerie Giscard d'Estaings, des Amtsvorgängers – hatten die beiden bürgerlichen Nachfolger de Gaulles die Kontinuität in den von de Gaulle gesetzten Grundorientierungen der französischen Außen- und insbesondere Europapolitik bewahrt. Nach dem Scheitern der gaullistischen Umgestaltungs visionen hatte sich die französische Europapolitik durchaus mit dem europäischen *Status quo* arrangiert, dessen Annehmlichkeiten Paris nach und nach zu schätzen gelernt hatte. Denn die Teilung Europas und Deutschlands verlieh Frankreich, das sich durch das Erlangen der Nuklearfähigkeit als ebenbürtiger Gesprächspartner der Sowjetunion herausprofilieren konnte, eine herausragende Rolle im westlichen Teil Europas. Durch die Sonderrolle im Bündnis geschickt unterstützt, erlaubte ihm der Nuklearstatus, Führungsambitionen in der sich herausbildenden westeuropäischen Staatengemeinschaft zu hegen. Seit de Gaulle hatte die UdSSR in der französischen Europapolitik die Funktion eines Garanten des *Status Quo* gespielt, während Paris trotz seiner bündnispolitischen Eskapaden schließlich für seine Sicherheit auf die amerikanische Garantie für den deutschen Staat vertraute.

#### Heillosen Taktieren

Zwar hatte die neue Sozialistische Partei rechtzeitig ihre aus früherer antimilitaristischer Tradition geerbte anti-nukleare Haltung abgelegt – und sich damit vor dem Hintergrund des zum Glaubenssatz des gaullistischen Staates erhobenen *Nuklearkonsenses* zur höheren Weihe legitimiert. Doch wenn das Bekenntnis zur *Force de Frappe* zweifelsohne die Voraussetzung zur Legitimität im von de Gaulle begründeten Staatswesen darstellte, wurden Mitterrand auch *atlantische* Sympathien nachgesagt. Für de Gaulle war die deutsche Frage, die er die *europäische Frage par excellence* nannte, das

zentrale Anliegen seiner Europapolitik. Seine europapolitischen Entwürfe waren stets um sie herumgestaltet. Er hatte seine ursprünglichen, in der unmittelbaren Nachkriegszeit formulierten Zerstückelungspläne des deutschen Staates zugunsten einer realistischeren Politik der Anbindung des ohnehin amputierten deutschen Staates an Frankreich aufgegeben. In seiner Ablehnung jeglicher supranationalen Staatenorganisationsform verzichtete auch de Gaulle auf die seit den 50er Jahren von Frankreich verfolgte Deutschlandpolitik der *Kontrolle durch (europäische) Integration* und vertraute darauf, den westdeutschen Staat durch ein Netz von bilateralen Abmachungen an Frankreich zu binden, dem durch die Unabhängigkeitspolitik und den nuklearen Status die Führungsrolle im Gespann quasi selbstverständlich zufiel. Von Mitterrand war nur bekannt, daß er die deutsche Teilung als die logische Konsequenz des Zweiten Weltkrieges ansah. Ob er aber in der Deutschland- und Europapolitik in die Fußstapfen des Gaullismus treten, ob er eine neue Annäherung an die USA anstreben würde, waren offene Fragen.

Die Wende kam zunächst da, wo sie niemand erwartet hatte. Mitterrand, der sein Amt antrat, als die Nachrüstungsdebatte das Bündnis erschütterte und die Befürchtung vor vermeintlichen *Abdriftenden* in Frankreich erneut belebten, verzichtete auf die eingespielte Tradition der Erhaltung des *Status quo* durch das Einvernehmen mit Moskau und setzte stattdessen auf die Konsolidierung Westeuropas und ein stärkeres französisches Engagement in Europa. Ziel war eine verstärkte Anbindung der Bundesrepublik an die westliche Gemeinschaft und an Frankreich. Zwar hatte der deutsch-französische Vertrag des Jahres 1963 die Zusammenarbeit auf vielen Gebieten angekurbelt. Im Lichte der Nachrüstungsdebatte aber glaubte Mitterrand, die Bundesrepublik nur durch ein französisches militärisches Engagement in Mitteleuropa wirklich anbinden zu können. Doch glich das besagte verstärkte Engagement vor dem Hintergrund der Sonderstellung Frankreichs im Bündnis der Quadratur des Kreises. Abgesehen von der grundsätzlichen Inkompatibilität zwischen der auf Eigenständigkeit eingeschwore-

nen französischen Strategie und der NATO-Strategie blieb Paris im einzigen Punkt, der Bonn wirklich interessierte, d. h. der Frage nach einer französischen Zusatzgarantie, so vage, daß der Berg schließlich nur eine Maus gebar: die possierliche *gemeinsame Brigade* und den gemeinsamen Verteidigungsrat, der sich eher im Bereich der Ornamentalistik ansiedeln läßt.

Der von M. Gorbatschow initiierte neue Kurs in der Sowjetunion, der zunächst zum INF-Vertrag zwischen den Weltmächten führte und dann die Sowjetunion dazu brachte, die osteuropäischen Länder in die Freiheit zu entlassen, änderte grundsätzlich die Prämissen der europäischen Nachkriegsordnung. Paris hatte sich gemeinsam mit London gegen den INF-Vertrag gestemmt. Es wollte einem Bedeutungsverlust der Kernwaffen, die seine Führungsansprüche in Westeuropa legitimierten und darüber hinaus als Instrument der Mitgestaltungsfähigkeit in Europa fungierten, nicht zustimmen. Zudem fürchtete nicht nur der national gesinnte SP-Flügel um J.-P. Chevènement, daß sich im Zeichen von Abrüstung die deutsche Frage stellt, da aus französischer Sicht die als Träger der Wiedervereinigung mißverständene Ostpolitik stets aus dem Einvernehmen der Weltmächte profitiert hatte. Die sich dann überstürzenden Umwälzungen in Osteuropa veranlaßten Mitterrand, einerseits die als Einbindungselement fungierende europäische Konstruktion wieder zu aktivieren, andererseits nichts zu unterlassen, um den sich anbahnenden deutschen Einigungsprozeß zu bremsen. Von der tentativen Aufwertung der DDR in letzter Minute bis hin zum fehlgeschlagenen Versuch einer Wiederbelebung des französisch-sowjetischen *cordon sanitaire* geriet die französische Europapolitik in Kurzatmigkeit. Mitterrand sah nicht anders als de Gaulle im Zusammenbruch der Nachkriegsordnung den Verlust der weltpolitischen Voraussetzungen für Frankreichs Großmachtstellung. Andererseits versuchte er, anders als de Gaulle, der stets seine politischen Zielsetzungen in mitreißenden Visionen zu verhüllen wußte, das aufziehende Unheil mit jenem heillosen Taktieren abzuwenden, das den Eindruck vermittelte, er liefe hinter den Ereignissen her; außerdem vermochte es auch die deutsch-französischen Beziehungen nachhaltig zu trüben.

Ende 1989, als die französische Diplomatie kurz nach dem Fall der Mauer auf die Fortsetzung der deutschen Zweistaatlichkeit und das Fortbestehen der DDR in einer demokratischen Form setzte, schlug Mitterrand eine (gesamt-)europäische Konföderation vor. Die föderative Anbindung Osteuropas (mit oder ohne Sowjetunion) an eine sich weiter vertiefende Europä-

ische Gemeinschaft sollte ermöglichen, die deutsche Problematik einzuklammern und unter Kontrolle zu halten, sowie die Präsenz Frankreichs in Mitteleuropa zu sichern. Doch ließen die Ergebnisse der DDR-Wahlen im März 1990 und die Terminierung für die Einheit das ohnehin nebulöse Konzept, das trotz eines erneuten Vorschlags in Moskau Mitte 1990 konturen- und substanzlos blieb, in Vergessenheit geraten. Eine Osterweiterung der EG wollte Mitterrand ohnehin nicht, da er ein deutsches Übergewicht in Mittel- und Osteuropa fürchtete, und als künftige europäische Friedensordnung, wie der Staatspräsident sein Konföderationsprojekt ebenfalls gepriesen hatte, war dieses gegenüber der KSZE nicht konkurrenzfähig. Nach der deutschen Einigung und dem damit vollendeten Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung überkamen Paris erneut Befürchtungen, ein aufgrund seiner wirtschaftlichen Kapazität vorhersehbarer Aufstieg Deutschlands zur politischen Führungsmacht in Europa würde Frankreich marginalisieren und dazu zwingen, von seinen jahrzehntelang gehegten Ambitionen Abschied zu nehmen.

Die euphorische Stimmung, die die Umwälzungen in Osteuropa begleitete, ließ Hoffnungen auf eine europäische Ordnung aufkeimen, in der die Kapazität zur wirtschaftlichen Kooperation, zur Investitionstätigkeit und zum Wiederaufbau der mittel- und osteuropäischen Staaten auf dem Weg zur Demokratie die neuen Attribute der regionalen Dominanz darzustellen schienen. Frankreichs Führungsansprüche in Westeuropa gründeten aber ausschließlich auf militärischer Kapazität und Nuklearfähigkeit. Überdies fürchtete Paris, das erst unter amerikanischem Druck der deutschen Einheit zugestimmt hatte, daß Washington seinen Einfluß auf dem Kontinent durch eine *special relationship* mit einem zur regionalen Vormacht avancierten Deutschland zu festigen versucht. Nicht zuletzt in der KSZE glaubte Paris das Instrument dieses Vorhabens zu erkennen, was die französische Zurückhaltung gegenüber einer weitgehenden Institutionalisierung der KSZE erklärt.

François Mitterrand setzte deshalb nach wie vor auf den weiteren Aufbau der westeuropäischen Gemeinschaft, in welcher er auch einen Wall gegen die amerikanische Einflußnahme auf Europa sieht. Mit der EG-Konstruktion verfolgte er auch nun weniger das Ziel, Deutschland im Westen zu verankern, als das von Marginalisierung bedrohte Frankreich an Deutschland zu binden und durch die Reaktivierung des deutsch-französischen Gespanns wieder an Führungsambitionen anzuknüpfen.

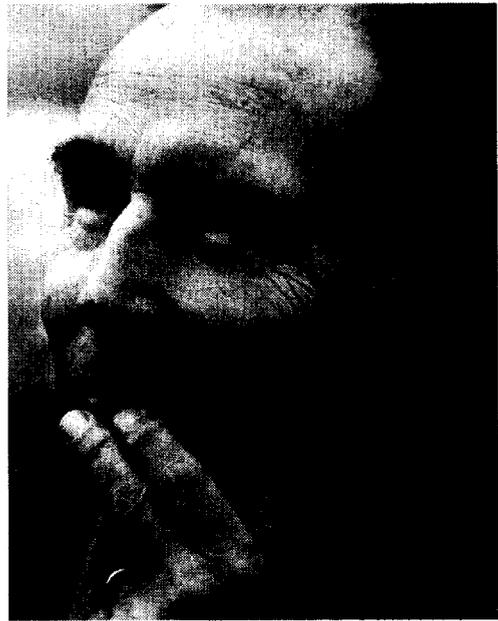
## Bodengewinn im Golfkrieg

Der Golfkrieg verstärkte indes unerwartet die französische Position in Europa. Er zerstreute die französische Befürchtung eines rapiden Aufstiegs Deutschlands zur regionalen Führungsmacht mit womöglich außereuropäischen Ambitionen. Er unterstrich Frankreichs Status als ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates – und damit auch den Unterschied zu Deutschland, was Außenminister Dumas mit seiner barschen Zurückweisung der Forderung Willy Brandts nach einem deutschen Sitz im Sicherheitsrat deutlich machte. Irgendwie kompensierte der Golfkrieg auf unerwartete Weise den Bedeutungsverlust der Nuklearfähigkeit in Europa, wenn auch Frankreich dank einer zumindest symbolischen (11 000 Mann) militärischen Teilnahme erneut die militärische Interventionsfähigkeit als Attribut eines Großmachtstatus hervorkehren konnte.

Die Entscheidung zur Teilnahme am Golfkrieg hatte zwar die innenpolitischen Dissenzen – auch innerhalb der Sozialistischen Partei – zugespitzt. Sie hatte die Befürworter jener sog. *Südschiene* verprellt, die nicht zuletzt angesichts eines drohenden deutschen Übergewichts in Mitteleuropa Frankreich in die Führungsrolle der Mittelmeer-Anrainer versetzen möchten. Sie hatte auch jene Gaullisten und Sozialisten um Verteidigungsminister Chevènement brüskiert, die weder bereit waren, den amerikanischen Oberbefehl am Golf zu akzeptieren, noch die traditionelle gaullistisch-proarabische Politik zu opfern. Doch hatte sich Mitterrand im rasch eskalierenden innenpolitischen und vor allem innerparteilichen Konflikt, der zum Rücktritt Chevènements führen sollte, durchgesetzt.

Zwar hatte der Golfkrieg die schreienden Defizite einer jahrzehntelang der nuklearen Aufrüstung aufgeopferten konventionellen Kapazität schonungslos an den Tag gelegt, doch stand Paris wieder im Kreis der Siegermächte, spekulierte auf amerikanische Enttäuschungen gegenüber Bonn, und konnte angesichts eines mit sich selbst und der Wiedervereinigung zutiefst beschäftigten Deutschlands einen Teil seiner Befürchtungen als weniger akut betrachten. In seiner Rede an die Nation zum Kriegsende erwähnte Mitterrand Europa und die europäische Vereinigung mit keinem Wort.

Das während des Golfkrieges zurückgewonnene Großmachtprofil und die Einschätzung, daß der vermeintliche deutsche Anwärter auf die europäische Vormachtrolle eine Zeitlang aus dem Rennen geworfen sei, beflügelte erneut die französischen Führungsambitionen. Doch Ex-Minister Chevènement denunzierte



Präsident mit Malus: François Mitterrand

Foto: Konrad R. Müller

flugs die »infolge des Krieges beschleunigte psychologische Wiederintegration Frankreichs in die NATO« und warnte: »Die USA brauchen ein Standbein auf dem Kontinent, Frankreich könnte das Spiel mitmachen.«

### Der »zweite Tod des Gaullismus«?

Doch ein *zweiter Tod des Gaullismus* – wie A. Duhamel nach dem Golfkrieg unverzüglich feststellte – und welchen die Gaullisten schon in der Europapolitik Mitterrands vorauszuahnen glaubten, war es beileibe nicht. Vielmehr wandelte Mitterrand in den Fußstapfen de Gaulles und versuchte unter Berufung auf die Kohl-Mitterrand-Initiative von April 1990 und die darin enthaltene Forderung nach einer *gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* sowie die erneute deutsch-französische Initiative von Dezember 1990 und deren Forderung nach einer *europäischen Verteidigungsidentität* die NATO auszubooten, was in ein regelrechtes Tauziehen zwischen Paris und Washington ausartete. Zwar versicherte Paris, die im Rahmen der *europäischen Verteidigungsidentität* neuzubelebende und der EG anzuschließende WEU sei nicht als Konkurrenz zur NATO, sondern als *europäischer Pfeiler* zu begreifen, der »eine paritätische Mitbestimmung der Europäer in der Allianz verwirklichen kann«. Mitterrand hatte wie auch de Gaulle seinerzeit den Fehler ge-

macht, Bonn vor eine Wahl zwischen Paris und Washington zu stellen, und nach dem Besuch Außenminister Genschers in Washington am 10. Mai war der französische Anstoß eigentlich schon gescheitert. Daraufhin verkündete am 29. Mai 1991 die NATO-Frühjahrstagung der Verteidigungsminister die künftige Streitkräftestruktur des Bündnisses und u. a. die Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe. Das Bündnis war schneller gewesen. Außenminister Dumas warnte die USA vor der *Versuchung der Hegemonie* und dem Wunsch, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als »alleinige Supermacht die Welt beherrschen zu wollen«. Auch die Sprache war wieder gaullistisch. Der gegenseitige Argwohn kehrte stärker denn je in die französisch-amerikanischen Beziehungen zurück. Paris sah in den amerikanischen Bemühungen, die Allianz umzustrukturieren, vor allem den Versuch der USA, ihre Vormachtstellung in Europa aufrechtzuerhalten, und dabei jegliche europäische Emanzipationsbestrebung zu unterbinden. Washington wiederum hegte den Verdacht, Frankreich wolle die Kohäsion des Bündnisses mit Hilfe konkurrierender Projekte unterminieren und die USA aus Europa herausdrängen.

Die Fronten waren klar und die Positionen schienen festgefahren zu sein. Doch der immer näher heranrückende Termin für das europäische Gipfeltreffen von Maastricht, dem aufgrund des französischen Widerstands gegen eine Erweiterung der Befugnisse des europäischen Parlaments immer eindringlicher ein Mißerfolg orakelt wurde, sowie eine britisch-italienische Initiative am 4. Dezember zur Stärkung der WEU, die als eine Art *Brücke* zwischen dem NATO- und dem EG-Lager zu erscheinen vermochte (die WEU sollte gleichzeitig dem Bündnis und der EG angebunden werden) brachten die Dinge wieder in Bewegung. Am 14. Oktober erfolgte erneut eine deutsch-französische Initiative mit dem Ziel, die WEU zu einem Organ der europäischen Union zu machen. Die deutsch-französische Brigade, die bisher ein eher bescheidenes Dasein fristete, sollte nun auf Armeekorpsstärke aufgestockt werden und den Kern für eine europäische Armee bilden. Mitterrand hatte aus seinem Fehler des Frühjahrs gelernt und Bonn nicht mehr vor eine quälende Wahl gestellt, da der europäische Pfeiler nun eindeutig *innerhalb* des Bündnisses lokalisiert wurde. Demzufolge fielen auch die NATO-Kommentare zurückhaltender und mäßiger aus als im Frühjahr, wengleich die USA nach wie vor starke Vorbehalte gegen die Umwandlung der WEU zu einem Organ der EG hatten.

Wenn Paris nun auch vorsichtiger als im

Frühjahr seine Figuren auf dem Schachbrett bewegte – Verteidigungsminister Joxe erwähnte sogar eine eventuelle Rückkehr Frankreichs in den Militärausschuß und den Verteidigungsplanungsausschuß (ohne jedoch in die Militärorganisation), was Frankreich mehr Einfluß einräumen würde und das Bündnis mild stimmen sollte – die Tatsache, daß die künftigen Aufgaben dieser WEU-Kräfte sowie ihr Einsatzgebiet eher im Dunkeln blieben, nährte nichtsdestotrotz den Verdacht, daß jener »bewaffnete Arm eines politisch vereinten Europas« wohl dazu bestimmt sein könnte, nach und nach das Bündnis zu ersetzen. Insbesondere könnte eine nicht an die Out-of-Area-Problematik gebundene WEU sich da als Ordnungskraft gerieren, wo die NATO vertragsgemäß nicht tätig werden darf, wo aber die künftigen Konflikte vorwiegend zu erwarten sind. Wenn auch US-Verteidigungsminister Cheney einem WEU-Einsatz außerhalb des NATO-Vertragsgebiets zuzustimmen vermag und lediglich eine Doppelung des Bündnisses im Vertragsgebiet sowie einen der dem Bündnis unterstehenden Kräfte fürchtet und Bonn wiederum betont, die Ausgestaltung des Verhältnisses der WEU zu den osteuropäischen Demokratien würde hinter dem zurückbleiben, was US-Außenminister Baker und Bundesaußenminister Genscher als *Liaison-Konzept* befürworten, würde die WEU tendenziell zu einem viel wirksameren Interventionsinstrument in Gesamteuropa als das an das Vertragsgebiet gebundene Bündnis.

Wenn es sich also erweist, daß die NATO nicht unmittelbar auszubooten ist, so könnte die Schaffung einer nicht nur parallel zum Bündnis, sondern über dessen Aufgaben hinausgehenden Struktur langfristig die westeuropäische Militärkapazität weg vom Sternenbanner hin zur Trikolore bewegen, zumal Frankreich als nicht NATO-integrierte Nuklearmacht, die auch nicht daran denkt, seine Nuklearkapazität in einen europäischen Verbund zu integrieren, eine ohne Zweifel stärkere Position als etwa Großbritannien hätte. Gewiß hat die NATO-Herbsttagung in Rom noch einmal betont, daß die NATO und nicht die WEU *das* entscheidende Gremium für die sicherheitspolitischen Belange aller sechzehn NATO-Staaten bleiben müsse. Gewiß haben sich in Maastricht Frankreich und Deutschland mit ihrer Absicht, die WEU zu einem Organ der europäischen Union zu machen und mit den Aufgaben einer gemeinsamen Verteidigung zu beauftragen, nicht durchsetzen können. Doch kann die europäische Union die WEU »ersuchen«, verteidigungspolitische Entscheidungen auszuführen. Gewiß hat der Maastrichter Gipfel Mehrheitsentscheidungen in der

Verteidigungspolitik nicht zugestimmt. So bleiben die Spekulationen des Pariser FIGARO, wonach der Bundestag künftig dem Kanzler nicht mehr »im europäischen Rahmen« werde verwehren können, was er ihm »im Bündnis mit den USA« verwehrt, nämlich *Out-of-Area-Interventionen*, vielleicht zunächst einmal Zukunftsmusik. Doch geht der Trend in die Richtung, die Präsenz der NATO zwar formal anzuerkennen, sie aber gerade dort, wo die Schwäche des Bündnisses nach der Beendigung des Kalten Kriegs offenkundig liegt, d. h. in seiner Unzuständigkeit für die Regionen, wo die neuartigen Konflikte zu erwarten sind, sowie für diese Art von Konflikten, auszuhöhlen. Ohne Zweifel ist Mitterrand – wenn auch in Maastricht einige Abstriche vorgenommen worden sind – näher an die gaullistischen Ziele herangekommen als de Gaulle jemals selbst.

Wenngleich nach dem Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung Frankreich, das seinen Führungsanspruch in Westeuropa quasi ausschließlich mit seiner Nuklearfähigkeit legitimierte, durch die zunehmende Bedeutungslosigkeit dieser Kapazität im Europa des post-Kalten Kriegs von Marginalisierung bedroht erschien, vermag die Herausbildung einer dem Bündnis übergestülpten und sich von ihm emanzipierenden west-europäischen – und vorwiegend kontinentalen – Verteidigungsgemeinschaft der einzigen kontinentalen Nuklearmacht ihre Führungsambitionen zurückzuerleihen.

## Die Europapolitik

Auch in der Europapolitik ist der *zweite Tod des Gaullismus* weniger flagrant als es den Anschein hat. Vielmehr ist es die Fortsetzung der gaullistischen Ziele mit anderen Mitteln. Zwar hat A. Duhamel recht, wenn er schreibt, »wer könnte die Beschleunigung einer Entwicklung negieren, die viele Gaullisten vor den Kopf stößt?«, weil eben für viele Gaullisten die Mittel genauso heilig wie das Ziel geworden sind. Doch dürfte es auch nachdenklich stimmen, daß die neuen Stars des Gaullismus wie E. Balladur, Wirtschafts- und Finanzminister während der sog. Kohabitationsregierung (1986–1988), durchaus schon zum Überdenken bereit sind. Während de Gaulle, der in vieler Hinsicht den Kategorien des Staatensystems und seiner Gleichgewichtslehre verhaftet war und den supranationalen Elementen mißtraute, den westdeutschen Staat nach dem Scheitern seiner Lösungsversuche der deutschen Frage schließlich doch ein Netz bilateraler Abkommen an Frankreich binden und Frankreichs Führungs-

rolle in Westeuropa durch die Aufrechterhaltung des Status quo im Einvernehmen mit der Sowjetunion sichern wollte, vollzog Mitterrand gleich die Wende: Weil er wiederum der Sowjetunion mißtraute, kam er wieder auf die von de Gaulle verlassene Deutschlandpolitik der IV. Republik zurück. Und diese hieß: Kontrolle durch westeuropäische Integration. Die westeuropäische Gemeinschaft erhielt die Funktion, die zu gaullistischen Zeiten die französisch-sowjetischen Beziehungen hatten, die Rückversicherung gegen Veränderungen in Mitteleuropa. Im Zuge der deutschen Einheit wurde aber die EG zur Rückversicherung gegen eine vermeintliche deutsche Dominanz.

Und da die vermeintliche deutsche Dominanz sich in französischer Sicht vornehmlich in der »D-Mark-Dominanz« (G. Martinet) ausdrücken könnte, wurde von Paris immer eindringlicher die Wirtschafts- und Währungsunion als Prüfstein der deutschen Europagesinnung herausstilisiert. Obwohl kein Zweifel daran besteht, daß es Mitterrand in erster Linie darum ging, dem vermeintlichen Anwärter auf die Führungsrolle den Wettbewerbsvorteil einer Weltwährung zu nehmen, war Bonn bereit einzuwilligen, unter der Bedingung allerdings, daß gleichzeitig substantielle Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union erfolgen. Da Paris nicht, ohne sich im voraus zu desavouieren, den Aufbau der europäischen Integration ablehnen konnte, wurde das Junktim in der Vor-Maastricht-Phase zunächst geduldet.

Doch ist die europäische Hinwendung Mitterrands weit weniger grundsätzlich als die breite Front seiner Widersacher – vom ehemaligen Außenminister de Gaulles, M. Couve de Murville, und viele Gaullisten über die UDF um V. Giscard d'Estaing (welche die politische Union als »leere Nuß« abqualifiziert) bis hin zum ehemaligen Verteidigungsminister und »Golfgeschädigten« J. P. Chevènement und schließlich die allerdings arg geschrumpfte KPF – fürchtet. In der Tat hintertreibt Paris den Ausbau wirklicher demokratischer Strukturen in der westeuropäischen Gemeinschaft so gut es geht. Schon auf dem »Konklave« der EG-Außenminister Mitte November im niederländischen Noordwijk waren die von Deutschland, Italien und Belgien geforderten zusätzlichen Kompetenzen für das Straßburger Parlament – das ohnehin unter erheblichen demokratischen Defiziten leidet –, die darauf zielten, den von den Regierungen benannten EG-Kommissionspräsidenten bestätigen zu lassen und die Kommission als Ganze sowie jeden einzelnen Kommissar entlassen zu können, am Widerstand Frankreichs gescheitert.

Für F. Mitterrand geht es primär um die Zusammenarbeit der nationalen Regierungen auf den Gipfeln sowie im Ministerrat und viel mehr als den Aufbau demokratischer Gesetzgebungsstrukturen und einer demokratischen Kontrolle in der Hand des EG-Parlaments bevorzugt Paris eine starke Kommission – zumindest solange diese durch personelle Verbindungen Frankreich gewogen ist. Doch ist Paris wiederum kaum bereit, die Kommission bei einer gemeinsamen Außenpolitik mitreden zu lassen und will die europäische Politik dem Rat und den nationalen Regierungen überlassen. Und überhaupt begegnet Paris dem von Bonn eindringlich geforderten Föderalismus als Grundlage der politischen Union mit jenem Mißtrauen, das sich aus einem zweihundertjährigen triumphierenden Jakobinismus nährt. »Aufgrund einer Art taktischer Höflichkeit dem Kanzler, den Holländern, den Belgiern und einigen anderen gegenüber hat man mit ihnen gemeinsam dafür gestimmt, daß dieses Wort (*fédérale* Bestimmung Europas – F. M.-S.) in das Vertragswerk von Maastricht übernommen wird« – so schreibt die sonst so linientreue LE MONDE – »aber man war auch gleichzeitig von vorneherein bereit, darauf ohne größere Skrupel zu verzichten. . . . Denn wie könnte dieser Mann (Mitterrand), der sein *domaine réservé* so eifersüchtig hütet, eine gemeinsame europäische Außenpolitik anstreben? Er . . . dem man seine monarchische Konzeption des Staates vorwirft, wie könnte er sich jene Utopie zu eigen machen, welche sich auf die Gründerväter der 50er Jahre beruft und die Nationalstaaten für archaische Überbleibsel hält?« (7. 12. 91)

In der Tat war es bereits vor Maastricht klar, daß F. Mitterrand kaum bereit ist, dem Straßburger Parlament annähernd so viele Befugnisse wie der französischen Nationalversammlung zuzubilligen und die Ergebnisse von Maastricht waren nur insofern überraschend, als der Bundeskanzler schließlich doch das Junktim zwischen Währungsunion und dem Aufbau demokratischer Rechte für das EG-Parlament fallen ließ. Wenngleich der Vorsitzende des Straßburger Parlaments, E. Baron Crespo, der insbesondere für eine über das einfache Vetorecht des Parlaments in einigen Gebieten hinausgehende und ihren Namen verdienende, dem legislativen Organ inhärente Qualität zur Gesetzesinitiative eingetreten war, die Ergebnisse von Maastricht als »schlechten Witz« bezeichnete, prunkte demzufolge LE MONDE mit der Balkenüberschrift »Frankreich hat gesiegt«.

Ebenso gesiegt hatte Paris in dem nach den Umwälzungen in Ostmitteleuropa eingetrete-

nen Wettrennen zwischen *Vertiefung* und *Erweiterung* der europäischen Gemeinschaft, da der europäische Rat keine Stellung zu dem Wunsch Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei nahm, sobald wie möglich Vollmitglieder der EG zu werden. Zwar denunzierte die gaullistische und zentristische Opposition höhnisch die wiederholte Kurzsichtigkeit Mitterrands im deutschen Einigungsprozeß, nach dem Moskauer Putsch sowie gegenüber den mitteleuropäischen Ländern – welche übrigens im Juni in Prag seinem ohnehin substanzlosen Konföderationsprojekt eine Abfuhr erteilt hatten –, doch fürchtet der Staatspräsident gleichzeitig eine Konkurrenz der neuen Demokratien auf dem Agrarsektor sowie die Wiederkehr eines der langlebigsten französischen Gespenste, die Herausbildung eines von Deutschland dominierten *Mitteleuropas*. (Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde das Beitrittsersuchen Österreichs von Paris, so gut es ging, hintertrieben.)

Ein *zweiter Tod des Gaullismus* war also Maastricht auch nicht, eher die Geburt einer monströsen Hybris. Neben der Vergemeinschaftung des Wirtschafts- und Währungssektors, um das größer und mächtiger gewordene Deutschland unter Kontrolle zu halten und an seiner scheinbar unerschöpflichen Wirtschaftskraft teilzuhaben – wozu Paris die EG braucht –, schwebt nach wie vor nach der Fehlgeburt der politischen Union über dem verkrüppelten Straßburger Parlament das Übergewicht der Nationalinteressen und droht, dieses exekutivlastige Gebilde zu einem modernen Leviathan degenerieren zu lassen. Zwar fürchten die Altgaullisten auch schon darin ein zunehmendes Gewicht Deutschlands und lehnen das Prinzip einer mit dem Grundsatz des interventionistischen Staates kollidierenden weisungsunabhängigen europäischen Zentralbank ab, und der Anführer des linken Flügels der PS, J. P. Chevènement, kritisiert den »Mythos einer gemeinsamen Währung«, der »uns seit 10 Jahren das Korsett der Priorität der Inflationsbekämpfung anstelle der Arbeitslosigkeitsbekämpfung aufoktroziert«. Doch hat Mitterrand mit einem Minimum an Zugeständnissen und vor allem einer geschickten Nutzung integrativer Mechanismen auf denjenigen Teilgebieten, wo Frankreich allein das deutsche Übergewicht nicht mehr ausgleichen kann, die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung jener Führungsambitionen wiederhergestellt, die mit dem Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung zu schwinden drohten.

Lange hat Mitterrand versucht, über die sich anbahnenden Umwälzungen in Osteuropa hinaus den Status quo zu retten, und lange hat

er auch versucht, die die Bedeutung der deutschen Wirtschaftskapazität ausgleichende Nuklearfähigkeit zu bewahren. Als die versinkende Nachkriegswelt und ihre Machtattribute doch nicht mehr zu halten waren, sollten die reaktivierten Bindungen der westlichen Staatengemeinschaft helfen, Frankreichs Führungsrolle unter den neuen Prämissen zu sichern. Mehr als im gaullistischen Alleingang, dem ohnehin nach dem Ende des Kalten Kriegs seine zeitwillige Schrittmacherfunktion geraubt wäre, bot die Reaktivierung der WEU, die im französischen Verständnis stets die Funktion eines Bollwerks gegenüber amerikanischen Interessen hatte, und deren Ur-Initiator übrigens in den 60er Jahren de Gaulles langjähriger Verteidigungsminister M. Debré gewesen ist, die Möglichkeit, das um sein Überleben und eine neue Rolle in der veränderten Welt ringende Bündnis auf der Strecke zu lassen. Denn gerade die – im Gegensatz zum Bündnis – schon in Friedenszeiten weder geographisch noch vertragsmäßig eingeschränkte Zuständigkeit der WEU bietet schnelle und weite Interventionsmöglichkeiten, die die NATO bald obsolet und überholt erscheinen lassen können. Zweifels- ohne könnte dadurch die einzige kontinentale westeuropäische Nuklearmacht, Frankreich – zumal neben einem den Alleingang stets fürchtenden Deutschland und einem zögernden Großbritannien –, die neue Führungsrolle in der Außen- und Sicherheitspolitik Westeuropas für sich in Anspruch nehmen.

Auch in dem nach Maastricht besiegelten Ungleichgewicht zwischen einer den nationalen Interessen und Vetos unterliegenden und an ihren demokratischen Defiziten kränkelnden Union einerseits und einer ebennenden Integration allein auf dem Wirtschafts- und Währungssektor andererseits, kann Paris endlich – befreit von der nagenden Angst vor dem vermeintlichen deutschen Anwärter auf die Vormachtrolle – selber wieder Führungsambitionen hegen. Unter veränderten Prämissen ist Mitterrand mit den adäquat eingesetzten Mitteln der europäischen Konstruktion und des Aufbaus eines kaum demokratisch legitimierten Molochs, dessen Entscheidungen, im Halbdunkel der nationalen Interessenkonflikte getroffen, immer weniger nachvollziehbar werden (s. Jugoslawien), eines Tages durch den geschichtsmäßigen Rückschlag des Pendels jene Nationalismen wiederzuerwecken helfen, die Europa für immer austreiben wollte.

ALEXANDER DUKA

## Das neue politische Spektrum in Rußland

Eine Parteienskizze

Die Niederlage der Putschisten im August 1991 beschleunigte der Zerfallsprozeß der politischen Landschaft Rußlands. Ihr Ergebnis war zuerst die Entfernung der zentralen Unionsbehörden aus dem politischen Prozeß durch die russischen Mächte und danach auch ihre offizielle Selbstbeseitigung auf dem Außerordentlichen Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR im September vergangenen Jahres. Damit hörte die gesetzgebende Macht auf zu existieren. In derselben Zeit begannen die Unionsrepubliken ihre Souveränität auszurufen. Die Union begann zu zerfallen. Es ist zu betonen, daß dieser Prozeß nicht nur auf dem politischen, sondern auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet verlief und verläuft: die wirtschaftlichen Beziehungen werden zerstört, und das führt zur weiteren Vertiefung der Krise und der Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung.

Neben dem Zerfall der staatlichen Unionsstrukturen kam es zur Auflösung der halbstaatlichen KPDSU. Sofort nach dem Putsch wurde ihre Tätigkeit wie auch die der KP der RSFSR gestoppt und am 6. November laut Erlaß des Präsidenten der RSFSR beide Parteien aufgelöst. Bis dahin zählte die Partei etwa 7 Millionen Mitglieder.

Aus der alten KP begannen sich neue politische Organisationen herauszubilden. Als organisatorische Grundlage dienten dabei mannigfaltige Fraktionen, die es in der Partei schon vor dem Putsch gab. Außerdem war bei der Schaffung der neuen Parteien das Führungsproblem von großer Bedeutung.

### Stalinistische AKPB, Breschnewistische RKAP

Auf dem extrem linken Flügel der kommunistischen Bewegung entstanden die Allunionskommunistischen Partner der Bolschewiki (AKPB). Ihre Vorläuferin in der KPDSU war die Bolschewistische Plattform. Diese Plattform entwickelte sich ihrerseits auf Initiative der Allunionsgesellschaft *Einheit – für Leninismus und kommunistische Ideale*, eine Organisation, die im Mai 1989 geschaffen worden war. An ihrer Spitze stand Nina Andreewa, deren berühmter Brief in der SOWJETSKAJA ROSSIJA im März 1988, gerichtet gegen die ersten Prozesse im Lande,

zu einer Art Manifest der konservativen Kräfte geworden war.

Der Gründungsparteitag der AKPB fand am 8. November 1991 in Sankt Petersburg statt. Auf dem Parteitag waren Delegierte aus allen Republiken der ehemaligen UdSSR, außer Armenien, vertreten. Zur Generalsekretärin der Partei wurde Nina Andreewa bestimmt. Man betonte die Erbschaft jener Traditionen, die von dem *Chruschtschowistischen XX. Parteitag* der KPDSU unterbrochen worden waren. Das auf dem Parteitag angenommene Statut entsprach dem des einstigen XIX. Parteitages der KPDSU. Im Bereich der *Wirtschaft* orientiert sich die AKPB – wie nicht anders zu erwarten – auf ein hartes zentralistisches administratives Kommandosystem, und auf *politischem* Gebiet – nach wie vor und kaum zu glauben – auf die Diktatur des Proletariats, die Wiederherstellung und Festigung der staatlichen Unionseinheitlichkeit der alten UdSSR.

Etwas gemäßigter als diese unbelehrbaren Stalinisten scheinen die Mitglieder der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei RKAP, einem Zusammenschluß von Anhängern Breschnews. Der Gründungsparteitag der RKAP fand am 23./24. November in Ekaterinburg (dem ehemaligen Swerdlowsk) statt. Die Initiatoren der Gründung der Partei waren aktive Mitglieder der *Bewegung der Kommunistischen Initiative* und der vereinten Front der Werktätigen (VFW).

Die »Vereinte Front der Werktätigen« entstand im Sommer 1989 als Gegner zu den damals aufkommenden demokratischen Bewegungen. Dazu gehörten auch sog. Interbewegungen und Interfronten in den Baltischen Republiken und in Moldawien. Die *Front* sollte programmatisch in die RKAP einbezogen werden. Vorrangige Ziele bildeten die Bewahrung von Sozialismus und alter Union. Führer der RKAP ist General A. Makaschow, der noch im Juni 1991 um den Posten des Präsidenten Rußlands gekämpft hatte.

### Die Partei Jelzins:

#### »Freies Rußland« (VPFR)

Etwas früher (am 16./17. November) fand in Ekaterinburg die Gründungskonferenz des *Bundes der Kommunisten* der RSFSR statt. Die Organisatoren der Konferenz waren Mitglieder des linken Flügels der marxistischen Plattform in der KPDSU. Ihren Ideen nach stehen sie der RKAP nah, für ihre soziale Grundlage aber halten sie nicht nur Arbeiter, sondern auch Angestellte.

Neben diesen altkommunistischen Strömungen innerhalb der KPDSU und der KP der

RSFSR entstanden freilich auch sozialistische Organisationen. Nach dem Verbot der KP begannen sie auch ihre Organisationen zu schaffen. So beabsichtigt der rechte Flügel der »Marxistischen Plattform«, gemeinsam mit der *Sozialistischen Partei* (eine nicht allzu große, im Juni 1990 entstandene Organisation, die sich aber im Moskauer Stadtrat eines bestimmten Einflusses erfreut) eine Arbeitspartei »links-labouristischen« Typs zu schaffen, getragen von erneuerten Gewerkschaften.

Die Sozialistische Partei der SPW sieht als ihre oberste Programmaufgabe den Weg zum Sozialismus über eine strukturelle Vielfalt der Wirtschaft. Die Gründungskonferenz fand am 16. Oktober 1991 statt. Anwesend waren Vertreter aus 68 Regionen Rußlands. Die Anhänger dieser Organisation hatten noch im Rahmen der KPDSU die innerparteiliche und staatliche Politik M. Gorbatschows unterstützt. Ihre Führer sind R. Medwedjew und A. Denisow.

Von allen nach dem Putsch aus der KPDSU hervorgegangenen Parteien ist die Volkspartei »Freies Rußland« (VPFR) die stärkste. Vor ihrem Gründungsparteitag (am 26./27. Oktober) hieß sie noch »Demokratische Partei der Kommunisten Rußlands« und war aus der Fraktion des Russischen Parlaments »Kommunisten für Demokratie« sowie der »Demokratischen Bewegung der Kommunisten« hervorgegangen.

Am Anfang entwickelte sich diese Partei als Bewegung (sozial-)demokratisch orientierter Reformkommunisten, mit Boris Jelzin und A. Ruzkoj – dem Präsidenten und Vizepräsidenten Rußlands – an der Spitze.

Die Widersprüchlichkeit eines solchen Bündnisses (B. Jelzin – A. Ruzkoj und die Russische Regierung – VPFR) trat schon im November zutage, als es klar wurde, daß die Vereinigung der ökonomischen Reformen mit der sozialen Sicherung äußerst kompliziert ist. Und als der Führer der VPFR war A. Ruzkoj gezwungen, die Regierung seines Präsidenten der Kritik zu unterwerfen und von seinem eventuellen Rücktritt vom staatlichen Posten zu sprechen.

### Sozialdemokratische Parteien

85 % der Mitglieder dieser Partei sind ehemalige Kommunisten. Etwa 100 Deputierte Rußlands gehören der parlamentarischen Fraktion »Freies Rußland« an. Zum Ziel hat sich die VPFR die Einheit Rußlands im Rahmen der politischen und ökonomischen Union der souveränen Staaten der heutigen GUS gesetzt. Wichtigster Programmpunkt ist die Einführung der Marktwirtschaft, u. a. eine rasche Privatisierung und Entstaatlichung.

In Rußland existieren noch zwei Parteien mit sozial-demokratischer Orientierung. Die Republikanische Partei der Russischen Föderation (RPR), entstanden im November 1990. Sie ist aus der »Demokratischen Plattform« in der KPDSU hervorgegangen. In dieser Partei sind liberale und konservativ sozial-demokratische Orientierungen sehr stark vertreten. Nur 5 % ihrer Mitglieder unterstützen noch die Idee des humanen demokratischen Sozialismus.

Daneben gibt es noch die Sozial-Demokratische Partei der Russischen Föderation (SDPR). Die ersten sozial-demokratischen Gruppen kamen Mitte 1987 auf. Anfang 1989 vollzog sich der erste ernsthafte Versuch ihrer Vereinigung in der »Sozial-demokratischen Konföderation«. Im Januar 1990 fand in Tallinn der Gründungsparteitag der »Sozial-demokratischen Assoziation« statt. Parteien, Klubs, Organisationen Rußlands, der Ukraine, Belorußlands, Estlands, der mittelasiatischen Republiken, Aserbaidschans wurden Mitglieder. Die Vertreter der russischen Organisationen hatten auf diesem Parteitag auch den Beschluß gefaßt, die Sozial-demokratische Partei der Russischen Föderation (SDPR) zu schaffen; im Mai desselben Jahres fand ihr Gründungsparteitag statt. Die SDPR läßt eigene Fraktionen in der Partei zu. So haben sich die sozial-liberale, die zentristische und die linke sozial-demokratische Fraktion konstituiert.

Die Mehrheit der Mitglieder der SDPR und der RPR treten für die Vereinigung beider Parteien ein, weil ihre Programmpositionen in vielem übereinstimmen. Im russischen Parlament und in vielen örtlichen Räten sind die vereinten Fraktionen aktiv. In manchen Orten (so in Moskau, Sankt Petersburg, Ekaterinburg und anderen Städten) haben die Parteiorganisationen der SDPR und der RPR bereits eine geeinte Leitung, führen auch gemeinsame Aktionen durch, halten aber an der getrennten Mitgliedschaft fest.

Die SDPR und die RPR gehören zu der politischen Bewegung »Demokratisches Rußland«. Nach dem Putsch nahm der Einfluß dieser Bewegung stark zu. Sie entstand im Oktober 1990 und hat in vielen Regionen leitende Machorgane kontrollieren können. Bis zum Dezember 1991 gehörten 10 Parteien und über 20 weitere Kollektivmitglieder zum »Demokratischen Rußland«. 85 % der Mitglieder der Bewegung gehören keiner Organisation an. Insgesamt zählt diese Bewegung etwa 500 000 Mitglieder.

#### Die »Volkseintracht«

Auf dem II. Kongreß der Bewegung am 10. Oktober 1991 verließ der Block der Parteien »Volkseintracht« die Bewegung wegen Meinungsverschiedenheiten in den organisatorischen Fragen und, was bedeutend wichtiger war, wegen unterschiedlicher Vorstellungen

Osseten gegen Georgier: Ossetischer Freiheitskämpfer wird bestattet

Foto: dpa



über den neuen Staatsaufbau Rußlands. Im Unterschied zum »Demokratischen Rußland« hielt es die »Volkseintracht« für notwendig, die Einheit Rußlands zu bewahren, den Austritt der autonomen Republiken nicht zuzulassen, einen politischen Bund der Republiken der ehemaligen UdSSR abzuschließen; außerdem strebt man ein Referendum in überwiegend russisch bevölkerten Gebieten an – mit dem Ziel möglicher Grenzrevisionen.

Die »Volkseintracht« besteht aus drei Parteien: der Demokratischen Partei Rußlands (DPR – einer liberal-konservativen Partei), der Russischen Christlich-Demokratischen Bewegung (RCDB) und der Verfassungs-Demokratischen Partei / der Partei der Volksfreiheit. Am 26. November 1991 haben B. Jelzin und Vertreter der fünf Parteien (VPR, RPR, SDPR, DPR, RCDB) ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet. Entsprechend diesem Protokoll verpflichtet sich Boris Jelzin, Empfehlungen der Parteien bei Ernennungen zu berücksichtigen und den Parteien Gesetzesentwürfe vorzulegen.

## Konservative und rechte Parteien

Mit der Zunahme nationaler Konflikte in der zerfallenden Union im Herbst 1991 nahmen auch die Aktivitäten national-patriotischer Organisationen zu. Bedeutend bis noch vor dem Putsch war zum Beispiel das »Slawische Konzil«. Sein Gründungskongreß fand im Januar 1991 statt. Am Kongreß nahmen zahlreiche patriotische Organisationen teil. Meistens national-bolschewistisch orientierte. Anwesend waren Delegierte der *Einheit*, des Moskauer Parteiklubs (KPDSU) der Kommunisten-Leninisten, der Arbeiternationalen Partei, der Bewegung *Vaterland* u. a. Dazu zählten auch Vertreter der »Polnischen Nationalen Partei«, deren Ziel es war, den Sturz des »verräterischen kosmopolitischen Regimes« in Polen zu betreiben, weil es »durch käufliche Agenten des internationalen Imperialismus und Zionismus organisiert« würde. Im November fand die Sitzung der Duma des Konzils statt, in der die Frage über die Notwendigkeit, die national-territoriale Autonomie der Russen in den Republiken zu erlangen, diskutiert wurde.

Eine eher liberal-konservative Tendenz vertritt in der russischen nationalen Bewegung die »Republikanische Volkspartei Rußlands«. Sie wurde im April 1990 auf der Grundlage der zerfallenen Leningrader Organisation *Pamjat* (Gedächtnis) geschaffen. Ende März 1991 schloß sie sich mit der »Russischen Demokratischen Partei«, die vorwiegend im Ural tätig war, und mit der Russischen Fraktion der »De-

mokratischen Partei Rußlands« (der liberal-konservativen Partei) zusammen.

Wichtigster Programmpunkt ist hier wie da die Einführung der Marktwirtschaft. Die politischen Forderungen lauten: Ein starker unitärer Staat mit nationalen russischen Prioritäten. Viele Programmpunkte sind der Schrift A. Solchenizins »Wie wollen wir Rußland einrichten« entnommen.

Im Herbst 1991 entfalteten sich auch extrem nationalistische Organisationen. Neue Vereinigungen entstanden, die »Soziale Volksbewegung«, die »Soziale Volkspartei«. Gleichzeitig mit dem Aktivismus solcher (nationaler, sozialistisch-populistischer) Bewegungen ist aber auch ein Rückgang der politischen Aktivität in der Bevölkerung zu beobachten. Das äußert sich darin, daß an den Demonstrationen und Meetings viel weniger Menschen als noch vor dem Putsch teilnehmen.

WOLFGANG SCHROEDER

## Motor und Bremse der deutschen Einheit

Der Dresdener Parteitag der CDU

Die CDU hat den staatlichen Einigungsprozeß wie kaum eine andere politische Kraft zu ihrem Erfolg gemacht. Dabei kamen der CDU insbesondere ihre Entscheidungsstärke und die Schwäche der SPD zugute. Nachdem die Einigungseuphorie dem politischen Alltag Platz gemacht hat und das Versprechen von der schnellen Angleichung der ostdeutschen an die westdeutschen Lebensverhältnisse wie eine Seifenblase zerplatzt war, wurde die CDU zum vorrangigen Objekt der Kritik. Sie bekam zu spüren, daß es nicht ausreicht, als Wegweiser zu wirken, ohne mittel- und langfristige Aussagen über die Streckenführung zu machen.

Auf ihrem zweiten Parteitag im Dezember letzten Jahres in Dresden suchte die CDU eine Antwort auf ihre konzeptionellen Defizite zu finden. »Die Einheit leben«, vermittelte sie als Botschaft. Die CDU versteht sich als die Partei der deutschen Einheit, als die gesamtdeutsche Partei schlechthin. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach hat sie die

staatliche Einheit der Nation realisiert, sich voll auf die neue politische Situation eingelassen. Nun will sie auch den weiteren Weg des Zusammenwachsens, d. h. die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Einheit orientieren und garantieren.

Im Gegensatz zum eigenen Selbstverständnis als Garant gesamtdeutscher Wohlfahrt und Sicherheit steht die geringe Attraktivität der CDU in den Medien und bei den Wahlen des Jahres 1991. Der CDU wird zwar die Fähigkeit staatlich verordneter exekutiver Weichenstellungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zugesprochen, zugleich wird ihr aber auch ein ausgesprochener Mangel an gesellschaftlichen und demokratischen Zukunftskonzeptionen attestiert. In diesem Sinne sind es parteiinterne Probleme, die den weiteren Erfolg der CDU bedrohen und nicht die Stärke der Opposition. Zentrale Probleme der CDU sind: der Wegfall alter Feindbilder und Gewissheiten, ein sehr hoher Altersdurchschnitt (51,6 Jahre), ein geringer Frauenmitgliederanteil (25 %), ein seit 1984 anhaltender Mitgliederderrückgang (1984: 738 000 Mitglieder; 1991: 660 000), eine durch langjährige Regierungsarbeit verbrauchte Partei im Westen, ein nur langsam vorankommender Erneuerungsprozeß im Osten, eine spannungsgeladene Beziehung zwischen der Ost- und West-CDU, die überragende Stellung des Kanzlers, die es in der Vergangenheit verhinderte, daß sich neben ihm Personen mit einem eigenen Führungsanspruch behaupten konnten, und schließlich die innovationshemmende Präsenz des selbständigen Mittelstandes in parteiinternen und parlamentarischen Schlüsselpositionen. Drückt sich in der Dominanz des Kanzlers – zuweilen hat man den Eindruck, daß das Schicksal der CDU allein auf seinen Schultern liegt – die exekutive und staatszentrierte Politik der CDU aus, so verkörpert die quantitative Stärke des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere auf den mittleren und unteren Ebenen, die wenig inspirative pragmatische und provinzielle Haltung der CDU.



CDU-Kandidaten, Rostock

Foto: Stefan Moses

Gegen die Gefahr, daß die Partei in Staats- und Wirtschaftspragmatismus erstickt, kämpften vor 1989 eine Reihe von Modernisierern wie zum Beispiel Geißler, Biedenkopf, Süßmuth und Fink. Ihnen gelang es zwar, zukunfts-trächtige Gesellschaftsprojekte (beispielsweise: Neue soziale Frage, Frauenthemen, Ökologie) – gewissermaßen nachholend – in der CDU-Politik zu verankern. Gleichzeitig blieb ihnen gegen Ende der 80er Jahre die Übernahme parteistrategischer Schlüsselpositionen verwehrt. Die Tendenz zur Erstarrung der CDU wurde seit 1989 durch ihre exekutive Führungsrolle im staatlichen Einigungsprozeß kompensiert. Ohne die deutsche Einheit müßte die CDU ihre Erneuerung von der Oppositionsbank aus betreiben. Nun, nachdem die staatliche Einigung erfolgreich vollzogen ist und die gesellschaftliche Einigung erst in den Anfängen steckt, kommen die Defizite und Krisenelemente der Partei verstärkt zum Ausdruck.

Mit dem Dresdener Parteitag versuchte die CDU, eine »ehrliche, kritische Zwischenbilanz des Einigungsprozesses« zu ziehen und eine Antwort auf ihre eigene Krise zu geben. In diesem Lichte sind die Wahl des Veranstaltungs-

ortes und die Fixierung auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und innerparteilichen Probleme des deutschen Einigungsprozesses zu sehen. Berücksichtigt man, daß für die Mehrheit der rund 1 000 Delegierten das Thema *Deutsche Einheit* einen eher randständigen Charakter besitzt, so ist es sicher nicht falsch, davon zu sprechen, daß die Parteispitze die Delegierten geradezu *zwang*, sich mit den Folgen der Nachkriegsordnung und den Hypotheken und Herausforderungen der deutschen Einheit auseinanderzusetzen. Zugleich suchte man, Einigkeit und Zukunftsfähigkeit der CDU nach außen zu demonstrieren und den innerparteilichen Einigungsprozeß zwischen Ost und West sowie die Erneuerung der ostdeutschen Landesverbände zu forcieren.

### Verordnete Auseinandersetzung

Die Vergangenheit der Ost-CDU droht zunehmend stärker zum Schaden der Gesamtpartei zu werden. Denn mit ihrer Hypothek als Blockflöte bietet sie Material für den parteipolitischen Gegner, zudem kann sie so nur schwer eine neue Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung aufbauen. Während die Kader der Blockpartei nach wie vor die Mehrheit der innerparteilichen Schlüsselpositionen und parlamentarischen Mandatspositionen innehaben – von 51 ostdeutschen Bundestagsabgeordneten sind lediglich 13 nach der Wende in die CDU eingetreten –, waren die neu hinzugekommenen Mitglieder bisher nicht in der Lage, das Bild der Partei zu prägen. Durch den Auszug neuer Mitglieder (5 000 der 21 000 Neuzugänge in den fünf neuen Ländern sind bis zum Sommer 1991 bereits wieder aus der Partei ausgetreten) und deren Urteil, daß diese Partei nicht zu erneuern sei, sah sich auch die Bonner Parteizentrale zum Handeln aufgefordert. Als Generalsekretär Rühle im August 1991 offensiv gegen die alten *Blockflöten*-Kader zu Felde zog, folgten auch sogleich personelle Veränderungen in den Landesverbänden.

Auf dem Dresdener Parteitag führte die CDU sogar erstmals ein öffentliches Forum über die Vergangenheit der Ost-CDU und die Kriterien, nach denen öffentliche Ämter besetzt werden sollten, durch. Dabei wurde die ganze Bandbreite der Positionen zur Ost-CDU auf den Tisch gelegt: sie war schlimmer als die SED, sie war ein Instrument der SED, sie war eine Nischenpartei, in der Handlungsspielräume – vor allem auf lokaler Ebene – zugunsten der Bevölkerung verwirklicht werden konnten. In der Debatte wurde immer wieder auf biographische Erfahrungen zurückverwiesen. Dies reichte bis

hin zur kontroversen Diskussion über die Person des thüringischen Ministerpräsidenten Duchac.

Auch wenn dieses Forum im konkreten Sinne zunächst einmal folgenlos blieb und eher als Ventil wirkte, durch das Dampf abgelassen werden konnte und mit dem die Parteiführung öffentlich bewies, daß sie sich der Vergangenheit offen stellt, so war diese Veranstaltung doch mehr als nur ein Entlastungsakt. Es war im besten Sinne ein Beitrag zur Selbstaufklärung, ein Beitrag zum Aufbau einer politischen Kultur in der CDU.

Das erste Charakteristikum dieses Parteitaiges waren aber nicht die Diskussionen über die Vergangenheit der Ost-CDU oder über die aktuellen Probleme des deutschen Einigungsprozesses, sondern die Dominanz von Helmut Kohl, der einen neuerlichen Höhepunkt seiner innerparteilichen Macht genießen konnte. Weit und breit niemand, der relevante, offene Kritik an ihm übte. Während Geißler, Biedenkopf, Süßmuth und Fink in ihren Beiträgen noch durch eigene Akzente zu brillieren wußten, vermittelten die Vertreter der jungen Generation aus Junger Union und RCDS vor allem den Eindruck, daß sie stolz sind, an der Seite des Kanzlers sprechen zu dürfen. Die Dominanz des Kanzlers und ein ausgeprägtes Verlangen nach Einheit führten auch dazu, daß kontroverse Diskussionen über die Pflegeversicherung, das Asyl- und Abtreibungsrecht nahezu unterblieben.

Um die Integration der fünf neuen Landesverbände in die Gesamtpartei auch personell zu unterstreichen und zugleich etwas für die Frauenquote zu tun, ermöglichte die Gunst des Kanzlers zwei jungen ostdeutschen Frauen, der neuen zweiten Vorsitzenden Angela Merkel und dem neuen Parteivorstandsmitglied Christine Lieberknecht, eine in der Geschichte der CDU unvergleichliche Parteikarriere. Mit diesen Personalentscheidungen wurden zwar Kräfte gefördert, die erst nach der Wende den Weg zur CDU gefunden haben, gleichwohl wird damit – eingedenk der Unerfahrenheit der beiden Neuen – einmal mehr die Position Kohls abgesichert.

Ein höherer Frauenanteil, ein geringeres Durchschnittsalter, ein unvergleichbar höherer Anteil an Arbeitnehmern, die Erfahrungen der Wende und eine größere Bereitschaft, sich aktiv für die Partei zu engagieren, lassen die Hoffnung aufkommen, daß von Ostdeutschland auch Impulse zur Veränderung der Gesamtpartei ausgehen können. Aber noch ist der ostdeutsche CDU-Konservatismus eine unberechenbare Größe. Die neuen Landesverbände bieten zwar bereits jetzt Raum für das *Comeback* jener Mo-

dernisierer, denen der Handlungsspielraum im Westen genommen wurde.

## Die CDU und die deutsche Einheit

Die CDU verdankt der Wende in der DDR und der Art, wie sich die Elite um Kohl darauf eingelassen hat, daß sie weiterhin die Regierung stellt. Durch ihre Entscheidungs- und Meinungsführerschaft bei der Herstellung der staatlichen Einheit scheint sich die CDU zugleich auf Gedeih und Verderb mit dem Projekt der deutschen Einheit und damit auch mit allen sozialpolitischen Folgeproblemen verbunden zu haben. Sie muß deshalb zu Mitteln greifen, die sie früher bekämpfte, deren Tauglichkeit für die Steuerung moderner Gesellschaften sie bestritt. Da der Übergang von einer hoffnungslos veralteten DDR-Kommandowirtschaft in eine moderne, soziale und ökologische Marktwirtschaft nicht durch *schöpferische Zerstörung* und das Walten dynamischer Marktkräfte erreicht wird, unterstützt die CDU – wenn auch jeweils mit einer gewissen Verzögerung und gegen starken innerparteilichen Widerstand – jene Elemente sozialstaatlicher Krisenstrategien, die gemeinhin der Sozialdemokratie zugeschrieben werden. In nahezu allen wichtigen sozialpolitischen Fragen bis hin zur Pflegeversicherung steht die Union zur Zeit im Konsens mit der SPD. Da wundert es auch nicht, daß der Bundeswirtschaftsminister bereits von der »Katholischen Sozialdemokratie« spricht.

In dem Maße, wie die faktischen politischen Unterschiede zur SPD erodieren, ist die CDU auf neue Profilierungen angewiesen. In den letzten Monaten hat sie dies leider nur im Bereich der Asylpolitik, und hier in einem negativen Sinne, praktiziert. Verändert hat sich durch den Einigungsprozeß auch das Verhältnis zu Unternehmerverbänden und Gewerkschaften. Während sich das Verhältnis zu den Gewerkschaften entspannte, hat sich die Beziehung zu den Unternehmerverbänden in einem bisher kaum gekannten Maße verschlechtert.

Mit dem *Dresdener Manifest* gibt die CDU eine programmatische Richtung an, mittels derer die soziale Teilung überwunden und die Einheit als Beitrag zur weiteren Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt wird. Diese Richtung hat einen pauschalen und unverbindlichen Charakter. Alle nicht mit dem Aufbau der neuen Länder im Zusammenhang stehenden Ausgaben sollten auf ihre Einschränkungsmöglichkeiten überprüft werden. Notwendig seien *neue Prioritäten* in der staatlichen Ausgabenpolitik und eine Verschiebung der Investitionen von Ost nach West. Wie groß



Foto: Agentur Voller Ernst

die Widerstände gegen solche Prioritätenverschiebungen sind, wurde bereits auf dem Dresdener Parteitag demonstriert. So warnte der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel umgehend davor, daß der Aufbau im Osten nicht zu einem Abschwung im Westen wird.

Während man mit dem *Ja* zur sozialpolitischen und ökologischen Flankierung des deutschen Einigungsprozesses im Konsens mit SPD und Gewerkschaften steht, kommt die programmatische Vision einer durch den Einigungsprozeß modernisierten und deregulierten Bundesrepublik den Positionen der Unternehmerverbände nahe. In der Konzeption der CDU ist Ostdeutschland nämlich nicht nur Empfänger von Transferzahlungen, vielmehr sollen die fünf neuen Bundesländer durch eine forcierte Modernisierung dazu beitragen, daß der Westen unter Druck komme und so ein insgesamt moderneres Deutschland entstehe, das den Standort Deutschland auch unter den veränderten Weltmarktbedingungen wahr.

## Programmatik

Trotz eines pragmatischen Selbstverständnisses und einer ausgeprägten Dominanzstellung des Parteivorsitzenden und wegen des Verschwindens bzw. der Erosion entscheidender

Identitätselemente und Feindbestimmungen wird in der CDU gerade ein neues Programm diskutiert – die Zwischenbilanz wurde in Dresden vorgetragen. Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und die fortschreitende Säkularisierung der Gesellschaft hinterlassen ein Vakuum, das eine neue Integrations- und Feindbestimmung notwendig macht. Die säkularisierende Gesellschaft führt dazu, daß die Klammer des »C« immer brüchiger wird. Mit dem Ende des realen Sozialismus ist auch der Antikommunismus, die zweite große programmatische Klammer der CDU, hinfällig geworden. Zur Zeit hat man den Eindruck, daß weder das »C« noch der Antikommunismus einen ebenbürtigen Nachfolger finden werden, der vergleichbare Integrations- und Abgrenzungswirkung entfalten kann.

Daß die CDU in der exekutiven Ausnahmesituation der deutschen Einheit mit einer Stimme zu sprechen vermochte, hat sie bewiesen. Paradoxerweise wirkte sich dabei ihr Mangel an innerparteilicher Demokratie und an gesellschaftlicher Diskursbereitschaft positiv aus. Doch die Zukunft verlangt mehr: Wir leben derzeit in einer historischen Umbruchsituation, in der Perspektiven und Visionen notwendig sind, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Die CDU hat bisher keine profilierten und glaubwürdigen Zukunftsentwürfe liefern können, sie hat mehr auf Druck reagiert und von anderen vorgeschlagene Konzepte nachvollzogen. In dieser geschichtlich offenen Situation reicht es nicht nur, Geld nach Ostdeutschland zu transferieren, vielmehr sind heute Vorstellungen verlangt, wie die wirtschaftliche und soziale Zukunft solidarisch und gerecht gestaltet werden kann. Will man den zivilisatorischen Grad unserer Gesellschaft nicht preisgeben, ist eine starke aktive Beteiligung der Menschen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gefordert. Der Dresdener Parteitag ist eine Reaktion auf diese Defizite. Bisher hat sich die CDU nicht als eine Partei präsentiert, die selbst Vorreiterin für neue gesellschaftliche Entwicklungen war. Sie hat sie bestenfalls aufgenommen, das aber häufig zum richtigen Zeitpunkt.

THOMAS MEYER

## Vision, Illusion und Realismus

Erhard Eppler wurde 65

Von Eppler können wir, auch wenn es manchem schwerfällt, vor allem etwas über politischen Realismus lernen. Das vorherrschende Verständnis von politischem Realismus sieht die Umrisse des Kraters und plant umsichtig, wie der Aufstieg zu schaffen sei. Es schenkt dem Grollen in der Tiefe kein Gehör, und wenn dann der Ausbruch erfolgt, war alles umsonst, was der Trupp am Berg vollbracht hat – im günstigen Falle. Aber in den langen Zeiten, wo der Berg schweigt, spricht alles für diesen Oberflächenrealismus und wenig für den, der zu anderen Wegen rät oder gar zu neuen Zielen.

Eppler war Realist in einer Zeit des Umbruchs, da das Grollen schon lauter wurde, aber von denen nicht vernommen wurde, die schwitzend und schwer beladen ihre Sinne ganz der schwierigen Wegstrecke verschrieben hatten, die vor ihren Augen lag. Als die Krise der alten Fortschrittspolitik Gestalt und die stille Revolution des gesellschaftlichen Bewußtseins ihre Form gewann, gehörte Eppler am Anfang der 70er Jahre zu den allerersten Sozialdemokraten, die zu einer neuen Politik drängten. Schwärmer, Cassandra, Gesinnungsethiker, Spinner, linker Ayatollah und was sonst noch haben ihn da die Schönwetterrealisten gescholten. Aber nun hat er, wie alle sehen, nicht nur Recht *behalten* mit seiner Vision eines neuen Fortschrittsverständnisses im Einklang mit Natur und menschlichem Maß. Er hat, wie die Programme seiner Partei ganz eindeutig und deren Politik doch immerhin noch in etwa demonstrieren, auch Recht *bekommen*.

Wann hat zuletzt ein einzelner, der er am Anfang der großen Kursänderung der 80er Jahre ja nicht selten war, durch überzeugendes Beharren Selbstverständnis und Weg einer großen Volkspartei so nachdrücklich geprägt, wie Erhard Eppler in den Jahren seit dem Erwachen des neuen Bewußtseins von den Gefahren der linearen Fortschrittsmechanik um 1972 bis zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms der SPD im Dezember 1989?

Nun müssen alle, die heute politische Realisten sein möchten, in einer anderen Arena antreten. Deren Regeln und Disziplinen hat der Außenseiter von gestern vielleicht unterschiedener mitgeprägt als irgendein anderer.

Die Realität, von deren anderer Hälfte die Realpolitiker nichts ahnten, hat die Realisten eingeholt. Ein Lehrstück über das überra-

schende Umkehrverhältnis von visionärem und illusionärem Realismus in der Politik. Eppler wußte, daß zur politischen Wirklichkeit außer dem, was an der Oberfläche zu sehen ist, noch zwei andere Dimensionen unvermeidlich gehören, die sich dem forschenden Zugriff nicht auf Anhieb erschließen: ein Begriff davon, wozu morgen und übermorgen führt, was wir heute in Gang setzen, und ein Gespür für das, was sich in den Herzen und Köpfen der Menschen verändert.

Dieser dreidimensionale Realitätsbegriff war Epplers Konzept in den 70er und 80er Jahren, schon seit dem Zukunftskongreß der IG Metall in Oberhausen 1972 – und nicht eine entrückte Gesinnungsethik, die vor den Folgen ihrer guten Vorsätze die Augen verschließt.

Eppler war es um einen *Realismus der Verantwortung* zu tun. Es waren gerade die Folgen unseres Tuns, was ihn, wie er gern sagte, *umtrieb*. Freilich mußte einer mehr als bloß Realpolitiker sein, um auf sich zu nehmen, was auf diesem Wege durchzustehen war. Etwas von einem Künster, dem das Beharren auf unabweislichen Einsichten im Interesse des Ganzen allemal wichtiger war als die Anerkennung des Tages und die Teilhabe an seinen Segnungen. Dabei war Eppler kein Fundamentalist. Habermas hätte seine helle Freude gehabt, wie nahe der Diskurs in der Grundwertekommission in den anderthalb Jahrzehnten unter Epplers Leitung an einem wahrhaftigen Gespräch gewesen ist und wie weit weg von Taktik, Gängelung, Positionssgehebe und was sonst noch politische Gespräche verdirbt.

Eppler hat, was ihn im Zeitalter der Politiker-Medien-Symbiosen und symbolischen Inszenierung vor allem ehrt, seine Kommissionsämter nicht als Resonanzboden für individuelle Medienstrategien benutzt, sondern sich – manchmal bis an die Grenze zur Selbstverleugnung, manchmal freilich auch bis an die Grenze des für andere Erträglichen – in den kollektiven Beratungen seiner Partei engagiert, weil er deren Fortschrittsverständnis im ganzen verändern wollte und nicht vor allem den eigenen Namen polieren.

Auf seine, protestantische, Art ist er einer der Glücksfälle eines sozialdemokratischen Politikers, der die Ethik programmatischer Verbindlichkeit nicht weniger ernst nimmt als Mehrheit und Macht. In Zeiten schwindender Verbindlichkeit, wo das *design* der Tagesmode den Ausschlag gibt, ist das nicht immer amüsant und manchmal geradezu lästig. Das kann Eppler getrost in Kauf nehmen. Die SPD dürfte diesen Stachel brauchen, auch über die 65 hinaus.

## VERLAG CONSTRUCTIV BERLIN

Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

# CONSTRUCTIV

Heft 11/91

»Juden in Deutschland – damals, heute«  
dazu Beiträge von  
Mario Offenberg (Adass Jisroel Berlin)  
Walter Beltz (Religionswissenschaftler)  
Kurt Pätzold (Historiker)  
Peter Schütt (Schriftsteller)

»Ausländerfeindlichkeit in Deutschland«  
Hans-Jochen Vogel (SPD) im Gespräch

»Aufruhr in Georgien«  
Reisebericht von Ekkehard Maaß

## Heft 12/91

Ich bin ein Ostdeutscher,  
Kurt Biedenkopf im Gespräch  
Vereinigte Staaten von Europa  
Heiner Geißler

Sex und Perestroika  
Viktor Jerofew  
Rußland, ein Rückfall ins 19. Jahrhundert?  
Wjatscheslaw Pjeczuch

Die Zeitschrift

MUSIK IN GESELLSCHAFT ANDERER KÜNSTE

## *motiv* Doppelheft 4/5

MUSIK – RAUM – BEWEGUNG

Günter Mayer: Raum – Zeit – Bewegung  
in Neuzeit und Gegenwart

Helga de la Motte-Haber: Die Gestalt des Klanges

Marco Stroppa: Beherrschung des Raumes

Bernd Köllinger: Glanz und Elend des David Rockeby

Zwischen Anpassung und Protest – Reggae

Gespräch mit Roger Glover: Deep Purple

NEUE MUSIK: »Die Gebeine Dantons«,

Funkoper von Friedrich Schenker und Karl Mickel

FOTOGRAFIE von Gundula Schulze und Rolf Zöllner

Eberhardt Klemm: Zum Selbstverständnis

der zweiten Wiener Schule

Erhältlich am Kiosk und im Buchhandel  
oder über Verlag CONSTRUCTIV Berlin  
Robert-Koch-Platz 10, O-1040 Berlin  
Telefon 2 36 35 34 · Fax (030) 2 11 20 96

## Thema: Die Wiederbesichtigung eines Krieges

NORMAN BIRNBAUM

### Die wankende Supermacht

Es ist erst ein Jahr seit dem Golfkrieg mit seinem unvereinbaren Ausbruch nachempfunderer Staatsbrutalität und zweckmäßiger Heuchelei vergangen. In den Vereinigten Staaten verblaßt die Erinnerung an diesen Krieg. Präsident Bush kann keinen Wahlvorteil daraus ziehen. Saddam Hussein bleibt an der Macht, die irakischen Kurden und Schiiten werden weiterhin unterdrückt, auch wenn der königlichen Familie Kuwaits eine sybaritische Herrlichkeit wiedergegeben wurde. Im gleichen Maße wie die Rezession in Amerika wächst, werden zahlreiche Stimmen laut, die eben jene Rezession dem Golfkrieg und dem damit verbundenen Ölpreisanstieg zuschreiben. Der amerikanische Durchschnittsbürger und die Medien sowie die politische Opposition (so schwach sie auch ist) haben Bush für seine offensichtliche Unfähigkeit, die Wirtschaft zu lenken, und für seine Besessenheit *in puncto* Außenpolitik heftig unter Beschuß genommen. Während ich diese Zeilen niederschreibe, es ist der 30. Dezember 1991, ist der Präsident im Begriff nach Tokio zu reisen. Die Reise war im November in blinder Hast verschoben worden, als die Republikaner Pennsylvaniens einen Senatsitz an einen demokratischen Abgeordneten abgeben mußten, der kundtat, daß dem Präsidenten das Schicksal des Durchschnittsamerikaners gleichgültig sei. Jetzt wurde die Reise mit dem Ziel verbunden, die amerikanische Wirtschaft zu stärken. Der Präsident wird begleitet von einer Gruppe amerikanischer Geschäftsführer einschließlich der Leiter der Automobilbranche, die angesichts der japanischen Konkurrenz ihre Krisensicherheit verloren hat. Ungeachtet dieser Tatsache wird man die Japaner daran erinnern, daß es ihre Pflicht ist, amerikanische Waren zu kaufen. Von einer

*Neuen Weltordnung* spricht niemand mehr. Bush stellt sich selbst als Verkaufs-Chef der Nation dar und die Europäer werden ihn schon bald auf dem Bildschirm sehen können, wie er sie dazu auffordert, harte Devisen in den USA auszugeben.

### Schwache Kriegsausbeute

Trotz dieses grotesk schnellen Richtungswechsels ist es zu simpel, dieses Problem amerikanischer Außenpolitik als ein *Führungsproblem* zu bezeichnen. Abgesehen von der Tatsache, politisch zu überleben, ist sich Bush nach wie vor nicht darüber im klaren, was er wertschätzt. Seine Sprache, reich an Banalitäten und Klischees, zeugt von einem großen Mangel an Reflexion. Dieser Sohn einer privilegierten Familie legt sehr wenig *noblesse oblige* an den Tag. Seine Schwierigkeiten werden indes am besten verstanden, wenn man erkennt, daß sie ihren Ursprung in der Desorientiertheit der außenpolitischen Führung Amerikas insgesamt haben. Die *Demokraten* sind im Grunde genauso verlegen und hilflos wie die *Republikaner* (mit einigen rühmlichen Ausnahmen, wie der Abgeordnete *Gephardt*, Fraktionsvorsitzender der Mehrheitspartei). Die Welt, in der die außenpolitischen Führer beider Parteien aufwuchsen, existiert nicht mehr. Die Erörterung einer neuen Weltordnung unter amerikanischer Führung ist einem weniger sublimen Thema gewichen: Wie kann der amerikanische Lebensstandard vor einem weiteren Verfall bewahrt werden? Im Moment weist die amerikanische Außenpolitik (und die Diskussion über sie) reihenweise Widersprüche und Lücken auf. Bei näherer Betrachtung wird man erkennen, daß sie das Erbe des Kalten Krieges und die Un-

fähigkeit unserer Chefideologen und Führer widerspiegeln, sich entschieden davon freizumachen.

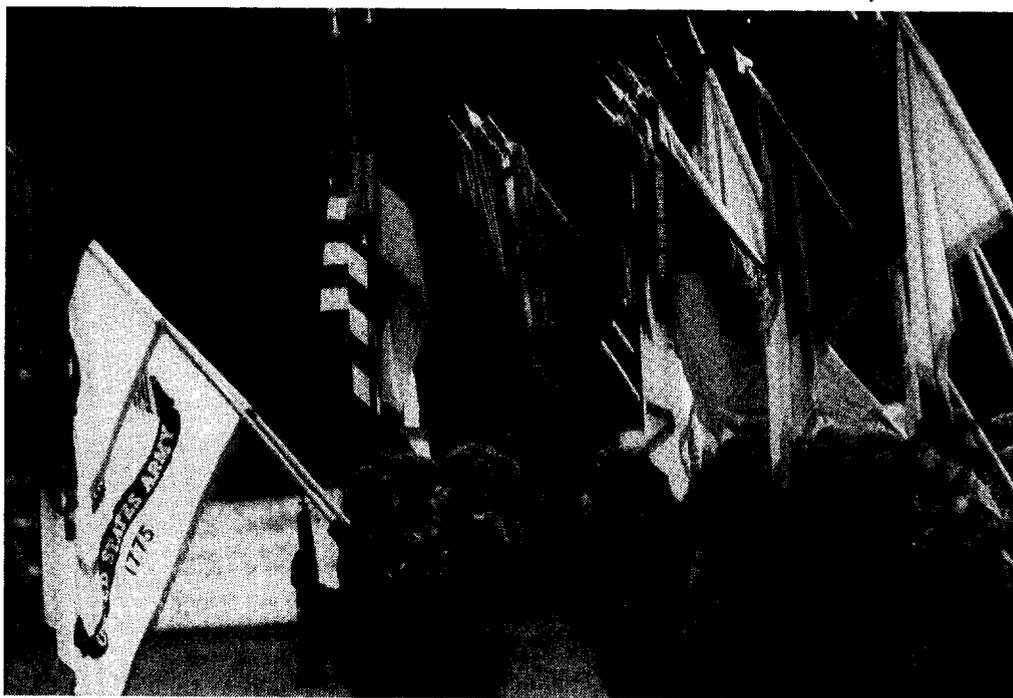
In bezug auf den Mittleren Osten freilich, können Bush und vor allem Außenminister James Baker mit Recht Lob für die Madrider Friedenskonferenz beanspruchen, trotz ihrer bis heute wenig überzeugenden Ergebnisse. Israelis, Palästinenser und die arabischen Staaten haben sich zu einem gemeinsamen, offiziellen Gespräch bereitgefunden. Die Bush-Administration hat es denn auch besser als ihre Vorgängerinnen verstanden, den überzogenen Forderungen der israelischen Lobby zu widerstehen. Israel kann nicht länger mehr von sich behaupten, ein unentbehrlicher militärischer Verbündeter zu sein. Die *Republikaner* sind denn auch der Jüdischen Gemeinde in Amerika zu weitaus weniger Dank verpflichtet als die *Demokraten*. Die israelische Lobby war allerdings zynisch genug, geistesverwandte republikanische Politiker zu unterstützen – und besonders die fundamentalistische christliche Rechte zu umwerben. Unter den ge-

genwärtigen Umständen wurde den Israelis eine Kreditbürgschaft über zehn Millionen Dollar für die Integration neuer Einwanderer verweigert. Bush und Baker übten recht unerbittlich Kritik an Shamirs Weigerung, die israelische Besiedelung in den besetzten Gebieten zum Stillstand zu bringen. Ferner kann man sagen, daß ihre Administration einen schwachen Ölgeruch verströmt. Ihre Mitglieder waren in der texanischen Ölbranche unternehmerisch tätig und ihre Verbindung zu den Saudis ist sehr eng. (Der Staatssekretär für internationale Geldangelegenheiten aus dem Finanzministerium war Leiter der Saudi-schen Finanzierungsgesellschaft.) Es waren diese Verbindungen und nicht all-gemeingültige, internationale Rechts-grundsätze, die die Intervention am Golf erklären.

Es bleibt abzuwarten, ob Bush und Baker das Format haben werden, die Israelis noch stärker unter Druck zu setzen, – oder ob sie, was wahrscheinlicher ist, schwierigen Entscheidungen aus dem Weg zu gehen versuchen, indem sie zwi-

Das 7. US-Korps schickte 50 000 Soldaten an den Golf

Foto: dpa/B. Weissbrod



schen Israel sowie ihren arabischen Vasallen und Gesprächspartnern schwanken.

In bezug auf den Irak hat sich seit dem Ende der Feindseligkeiten mit Ausnahme eines deutlichen Rückgangs der lautstarken Verbalattacken gegen Saddam wenig geändert. Die Regierung hat klipp und klar gesagt, daß sie es vorzieht, Saddam an der Macht zu sehen, als sich mit der Desintegration des irakischen Staates auseinandersetzen zu müssen. Nicht zum ersten Mal in der jüngsten Geschichte hat sie skrupellos die Kurden geopfert (und auch die Unterdrückung der kurdischen Minderheit in der Türkei stillschweigend hingenommen). Freilich haben die Medien, oft gezielt auf Veranlassung von *oben* die Information durchsickern lassen, daß der Sturz Saddams durch eine andere militärische Splittergruppe kurz bevorstehe – aber nichts ist geschehen und wahrscheinlich wird auch nichts geschehen. Von einer Demokratisierung Saudi Arabiens, Kuwaits oder der Scheichtümer am Golf wurde nicht gesprochen. Eine Annäherung an Syrien zeigt, wie wenig Menschenrechtsfragen oder sogar terroristische Aktivitäten ins Gewicht fallen, wenn vermeintliche geopolitische Vorteile auf dem Spiel stehen. Ägypten seine Schulden erlassen zu haben, bedeutet nicht so sehr etwas für die langfristige Stabilität dieses Landes getan, als vielmehr es in noch tiefere Abhängigkeit von Amerika getrieben zu haben. Iran und Syrien wurden plötzlich von der Verantwortung freigesprochen, die ihnen für die Zerstörung des PAN AM-Flugzeugs über Schottland zugeschrieben worden war, und der vertraute Feind Libyen dieser Tat bezichtigt. Trotz der Freilassung von Geiseln scheint nichts unternommen worden zu sein, um die Beziehungen zur Islamischen Republik Iran zu verbessern (ein weiterer Grund für den Waffenstillstand mit Saddam). Der marokkanische König bleibt auch weiterhin ein geschätzter Verbündeter trotz des Versäumnisses, sein Regierungssystem zu demokratisieren. Das Anwachsen des Fundamentalismus in Nordafrika hat – wie sein früheres Er-

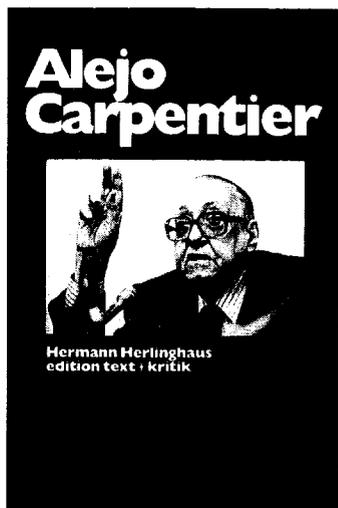
scheinen im Iran – zwar große Besorgnis ausgelöst, aber außer blinder Opposition kein politisches Konzept entstehen lassen. Die Bush-Administration verhält sich im allgemeinen so, als wäre sie in der Konfrontation mit dieser Region auf sich allein gestellt: was die Europäer möglicherweise denken, fällt fast gar nicht ins Gewicht.

Was die immensen irakischen Verluste an Wirtschaftsgütern und Menschenleben sowie den moralischen Preis anbelangt, den Amerika für diesen Krieg zu zahlen hat, so kümmert dies kaum jemanden in den Vereinigten Staaten. Von einer Gesellschaft, die offiziell kein Unrecht in der Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis sieht, kann kaum erwartet werden, daß sie angesichts der Zerstörung Bagdads Reue empfindet. Manche Stimmen wurden laut, die direkt oder indirekt kritisierten, daß Kapital aus dem Golfkrieg geschlagen wurde, indem man Deutschland und Japan (ebenso wie den reichen arabischen Staaten) Geldmittel abpreßte. Kissinger übte weniger aus moralischen als aus politischen Gründen Kritik: er ist der Meinung, daß die USA nur solche Kriege führen sollten, die sie auch für so wichtig halten, daß sie sie selbst bezahlen. Vielleicht wird die CIA in den nächsten Monaten ihre Bemühungen intensivieren, eine Gruppierung im Irak zu finden, die Saddam stürzt – ob mit Erfolg, das kann von keinem vorhergesagt werden. General Powell, Generalstabschef der Streitkräfte, ließ mitteilen, daß er dem militärischen Preis eines derartigen Unternehmens skeptisch gegenüberstehe. Im Augenblick hofft Bush, daß man sich seines Sieges erinnert und das äußerst erbärmliche Nachspiel des Krieges ignoriert.

... zum Beispiel GUS

Das schwerwiegendste Problem des letzten Jahres war natürlich der Zusammenbruch der Sowjetunion. Am 12. Dezember gab Baker in einer Rede an der *Princeton Universität* die amerikanische Verfahrensweise bekannt: sie ist erstaunlicherweise kümmerlich. 100 Millio-

# edition text + kritik Schreiben andernorts:



Hermann Herlinghaus

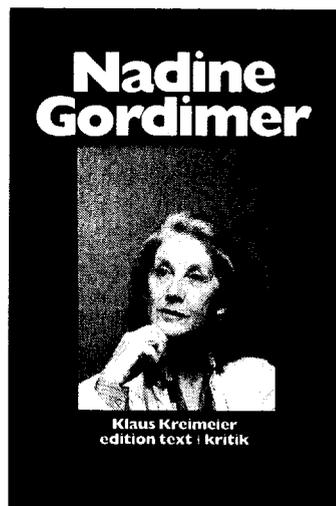
## Alejo Carpentier

188 Seiten, DM 26,50  
ISBN 3-88377-404-9

Der Schriftsteller, Musiker und Kulturhistoriker Alejo Carpentier (1904 – 1980) ist eine der herausragenden Persönlichkeiten der modernen lateinamerikanischen Kultur. In Havanna geboren, Gründungsmitglied der Minoristischen (Avantgarde-) Bewegung in Kuba, im Pariser Exil vertrauter Zeuge surrealistischen Aufbegehrens, Teilnehmer des Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur in Madrid, vor der Rückkehr in das sozialistische Kuba in Venezuela lebend, hat Carpentier »Zentralerfahrungen« der Moderne in die Debatte um eine demokratische Literatur in Lateinamerika eingebracht. In kritischer Auseinandersetzung mit Rationalismus und teleologischer Geschichtsauffassung entwickelte er das Konzept des »Real-Wunderbaren«, das zur bekanntesten Programmatik einer künstleri-

schen Selbstbestimmung Lateinamerikas wurde. Carpentiers Romane, die große Intellektualität und Experimentierfreudigkeit ausstrahlen, gruppieren sich zu einem literarischen Geschichtsfresco der neuen Welt. Wie die anderen Bände der Reihe »Schreiben andernorts« stellt auch dieser den Schriftsteller und sein Werk vor dem politischen, kulturellen und historischen Hintergrund vor.

**Bisher sind erschienen:**



Klaus Kreimeier

## Nadine Gordimer

166 Seiten, DM 26,50  
ISBN 3-88377-390-5

Hartmut Fähndrich

## Nagib Machfus

170 Seiten, DM 26,50  
ISBN 3-88377-389-1

**edition text + kritik GmbH**  
**Levelingstraße 6 a**  
**8000 München 80**

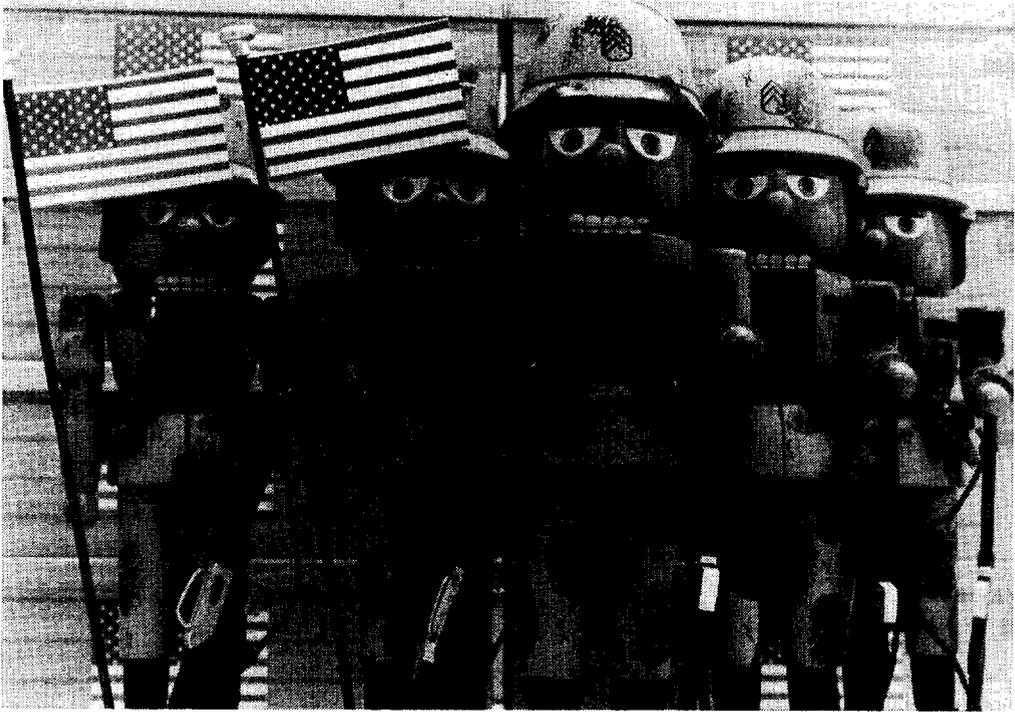
nen Dollar werden aus dem Budget des Weißen Hauses beigesteuert, um die Sowjets zu einer Einwilligung in die Atomwaffenverträge zu bewegen. Baker erwähnte nicht, daß die Initiative zu diesem Schritt aus den Reihen der *Demokraten* des Kongresses kam. Ansonsten wird man den neuen Nationen des sowjetischen Staatenbundes einige hundert Experten schicken und eine Menge kostenloser, wenn auch äußerst unspezifischer Ratschläge zukommen lassen. Lächerlich kleine Lieferungen an Lebensmitteln und Medikamenten aus den Restbeständen des Golfkrieges sind geplant. Ein pompöser Titel wurde von Baker für eine internationale Koordinierungskonferenz vorgeschlagen, die die Aufgabe hat, Hilfe zu organisieren.

Welche Vorstellungen die Amerikaner von ihren Aufgaben haben, läßt sich aus einem früheren Angebot ableiten. Den deutschen Banken wurde gesagt, daß es im allgemeinen Interesse läge, wenn sie den Sowjets Schulden erließen. Daraus läßt sich entnehmen: Unsere eigenen Banken kämpfen gegen den Konkurs an. Dennoch, die einzige, überlebende militärische Supermacht hat dem neuen Staatenbund bis jetzt fast nichts an substantieller Wirtschaftshilfe anzubieten gehabt. Im öffentlichen wie im privaten Sektor findet im Kreis amerikanischer Experten eine heftige Diskussion um die Zukunft der sowjetischen Wirtschaft statt – aber soweit es die Regierung betrifft, scheint dieses Thema keine Dringlichkeit zu haben. Natürlich wird man große Getreidemengen an die GUS verkaufen, da die amerikanische Regierung den landwirtschaftlichen Betrieben die dafür notwendige Finanzierung verschaffen wird, aber das ist kaum etwas Neues. In Sachen Demokratisierung, Menschenrechte und im Grunde auch im Hinblick auf die Atomwaffenkontrolle scheint die amerikanische Regierung zu glauben, daß eine unnachgiebige und gebieterische Haltung eine Einwilligung herbeiführen wird. Es fehlte ihr an historischem Ideenreichtum, neue umfassende Vorschläge zur Atomwaffenkontrolle vorzulegen, die ernsthafte Schritte

in Richtung auf eine globale Nonproliferation bedeutet hätten, und so die neuen Republiken in ein Netzwerk internationaler Verpflichtungen einbinden würden. Was diesen Punkt betrifft, so befassen sich die Vereinigten Staaten weniger mit den Nuklearpotentialen Großbritanniens und Frankreichs als mit dem eines von ihnen abhängigen Landes wie Israel oder eines militärischen Verbündeten (gegenüber einer russischen und möglichen japanischen Gefahr) wie China. Es scheint, daß eine langfristige geopolitische Doktrin die Regierung dazu verleitet hat, das Risiko eines kurzfristigen Chaos in Kauf zu nehmen. In der Zwischenzeit ist den Europäern, Japanern und dem *Internationalen Währungsfonds* die Initiative überlassen – und natürlich dem Lauf der Ereignisse, wie immer der auch geartet sein mag. Einen vagen Hoffnungsschimmer gibt es. Robert Gray, der kürzlich berufene Direktor der CIA, hat vorausgesagt, daß es im neuen Staatenbund (GUS) gewaltige Unruhen geben werde. Da er in seiner langen Karriere als CIA-Beamter gewöhnlich irrte, gibt es vielleicht einen Grund zur Hoffnung.

### . . . Westeuropa

Im Hinblick auf Westeuropa haben die Vereinigten Staaten auch für die Zukunft auf einer Hauptrolle der NATO bestanden, unterließen es aber vorsichtigerweise darzulegen, worin diese im einzelnen bestehen soll. Auf dem römischen NATO-Gipfel im November zeigte Bush ein erhebliches Maß an Verärgerung hinsichtlich einer möglichen autonomen Verteidigung Europas und drohte mit dem Abzug amerikanischer Streitkräfte. Innenpolitische Zwänge werden jedoch sowieso den Abzug eines großen Truppenkontingents erfordern, das zahlenmäßig wahrscheinlich größer als bisher geplant sein wird. Die Auffassung, daß in 3 oder 5 Jahren die Truppenstärke der Amerikaner in Europa 150 000 Mann betragen wird, ist nicht ganz einleuchtend. In der Zwischenzeit rufen die fortschreitende Entwicklung in Richtung auf einen gemeinsamen Binnenmarkt und die Öff-



Nußknacker im Golfkrieger-Look mit Sternenbanner und Sturmgewehr

Foto: dpa/W. Thieme

nung der EG zur EFTA hin in Amerika ambivalente Gefühle hervor. Die in der europäischen Sozialcharta dargelegten Vorschläge werden in der amerikanischen Geschäfts- und Finanzwelt nur mit Abneigung aufgenommen: Man stelle sich vor, amerikanische Arbeitnehmer könnten derartige Vereinbarungen dem in ihrem Land herrschenden Sozialdarwinismus vorziehen! Die amerikanische Forderung nach einer drastischen Kürzung der Subventionen in der europäischen Landwirtschaft, die Kampagne gegen den *Airbus*, das Beharren auf einer Öffnung der europäischen Kultur- und Dienstleistungsindustrie für amerikanische Firmen, beinhaltet genügend politisch herbeigeführten Sprengstoff für einen Wirtschaftskrieg. Unter diesen Umständen war die Bush-Administration nicht unzufrieden über die britischen Bemühungen, den Prozeß eines wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses zu verlangsamen. Sie verhielt sich auch auffallend passiv angesichts des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien und war – abermals – nicht unzufrieden über das

absolute Versagen der EG, diesen Krieg zu beenden.

... Asien

Dagegen hielten es die Vereinigten Staaten eineinhalb Jahrhunderte lang für möglich, daß ihre wirtschaftliche Zukunft im Fernen Osten mit seinem expandierenden und ungeheuer großen, für amerikanische Industriegüter aufnahmebereiten Markt läge. Doch die fernöstlichen Nationen haben die USA zu einem gigantischen Markt für ihre eigenen Waren gemacht. In zunehmendem Maße gilt dies auch für China, dessen billige Textilprodukte heutzutage überall in amerikanischen Läden zu finden sind, während die heimische Bekleidungsindustrie zugrunde geht. Die außergewöhnliche Zurückhaltung der Bush-Administration hinsichtlich des Ausbleibens einer politischen Reform in China und der Verleugnung der Menschenrechte durch die chinesischen Kommunisten, hat ziemlich viel mit dem Verständnis Amerikas für die Öffnung Chinas zum Weltmarkt zu tun. Warum sollte es Deng schlechter be-

handeln als Brasiliens Generäle, Franco oder Pinochet? Natürlich wird China von seiten der amerikanischen Geopolitik als einziges Mittel gegen die Möglichkeit eines völlig militärischen sowie politischen Wiedererstarken Japans gesehen. Das gleiche gilt, wenn auch in geringerem Maße für das von Amerika abhängige Indonesien – trotz der von ihm in Timor begangenen Greuelthaten. Die Beziehungen zu Japan selbst sind ganz und gar problematisch. Betrachtet man die amerikanische Meinung vordergründig, so stößt man auf ziemlich viele Ressentiments (und Rassismus). Dies hat die amerikanische Regierung jedoch weder bewegt, die von den Japanern für den Golfkrieg abverlangten Geldmittel zurückzuweisen, noch das Pentagon dazu veranlaßt, den Kauf elektronischer Bauteile, die für seine Militärtechnologie unentbehrlich sind, abzulehnen. Den Japanern wurde gesagt, daß sie mehr im Bereich der Sicherheit tun müßten – aber auf amerikanischer Seite ist man sich unschlüssig, ob man die Japaner zu einer Wiederaufrüstung großen Stils ermutigen soll. Nachdem man in den vergangenen drei Jahren die *Protektionisten* öffentlich gebrandmarkt hat, scheint es wahrscheinlich, daß die Bush-Administration nun eine *Kehrtwendung* macht und den Japanern die Schuld für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Amerikas zuschreibt – gerade noch rechtzeitig zum Präsidentschaftswahlkampf 1992, der wohl erneut tiefe Ignoranz, Dummheit und Vulgarität in die politische Debatte bringt. Natürlich fehlt es dem Weißen Haus sowohl an kurzfristigen sowie langfristigen Plänen für die amerikanische Wirtschaft. Anhaltende, ernsthafte Spannungen in den Beziehungen zu Japan sind zu erwarten und es ist unmöglich, ihr Ausmaß vorherzusagen, außer, daß es groß, vielleicht sogar gefährlich sein wird. Anderwärts in Asien sind die Vereinigten Staaten hinlänglich von ihrer Übereinstimmung mit Pol Pot und den *Roten Khmer* abgerückt, um den ungewissen Friedensprozeß in Kambodscha zu unterstützen, zögern aber immer noch bezüglich einer Annäherung an Vietnam. Inzwischen

deutet die kurz bevorstehende Schließung des Stützpunktes *Subic Bay* das Ende der militärischen Präsenz auf den Philippinen an, die ein ganzes Jahrhundert lang andauerte. Es ist erstaunlich, mit welcher Routine dieses Ereignis abgehandelt wurde, – aber andererseits hat China seit langem die Rolle eines militärischen Widersachers verloren.

. . . Lateinamerika

Mit Blick auf Lateinamerika glaubt die Bush-Administration weiterhin, daß Stabilität in dieser Region nicht durch Unterdrückung und Armut, sondern durch das Versäumnis der lateinamerikanischen Nationen eine freie Marktwirtschaft entwickelt zu haben, bedroht wird. Die grundlegende Strategie der wirtschaftlichen und politischen Führung Amerikas hat darin bestanden, örtliche Führungsschichten Lateinamerikas in die eigene Wirtschaft in der Rolle von *Käufern* einzubeziehen. Vorschläge bezüglich einer Freihandelszone mit Mexiko, die jetzt von der *Salinas*-Fraktion innerhalb der PRI (Partido Revolucionario Institucional) akzeptiert worden sind, würde aus Mexiko ein Niedriglohnland für die amerikanische Industrie machen. Demokratisierungs- und Menschenrechtsfragen beunruhigen die Bush-Administration nicht übermäßig. Staaten wie El Salvador und Guatemala werden nicht gedrängt, sich zivilisierten Regeln anzupassen. Natürlich sind das Weiße Haus und das State Departement furchtbar besorgt um die Demokratisierung und die Einhaltung der Menschenrechte auf Kuba: die USA ist nicht geneigt, einen irgendwie gearteten Kompromiß mit Kuba zu finden. Es muß hinzugefügt werden, daß die Kubaner Miamis zum Wählerstamm der *Republikaner* gehören.

Blickt man nach Norden, so stellt man fest, daß das Freihandelsabkommen mit Kanada dort einen ziemlich großen Aufruhr in der Politik ausgelöst hat. Das nächste kanadische Parlament, dem durchaus die *Neue Demokratische Partei* angehören kann, könnte das Abkommen für ungültig erklären. Die kürz-

lichen Wahlerfolge dieser Partei in den kanadischen Provinzen haben keinen übermäßigen Alarm ausgelöst – hauptsächlich, weil nur wenige ihre eigentliche Bedeutung erkennen können.

Die Fünfhundertjahrfeier der Landung Kolumbus in der Neuen Welt akzentuierte die Diskussion über die multikulturelle Prägung der amerikanischen Gesellschaft und löste natürlich auch das Interesse der lateinamerikanischen Staaten bezüglich ihrer eigenen kulturellen Identität und ihres wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens aus. Die Bush-Administration setzt sich größtenteils aus angelsächsisch-amerikanischen Protestanten zusammen und wurde von der Diskussion im eigenen Land nicht berührt. Diese Protestanten haben jedoch allen Grund, einem Papsttum dankbar zu sein, daß zwar einerseits die Armut in der Welt kritisiert, andererseits aber die Befreiungstheologie ablehnt. Die Katholische Kirche in Lateinamerika ist besorgt über den anhaltenden Erfolg der Evangelisation, die von amerikanisch-protestantischen Sekten durchgeführt wird, die in Brasilien und Zentralamerika in der Tat einen großen Zulauf haben. Die Ideologie des Individualismus und der sozialen Passivität, wie sie propagiert wird, paßt gewiß zur untergeordneten Stellung, die die lateinamerikanischen Nationen in bezug auf Amerika einnehmen – was die Tatsache erklären könnte, daß gewisse Inhalte der Evangelisationskampagne für die CIA von Interesse sind. Es ist interessant, sich ins Gedächtnis zu rufen, daß amerikanisch-protestantische Missionarstätigkeit eine ungeheuere Tatkraft in China entfaltet. Die heftige Opposition gegen den Kommunismus in China, der durch die Gesamtheit der chinesischen Lobbyisten bekundet wurde, war das Werk der Missionare oder ihrer Kinder (Henry Luce, Mitbegründer des Nachrichtenmagazins TIME, der den Ausdruck »das amerikanische Jahrhundert« prägte, wurde in China als Sohn eines Missionars geboren). Große Teile der amerikanischen Katholiken und der liberalen Protestanten stehen der Evangelisation kritisch gegenüber, aber sie ist

verknüpft mit dem Erwachen der protestantisch-fundamentalistischen Rechten in Amerika selbst und wird daher weiterbestehen.

### Kein neuer Isolationismus

Die Neue Weltordnung, die Bush bei Beendigung des Golfkrieges für möglich hielt, beruhte auf *zwei* grundlegenden Elementen. Das *erste* war die überwältigende Leistungsfähigkeit des amerikanischen Militärs, also die Bereitschaft, überall auf der Welt und zu jedem beliebigen Zeitpunkt einzugreifen. Das *andere* war die Legitimierung, die Funktion eines Weltpolizisten auszuüben, die der Zustimmung der anderen Völker bedurfte. Was Bush damals nicht erwartet hatte, war, daß der ganz normale Lauf der Dinge es mit sich bringen würde, daß es schwierig oder unmöglich sein würde, diese Zustimmung zu erhalten. Vor allem erwartete er nicht, daß die amerikanische Öffentlichkeit sich derart mit ihren eigenen wirtschaftlichen Problemen beschäftigen würde, daß sie die Weitsicht einer derartigen Verpflichtung in Zweifel ziehen – und vor allem ihre Wirtschaftlichkeit anzweifeln würde. Die Regierung hat vorgeschlagen, die Militärausgaben im nächsten Jahr um 25 % zu kürzen – aber sie wird wahrscheinlich gezwungen sein, tiefgreifendere Kürzungen vorzunehmen. Widerspruch gegen diese Kürzungen regt sich weniger aus dem Gefühl eines weltweiten Sendungsbewußtseins heraus als von seiten der Städte und Bundesstaaten, die ein handfestes wirtschaftliches Interesse an den Steuereinkünften aus Militärstützpunkten und der Rüstungsgüterindustrie haben.

Die amerikanische Wirtschaftskrise (Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Schwächung des Dollars als Leitwährung, Verfall des Lebensstandards) belasten in zunehmendem Maße die amerikanische Außenpolitik. Selbst Bush, der tiefes Vertrauen in einen *freien Markt* bekundete, läuft Gefahr, eine Wahlniederlage zu erleiden, wenn er sich schon nicht ein geschlossenes Konzept für die Wirt-

schaft ausdenkt, so doch zumindest verschiedene Regierungsmaßnahmen zur Stützung der Schlüsselbranchen – eine Wirtschaftspolitik unter anderem Namen. Die amerikanische Öffentlichkeit war durchaus willens, dem Krieg gegen den Irak Beifall zu spenden. Er war ein sehr gutes Fernsehspektakel und wenn auch jede zweite schwarze Familie einen Verwandten am Golf hatte, so traf dies nur für jede fünfte weiße Familie zu. Dennoch, die Öffentlichkeit hat erkannt, daß auch ein von der amerikanischen Regierung organisierter, aber von anderen ausgetragener Krieg seinen Preis hat. Die wissenschaftlichen Experten, Bürokraten, Politiker und Publizisten, die in diesem Land Karriere gemacht haben, sind nun im Begriff, den Preis für ihre verhältnismäßig geringe Anteilnahme am Leben des Durchschnittsbürgers zu zahlen: möglicherweise müssen auch sie wie die Industriearbeiterschaft bald einer durch Technisierung bedingten Arbeitslosigkeit ins Gesicht sehen.

Es wäre absurd, einen vermutlichen Rückzug dem amerikanischen *Isolationismus* zuschreiben zu wollen. Amerika hat sich seit seiner Gründung der Expansionspolitik verschrieben. Ganz abgesehen von der Ausrottung der Indianer und vom Krieg gegen Mexiko kämpften die Amerikaner im Jahre 1812 gegen die Briten und hätten auch 1862 gegen sie Krieg geführt, wenn die Konföderierten weiterhin mit britischen Waffenlieferungen versorgt worden wären. Der Krieg gegen Spanien im Jahre 1898 dehnte die amerikanische Expansion, die sich bis dahin lediglich auf die ehemaligen britischen Kolonien in Nordamerika erstreckt hatte, bis ans andere Ende des Pazifikraums aus. Ihr folgte die Modernisierung der amerikanischen Flotte. Wilson trat in den Ersten Weltkrieg ein, wie Roosevelt in den Zweiten eingriff – zunächst um die internationale Position des Landes zu verteidigen, dann, um sie auszubauen. Die zwischen den beiden Weltkriegen zu verspürende Tendenz, sich vom Ausland abzuschotten, war das Ergebnis sehr ungleicher Kräfte: Ressentiments der deutschen und irischen Volksgruppen gegen

den Ersten Weltkrieg, Überreste eines progressistischen, populistischen und sogar sozialistischen Anti-Imperialismus, desillusionierter Idealismus als Folge des Scheiterns des Versailler Vertrags. Viele, die *isolationistisch* eingestellt waren, zogen einem europäischen Krieg einen im Orient vor und wandelten sich während der Nachkriegszeit zu noch kompromißloseren Fürsprechern eines totalen Krieges gegen die UdSSR. Gemeinsam betrachtet lassen die Interdependenz der amerikanischen Wirtschaft mit dem Weltmarkt, die Tatsache, daß Amerika im Süden an die Dritte Welt grenzt und die traditionelle Bereitschaft der Amerikaner militärischen Druck auszuüben, den *Isolationismus* zu einem Terminus werden, der wenig mehr als politische Geringschätzung beinhaltet.

Soviel sei gesagt: Die Männer beider großen Parteien, die für die außenpolitischen Konzepte ihres Landes verantwortlich sind, leiden an einer vollkommenen Desorientierung. Sie sind völlig unfähig, sich mit der neuen polyzentrischen Welt auseinanderzusetzen, auch wenn sie seit Jahren Memoranden und Aufsätze darüber verfaßt haben. Eine mit konventionellen Methoden betriebene Außenpolitik kann Probleme, wie sie sich in bezug auf die Wirtschaft und die Umwelt, sowie die Einwanderung und die Bevölkerung ergeben, nicht gerecht werden. Jetzt sagte sogar Henry Kissinger, den man schwerlich einer ungebührlichen grünen *Tonart* bezichtigen kann, daß dies Dinge seien, auf die man Rücksicht nehmen muß. Natürlich hat er nicht gesagt, wie die Amerikaner mit diesen Problemen fertig werden können – außer wie üblich vor ihrer *Komplexität* zu warnen. In Amerika wird dieser Terminus im allgemeinen in gegenwärtig geführten Gesprächen zum Meinungs austausch mit dem Eintreten für einen nackten geopolitischen Realismus und der Aufgabe von Ideen wie Menschenrechte und Weltgemeinschaft in Verbindung gebracht. Die Experten, ganz gleich, wo sie politisch stehen, sind sich einig, daß die amerikanische Öffentlichkeit sich weder unbefangen noch bereitwillig mit dieser *Kom-*

plexität befassen kann. Das heißt, sie sind der Meinung, daß sie auch weiterhin die Funktion einer außenpolitischen Führungselite ausüben sollten, die teils technokratische, teils priesterliche Züge aufweist, und sind äußerst beunruhigt über die Tatsache, daß immer mehr ihrer Mitbürger glauben, daß sie nur sehr wenig oder gar nichts zu sagen haben.

Es stehen momentan keine umfassenden Alternativen in der Öffentlichkeit zur Diskussion an. Es ist wahr, daß ein Streiter für die republikanische Rechte auf der Bildfläche erschienen ist, um Präsident Bush gegenüberzutreten. Es ist der Kolumnist *Patrick Buchanan*, der sich des Slogans »Zuerst kommt Amerika« bediente, um die Auslandshilfe zu diskreditieren, einen Einwanderungsstopp zu fordern und zum Wirtschaftskrieg gegen Japan aufzurufen. (»Amerika kommt zuerst« war der Slogan derjenigen, die Gegner der Unterstützungspolitik Franklin Roosevelts für Großbritannien und Rußland im Jahr 1941 waren.) Buchanan trat in Erscheinung, weil Bush groteskerweise beharrlich beteuert, daß sich nichts verändert hat. Ist es möglich, daß der Präsident wirklich geglaubt hat, was er über den Golfkrieg sagte? Es ist möglich, aber in zunehmender Weise läßt sich der Krieg weniger mit dem Auftakt zu einer Neuen Weltordnung denn mit den Zuckungen eines in Verfall geratenen Weltreiches gleichsetzen.

Die *Demokraten* in Gestalt ihrer wenig imposanten Präsidentschaftskandidaten und der Männer, die die außenpolitischen Konzepte ihrer Partei entwerfen, befinden sich wohl kaum in einer besseren Verfassung als die Republikaner. Sie könnten sich die Synthese Franklin Roosevelts von Idealismus und Realismus zu eigen machen, aber in unserer politischen Kultur gehört die Kontinuität nicht zu den Charaktermerkmalen des politischen Bewußtseins. Die größten Gefahren drohen den Vereinigten Staaten gegenwärtig jedoch nicht von außen, sondern von innen: Es sind die sich rasch beschleunigenden Verfallsprozesse der amerikanischen Gesellschaft.

(Aus dem Englischen von Angelika Jbilou)

THOMAS KRAPP

## Israels ungewisse Zukunft

Fast unbemerkt haben die 39 Scud-Raketen, die innerhalb von vier bis sechs Minuten vom westlichen Irak 700 bis 900 Kilometer zu den Ballungsgebieten israelischer Großstädte zurücklegten, auch eine psychologische Schallmauer durchdrungen. Diesbezüglich fällt nicht ins Gewicht, daß 13 israelische Zivilisten ihr Leben verloren, daß 239 verletzt wurden und daß sich die Zahl zerstörter oder beschädigter Wohnungen auf 20 000 beläuft. So schlimm dies ist, angesichts moderner Waffentechnik hätte diese trockene Statistik verheerender ausfallen können. Politisch beunruhigender ist der von ihr verschwiegene Langzeitschaden, der durch den Ersteinsatz strategischer Waffen gegen israelische Zivilisten ange richtet worden ist.

Die Bilder von zerstörten Wohnvierteln im Großraum Tel Aviv sowie von Zivilisten, die in die den Scuds unerreichbaren südlichen Teile Israels flohen, haben die empirisch gesicherten Prämissen der israelischen Verteidigungsdoktrin zu nichte gemacht. Seit dem Golfkrieg können israelische Strategen nicht mehr voraussetzen, was bei allen vorangegangenen Kriegen gegolten hatte: Die für die israelischen Streitkräfte mehr oder weniger verlustreichen Kriege fanden auf dem Schlachtfeld statt. Nur dort, so konnte bisher angenommen werden, würde der Feind schließlich bezwungen werden, während Israels Zivilbevölkerung von den Kampfhandlungen nicht in Mitleidenschaft gezogen werde.

Ferner hat der Beschuß der Zivilbevölkerung sowohl in Israel als auch in der Diaspora empfindliche Saiten zum Schwingen gebracht. Vernichtender als die Tel Aviver Wohnungen haben die waffentechnisch noch perfektionierbaren und im Golfkrieg *noch* nicht mit ABC-Sprengköpfen bestückten Scuds den wohl rohsten Nerv jüdischer Existenz getroffen: Nämlich jene Vernichtungstraumata, die sich im Lauf von zwei Jahrtausenden akkumuliert hatten, noch bevor

das europäische Judentum zu Lebzeiten heutiger Zeitgenossen einer industrialisierten Mordmaschinerie zum Opfer fiel.

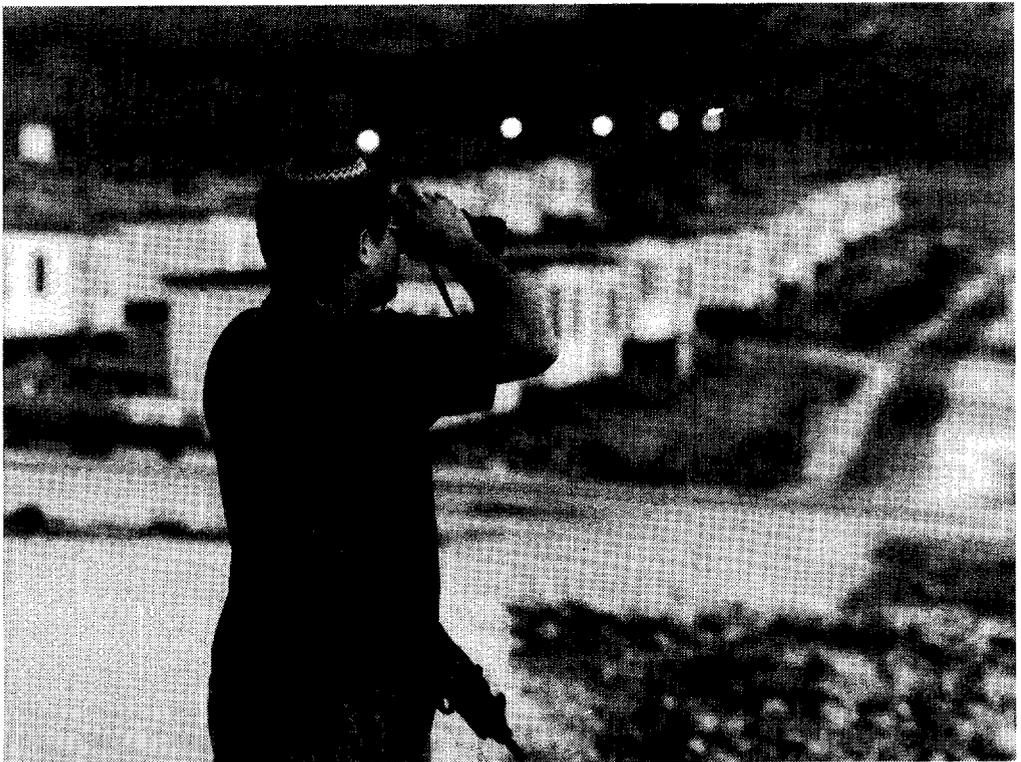
Von den Gegebenheiten, die während des Kalten Krieges in Westeuropa vorherrschten, ist schwer zu verstehen, weshalb aus israelischer Sicht die seit Jahrzehnten vorhandenen unkonventionellen Waffen nicht schon lange vor dem Golfkrieg als konkrete Bedrohung erlebt wurden: In Westeuropa hatte die Aufrüstung mit unkonventionellen Waffen dahin geführt, daß ein konventioneller Waffengang immer weniger als die eigentliche Gefährdung des Kontinents erschien. Vielmehr fühlten sich weite Teile der Öffentlichkeit von der explosiven Spannung zwischen den Großmächten bedroht, deren Arsenale strategischer Nuklearwaffen in immer rasanterem Tempo expandierten.

Anders im israelisch-arabischen Konflikt: Seitdem der Staat Israel 1948 gegründet worden ist, erleben dessen Bürger, daß kein Jahrzehnt vergeht, ohne

daß sie in einem konventionellen Krieg für die Existenz ihres Staates kämpfen müssen. Zwar nicht unter politischem, jedoch unter biographischem Gesichtspunkt bedeuten nicht einmal die 80er Jahre eine Ausnahme von dieser Regel. *Kein Jahrzehnt ohne Krieg!* Denn der bis zum 55. Lebensjahr wehrpflichtige Israeli wurde damals wieder zu den Waffen gerufen – selbst wenn er persönlich, wie weite Teile der israelischen Öffentlichkeit, die höchst umstrittene Offensive gegen den Libanon nicht als Verteidigungskrieg anerkannte. – So war es zu jener Situation gekommen, daß Israeli, die im wehrpflichtigen Alter erfahrungsgemäß dreimal im Leben zu einem konventionellen Krieg eingezogen werden, keinen Anlaß sahen, sich in erster Linie von unkonventionellen Waffen bedroht zu fühlen. Im Unterschied zu ihren europäischen Zeitgenossen hatten Nuklearwaffen im subjektiven Erleben eine theoretische Bedrohung dargestellt. Durch den Golfkrieg ist dies anders geworden.

Jüdischer Siedler beobachtet die Stellungen von Talmon-B auf der besetzten West Bank

Foto: dpa



## Psychologische Auswirkungen der Scud-Angriffe

Über die psychologischen Auswirkungen der Scud-Angriffe wird in der israelischen Öffentlichkeit nicht diskutiert. Dennoch sind sie auf verschiedenen Ebenen evident. Zunächst fällt auf, daß die diversen Bemühungen der Militärs, künftig den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, ein neues Dauerthema in den Medien geworden ist. Ohne auf Details einzugehen, sei zusammenfassend festgehalten, daß die Militärs Grund zur Besorgnis sehen, wie künftig die Gefahr angreifender Raketen abgewehrt werden kann. Die *Patriotraketen*, die im Golfkrieg von den USA bereitgestellt und in Israel und Saudi-Arabien gegen angreifende Scuds eingesetzt worden waren, gelten als unzureichende Abwehr strategischer Waffen. Solange diese nicht gewährleistet werden könne, darin sind sich die Experten einig, werde der einzig zuverlässige Schutz in der wirkungsvollen Offensive bestehen, die den oder die Angreifer ausschalte, bevor zu einem vernichtenden Schlag gegen Israel ausgeholt werden könne. Dies bedeutet eine neue Gefahr für die Region: Wird in Rechnung gestellt, daß mit großer Wahrscheinlichkeit israelische Nuklearwaffen bereits im Golfkrieg aus den Silos gefahren worden waren, dann könnten künftig ungleich nervösere Finger den Abzug kontrollieren. Daß der Einsatz von Nuklearwaffen, etwa gegen das benachbarte Syrien, für Israel selbst ökologisch verheerende Folgen hätte, dürfte die politische und militärische Führung nur solange zurückhalten, als sie sich nicht veranlaßt sieht, die Vernichtung des jüdischen Staates zu befürchten.

Daß die neue prekäre Sicherheitssituation sich auf die Außenpolitik der aus Falken zusammengesetzten Regierung in Jerusalem mehr rhetorisch als realiter auswirkt, dürfte mit dem Druck der fast uneingeschränkt schaltenden und waltenden amerikanischen Supermacht zusammenhängen. Indessen sprechen innenpolitische Stimmungsbarometer eine deutliche Sprache. Beispielsweise dürfte

das nervöse Taktieren der israelischen Arbeiterpartei, deren prominenteste Persönlichkeiten in den Wochen nach der Madrider Friedenskonferenz die konfuhesten Widersprüche über die Zukunft der Golanhöhen vertreten haben, als Reflex der tatsächlichen oder vorausgesetzten Stimmung unter den Wählern zu verstehen seien, die vor November '92 an die Urnen gehen.

Die beschriebene Stimmung scheint auch im Alltag durchzuschlagen. Im Bewußtsein des Subjektivitätsfaktors sei ein persönliches Erlebnis mitgeteilt: Wenige Wochen nach der Madrider Nahostfriedenskonferenz wurde ich Zeuge einer Unterhaltung zwischen einem Klempner und einem Hausbesitzer, die die Wasserversorgung eines Haushalts besprachen. Der Hausbesitzer rühmte den hierzulande seit Jahrzehnten geschätzten Vorzug des hauseigenen Wasserreservoirs, das mit Sonnenenergie beheizt wird – daß nämlich im Kriegsfall keine Abhängigkeit von der städtischen Wasserversorgung bestehe, welche naheliegendes Ziel potentieller Angreifer sei. Darauf versicherte ihm der Klempner, daß derlei Überlegungen beim nächsten Waffenangriff überflüssig seien, weil dieser nicht mehr konventionell geführt werden würde und sämtliche Wasserreservoirs des Landes ohnehin verstrahlt würden.

## Ein Fiasko für Israel

Aus israelischer Sicht war das Ergebnis des *Wüstensturms* ein politisches Fiasko. Nachdem Saddam Hussein als Verbrecher gegen Menschheit und Ökologie Superlative geerntet hatte, erlebte er in den letzten Stunden des Golfkriegs wie in einem Alptraum eine unheimliche Metamorphose: Aus amerikanischer Sicht zum kleinsten Übel für die Region avanciert, wurde auf seine Beseitigung verzichtet. Daß darüber – laut *informierten Quellen* in Washington – neun Monate später, angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes im Weißen Haus, von neuem nachgedacht würde, löste in Israel keine Erleichterung aus. Nur Wochen nach dem Golfkrieg vollzog Syrien

(als antiirakischer Bündnispartner mit Billigung der US-Regierung) die *de-facto*-Annektierung des Libanon. Außerdem kann Damaskus unkontrolliert in gefährlichem Ausmaß aufrüsten. Auf Grund verschiedener Entwicklungen, die nicht nur das Ergebnis von Shamirs undiplomatischem Stil sind, seine Außenpolitik zu gestalten, kann sich Israel von dem bewährten Bündnis mit den USA nur noch bedingt Sicherheit versprechen.

Freilich sind diese ernüchternden Entwicklungen und Enttäuschungen für die realpolitische Bilanz irrelevant, die von Israel im eigenen Interesse möglichst emotionslos gezogen werden muß: Durch den Ausgang des Golfkrieges sind westliche Wirtschaftsinteressen – einschließlich der israelischen – gesichert worden. Dagegen wurde das Problem, das der irakische Diktator für die gesamte Region verkörperte, nicht aus der Welt geschafft. Inzwischen werden unkonventionelle Waffen auf Schwarzmärkten rund um den Globus meistbietend verhöckert. Im Nahen Osten, wo die zahlungskräftigsten Kunden beheimatet sind, wird die Aufrüstung in erschreckendem Tempo fortgesetzt. Zugleich zeichnen sich in den Staaten der Region keine versprechenden Demokratisierungsprozesse ab. So steht aus israelischer Sicht nach wie vor zu befürchten, daß ein bis an die Zähne bewaffneter Despot mit oder ohne expansionistische panarabische Ambitionen eine apokalyptische Vernichtung des Nahen Ostens inszenieren könnte.

Diese allgemeinen Tendenzen nehmen bereits konkrete Formen an: Zunächst sehen Israeli Grund zur Annahme, daß eine Bedrohung aus dem Irak im nächsten halben Jahrzehnt unwahrscheinlich ist. Kurz- und mittelfristig beunruhigender sind dagegen die nordkoreanischen Scud-Raketen, die in beängstigendem Ausmaß nach Syrien geliefert werden. Daß sie Israels Zivilbevölkerung vernichten könnten, erfahren Israeli aus ihren Tageszeitungen: Bei verbesserter Treffsicherheit reichen dazu konventionelle Sprengköpfe, von B- und C-Sprengköpfen ganz zu schweigen. In

Jerusalem haben Politiker aller Ausrichtungen keinen Grund zur Illusion, daß ein Premierminister irgendeiner Partei sich noch einmal erlauben könnte, was Shamir im Golfkrieg gerade noch möglich war: Sich aus Kampfhandlungen herauszuhalten, während die Zivilbevölkerung täglich unter Raketenbeschuß liegt. Daß ein Zurückgreifen auf diese Taktik undenkbar erscheint, hängt mit einem weiteren psychologischen Novum der Nach-Golfkriegsära zusammen, das für die derzeitigen Entwicklungen in der Region eine entscheidende Rolle spielt: In den Monaten nach dem Golfkrieg haben Israeli mehr und mehr das Bewußtsein verloren, Bürger des »51. US-Staats im Nahen Osten« zu sein.

### Historische Ironien

Die Nach-Golfkriegsära scheint von einer entsetzlichen historischen Ironie gekennzeichnet zu sein. Sie liegt in der vor wenigen Jahren unvorstellbaren Desillusionierung, die zur Zeit die Realisierung einer jahrzehntelang gepflegten Utopie überschattet: Noch Mitte der 80er Jahre wurden politische Kommentatoren nicht müde, sich jene zukünftige Epoche auszumalen, in der die Arsenale dieser explosiven Region nicht mehr mit den immer noch perfektionierteren Waffensystemen der konkurrierenden Großmächte vollgestopft werden würden. Inzwischen hat sich dieser Traum partiell verwirklicht, insofern der Konkurrenzfaktor zwischen den verfeindeten Blöcken passé ist. Indessen ist der Zynismus der US-Regierung – beispielsweise ihr wechselhaftes Verhalten gegenüber den Opfern Saddam Husseins – symptomatisch für die Arroganz der Macht, die in der Nahostpolitik der allein herrschenden Supermacht immer weniger verkannt werden kann.

Aus der Sicht israelischer Regierungskritiker ist diese Entwicklung besorgniserregend, weil sie eine historische Chance ruinieren könnte. In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten waren kompromißbereite Israeli immer wieder daran verzweifelt, daß US-Regierungen

freiwillig oder unfreiwillig die destruktive Politik israelischer Regierungen im Libanon und in den besetzten Gebieten gebilligt hatten. Als sich gegen Ende der 80er Jahre die inzwischen eingetretene grundlegende Veränderung im Ost-West-Kräftefeld abzuzeichnen begann, hatte mancher oppositionelle Israeli gehofft, daß in absehbarer Zukunft nun endlich der nötige Druck der US-Regierung auf Jerusalem erfolgen werde. Denn seit Ausbruch der *Intifada* schien sowohl das Verhalten der Shamir-Peres-Koalition (*Likud*-Arbeiterpartei) als auch das der zur Zeit regierenden Rechtskoalition zu zeigen, daß eine israelisch-palästinensische Annäherung nur unter konstruktivem Zwang versucht werden würde. Unter diesem Gesichtspunkt begrüßten Vertreter der israelischen Friedensbewegung den seit dem Golfkrieg aus Washington erfolgenden Druck. Jedoch ist dieser in den letzten Monaten in einer Art ausgeübt worden, die selbst kompromißbereite Israeli beunruhigt und somit Gefahr läuft, von Shamirs Kritikern nicht mehr mitgetragen zu werden. Dadurch könnte eine historische Chance vertan werden, weil die gegenwärtige innenpolitische Konstellation unter einem weiteren Gesichtspunkt aussichtslos ist.

Dies hängt wiederum mit einer historischen Ironie zusammen. Bemerkenswerterweise war sie beim letzten Wahlkampf sogar die Aussage des dümmlichen Slogans, »Nur der *Likud* kann!« Zwar wird seither in der israelischen Öffentlichkeit fast täglich von neuem die verzweifelte Frage gestellt, was der *Likud* überhaupt könne. Dennoch weiß dessen Opposition zu schätzen, daß tatsächlich nur der *Likud* in der Lage ist, die für einen Frieden unverzichtbaren Kompromisse politisch zu vertreten. Von niemandem links vom *Likud* ist jemals behauptet worden, daß der Friedensvertrag mit Ägypten eine Chance gehabt hätte, wenn er seinerzeit von Menahem Begin Opposition bekämpft worden wäre. Analog wird auch jetzt von der linken Opposition nicht bezweifelt, daß amerikanischer Druck nur dann Ergeb-

nisse zeitigen könne, wenn eine vom *Likud* (der stärksten Rechtspartei) geführte Regierungskoalition die erzwungenen Kompromisse gegenüber dem konservativen Lager vertreten müsse.

Unter diesen Voraussetzungen tritt neuerdings ein Komplikationsfaktor auf: Zwar wird Shamirs wiederholt ausgesprochenes Credo, keine Handbreit Cisjordanien abtreten zu wollen, von seiner Opposition als politischer Selbstmord abgelehnt. Dennoch ist auch Shamirs Gegnern klar, daß ihre Alternative verheerende Folgen haben könnte. Vertreter der israelischen Friedensbewegung sprechen immer wieder aus, daß territoriale Kompromisse gegenüber Syrien und den Palästinensern im günstigen Fall die *Voraussetzung* der erstrebten friedlichen Koexistenz schaffen würden. Aber auch sie empfinden, daß es in Israels erfahrungsgemäß mörderischen Umwelt keine Garantie gäbe, daß der Kompromißfrieden halten werde, was man sich in der Friedensbewegung von ihm erhoffe. Daß nun die US-Regierung zunehmend als Makler mit dubiosen Eigeninteressen gesehen wird, fördert nicht die Risikobereitschaft in der israelischen Bevölkerung, deren Mehrheit laut repräsentativen Meinungsumfragen das Programm *Gebiete für Frieden* unterstützt. Denn der Eindruck, daß die legitimen Sicherheitsinteressen Israels von der Supermacht mißachtet werden, wirkt angesichts der jüdischen Leidensgeschichte auf Juden in Israel und in der Diaspora alarmierend.

### Krise der israelisch-amerikanischen Beziehungen

Wer in das heere Engagement der US-Regierung für Demokratie, Menschenrechte etc. Vertrauen gesetzt hatte – vor einem Jahr hat es entsprechende Ansichten gegeben –, mußte spätestens beim Ausgang des Golfkriegs die ökonomische Motivation als des Pudels Kern erkennen. Der Übergang von der Moral- zur Realpolitik, die Tatsache, daß die USA im Nahen Osten in erster Linie eigene Interessen verfolgen, wird von israelischen

Kommentatoren mit Verständnis nachvollzogen. Es wird zwar als unbequem, jedoch als folgerichtig erlebt, daß amerikanische und israelische Interessen mit Beendigung des Kalten Krieges nicht mehr wie einst weitgehend deckungsgleich sind. Dennoch wirft die anbrechende *Neue Weltordnung* Schatten voraus, die Juden in Israel sowie in der Diaspora beunruhigen müssen. Per se hängt dies nicht mit den Zielen amerikanischer Nahostpolitik zusammen, sondern mit der Art, diese zu verfolgen. Dies sei am Streit über die Bürgschaften illustriert.

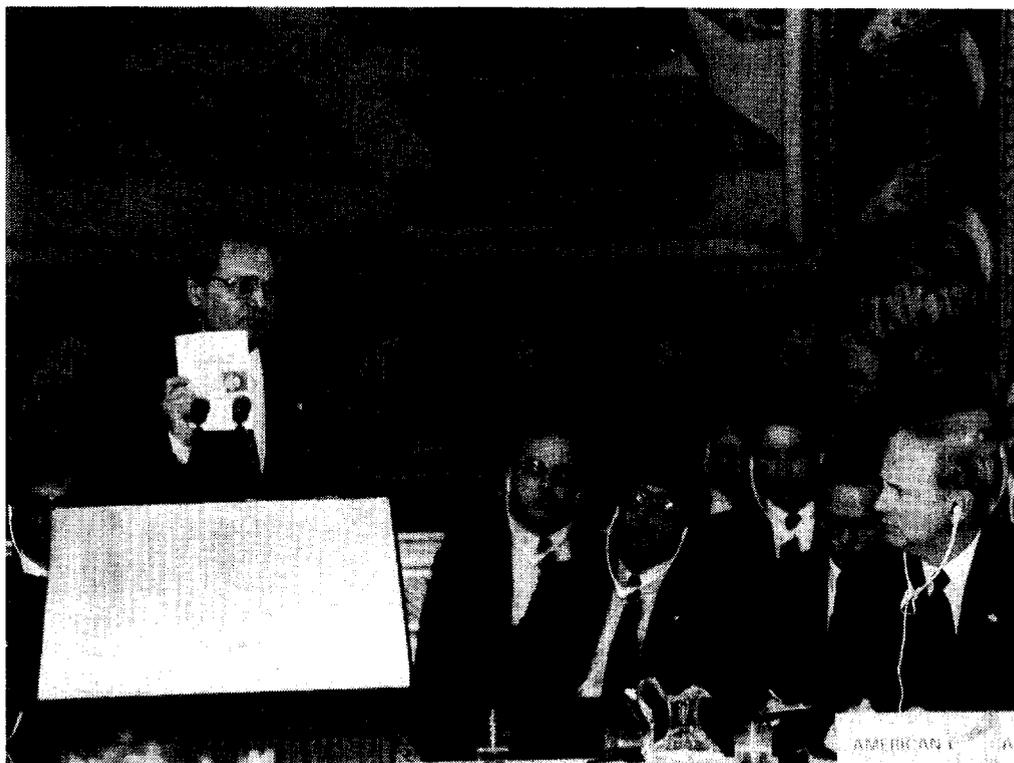
Jüngste Meinungsumfragen unter Entscheidungsträgern in jüdischen Organisationen in den USA haben gezeigt, daß George Bush mit seiner Absicht, die Einstellung der israelischen Siedlungspolitik zu erzwingen, auf das Verständnis von ca. 80 % der Befragten hätte zählen können. Entsprechendes gilt von der israelischen Öffentlichkeit, wie oben erwähnt wurde. Nun hatten sich regierungskritische Kreise in Israel schon im Frühsommer ausgerechnet, daß die US-Regierung die von Jerusalem beantragte Bürgschaft (in Höhe von 10 Milliarden Dollar) zwecks Integrierung der Einwanderungswelle aus der ehemaligen Sowjetunion als Druckmittel benutzen würde, um die Einstellung der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten durchzusetzen. Daß letztere von Baker wiederholt als »größtes Hindernis für den Frieden« verurteilt worden war, hatte jedoch keinen Eindruck auf Shamirs Regierung gemacht. Daraufhin wies der US-Präsident, wie von Shamirs Opposition erhofft, im September den Bürgschaftsantrag tatsächlich zurück. Allerdings führte Bush aus politisch unnachvollziehbaren Gründen die Auseinandersetzung mit Shamirs Regierung in einer Art, die Juden in Israel und in der Diaspora empfindlich treffen mußte: Anstatt von vornherein die Auseinandersetzung auf die Einstellung der in Israel ohnehin heftig umstrittenen Siedlungspolitik zu begrenzen, ließ sich Bush zu einer Personalisierung des Streites und dann zu einer offenen Fehde mit Shamir hinreißen. Im Verlauf dieser unklugen Auseinanderset-

zung wurde immer unklarer, inwieweit das legitime Anliegen der Bürgschaft, nämlich die Integrierung der Einwandererwelle, vom US-Präsidenten noch anerkannt wurde. Dies löste eine offensive Öffentlichkeitskampagne aus, die jüdische Organisationen in den USA nicht ohne Erfolg im Kongreß und im Senat durchführten. Dadurch fühlte sich Bush zu abfälligen Bemerkungen über die Loyalität amerikanischer Juden veranlaßt. Seine Kontrahenten empfanden, daß der US-Präsident unterhalb der Gürtellinie kämpfte: Schließlich gelten in jener Wiege der Demokratie – die Bewertung dieses Pathos sei dahingestellt – derartige Öffentlichkeitskampagnen als legitimes Mittel politischer Interessenvertretung.

Vor allem aber legen die Erfahrungen der jüdischen Leidensgeschichte beunruhigende Fragen nahe: Was sollen Bushs deplazierte Äußerungen? Warum greift er Juden an, wenn sie wie andere Gruppen in den USA ihre Interessen verfolgen? Ist die US-Regierung nicht mehr in der Lage, ist sie überhaupt noch willens, Israels berechnete Interessen anzuerkennen? Hat Israel im Kampf um sein Überleben in den USA noch einen Verbündeten?

### Der psychologische Durchbruch in Madrid

Bei aller Veranlassung zu Reserven gegenüber der amerikanischen Rolle beim Friedensprozeß rechnen Vertreter der israelischen Friedensbewegung James Baker das Zustandekommen der Madrider Nahostfriedenskonferenz hoch an. Auch wenn sie nach allen Erfahrungen nur als Beginn eines langen Weges mit ungewissem Ausgang betrachtet werden kann, wird die Madrider Konferenz schon jetzt als Fortschritt in der Nahostdiplomatie verbucht. Allerdings ist noch nicht zu ermessen, inwiefern der in Madrid begonnene Prozeß geeignet ist, der erwähnten neuen Gefahr entgegen zu steuern, die der Einsatz strategischer Waffen gegen die Zivilbevölkerung auf den Plan führt. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich



Syriens Außenminister Faruk El Schara zeigt einen alten Schamir-Steckbrief

Foto: dpa

die Frage nach der nachhaltigen Bedeutung des Geschehens im Madrider *Palacio de Oriente*, das weltweit als »historisches Ereignis« gefeiert worden ist.

Daß die Parteien des israelisch-arabischen Konflikts sich vor den Kameras der Weltöffentlichkeit am Verhandlungstisch niederließen, ist ein psychologisch nicht zu unterschätzender Fortschritt. Denn von den geregelten bilateralen Beziehungen zwischen Israel und Ägypten abgesehen, hatte es im Lauf der Jahrzehnte diplomatische Kontakte zwischen Israeli und Arabern lediglich hinter den Kulissen, sporadisch, unsystematisch und ohne wesentliche Konsequenzen gegeben. Bei dieser Vorgeschichte ist im *Palacio de Oriente* der Präzedenzfall statuiert worden, durch den der Mythos von der Unmöglichkeit zu verhandeln zerstört worden ist. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Madrider Konferenz

schon jetzt in der Chronik des israelisch-arabischen Konflikts festgehalten. Außerdem wurden in Madrid die klaren Verhältnisse zwischen Eroberern und Eroberten annulliert: Daß die Mehrheit der palästinensischen Delegierten israelische Gefängnisse von innen gesehen hatte, gehört zu dem schweren psychologischen Erbe, das durch den in Madrid begonnenen Prozeß in kleinen, mühsamen Schritten überwunden werden könnte.

Gerade weil die Madrider Nahostkonferenz als aufwendiges Medienereignis weltweit zelebriert worden ist, konnte sich über die Bildschirme ein neuer Zeitgeist unter Israeli und Palästinensern verbreiten: In den besetzten Gebieten gab es zum ersten Mal Massendemonstrationen mit Ölzweigen. In Israel steht die Außenpolitik seither an oberster Stelle der politischen Tagesordnung.

## Diplomatisches Protokoll und verfestigte Feindbilder

»Ein großes Ereignis mit kleinen Leuten« – so der Tenor von Kommentatoren der israelischen Friedensszene. Trotz aller Hoffnungen, mit denen die Madrider Friedenskonferenz in Israel verfolgt worden ist, hat sie weder die Begeisterung noch die Zuversicht auszulösen vermocht, die 14 Jahre zuvor mit der mutigen Jerusalemreise Anwar Sadats aufgenommen waren. Selbst wer die Konferenz begrüßte, hatte kaum Anlaß zu Euphorie, da sie unter freiwillem Zwang stattfand – auf daß supermächtlicher Wille geschehe.

Das mit unbestreitbarer Regiekunst inszenierte Zeremoniell war ernüchternd. Die Vertreter der inzwischen aufgelösten Sowjetunion spielten in ihrer Eigenschaft als Mitveranstalter eine konstruktive, unverzichtbare Statistenrolle. Sie erinnerten an die realpolitische Voraussetzung der us-Friedensinitiative: Schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse würde die auf die USA angewiesene Sowjetunion sich künftig aus dem Nahostkonflikt aktiv heraushalten. Mit dem Selbstbewußtsein des Mister World auftretend, hielt dann George Bush die unvermeidliche, historiographisch allerdings bemerkenswert selbstgefällige Sonntagsrede, um gleich danach zum Auftakt seines Wahlkampfes nach Texas weiterzujetten. Inhaltlich relevant waren die hautnahen, surrealistischen Widersprüche des israelisch-arabischen Konflikts. Denn das Ineinander von diplomatischem Protokoll und unkommunikativer Körpersprache im *Palacio de Oriente* schien ein Bild der gegenwärtigen Situation im Nahen Osten zu vermitteln, das an Tiefenschärfe kaum noch zu überbieten war:

Einem Jerusalemer Leitartikler war aufgefallen, die Madrider Tischplatte sei großzügig genug angelegt gewesen, um keinem Teilnehmer zu ermöglichen, seinem Gegenüber ins Schienbein zu treten, und keinen in die Verlegenheit zu bringen, seinem Nachbarn unfreiwillig die Hand schütteln zu müssen. So wurden

unter Verzicht auf physische Tuchfühlung und bei sparsam bemessenem Augenkontakt die begrenzten Artikulationsmöglichkeiten der Symbolsprache ausgereizt: Da Israels Regierung das Recht der Palästinenser auf einen souveränen Staat nicht anerkennt, hätte die Konferenz am Flaggenproblem scheitern können. Sie wurde jedoch gerettet dank der Hegemonie der amerikanischen Protokollchefs, die souverän diktieren konnten, daß lediglich Schilder mit den Namen der Delegationen auf dem Konferenztisch zugelassen würden. Indessen blieben den nach Madrid gelangten israelischen Delegierten, die parteipolitisch der Großisrael-Ideologie des konservativen Lagers verpflichtet sind, erhebliche Bauchschmerzen nicht erspart. Die politische Biographie dieser Repräsentanten Israel verbat ihnen, auf die Fiktion zu verzichten, daß ihnen keine Vertreter der PLO gegenübergestellt wurden. Die für diese Realitätswahrnehmung notwendige Form intellektueller Aufrichtigkeit vermag allerdings nur nachzuvollziehen, wer im Adamskostüm des Kaisers dessen Prachtgewand erkennt: Von dem offenen Geheimnis ganz zu schweigen, daß die im Konferenzsaal sitzenden Palästinenser Statisten der eigentlichen Drahtzieher waren – nämlich Feisal el Hussein, Dr. Hanan Ashrawi u. a., die von ihren Hotelzimmern aus die Verbindung zur PLO-Führung in Tunis hielten.

Damit nicht genug, die Absurdität von Shamirs Weigerung, mit PLO-Vertretern zu verhandeln, war nicht einmal im Konferenzsaal, im Refugium protokollarischer Etikette, zu verbergen. Aus undurchschaubaren Gründen hatte Shamir akzeptiert, keinem Geringeren als einem Mitbegründer der PLO, Dr. Haider Abed el Shafi, in dessen Eigenschaft als Leiter der palästinensischen Delegation im Konferenzsaal gegenüberzusitzen. Um jedoch die volle Tragweite von Shamirs unsinniger Position zu verdeutlichen, bedurfte es freilich einer kommunikativen Initiative. Sie wurde ergriffen, als ausgerechnet ein Mitglied der palästinensischen Delegation als einziger einen Modus fand, seine Fahne zu zeigen, ohne die

Vorschrift des Flaggenprotokolls zu verletzen: Dr. Sa'eb Erakat hatte sich eine Woche vor Eröffnung der Konferenz öffentlich zu seiner den israelischen Militärbehörden längst bekannten Verbindung zur PLO bekannt. Shamirs Forderung, ihn deswegen von der Konferenz auszuschließen, war an Bakers Einspruch gescheitert. Im Konferenzsaal antwortete Erakat dann mit einer Provokation, auf die sich Shamir schlechterdings keine Reaktion leisten konnte: Als einziger palästinensischer Delegierter erschien Erakat zu jeder Sitzung mit einer schwarz-weiß gemusterten *Kafia* über den Schultern. Die *Kafia*, das traditionelle arabische Kopftuch, ist zwar in keinem PLO-Dokument als nationales Emblem der Palästinenser ausgewiesen. Jedoch ist sie in der *Intifada* zu einer alternativen Palästina-Flagge geworden – gerade weil israelische Besatzungstruppen nicht auf Kopftücher Jagd machen.

Trotz mißlungener Kommunikation und unstaatsmännischem, um nicht zu sagen unreifem Verhalten auf beiden Seiten bedeuten die Plenarsitzungen im *Palacio de Oriente* einen psychologischen Fortschritt, von dem Generationen nur träumen können: »Endlich wird verhandelt!« In dem für Israel sonst sehr bedrückenden ersten Jahr nach dem Golfkrieg ist das Brechen dieses Tabus immerhin ein Schritt in die richtige Richtung, in der die Konfliktparteien, wie James Baker warnte, erst würden kriechen müssen, bevor sie gehen und schließlich laufen könnten.

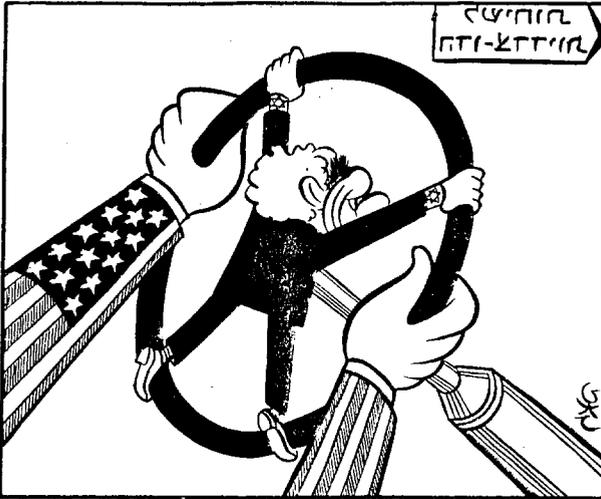
### Israel nach Madrid

Nach seinem Urteil über die Madrider Friedenskonferenz gefragt, hatte der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger davor gewarnt, daß der exzessive Optimismus während der Konferenz durch übertriebenen Pessimismus abgelöst werden könnte. Beides sei deplaziert, weil die Direktverhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn nach allen Erfahrungen kompliziert, langwierig und frustrierend zu werden versprochen. Dennoch meinte Kissinger,

könnten sie auf lange Sicht zu Ergebnissen führen, sofern versucht werde, einer umfassenden Nahostfriedenslösung in Form von separaten Friedensverträgen zwischen Israel und seinen Nachbarn näher zu kommen. Dagegen sei es gefährlich, sich darauf festzulegen, daß solche Verträge in ein Paket verschnürt würden, das dann ganz oder gar nicht zu ratifizieren sei. Dadurch werde jeder einzelnen der eventuell unzufriedenen arabischen Parteien ermöglicht, die Ratifizierung aller übrigen Friedensverträge mit Israel zu vereiteln.

Nach allen Erfahrungen der Region war nach Madrid von vornherein mit erheblichen Schwierigkeiten beim Friedensprozeß zu rechnen. Die Probleme, die bei der Aufnahme der folgenden Verhandlungsrunde in Washington aufgetreten sind, haben diese Erfahrung von neuem bestätigt. Jedenfalls wäre es verfrüht, über Dauer, Verlauf und Erfolgsaussichten des Friedensprozesses Prognosen abzugeben. Eine skizzenartige Bestandsaufnahme sehr verschiedener Aspekte mag die Komplexität von Israels Lage in dieser neuen Epoche verdeutlichen, in der Verhandlungen nicht mehr mit einem Tabu belegt sind.

Für Israel sind die Verhandlungen mit Syrien gegenwärtig am wenigsten aussichtsreich. Dies ist insofern entmutigend, als eine alte Faustregel Jerusalemer Außenpolitik lautet: »Ohne Ägypten gibt es keinen Krieg, ohne Syrien keinen Frieden.« Aus Israels Sicht verspricht sich Damaskus vom Friedensprozeß, die Golanhöhen wieder in Besitz zu nehmen. Jedoch hat Damaskus bisher nicht signalisiert, bei einem israelischen Rückzug von den Golanhöhen selbst zu territorialen Kompromissen bereit zu sein. Dagegen bestehen auch die zu Verzicht bereiteten Israeli auf *angemessenen Sicherheitsvorkehrungen*: Nach den Erfahrungen der 19 Jahre zwischen der Gründung Israels und dem Sechstagekrieg, als die israelische Zivilbevölkerung in Obergaliläa den Launen syrischer Scharfschützen auf den Golanhöhen ausgeliefert war, tritt in Israel keine politische Kraft für die Wiederherstellung des status quo ein.



Schild: »Zu den bilateralen Gesprächen« Aus der israelischen Tageszeitung HA'ARETZ (26. 11. 91) Karikatur: Ze'ev

Ohne verlässlich kontrollierbare Entmilitarisierung auf beiden Seiten und ohne Grenzkorrekturen zu diesem Zweck, ist in Israel kein Abkommen mit Damaskus mehrheitsfähig. Die bereits erwähnten Machtkämpfe innerhalb der Arbeiterpartei, deren Falken parteiintern zwar ohne Erfolg, jedoch nicht ohne gesundes innenpolitisches Gespür die verstärkte Besiedlung der Golanhöhen befürworten, ist als Reflex der öffentlichen Meinung zu verstehen. So verwendet sich zur Zeit keine politische Kraft in Israel dafür, als Vorbedingung israelisch-syrischer Verhandlungen auf die Golanhöhen verzichten zu sollen.

Nach der *de-facto*-Annektierung des Libanon durch Syrien wird in Israel kein Vertrag mit dem nördlichen Nachbarn erwartet, solange Damaskus sein *placet* verweigert. Unter diesen Voraussetzungen ist nicht abzusehen, daß Israel in naher Zukunft die militärische Kontrolle über die selbsterklärte, ca. 40 Kilometer breite Sicherheitszone im Südlibanon wird aufgeben wollen. In den frühen 80er Jahren hatten Übergriffe von Terroristenkommandos, die vom Libanon aus gegen die Zivilbevölkerung im Norden Israels operiert hatten, zu dem in der israelischen Öffentlichkeit höchst kontroversen Libanonabenteuer Ariel Sha-

rons und Menahem Begins geführt. Daß Israel seit dem im April 1985 abgeschlossenen Truppenabzug diese selbsterklärte Sicherheitszone weiterhin kontrolliert, wird auch von Vertretern der Friedensbewegung akzeptiert. Auch sie wissen keine Alternative, um die Bevölkerung an der Nordgrenze vor palästinensischen und schiitischen Terroristenkommandos zu schützen, die derzeit mit Syriens Billigung vom Libanon aus operieren. Aus israelischer Sicht ist ein vollständiger Truppenrückzug aus dem Südlibanon erst dann diskutabel, wenn die libanesisch Regierung im eigenen Interesse und ohne Syriens Ein-

mischung selbst die Befriedung des israelisch-libanesischen Grenzgebiets gewährleisten kann.

Dagegen sind die Aussichten vielversprechend, mit Jordanien zu einem Vertragsfrieden zu kommen. Damit würde der seit fast zwei Jahrzehnten herrschende *de-facto*-Frieden mit dem östlichen Nachbarn aufgewertet. Dieser hatte sich schon 1973 aus dem von Ägypten und Syrien gegen Israel begonnenen Oktoberkrieg herausgehalten. Neu ist, daß amerikanische Rückendeckung König Hussein ermöglicht, sich einen Alleingang ohne und vor allem gegen Syrien zu leisten. Gegenwärtig ist der von wirtschafts- und sozialpolitisch explosiven Problemen geplagte Monarch außerdem durch politisches Eigeninteresse motiviert, eine aktive Rolle bei dem von Washington angeregten Friedensprozeß zu übernehmen. Für den politischen Überlebenskünstler ist dies die einzige Rettung, nachdem er sich durch seine Unterstützung Saddam Husseins in ein auswegloses politisches Abseits manövriert hatte. Angesichts der palästinensischen Bevölkerungsmehrheit (ca. 60 bis 70 %) kann sich das haschemitische Königreich allerdings keine Annäherung an Israel unter Verzicht auf eine befriedigende Lösung des Palästinenser-

problems erlauben. Da die Palästinenser, die beim Friedensprozeß am meisten zu gewinnen haben, ihrerseits an einer Einigung mit Israel interessiert sind, scheint ein Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien wahrscheinlicher denn je.

Der Ausbruch der *Intifada* im Dezember 1987 hat der israelischen Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß die Lösung der Palästinenserfrage integraler Bestandteil des israelisch-arabischen Friedens sein müsse. Nicht einmal den Großisrael-Ideologen ist seither gelungen, ihre über viele Jahre praktizierte *Vogel-Strauß*-Politik fortzusetzen: die israelisch-palästinensische Komponente des Konflikts durch Totschweigen aus der politischen Tagesordnung auszublenden. Zwar wiederholen Vertreter von Shamirs Regierung auch nach Madrid ihr augenwischerisches Credo, mit PLO-Vertretern werde nicht verhandelt und in Cisjordanien – sowie auf den Golanhöhen – werde keine Handbreit preisgegeben werden. Jedoch erinnert dieses rhetorische Gebahren an das lautstarke Reagieren getroffener Hunde, insofern sich die Großisrael-Ideologen angesichts unabwendbarer geopolitischer Entwicklungen ihrer Machtlosigkeit bewußt zu sein scheinen.

Allerdings wäre es realitätsfern, diese Rhetorik als gegenstandslos zu ignorieren: Auch wer sich nicht von ihr überzeugen läßt, kann kaum verkennen, daß sie den Ängsten vieler Israeli entspricht. Denn obgleich deren Mehrheit mit dem Verstand das Programm *Gebiete für Frieden* unterstützt, läßt sich im ersten Jahr nach dem Golfkrieg die Berechtigung jener tief sitzenden Sicherheitstraumata kaum mit überzeugenden Argumenten bestreiten, die Israel als historisches Erbe mit sich herumträgt.

## Perspektiven

Oft genug haben sich als gesichert geltende Konstellationen der Nahostpolitik über Nacht grundlegend verwandelt – gleich den Wanderdünen in den Wüstenlandschaften dieser Region. Bei den Risiken, in einer solchen Gegend Prognosen

zu stellen, kann abschließend festgehalten werden, was sich gegenwärtig abzuzeichnen *scheint*.

Früher oder später, vielleicht allerdings erst nach den 1992 stattfindenden *Knesset*-Wahlen, dürfte Israels Regierung mit der Forderung konfrontiert werden, seine Siedlungspolitik einzustellen. Je länger dieser Forderung nicht entsprochen wird, desto komplizierter wird die israelisch-palästinensische Einigung. Neuerdings warnen Vertreter der israelischen Friedensbewegung, daß die geopolitisch überlegt plazierte Siedlungen die Rückgabe Cisjordanien bereits unmöglich gemacht habe.

Daß die Räumung Cisjordanien mit derzeit ca. 100 000 israelischen Siedlern ungleich komplizierter werden wird, läßt sich ohne viel Phantasie vorstellen. Insofern eine beträchtliche Anzahl der militanten Siedler fanatisiert ist, scheint die unter Israeli verbreitete Befürchtung nicht von ungefähr zu sein, daß bei der Räumung Cisjordanien bewaffnete, bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen bevorstehen könnten.

Sind territoriale Kompromisse unverzichtbarer Bestandteil einer israelisch-palästinensischen Einigung, so ist ungewiß, wie Israels berechtigte Sicherheitsinteressen mit verständlichen palästinensischen Nationalstaatsbedürfnissen vereinbart werden können: In dieser Region, aus deren Alltag martialische Männlichkeitssymbole nicht wegzudenken sind, dürfte ein staatliche Souveränität anstrebendes politisches Gebilde kaum überlebensfähig sein, wenn es seine nationalstaatliche Identität lediglich durch Flagge und Paß ohne die unersetzbare Bleispritze zum Ausdruck bringen sollte.

Wie dieser Gegebenheit in einem Palästinenserstaat Rechnung getragen werden könnte, ohne daß Israels Sicherheit durch eine weitere angriffstüchtige Armee gefährdet wird, ist nicht abzusehen.

Ebenso unklar ist die Lösung der anstehenden multilateralen Nahostprobleme, die laut dem Plan der US-Regierung Bestandteil des Friedensprozesses sein sollen: Abrüstung, Wasser, Umwelt.

## Die Palästinenser und der Friedensprozeß

Der palästinensisch-israelische Konflikt ist weder ein gewöhnlicher Interessenkonflikt noch ein Streit um Grenzen zwischen zwei souveränen Staaten. Es geht in dieser Auseinandersetzung vielmehr um moralische und historische Ansprüche, die verwurzelt sind in religiösen Überzeugungen und in den unterschiedlichen Erfahrungen zweier Völker. Aus diesem Grund ist vier Jahrzehnte lang keine der Konfliktparteien fähig gewesen, eine politische Lösung zu entwickeln, die grundsätzliche Belange und unverzichtbare Forderungen der jeweils anderen getroffen hätte. Gleichzeitig hatten beide Seiten ihre Probleme damit, die eigene Position in einer Form zu artikulieren, die politisch akzeptabel und international verständlich gewesen wäre.

### Wendepunkt 1988

Dennoch, es scheint als hätten mehr als dreiundvierzig Jahre erbitterter Feindschaft und gewaltsamer Auseinandersetzung die meisten der in den Konflikt verwickelten Völker davon überzeugt, daß friedliche Koexistenz in Palästina unausweichlich ist. Damit jedoch die israelisch-palästinensische Koexistenz Wirklichkeit werden kann, muß jede der beiden Seiten die Existenz der anderen und deren legitime Rechte anerkennen und auch die jeweilige Selbstdefinition akzeptieren. Das offizielle Palästina, vertreten durch die PLO, hat diesen Schritt im November 1988 getan, als es die Existenz Israels anerkannte und auch dessen Selbstverständnis akzeptierte. Ganz anders das offizielle Israel, das es, durch seine Regierung vertreten, weiterhin ablehnte, die PLO anzuerkennen, das sich immer noch dagegen sträubt, das palästinensische Selbstverständnis zur Kenntnis zu nehmen, und das den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung bestreitet. Das Jahr 1988 war ein entscheidender

Wendepunkt in der Geschichte des palästinensisch-israelischen Konflikts. In diesem Jahr waren verschiedene, miteinander verknüpfte, für das palästinensische Volk äußerst bedeutsame Entwicklungen zu beobachten. Entwicklungen von so großer Tragweite, daß sie die politischen Vorstellungen und Verhältnisse im Nahen Osten und die zukünftigen Rollen aller Akteure dort beeinflußt haben.

In den ersten Monaten des Jahres konnte die Revolte der Palästinenser, die *Intifada*, sich zu einem dauerhaften Volksaufstand gegen die israelische Besetzung entwickeln. Israels brutale Reaktion auf palästinensische Steinewerfer, die Freiheit von fremder Besatzung forderten, machte die öffentliche Meinung in der Welt bewußter für die Zwangslage des palästinensischen Volkes.

Andererseits erwies sich die geheime Führung der *Intifada* als einzig, volkstümlich und erfolgreich. Sie forderte das Ende der israelischen Besetzung der Westbank und des Gasa-Streifens und die Errichtung eines palästinensischen Staates auf diesem Territorium. Sie erwartete von beiden, vom israelischen und vom palästinensischen Volk, die Bereitschaft, eine *Zwei-Staaten-Lösung* des Konflikts zu akzeptieren.

Inzwischen haben die Kräfte, die von der *Intifada* entfesselt wurden, dazu beigetragen, bestimmte israelische, amerikanische und arabische Illusionen zu zerstören, insbesondere die folgenden Vorstellungen: die israelische Besetzung werde auf milde Weise vollzogen; die jordanische Option sei entwicklungsfähig; die PLO befinde sich im Verfall; das palästinensische Volk habe sich damit abgefunden, andauernd unter israelischer Herrschaft zu leben; der Nahe Osten befinde sich in einem Zustand des Gleichgewichts, was den Ausbruch größerer Feindseligkeiten verhindern werde.

Die sogenannte jordanische Option war eines der ersten und deutlicheren Opfer der *Intifada*. Am 31. Juli 1988 verkündete König Hussein den Beschluß seiner Regierung, alle rechtlichen und administrativen Bindungen zu den besetzten Gebieten aufzulösen.

Mit diesem Zug hat der König die Rolle aufgekündigt, die er, sei es freiwillig, sei es auf Drängen im Interesse der Palästinenser, gespielt hatte. So brachen die Illusionen über eine jordanische Option in sich zusammen, und die Israelis sahen sich plötzlich nur noch einer einzigen Option gegenüber: der palästinensischen. Tatsächlich war es vor allem Israels Weigerung während der ersten einundzwanzig Jahre der Besetzung, mit Jordanien über Land für Frieden zu verhandeln, die ungewollt die jordanische Option zugunsten der palästinensischen zum Verschwinden brachte.

Drei Monate nachdem der König seine Hoheitsansprüche aufgegeben hatte, begann die PLO das rechtliche Vakuum zu füllen, das die jordanische Entscheidung geschaffen hat. Am 15. November 1988 proklamierte der Palästinensische Nationalrat, der in Algerien zusammengetreten war, die Gründung des palästinensischen Staates auf der Westbank und im Gasa-Streifen. Am 16. November verabschiedete der Nationalrat ein neues pragmatisches und politisch flexibles Programm, mit dem der israelische Rückzug sichergestellt und für den neu gegründeten Staat der Palästinenser internationale Anerkennung gewonnen werden sollte. Mit dem politischen Programm von Algerien haben die Palästinenser tatsächlich dazu bekannt, im Interesse einer politischen Auseinandersetzung vom Konzept des bewaffneten Kampfes abzurücken.

Die palästinensische Unabhängigkeitserklärung wurde gegründet auf die UN-Resolution 181 aus dem Jahre 1947, die die Errichtung zweier Staaten, eines arabischen und eines jüdischen, in Palästina forderte. Indem sie diese Resolution als legitim anerkannte, hat die PLO schließlich doch auch die Existenz Israels anerkannt und dabei bestimmte Artikel der eigenen Charta außer Kraft gesetzt –



Hanan Ashrawi, Sprecherin der palästinensischen Friedensdelegation  
Foto: dpa

eben diejenigen, welche die Teilung Palästinas und die Gründung des jüdischen Staates ablehnten. Daraus folgte auch, daß die PLO sich entschlossen hatte, die Errichtung eines palästinensischen Staates in Westbank und Gasa als endgültiges Ziel und nicht mehr nur als einen Schritt zu einem ungeteilten Palästina zu betrachten.

Die Resolutionen des Nationalkongresses stellen einen historischen Kompromiß dar, der ideologische und territoriale Konzessionen einschließt. Um sich zu einem solchen Kompromiß bereitzufinden, mußte die politische und intellektuelle Gemeinschaft der Palästinenser erst durch eine Phase intensiver, oft leidenschaftlich geführter innerer Auseinandersetzungen hindurchgehen. Tatsächlich waren die Resolutionen von Algerien der Höhepunkt eines Transformationsprozesses, in dem sich über Jahre hinweg der Begriff des nationalen Ziels wie auch die politische und psychologische Haltung gegenüber Israel gewandelt hatte.

Diese veränderte Position der Palästinenser hat auch dazu beigetragen, die Haltung der Araber sowohl gegen das israelische wie gegen das palästinensische

Volk zu verwandeln. Die Zustimmung und Unterstützung der *Zwei-Staaten-Lösung* durch die PLO hat darüber hinaus die meisten arabischen Staaten ermutigt, denselben Schritt zu tun: als eine Möglichkeit, den arabisch-israelischen Konflikt zu beenden und das System der Nationalstaaten in der Region zu stärken. Und mit ihrer Anerkennung der UN-Resolutionen 242 und 338 hat die PLO den restlichen arabischen Staaten das Argument geliefert, das die meisten von ihnen brauchten, um Israel anzuerkennen und es als legitimen Staat in der Region des Nahen Ostens zu akzeptieren.

Der Aufstand der Palästinenser, der Golfkrieg, die israelische *Politik der eisernen Faust* in den besetzten palästinensischen Gebieten, das Erstarken der islamisch-fundamentalistischen Bewegungen, der ökonomische Niedergang in den meisten der arabischen Länder haben für einen neuen Anstoß gesorgt, den Friedensprozeß wiederzubeleben. Denn es hat sich, unter anderem, herausgestellt, daß der *status quo* im Nahen Osten nicht länger zu halten war und daß, wie bereits in der Vergangenheit so auch in Zukunft, vor allem der israelisch-arabische Konflikt für neu ausbrechende Feindseligkeiten und für die Unterbrechung der Öllieferungen sorgen werde. Folgerichtig waren die USA gezwungen, ihre Bemühungen um den Frieden wiederaufzunehmen, während sich gleichzeitig Palästinenser, Jordanier und Syrer gezwungen sahen, die amerikanischen Bedingungen für direkte, bilaterale arabisch-israelische Verhandlungen zu akzeptieren.

Dennoch haben die Hauptkonfliktparteien anscheinend gegensätzliche Erwartungen entwickelt. Und dementsprechend hat sich jede der Parteien mit einem klaren Paket von Zielvorstellungen an den Verhandlungstisch begeben, das demjenigen der anderen Beteiligten offensichtlich widersprach. Selbst innerhalb des arabischen Lagers wichen die Vorstellungen der Libanesen, Palästinenser und Syrer voneinander ab, auch wenn es Gemeinsamkeiten zwischen ihnen gab.

Die israelische Zielvorstellung für den Friedensprozeß ist, die Anerkennung der Araber zu gewinnen und die Beziehungen zu allen arabischen Staaten zu normalisieren, ohne dafür die im Hinblick auf das internationale Rechtssystem legitimen Rechte der Palästinenser und Syrer anerkennen zu müssen. Israel fuhr also damit fort, einerseits Friedensverhandlungen zu fordern und andererseits arabische und europäische sowie die Aufrufe der UN und anderer Länder, die Besetzung arabischer Territorien aufzugeben, zurückzuweisen.

Im Gegensatz dazu fordern die Jordanier, die Libanesen, die Palästinenser und die Syrer den vollständigen israelischen Rückzug aus den seit 1967 besetzten Gebieten. Im Gegenzug erklären die Araber sich bereit, Israel anzuerkennen, die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen zu Israel zu normalisieren und den israelischen Staat als einen legitimen Staat in der Region zu akzeptieren.

Die Ziele der USA wiederum unterscheiden sich von denen der Israelis ebenso wie von den allgemeinen Zielvorstellungen der Araber. Übergeordnete Absicht der Amerikaner ist es, die Stabilität im Nahen Osten wiederherzustellen; dies soll geschehen, indem die Kräfte des Wandels aus dem Weg geräumt werden, die gegenwärtig die Balance gefährden. Dazu werden die Palästinenser gerechnet, die als gesellschaftspolitische und moralische Kraft viele Jahre lang das gesellschaftliche Denken der Araber ebenso beeinflusst haben wie deren militärische und politische Organisationen. Zugleich scheinen die USA allem Anschein nach auch den Wunsch zu verfolgen, Israels Rolle in der Region neu zu definieren, dies besonders nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Auflösung der Sowjetunion. Diese Entwicklungen haben Forderungen außer Kraft gesetzt, die sich auf Israel als einem strategischen Stützpunkt der USA bezogen haben. Der Golfkrieg des Jahres 1991, die amerikanischen Anstrengungen, Israel aus dem Kampfgeschehen herauszuhalten, haben wohl gezeigt, daß

Israel eher zu einem Punkt der Sorge und Verantwortung als zu einer Stütze der US-Strategie geworden ist.

Inzwischen hat die Zerstörung der irakischen Militärmacht, seiner Infrastruktur und seiner industriellen Basis die einzige wirkliche Bedrohung Israels durch Araber beseitigt. Insofern scheinen die amerikanischen Interessen in der Region nun gesichert und die Aufrechterhaltung des *status quo*, wie er sich nach dem Golfkrieg ergeben hat, konnte zum strategischen Ziel der USA werden. Aber genau darum müssen auch die israelischen Ambitionen gezügelt werden. Und daraus folgt wiederum, daß aus der Absicht, den arabisch-israelischen Konflikt zu lösen, das Ziel erwächst, beide, den palästinensischen und den israelischen Faktor zu überwinden, die zusammen den *status quo* in der Region ebenso bestimmt haben wie sie ihn fortwährend bedrohen.

#### Die Madrider Konferenz und der Friedensprozeß

Die Madrider Konferenz vom Oktober 1991 war ein spektakulärer Wettstreit zwischen Arabern und Israelis um internationale Anerkennung. Es war ein internationaler Wettstreit, den die Palästinenser gewonnen haben. Aber darüber hinaus hat keine der Parteien etwas zuwege gebracht. Nicht einmal eine Einigung über Zeit und Ort für den Beginn der Verhandlungen konnte erreicht werden, weswegen sich die USA gezwungen sahen, einzugreifen und einen Termin zu setzen, einen Ort zu benennen und eine Tagesordnung vorzuschlagen. Es war eine Intervention, gegen die sich Israel gesperrt hat und die es vehement zu ignorieren versucht.

Und weil Israel gar keine andere Wahl hatte, als die amerikanische Einladung nach Washington anzunehmen, weigerte es sich, den Bedingungen der Einladung Beachtung zu schenken und zum gesetzten Zeitpunkt zu erscheinen. Also konnte das Treffen in Washington nicht wie vorgesehen am 4. Dezember, sondern erst am 10. Dezember 1991 be-

ginnen. Anstelle von einigen Tagen intensiver Diskussion und diplomatischer Aktivität war nur über Stillstand zu berichten. Das geht vor allem auf das Konto der israelischen Unbeweglichkeit und seiner Weigerung, die arabischen Gegner, insbesondere die Palästinenser, an substantiellen Gesprächen zu beteiligen. Die Amerikaner zögerten, abermals zu intervenieren, weil sie nicht den Eindruck erwecken wollten, sie setzten Israel unter Druck, dies wiederum hat der Gesprächsrunde Wirkung genommen und die Erwartungen der Menschen gedämpft.

Sie, die geglaubt haben, die Verhandlungen würden ihre eigene Dynamik entwickeln und auf beiden Seiten Vorstellungen hervorbringen, wie der Konflikt zu lösen sei, haben all ihre Anstrengungen darauf konzentriert, die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, und dabei die Notwendigkeit übersehen, einen angemessenen Bezugsrahmen zu entwickeln als Orientierung für den Friedensprozeß und als Versuch, übergeordnete Zielvorstellungen für diesen zu formulieren.

Auch wenn das Einladungsschreiben, das die Mitveranstalter der Gespräche veröffentlicht haben, festgehalten hat, daß »die Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten stattfinden werden auf der Basis der UN-Resolutionen 242 und 338«, haben die USA der Verbindlichkeit dieser Resolution Abbruch getan. Denn sie haben erklärt, daß es zur UN-Resolution 242 voneinander abweichende Interpretationen gebe und daß Israel wohl das Recht habe, in die Verhandlungen zu gehen mit einer eigenen Interpretation dieser Resolution. Und weil die UN von Israel und den USA ausgeschlossen worden waren aus dem Friedensprozeß, konnte diese internationale Körperschaft weder eine politische Rolle spielen noch mit ihrer moralischen Autorität den Prozeß erleichtern.

Israel hat es darüber hinaus abgelehnt, eine internationale Friedenskonferenz zusammenzurufen, es bestand auf direkten Verhandlungen mit seinen arabischen Gegnern. Doch als alle betroffe-



Konfliktherd Jerusalem: Jüdische Siedler besetzen arabische Häuser  
Foto: dpa

nen arabischen Parteien den Verhandlungen mit Israel zugestimmt hatten, weigerte sich die israelische Regierung, die Palästinenser als eigenständige politische Kraft anzuerkennen, mit der man verhandeln könne. Israel hat seine Politik fortgesetzt, obwohl inzwischen doch alle Beteiligten, Israel selbst eingeschlossen, anerkannt hatten, daß das Palästina-Problem das eigentliche Zentrum des israelisch-arabischen Konflikt darstellt. Außerdem hat Israel schon vor den Verhandlungen erklärt, daß es sich nicht zurückziehen werde aus den arabischen Gebieten, die es seit 1967 besetzt hat; damit hat Israel auch die Formel *Land für Frieden* zurückgewiesen, die in der Resolution 242 enthalten ist.

Die schriftlichen Zusagen, die die USA den Konfliktparteien gegeben haben, um sie zu den Verhandlungen zu ermutigen, haben darüber hinaus noch ein zusätzliches Element der Unsicherheit und Verwirrung geschaffen. So haben zum Beispiel die voneinander abweichenden Vorstellungen der Israelis und der Palästinenser darüber, wie Verhandlungen zwi-

schen konfligierenden Parteien zu führen seien, dafür gesorgt, daß bislang weder israelisch-palästinensische Gespräche noch solche zwischen Jordanien und Israel in Gang gekommen sind. Die schriftliche Zusage, die den Palästinensern übergeben wurde, hält fest, daß »der Prozeß auf zwei Gleisen vorangetrieben werden soll, durch direkte Verhandlungen zwischen Israel und arabischen Staaten und zwischen Israel und den Palästinensern«. Und dennoch besteht Israel darauf, daß Verhandlungen der palästinensischen Delegation geführt werden müßten durch eine vereinigte jordanisch-palästinensische Gruppe.

Das Versäumnis, einen annehmbaren Verhandlungsrahmen zu formulieren, Israels Zurückweisung der Formel *Land für Frieden* und der Disput über Verfahrensfragen haben auch während der Washingtoner Gesprächsrunde jeglichen Fortschritt im Friedensprozeß verhindert. Deshalb wäre es gegenwärtig schwierig, irgendein Ziel auf diesem Weg zu erreichen. Wenn es wirklich vorangehen soll, dann wird man den Bezugsrahmen der Verhandlungen klarer abstecken müssen, und die USA müßten sich aktiv in allen Phasen der Verhandlungen engagieren, in den Verhandlungen über Verfahrensfragen ebenso wie in solchen über substantielle Fragen. Andernfalls würde eine kostbare Chance verspielt, was verheerende Folgen für die Stabilität der Region und für den Weltfrieden haben könnte.

Das höchste Ziel für das palästinensische Volk ist es, die nationale Unabhängigkeit in *Westbank* und *Gasa* zu erreichen. Das setzt Israels Rückzug aus diesen Gebieten und die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung voraus. Im Gegenzug hat die palästinensische Führung Israel politische Anerkennung und Normalisierung der Beziehungen angeboten und die Bereitschaft erklärt, auf Israels berechnete Sicherheitsinteressen einzugehen. Die PLO hat sogar besondere politische und ökonomische Vereinbarungen zwischen den drei Staaten Israel, Jordanien und Palästina angeboten, die einen Staaten-

bund und eine Wirtschaftsunion einschließen könnten, ähnlich wie zwischen den Benelux-Staaten.

Weil es keinen klaren Rahmen gibt, innerhalb dessen sich die Grundlagen des Friedensprozesses definieren und sein schließlicher Ausgang steuern ließe, können sich die Palästinenser nur auf ihre eigene Kraft, auf die arabischen Mächte und auf die USA verlassen. Insofern es nicht in palästinensischer Macht steht, Israel zu den Konzessionen zu bewegen, die notwendig sind, um den Frieden zu erreichen und Gerechtigkeit herzustellen, und angesichts der arabischen Schwäche und Widersprüche, bleiben die USA als einzige Macht, die Israel dazu drängen könnte, das Völkerrecht und die Resolutionen der UN zu respektieren. Darum ist der Friedensprozeß insgesamt abhängig geworden von Imperativen der amerikanischen Außen- und auch Innenpolitik, die beide wiederum beeinflußt werden vom Prozeß des Zerfalls der Sowjetunion und der großen Schwäche der amerikanischen Wirtschaft.

Nun haben die USA noch nie die Fähigkeit bewiesen, die erforderlich ist, um Konflikte wirklich zu lösen. Sie konnten sich bislang immer nur zum Management unmittelbar drohender Krisen verstehen. Hin und wieder waren die USA auch fähig, brodelnde Konflikte einzudämmen, Krisenmanagement zu betreiben, um den Ausbruch des Konflikts zu verhindern und seine Entwicklung so zu steuern, daß dies eigenen Interessen dienen konnte. Innenpolitische Rücksichten und der Rhythmus der Präsidentschaftswahlen haben den aufeinanderfolgenden Regierungen Zeit und Kraft genommen, die notwendig gewesen wäre für wirkliche Konfliktlösung.

Behauptungen, Fortschritte in der Palästina-Frage könnten erreicht werden, wenn die Israelis die Autonomie akzeptiert haben, gehen fehl. Autonomie, wie sie Israel zu akzeptieren sich bereit erklärt hat, bestreitet den Palästinensern die Kontrolle über ihr Land, über ihre natürlichen Ressourcen (eingeschlossen das Wasser) und über bestimmte ökonomische Belange. Hinzu kommt, daß dieser

Autonomie-Plan die Stadt Jerusalem nicht mitumfaßt und auf der Voraussetzung basiert, die israelischen Siedlungen auf der Westbank und in Gasa seien Teile von Israel. Dieser Plan ist nur eine neue Finte, die Israel ermöglichen soll, seine Politik der Enteignung von Land, der Kolonialisierung und der Mißachtung der Rechte der Palästinenser fortzusetzen und ihr gleichzeitig in der palästinensischen und internationalen Öffentlichkeit Legitimität zu verschaffen.

Auch wenn der in Gang gekommene Friedensprozeß eine gute Gelegenheit darstellt, den arabisch-israelischen Konflikt beizulegen und die Stabilität wiederherzustellen, erscheinen die Erfolgsaussichten bestenfalls gering. Sein Scheitern jedoch würde das gegenwärtig schon gefährliche Wettrüsten im Nahen Osten mit neuem Zündstoff versorgen und die ökonomische Krise der Region verschärfen, was eine allgemeine Verwüstung der Region und darüber hinaus zur Folge haben könnte.

In dieser gewandelten Zeit ist die politische Aufspaltung zu einem Mittel geworden, um nationales Erbe zu wahren und den kulturellen Partikularismus zu bestärken. Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist zu einer unerläßlichen Bedingung des ökonomischen Überlebens und industriellen Fortschritts geworden. Im Interesse des ersteren war die Vorstellung nationaler Souveränität an international anerkannte Grenzen zu binden. Im Interesse des zweiten mußte die Vorstellung des Vaterlands erweitert werden, entsprechend den erweiterten Grenzen größerer Gemeinschaften.

Die Zukunftsvision der Palästinenser ist geprägt von dieser Zeit. Es ist eine Vision des Friedens und friedlicher Koexistenz, die gegründet ist auf die Errichtung eines Nationalstaates in *Westbank* und *Gasa* und auf die Entwicklung einer ökonomischen Gemeinschaft mit den Nachbarstaaten – Israel eingeschlossen.

*(Aus dem Englischen von Klaus Binder)*

## Kriegsgewinnler Iran

Wenn es im Golfkrieg Gewinner gegeben hat, dann ist einer von ihnen sicherlich die Islamische Republik Iran. Die Erben des Ayatollah Chomeini profitierten von der multinationalen Schlacht in der arabischen Wüste, noch bevor sie begonnen hatte: Wenige Wochen vor dem irakischen Raubzug im Öl-Emirat Kuwait hatte Saddam Hussein dem iranischen Staatspräsidenten Ali Akbar Rafsandschani Versöhnung angeboten. Nach dem zehnjährigen Iran-Irak-Krieg herrschte zwischen den Nachbarländern ein Waffenstillstand, aber kein Frieden. Mit der Besetzung Kuwaits ging der Frieden zwischen Bagdad und Teheran rasch über die Bühne. Die Iraker erkannten den Vertrag von Algier an, demzufolge die Grenze zwischen beiden Ländern in der Mitte des Schatt al-Arab verläuft. Saddams Truppen räumten die noch besetzt gehaltenen iranischen Gebiete und zehntausende von Kriegsgefangenen wurden ausgetauscht.

## Auf der Seite der »Ungläubigen«

Der Friedensschluß mit dem Irak war für die Teheraner Mullahs der wichtigste politische Erfolg, mit dem sie vor dem im Krieg geschundenen und von der Revolution enttäuschten Volk glänzen konnten. »Gesegnet sei dein strahlender Sieg, Du muslimisches Volk«, jubelte die iranische Zeitung KEYHAN, als die Friedenskunde die persische Hauptstadt erreichte. Der geschickte politische Schachzug des irakischen Führers, sich durch den Frieden mit dem persischen Nachbarn den Rücken im Osten im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Westen freizuhalten, wurde in der iranischen Propaganda als die nachträgliche Kapitulation der Iraker im Golfkrieg gefeiert. »Unser Volk, in dessen Schoße Märtyrer gedeihen«, schrieb KEYHAN in einem Leitartikel, »ist aus einem zehnjährigen historisch-ideologischen Krieg als Sieger hervorgegangen.« Indessen ging

die Rechnung Saddams, durch die Versöhnung mit dem Nachbarn die Teheraner Machthaber, die er jahrelang als *Steinzeitmullahs* bekämpft hatte, zu neutralisieren oder gar zu Verbündeten zu machen, nicht auf. Die Iraner fielen zwar dem nationalen Erzfeind militärisch nicht in den Rücken, doch politisch schlossen sie sich dem internationalen Block gegen Saddam an. Die Teheraner Regierung verurteilte die Besetzung Kuwaits, forderte die Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Regierung des Emirats und beteiligte sich – jedenfalls offiziell – am weltweiten Embargo gegen Bagdad. Zugleich verzichteten die Iraner darauf, sich an der antiirakischen Front zu exponieren, um nicht den Anschein einer allzu engen Kumpanei mit dem *US-Teufel* zu wecken. Das Gottesreich der Ayatollahs begnügte sich mit der Rolle eines stillen Teilhabers im internationalen Befreiungs- oder Ölunternehmen in den Golfgewässern. Die Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten sollte dem Pragmatiker Rafsandschani helfen, Iran aus der bisherigen Isolation herauszuführen. Mit Hilfe der Großmächte strebte er wieder jene Stellung an, die sein Land unter dem Schah innegehabt hatte: eine nichtarabische Ordnungsmacht am Golf. Unangefochten war indes der Kurs des schiitischen Machiavellisten wohl kaum. Die Präsenz amerikanischer Truppen auf dem *heiligen Boden Arabiens* lieferte seinen fundamentalistischen Rivalen das Argument, nicht Saddam Hussein, sondern der amerikanische Präsident George Bush sei der *Feind Nummer Eins des Islam*, den es aufs Blut zu bekämpfen gelte. Unter dem Druck der Radikalen sah sich sogar der stets auf Ausgleich zwischen den politischen Blöcken bedachte geistige Führer der islamischen Republik Ayatollah Said Ali Chamenei genötigt, dem *Heiligen Krieger* Saddam den schiitischen Segen zu erteilen: Der Kampf der Iraker gegen den *amerikanischen Satan* gelte als Dschihad, als heili-



Gruppenbild ohne Iran: Eröffnung der Nahost-Friedenskonferenz in Madrid

Foto: dpa

ger Krieg des Islam. Doch die Politik Rafsandschanis, getragen von der Mehrheit der Bevölkerung, die von einem pro-westlichen Kurs die Besserung ihrer Wirtschaftslage und die Lockerung der strengen Sitten erhofft, setzte sich durch.

Zunächst, wie es schien, war Iran der eindeutige Gewinner des Golfkrieges. Ohne einen Schuß zu feuern, hatte Teheran seine besetzten Territorien zurückbekommen. Überdies war Iran einen gefährlichen Feind an seiner Westgrenze auf absehbare Zeit losgeworden. Saddam Hussein blieb zwar – dank des amerikanischen Kalküls, der ölfreiche Irak würde ohne seinen Diktator den kurdischen Separatisten und den schiitischen Fundamentalisten anheimfallen – an der Macht, doch Asad al-Arab, der *Löwe der Araber*, hatte nun seine scharfen Zähne eingebüßt. Die Feuerkraft des irakischen *Hitler*, wie Saddam von deutschen Intellektuellen zur Rechtfertigung amerikanischer Bomben auf Bagdad apostrophiert wurde, reichte nur noch zur Vernichtung der eigenen schiitischen oder kurdischen

Landsleute. Doch wichtiger als die Sicherung der Grenzen war der Durchbruch Irans in der internationalen Politik.

Im Golfkrieg stand die islamische Republik praktisch auf der Seite der *Ungläubigen* gegen ein muslimisches Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung mit den Persern den schiitischen Glauben teilt. Dies bedeutete einen Abschied von den Sturm- und Drangjahren der islamischen Revolution. Die Tore des einzig real existierenden Gottesstaates auf Erden wurden westwärts aufgestoßen. Das große Iran-Geschäft winkte. Teheran wurde für eine Weile Drehscheibe der internationalen Politik und Wirtschaft. Die Minister und Manager aus Ost und West kamen in die iranische Hauptstadt, um sich mit den Mullahs ins Benehmen zu setzen: Japaner, Chinesen, Russen, Franzosen, Italiener, Briten und vor allem Deutsche. Der im Iran-Geschäft führende deutsche Konzern Thyssen veranstaltete sogar für die Mullahs in Düsseldorf ein vierwöchiges islamisches Kunst- und Kulturfestival. Die orientalischen Klänge und persischen Seidenteppiche

sollten nach dem Willen der Manager »die Vorurteile gegen die islamische Republik abbauen«. London und Paris normalisierten erneut ihre Beziehungen zu Teheran. Selbst mit dem saudischen Herrscher, König Fahd, den Chomeini wegen des Massakers an persischen Pilgern im Jahre 1986 in Mekka zu *ewiger Hölle* verdammt hatte, versöhnten sich die Nachfolger des verstorbenen Imams.

Doch die klammheimliche Hoffnung Rafsandschanis, Iran werden von den siegreichen USA als regionale Macht anerkannt und in die nahöstliche Politik einbezogen, ging nicht in Erfüllung. US-Präsident Bush hielt seinen Vorwurf des Staatsterrorismus gegen Teheran aufrecht, obwohl die Mullahs beflissen bei der Freilassung der westlichen Geiseln aus den Händen der schiitischen Radikalen Libanons mitwirkten. Die amerikanische Unversöhnlichkeit war Iran, gelegen zwischen dem Golf und der Sowjetunion, für die US-Politik von großer strategischer Bedeutung. Noch 1987 bemühte sich George Bush, trotz der anti-amerikanischen Eskapaden in Teheran Ayatollah Chomeini versöhnlich zu stimmen, indem er seine Emissäre mit einem wertvollen Koran als Geschenk im Diplomatenkoffer zum Imam schickte. Doch nach der Stationierung des amerikanischen Militärs in der Region und vor allem nach dem Zerfall der sowjetischen Supermacht dient Iran den amerikanischen Interessen besser als Feindbild denn als Verbündeter: die islamische Republik als ein neues Reich des Bösen.

#### Muslimische Konkursmasse der UdSSR

Von der *Pax Amerika* links liegengelassen, verlor Iran zunehmend seinen Einfluß in der arabisch-islamischen Welt. Doch mit dem Zerfall der Sowjetunion haben die Iraner ein neues Betätigungsfeld gefunden: die muslimischen Republiken aus der sowjetischen Konkursmasse. Vor kurzem bereiste der iranische Chefdiplomat Ali Akbar Velayati die unabhängig gewordenen mittelasiatischen Republiken. Glaubt man den iranischen Zeitungen, so wurde die Delegation aus

Teheran vom gläubigen Volk überall mit »islamischem Gruß, iranischen Fähnlein und Bildern des Imam Chomeini« empfangen. Velayati kehrte mit einem Koffer voller Verträge heim: neue Flug- und Eisenbahnlinien zwischen dem Iran und dem nördlichen Nachbarn, Hilfe bei der Ausfuhr kasachischen Öls, gemeinsame Industrieprojekte mit Turkmenistan, Programmaustausch mit dem aserbaidzhanischen Fernsehen und die Eröffnung iranischer Bankfilialen in den zentralasiatischen Städten. Ziel der islamischen Republik ist vor allem die religiöse und ideologische Durchdringung des *Turkistan*, wie das Gebiet zwischen Mongolei und dem Kaspischen Meer einst genannt wurde. »Die verlorenen Söhne des Islam«, schrieb kürzlich die Zeitung ETELAAT, die dem Staatspräsidenten Rafsandschani nahesteht, »müssen für die Umma (die islamische Gemeinschaft) zurückgewonnen werden.«

Der »wahre Islam des Imam Chomeini« soll also unter den 50 Millionen vom »kommunistischen Joch befreiten Moslems« verbreitet werden. »Nach 70 Jahren Trennung vom Islam«, schrieb die einflußreiche islamische Zeitung RESAALAT, »bedürfen unsere Brüder in der Sowjetunion der rechten Leitung!« Der Iran hofft als Schutzherr des mittelasiatischen Islam erneut an Bedeutung zu gewinnen und damit ein Gegengewicht zum derzeit von Riad und Kairo unter amerikanischer Schirmherrschaft geführten prowestlichen Block zu bilden. Bis vor kurzem haben sich die Mullahs von Teheran in den offiziellen Verlautbarungen zur Sowjetunion in Zurückhaltung geübt. Selbst die Hilferufe der schiitischen Aserbeidschaner überhörte man und verweigerte die Anerkennung der aserbaidzhanischen Republik. Man fürchtete, daß nach dem Zerfall der Sowjetunion die USA die alleinbestimmende Macht im Nahen Osten werden würden.

Seit der endgültigen Auflösung der Sowjetunion beginnt Teheran eine offensive Politik. Der iranische Parlamentspräsident Hodschatolislam Mehdi Karubi erklärte kürzlich, mit der Entsendung von parlamentarischen Delegatio-

nen in die muslimischen Republiken wolle der Iran den neuentstandenen Ländern die Erfahrungen des *Islamischen Parlamentarismus* übermitteln. Begeistert berichteten die iranischen Medien vom »islamischen Aufstand der heldenhaften Völker der Tschetschenen und Inguschen« gegen Moskau, von denen im Reich der Ayatollahs allerdings kaum jemand je etwas gehört hat. Der iranische Vormarsch in Mittelasien indes ist nicht unangefochten. Gleiche Ambitionen haben auch die Türken. Nicht der islamische Gottesstaat der Mullahs, sondern die laizistische türkische Republik soll den Turkvölkern der Sowjetunion als politisches Modell dienen. Bildet der Panislamismus die ideologische Grundlage der iranischen Politik in Mittelasien, so ist der Panturkismus, also der Traum von einem türkischen Reich, das sich vom Bosphorus bis nach China erstreckt, das Leitmotiv der türkischen Propaganda. Im Kampf um das Leninerbe hat die Türkei bereits einen Sieg davongetragen. Die Türken, die als erste die aserbeidschanische Republik anerkannten, setzten in Baku durch, die verhaßte kyrillische Schrift, die den muslimischen Völkern von Stalin aufgezwungen worden war, durch das lateinische Alphabet zu ersetzen. Die Iraner hatten für die arabische Schrift als Symbol der islamischen Einheit plädiert. In zwei Republiken, Tadschikistan und Usbekistan, dürfte die arabische Schrift siegen. Duschanba und Taschkent haben Teheran bereits um Lehrmaterial und Fachkräfte für die islamische Schreibkunst gebeten.

Die vom heiligen Boden Arabiens verkündete *neue Weltordnung* der Amerikaner hat sich als großer Bluff, als eine neue Weltunordnung erwiesen. Nicht ein einziges der bestehenden Probleme und Konflikte im Nahen Osten ist gelöst. Mit der Auflösung der Sowjetunion bahnen sich neue Konflikte von unabsehbaren Folgen an. Für den Westen ist die Entwicklung in Mittelasien beängstigend, da es in den muslimischen Republiken auch taktische Nuklearraketen gibt. Man fürchtet, daß sie diese Waffen gegen Devisen verkaufen könnten.

BASSAM TIBI

## Keine Demokratisierung im Nahen Osten

**W**arum wird die erhoffte Demokratisierung im Nahen Osten auch nach dem Golf-Krieg nicht eingeleitet? Kriege erschüttern für gewöhnlich soziale Strukturen und destabilisieren politische Systeme. Der Golf-Krieg hat aber diese historisch bewährte Wirkung von Kriegen nicht bestätigt. Die verkrusteten Strukturen des Nahen Ostens, die das Erdbeben überstanden haben, bestehen weiter. Auch die Beobachter, die jenen Krieg nicht befürworteten, hofften trotzdem, daß er der Region des Nahen Ostens durch die Erschütterung der dortigen politischen Gebilde als positive Wirkung Demokratie bringen würde.

Im Nahen Osten gibt es zwei Formen der orientalischen Despotie: eine *traditionelle* Form, die von Stämmen und Großfamilienverbänden, so wie der Sabbah-Sippe von Kuwait, verkörpert wird, und eine *modernisierte* Form orientalischer Despotie, die von totalitären Parteien, wie der panarabischen Baath-Partei (Irak und Syrien), getragen wird. Der Golf-Krieg hätte gleichermaßen Saddam Husseins Baath-»Republik der Angst« und den Familienbetrieb der Sabbahs in Kuwait in Demokratie verwandeln können. Diese verblaßte Hoffnung basierte nicht nur auf der erwarteten erschütternden Wirkung des Golf-Krieges; sie beruhte auch auf den Verkündungen des amerikanischen Präsidenten Bush während der Golf-Krise, denen zufolge das primäre Ziel der USA in der Verteidigung der Rechtsnormen und der Werte der zivilisierten Welt bestünde. Demokratie ist wohl der höchste Wert dieser zivilisierten Welt. Aber beide Voraussetzungen schienen nicht zuzutreffen. Zum einen hat der Golf-Krieg die Sabbah-Familie in Kuwait sowie Saddam Husseins Terrorherrschaft im Irak eher stabilisiert als erschüttert. Und zum anderen wurde in der Nachkriegsperiode überdeutlich, daß den USA mehr an einer stabilen als an einer

demokratischen Golf-Region nach dem Krieg liegt. Demokratie ist eine westliche Regierungsform. Ist sie nicht auf den Orient übertragbar? Gehen die Uhren in Arabien anders? Michael Massing berichtet in *NEW YORK REVIEW OF BOOKS* aus der irakischen Hauptstadt: »Die Angst ist zurück in Bagdad«, weil die Geheimdienste Saddams/die *Mukhabarat* voll wieder am Werke sind. Ein anderer arabischer Potentat, der Kronprinz von Kuwait, Saad al-Sabbah, formuliert es unzweideutig, Demokratie sei unerwünscht, sie würde die kuwaitische Familie entzweien. Was muß sich im Orient verändern, damit die Menschen dort in Freiheit leben können?

### Kein Druck auf den Emir

Halten wir die Bilanz des Krieges fest: Kuwait wurde befreit, aber Saddam Hussein ist an der Macht geblieben, nicht ganz ohne amerikanische Beteiligung aus Angst vor der Alternative, einer Libanisierung des Irak. Aber die Alternative hätte gleichermaßen in Kuwait und Irak anders heißen können: *Demokratie*. Diese scheint in allen Ländern des Nahen Ostens lange auf sich warten zu lassen. Aufgeklärte Araber, die unter den Despoten ihrer Herrscher leiden, hofften, daß der Golf-Krieg die dort vorherrschenden Despoten schwächen würde, so daß ein Freiraum für eine Demokratisierung hätte entstehen können. Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt. Die USA, die im Namen des Völkerrechts und der demokratischen Werte des Westens gegen Saddam Husseins Piraterie in Kuwait vorgingen, enttäuschten die westlich orientierte Intelligenz in Kuwait und Saudi-Arabien, die sich von den USA mehr Druck auf die dortigen Herrscher in Richtung Demokratisierung wünschten.

Bereits einen Monat nach Kriegsende, noch Anfang April, hat Präsident Bush durch die Sprecher seiner Administration verlauten lassen, daß er *nicht* gedenke, einen »starken Druck« auf den Emir von Kuwait, Jaber al-Ahmad al-Sabbah, auszuüben, um ihn zu veranlassen, demokratische Reformen durchzu-

führen. Der Präsident wolle sich nicht in die internen Angelegenheiten von Kuwait einmischen. Der Emir brauchte ganze zehn Wochen nach der Befreiung seines Landes, um dorthin zurückzukehren. Der Grund: Nicht nur wollte er die Reparaturarbeiten seines von den bestialischen irakischen Soldaten demolierten Palastes durch die Bau-Ingenieure der US-Streitkräfte abwarten, auch wollte er sicher sein, daß die ihn verängstigenden irakischen Besatzer Kuwait wirklich verlassen haben. Nun beängstigt ihn etwas anderes als die Irakis, der Ruf der Opposition nach Wahlen. Das Weiße Haus hat – laut *NEW YORK TIMES* – verlauten lassen, daß Präsident Bush in seiner Korrespondenz mit dem Emir »das Wort Demokratie gemieden habe« und daß er die Annahme der Demokratisierung auf »sehr sanften Ansporn in der privaten Korrespondenz« beschränkt hätte – natürlich ohne den Emir durch die Anführung des Wortes *Demokratie* zu verärgern. Heute ist von der erhofften Demokratisierung der Region jedenfalls keine Spur erkennbar. Ist der Nahe Osten überhaupt demokratisierbar oder ist das bloß ein westliches Wunschenken?

Läßt man dieses westliche Wunschenken über Demokratisierung im Nahen Osten beiseite, dann erkennt man, daß *Demokratie* innere Bedingungen voraussetzt; ihre Einführung erfordert einen Wandel in *zwei* wichtigen Bereichen der nahöstlichen Gesellschaften. Zunächst ist ein Wandel in der arabischen politischen Kultur notwendig, um die Entwicklung pluralistischer Verhaltensweisen in Hinblick auf Demokratie als einer eigenen politischen Kultur zu begünstigen. Pluralismus läuft dem arabischen kulturellen Kollektivismus zuwider und kann im Nahen Osten ohne entsprechenden kulturellen Wandel nicht Fuß fassen. Darüber hinaus muß in Gesellschaften mit unterschiedlichen Stufen geringer Institutionalisierung und einem höheren Grad einer Personifizierung der Macht eine politische Entwicklung im Sinne einer Bildung demokratischer Institutionen stattfinden, die es im Nahen Osten gar nicht gibt. Grob gesagt: Beide

Voraussetzungen zur Unterstützung von Demokratisierung, d. h. eine politische Kultur der Demokratie und demokratische Institutionen, sind – mit den Ausnahmen Israel und Ägypten – im Nahen Osten nicht gegeben.

### Westliche Lippenbekenntnisse

Demokratisierung wurde durch den Golf-Krieg wieder zu einer zentralen Fragestellung im Nahen Osten. Das heißt nicht, daß das Problem nicht auch schon früher von arabischen Intellektuellen angesprochen wurde. Im November 1983 wurde dieses Thema von einem arabischen Kreis von 70 führenden Wissenschaftlern, Journalisten und ehemaligen Politikern – unter ihnen der Autor – unter dem »*azmat al-demokratyya*/Krise der Demokratie« in der arabischen Welt behandelt. Diese Versammlung mußte in Limassol/Zypern tagen – eine Zusammenkunft im arabischen Nahen Osten selbst wurde untersagt. Aus diesem Kreis ist die heute auch nach dem Krieg noch aktive »Arabische Gesellschaft für die Verteidigung von Menschenrechten« hervorgegangen, die Menschenrechtsverletzungen nach dem Vorbild von Amnesty International gleichermaßen in Irak, Kuwait und Saudi-Arabien anklagt.

Wenn westliche Politiker heute Lippenbekenntnisse zur Demokratisierung im Nahen Osten abgeben, dann haben sie nicht primär Menschenrechte im Sinn; vielmehr geht es ihnen um politische Stabilität im Rahmen einer regionalen Nachkriegsordnung im Nahen Osten. Gewiß, eine Demokratisierung ist eine der zentralen Komponenten einer solchen erforderlichen stabilen neuen Ordnung in der Region. Es fällt nun auf, daß die arabischen gegnerischen Fronten im Golf-Krieg, d. h. Saddam Husseins Irak ebenso wie die arabische Anti-Saddam-Koalition von Diktatoren wie Assad oder mittelalterlichen Ölprinzen wie der kuwaitischen Sabbah-Familie und der saudischen Königsfamilie, Staaten sind, denen es an jeglichen Elementen von Demokratie fehlt. Im Westen wurde häufig argumentiert, daß die Welt vom Golf-



Foto: JOKER/Steußloff

Krieg verschont worden wäre, wenn die beteiligten politischen Systeme im Nahen Osten eine demokratische Struktur gehabt hätten. Der Irak hätte zur Durchsetzung seiner ökonomischen und territorialen Ansprüche nicht zu Gewaltmaßnahmen gegriffen und Kuwait hätte möglicherweise in der Behandlung der irakischen Forderungen international etablierte Prozeduren der politischen Verhandlung angewandt, anstatt in einer unversöhnlichen beduinischen Weise zu reagieren, die das aggressive Verhalten des Irak provozierte. Kurzum, Demokratisierung im Nahen Osten wäre nicht bloß ein politischer Prozeß, der den Menschen im Nahen Osten Freiheit bringt. Eine Demokratisierung in jenem Teil der Welt würde zu einem Element in den nach wir vor nicht vorhandenen, aber dringend benötigten strategischen Konzepten für einen stabilen Nahen Osten werden, von denen auch die Stabilität im Westen abhängig ist.

Wie steht es nun mit der Glaubwürdigkeit des Westens, der im Namen des universell zu verteidigenden Rechts militärisch an den Golf zog? Jüngst hat

William Safire in der NEW YORK TIMES ausgeführt, daß die USA zu schüchtern gewesen seien, Demokratie im Nahen Osten durchzusetzen, und er fand dies bedauerlich. Jenseits dieses Arguments von der *Schüchternheit* der Bush-Administration ist der Gemeinplatz hervorzuheben: Demokratie kann nicht von außen auferlegt werden und sie kann nicht gedeihen, wenn die inneren kulturellen und politisch-sozialen Voraussetzungen in den nahöstlichen Gesellschaften fehlen. Eine solche Argumentation steht nicht im Widerspruch zu der Vorstellung, daß die Aufgabe der Demokratisierung ein integrativer Bestandteil jeder westlichen Nahost-Politik werden sollte. Demokratisierung zu fördern heißt nicht sie von außen aufzuzwingen, auch wenn in einigen Fällen auf us-alliierte Herrscher im Nahen Osten, wie gegenwärtig Kuwait und Saudi-Arabien, ein gewisser Druck nötig ist. Die arabischen Fürsten beider Staaten halten Demokratisierung für kulturell fremd und lehnen sie deshalb ab; die saudischen und kuwaitischen Herrscherfamilien glauben, daß sie den benötigten demokratischen Wandel verhindern können, da sie in der Illusion gefangen sind, daß die Vor-Kriegssituation unverändert wiederhergestellt werden kann. Es scheint auch so, daß dies die Bilanz des Krieges in den Golf-Ländern ist. Die Fragen kommen wieder auf: Hat sich der Koalitionskrieg gelohnt? Sind die al-Sabbahs den Einsatz der Weltgemeinschaft wert?

#### Familienbetrieb in Kuwait

In Kuwait liegt die tatsächliche Macht ausschließlich bei der al-Sabbah-Familie, der etwa 1 500 Prinzen und Prinzessinen angehören. Diese Familie regiert Kuwait nach dynastischen Prinzipien bereits seit 1756. Unter den Golfstaaten ist allein Kuwait in der »glücklichen Lage«, auf formale demokratische Akte zu verweisen. Diese Akte beschränken sich auf die Bildung von drei Parlamenten, deren letztes durch den Emir ein Jahr nach seiner Wahl 1985, d. h. 1986, suspendiert wurde. Die Amtsenthebung eines Parla-

ments durch ein Staatsoberhaupt muß nicht gleichbedeutend sein mit dessen Abschaffung. In Kuwait jedoch war dies der Fall. In diesem Land sind etwa 70 Prozent der Bevölkerung in rechtlicher Hinsicht Ausländer, d. h. Menschen, die zwar zumeist in Kuwait geboren sind, denen aber die rechtliche Staatsbürgerschaft versagt wird. Bei den Wahlen 1985 hatten nur 10 Prozent der Kuwaitis, d. h. 60.000 Männer, das Recht zu wählen, aber nicht alle von ihnen hatten auch das Recht gewählt zu werden. In Kuwait gibt es keine politischen Parteien. Während der Wahlen in den 70er und 80er Jahren mußten die Kandidaten ihre Kampagnen im Namen ihrer traditionellen Gemeinschaften führen, die zumeist familial oder tribal definiert sind. In Kuwait gibt es die Institution der *diwaniyya*, die als ein funktionales Äquivalent zu Parteien im modernen Sinne angesehen werden kann. Es existiert keine institutionalisierte Partizipation am Entscheidungsprozeß.

Die *diwaniyya* ist der jeweilige Empfangsraum, in dem sich kuwaitische Männer treffen, um bei Tee und Kaffee über politische Fragen zu sprechen. Die *diwaniyya* ähnelt den europäischen Kaffeehäusern im Wien des 19. Jahrhunderts, mit dem bedeutenden Unterschied jedoch, daß nicht nur der öffentliche Charakter einer demokratischen Kultur und die Mobilität in der Mitgliedschaft fehlen, sondern diese Treffen auch ausschließlich Männern vorbehalten sind. Auch die Herrscherfamilie der al-Sabbah hat ihr *diwaniyya*, das gegenwärtig von Kronprinz Saad al-Sabbah geleitet wird; er empfängt Angehörige seiner Familie, um mit ihnen über wichtige soziale und politische Probleme im Leben des Emirats zu diskutieren. Vom Emir von Kuwait Jaber wird gesagt, daß er selbst keine Zeit für Politik hat, da seine meist weniger als eine Woche währenden, allwöchentlich geschlossenen Ehen mit jungfräulichen kleinen Mädchen ihn voll in Anspruch nehmen. Die Kaufleute, die wie alle anderen Kuwaitis nach tribalen und familialen Ursprüngen gespalten sind, haben ihre eigenen *diwaniyyas*. Sie

bestehen auf der Wiederherstellung des Parlaments und auf der Festlegung eines konkreten Datums für die Wahlen, die von den al-Sabbahs für den Tag nach der Befreiung von der irakischen Besetzung versprochen worden waren. Auch wenn Kuwait sein Parlament und formale demokratische Systeme hätte, müßten doch der Premierminister und die wichtigsten Minister Sabbahs sein. Nach der Befreiung Kuwaits wurde die erste Regierung von Kronprinz Saad al-Sabbah in eben dieser Art und Weise zusammengesetzt. Sie mußte infolge der heftigen Kritik von seiten der Opposition wieder aufgelöst werden. Die im vergangenen April eingesetzte Regierung zeigt dennoch keine große Veränderung. Die wichtigsten Minister sind nach wie vor Sabbahs. So wurden z. B. der frühere Außenminister ebenso wie der Verteidigungsminister, die Sabbahis sind, jeweils durch einen anderen Sabbah-Prinzen ersetzt. Die Kaufleute, die den wichtigsten Teil der kuwaitischen Opposition bilden, fordern, daß die Zugehörigkeit zur al-Sabbah-Familie nicht das zentrale Kriterium für die Besetzung hoher Positionen im Staat sein sollte. Darüber hinaus sollten die wichtigsten Minister nicht aus der Sabbah-Familie rekrutiert werden. Die Herrscherfamilie ist jedoch in keiner Weise bereit, diesen Forderungen in bezug auf Demokratisierung zu entsprechen. Kurzum: Kuwait ist ein Familienbetrieb und unterscheidet sich dadurch nur in der Form von den anderen Golf- und Nahost-Systemen. Demokratie ist ein westliches Fremdwort.

Viele Nahost-Länder haben formal ein Parlament – wie der Irak z. B. –, das jedoch in Wirklichkeit eine Farce ist. Einer der Gründe für die Auflösung des kuwaitischen Parlaments 1986 war, daß zu viele Parlamentsmitglieder die Tatsache vergessen hatten, daß Kuwait ein von der al-Sabbah-Familie regierter Staat ist. In Antwort auf die kuwaitischen Forderungen nach Demokratisierung erklärte Kronprinz Saad al-Sabbah, daß Demokratie das kuwaitische Volk spalten würde. Die traditionelle kuwaitische Ablehnung des Pluralismus spiegelt

exakt das arabische Verständnis von dem Volk wider, das als ein unteilbares kollektives Ganzes von einer Autorität, d. h. in undemokratischer Weise, regiert wird. Jene, die dieser Auffassung nicht zustimmen, riskieren ihr Leben. Die Sabbah-Familie hat ihre eigenen Truppen, um mit solchen Dissidenten gewaltsam umzugehen. Einer von ihnen, Hamed Juwan von der »Konstitutionellen Bewegung für Demokratie«, war unter den Opfern, die einen Anschlag überleben konnten. Er hatte Washington um Intervention der USA gebeten und der Königsfamilie damit deutlich gemacht, daß in Kuwait Demokratie etabliert werden müsse. Andrew Whitley hat in der NEW YORK TIMES hervorgehoben, daß die Wiederherstellung der al-Sabbah-Herrschaft »dem globalen Konsens, daß die Herrschaft des Rechts aufrechtzuerhalten sei, (viel schuldet). Es ist wichtig, daß Präsident Bush dem Emir erklärt, daß dieses Prinzip universal ist.« Dieser Kommentar führt uns wieder zu dem Problem des *Aufzwingens* von Demokratie. Die Araber müssen zweifellos ihre eigene Balance zwischen ihrer Geschichte und ihrem Platz in der modernen Welt finden; aber zugleich muß der Westen der Sabbah-Familie, ebenso wie den Saudis, verdeutlichen, daß der Platz Kuwaits in der modernen Welt nicht der gleiche wie vor dem Golf-Krieg sein wird. Die Sabbahs wären ohne den Einsatz des Westens nicht wieder in ihre Paläste eingezogen; sie sollten erkennen, daß ihre Familie nicht in dieselbe Welt zurückkehrt, die sie vor dem 2. August 1990 beherrschten, in der es keine Teilung von Macht zwischen den Herrschern und dem Volk von Kuwait gab.

Die arabische Welt ist nach dem Golf-Krieg nicht mehr dieselbe unveränderte Welt, auch wenn die Bilanz des Golf-Krieges so scheint, daß er die Region unverändert zu ihrem Vorkriegszustand zurückgebracht hat.

In Irak, Syrien, Saudi-Arabien und in Kuwait gibt es heute zwar noch weniger Freiheiten als vor dem Krieg, aber der Ruf nach Demokratisierung wird nicht mehr verstummen.

## Der Pate in der Nahostpolitik

Die geheimen Geschäfte der  
Firma Bechtel

Im Herbst bekam das US-Verteidigungsministerium eine ihm gebührende Ehrung: Für seine »die Wahrheit verschleiern den Erklärungen im Golfkrieg« wurde das Pentagon mit dem *Doppelsprechpreis* der amerikanischen Nationalkonferenz der Englischlehrer *ausgezeichnet*. Nach den Worten der Vorsitzenden, William Lutz, soll der an George Orwells Sprachkritik erinnernde Preis »eine Form der Anerkennung für den Mißbrauch der Sprache« sein, für die »bewußte Verschleierung von Sachverhalten in den offiziellen Erklärungen«. Doch grob täuschend war nicht nur die Darstellung der militärischen Aktionen, höchst manipulativ war auch das Gesamtbild, das der Öffentlichkeit – in den Printmedien wie für den elektronischen Guckkasten – geboten wurde. Große Teile der Medienwelt ließen sich einfangen von der gezielten Polarisierung zwischen gut und böse, zwischen »westlicher Vernunft« und »islamischem Fundamentalismus«, zwischen Emotionalisierung des Fremden und Überhöhung des Eigenen. Die Darstellung der wirtschaftlichen Interessen, politischen Motive und geschichtlichen Zusammenhänge wurden dagegen weitgehend ausgeblendet.

Der 2. Golfkrieg war ein Lehrstück für die Bedeutung der *Weltmacht Öl*, für die Folgezwänge aus der immensen Abhängigkeit der Industriestaaten ebenso wie für die Begehrlichkeiten großgerüsteter Diktatoren im zerbrechlichen Interessengeflecht des Nahen Ostens. Die Motive von Saddams Vorgehen liegen auf der Hand, wichtige Interessen und Akteure auf Seiten der USA sind dagegen bis heute weitgehend im Dunkeln geblieben. Eine besondere Rolle spielte hierbei der kalifornische Planungs- und Energiemulti *Bechtel*, seit Beginn der 70er Jahre in einer herausgehobenen Position für die amerikanische Politik in der Golfregion.

Ohne Bechtel läuft heute nichts mehr in den Scheichtümern, das Unternehmen hat auch das Monopol beim Wiederaufbau Kuwaits. Der Aufstieg begann nach dem ersten Ölpreisschub und der Zurückdrängung der alles dominierenden Ölmultis mit einem strategischen Kurswechsel der USA von der Beherrschung der Förderländer hin zur inneren Durchdringung der *prowestlichen* Ölemirate durch den Aufbau einer wechselseitigen Interessenabhängigkeit.

### Die unersättliche Gier nach Öl

Die Industriegesellschaften hängen am Öl wie der Junkie an der Nadel. Während über Jahrtausende die Energiebilanz der Menschheit nahezu konstant geblieben ist, explodiert sie seit der industriellen Revolution – immer maßloser in der Verfolgung der ökonomischen Grundparadigma der Moderne: Wachstum und Beschleunigung. Seit Beginn dieses Jahrhunderts vergrößerte sich die Energienachfrage um das Achzigfache, alleine Dreiviertel davon in den letzten 40 Jahren (*B. Clark*).

Mit keinem anderen Brennstoff verknüpft sich der gewaltige Nachkriegsboom so eng wie mit dem flüssigen Kohlenstoff. Den Anfang machte sein Einsatz als Leuchtstoff für die 1855 in den USA erfundene und sich rasch verbreitende Petroleumlampe. 1901 erwarb der britische Unternehmer d'Arcy vom persischen Schah die erste Konzession in der Golfregion, in der 1909 die Ölförderung begann. Zwischen den zwei Weltkriegen folgten auch französische (Mossul/1927), niederländische (Bahrein/1932) und amerikanische (Saudi-Arabien/1937) Firmen mit der Exploration in Nahost.

Seine einzigartige Weltbedeutung erlangte das Öl seit den 50er Jahren. Mit

dem boomenden Massenverkehr und der gewaltigen Expansion der Wirtschaft wurde es zum gefragten Schmierstoff des Industriezeitalters und erreichte schon in den 70er Jahren einen Anteil von über 40 Prozent an der Weltenergieversorgung. Mit dieser Entwicklung konnten die nordamerikanischen Ölunternehmen ihre Vormachtstellung gegen die europäische, vor allem englische Konkurrenz durchsetzen, die sich aus den Gebieten *südlich von Suez* zurückziehen mußte. Die USA setzten mit einer *Zwei-Säulen-Politik* auf Saudi-Arabien und den Iran, bis es 1979 zum Sturz des Schahs kam (*H. Fürtig*).

In den 70er Jahren begannen sich die Golfländer gegen ihre Abhängigkeit von den Ölmultis zu wehren. Die 1961 gegründete Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) suchte einen größeren Einfluß auf die Zugriffs- und Verwertungsmöglichkeiten zu erringen und konnte sich 1973 erstmals auf eine gemeinsame Strategie zur Kontingentierung und Preisbildung einigen. Die Folge war der erste *Ölpreisschock* mit einer gewaltigen Umverteilung internationaler

Finanzströme zu neureichen Vettern der Weltwirtschaft. Zwar reagierten die Industrieländer mit dem Aufschluß neuer Ölfelder in anderen, nicht OPEC-kontrollierten Regionen, doch trotz aller partiellen Erfolge blieb die große Abhängigkeit bestehen. Dies ist der Hintergrund für die Veränderung der amerikanischen Politik von der Beherrschung hin zur Durchdringung wichtiger Förderländer, vornehmlich Saudi-Arabiens.

Ohne Öl läuft heute kaum noch etwas. Den Löwenanteil frißt der Wärme- und der Treibstoffmarkt. Auch über 90 Prozent der organischen Chemie sind auf Rohstoffe angewiesen, die aus Erdöl oder dem benachbarten Erdgas stammen. Wenn selbst beim Auto alles weggelassen würde, was mit Hilfe von Erdöl gemacht ist, bliebe verblüffend wenig übrig. Rohöl wurde zur wichtigsten Ware der Welt, sein Preis bestimmt den Lebensstandard von Milliarden Menschen. 1989 verschifften Tanker eine Ölmenge, die mehr wog als die drei nächstwertigsten Handelsgüter Eisenerz, Getreide und Kohle zusammen (*A. Wolfers*).

Die Bedeutung der 12 Ölstaaten der

60 Prozent der kuwaitischen Raffinerien und petrochemischen Anlagen wurden während des Golfkrieges zerstört  
Foto: dpa



Golfregion wird in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich weiter zunehmen. Sie verfügen über fast zwei Drittel der unter heutigen Weltmarktbedingungen wirtschaftlich abbaubaren Ölreserven der Welt, von den bekannten 654 Mrd. Barrel (1 Barrel = 159 Liter) Rohöl in flüssigem Zustand lagern 404 Mrd. in den Festland- und Off-shore-Feldern vom Irak im Norden bis Oman im Süden. Hinzu kommt eine zweite wichtige Komponente: Die Ölfelder sind besonders groß, ergiebig und vergleichsweise leicht zu erschließen (*E. Gabriel*).

Die OECD-Länder haben *oil-based-economies* (E. Altvater), davon abhängig, wer am Ölhahn sitzt. Nordamerika und Westeuropa beanspruchen rund 43 Prozent der Weltenergie, obwohl sie es gerade auf einen Anteil von nur 11,5 Prozent an der Weltbevölkerung bringen. Ein Bundesbürger nutzt dreimal so viel Energie wie im Weltdurchschnitt, der wiederum ganz überwiegend von den Industrieländern hochgetrieben wird. Über 40 Prozent der bundesdeutschen Nachfrage wird durch Öl gedeckt. Noch drastischer ist das Bild für die USA, die jährlich 3 Mrd. Tonnen Öleinheiten für ihren *way of life* reklamieren. Das ist für 4,7 Prozent der Bevölkerung genauso viel wie für die 75 Prozent, die in den Entwicklungsländern leben. Zwar konnten die Vereinigten Staaten ihren Energiehunger in den letzten 2 Jahrzehnten in etwa konstant halten, wogegen er in Japan und der Bundesrepublik jeweils um rund 15 Prozent anstieg, doch ist er pro Kopf gesehen noch immer doppelt so hoch wie in Westeuropa und gar zweieinhalbmal größer als in Japan. Nach den Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) wird er in den nächsten Jahrzehnten nicht etwa, wie ökonomisch angezeigt und ökologisch geboten, sinken, sondern wieder drastisch steigen: um ca. 20 Prozent bis zum Jahr 2005 (*H. Juran*).

Weil sich die Süchtigen bisher jeder ernsthaften Therapie (sprich: rationelle Energienutzung und Solarwirtschaft) verweigern, nimmt ihre Abhängigkeit weiter zu. Aus den Erfahrungen der letz-

ten 20 Jahre wurden keine, zumindest nur sehr halbherzige Schlußfolgerungen gezogen. So gleicht das System der globalen Energieversorgung einem höchst explosiven Gemisch aus ökonomischen, ökologischen und geostrategischen Risiken. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das zu einer Katastrophe führen kann. Um noch einmal Schlesinger auf der 14. Weltenergiekonferenz von 1989 zu zitieren: »Ein 3. Weltkrieg, sollte er stattfinden, würde wahrscheinlich um die Energiequellen in der Golfregion geführt werden.«

Öl ist unter Mengen- und Preisgesichtspunkten eine Lebensfrage für die Industrieländer geworden, vor allem für die USA, die die niedrige Produktivität ihrer angeschlagenen Wirtschaft durch sehr billige Energie auszugleichen versuchen und heute wieder 50 Prozent ihres Ölbedarfs importieren.

Im großen Ölgeschäft sind die industriellen Volkswirtschaften aber nicht nur Süchtige, sondern – vor allem die westlichen – auch Dealer, mit allen Mitteln bestrebt, kein unkontrolliertes Monopol entstehen zu lassen, dem sie auf Gedeih und Verderb ausgeliefert wären. Nach zwei *Ölpreisschocks* ist allen Beteiligten klar, was es bedeutet, daß über 40 Prozent der internationalen Primärenergie vom gesicherten Ölnachschub abhängen. Dies ist der Hintergrund, weshalb us-Präsident Carter die bevölkerungsarmen, aber öltreichen Golfemirate Ende der 70er Jahre zur »strategischen Region amerikanischer Interessen mit lebensnotwendiger Bedeutung« erklärt hat.

Der Prozeß der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung ist in besonderer Weise mit Saudi-Arabien verbunden, dem wichtigsten Ölförderland der Welt: enge Kumpanei mit der Führungsschicht, Integration in die Weltwirtschaft und intensive militärische Zusammenarbeit. Die us-Strategie verdichtete sich auf dieses Land, einschließlich der Planungen für schnelle Eingreiftruppen. Und nicht zuletzt kann Saudi-Arabien aufgrund seiner gewaltigen Reserven selbst einer erbitterten Konkurrenz mit anderen Ölanbietern am Golf widerste-

hen, die alle ihr Nationalbudget zu über 80 Prozent aus dem Rohstoffgeschäft bestreiten. Dem bevölkerungsarmen Land garantiert in der Regel selbst ein niedriger Ölpreis noch sichere und ausreichende Einnahmen. Bei einer aggressiven Niedrigpreispolitik könnten letztlich nur die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait mithalten und damit die Staaten, die seit 1981 im *Gulf Cooperation Council* (GCC) zusammenarbeiten.

### Die Lunte am Pulverfaß

Mit der gewaltsamen Okkupation Kuwaits, immerhin das drittgrößte Ölförderland am Golf, legte Saddam Hussein die Lunte an dieses höchst komplizierte und fragile Pulverfaß wirtschaftlicher und politischer Interessen. Er offenbarte damit das gewaltige Energiedilemma der Industriestaaten, bei dem die USA in erster Linie nicht – zumindest derzeit noch nicht – die Sicherung ihrer nationalen Versorgung zu fürchten hatten, sondern die Folgen eines erneuten Preisanstiegs aufgrund globaler Engpässe. Wer doppelt soviel Energie in Anspruch nimmt und sich zudem in einer wirtschaftlichen Rezession befindet, den treffen höhere Energiepreise auch mindestens doppelt so hart.

Für Saddam waren in erster Linie wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend: eigene wie möglicherweise auch strategische. Das mit je nach Quelle zwischen 80 und 120 Mrd. Dollar verschuldete Land suchte einen Weg, um auch weiterhin – vor allem auf militärischem Gebiet – eine führende Rolle in Nahost zu spielen. Wie schon im ersten Golfkrieg lag die Begehrlichkeit auf dem schwarzen Gold. Während es damals um die iranische Provinz Chuzestan ging, in der 80 Prozent des persischen Öls gefördert wird, schien diesmal Kuwait mit seinen großen Vermögenswerten (allein 120 Mrd. Dollar Auslandsinvestitionen) die Chance zu eröffnen, die durch den Krieg ausgezehrt Bevölkerung zu befriedigen, die Kriegsschulden zu tilgen und die Armee weiter aufzurüsten. Die Einverleibung des kleinen Emirats verhieß eine

dauerhaft starke Stellung in der Region und auf dem Weltmarkt: der irakische Gesamtbesitz an Erdöl beliefe sich dann auf fast 190 Mrd. Barrel und damit rund 25 Prozent der Weltölreserven.

Der Irak sah sich schon als zweitgrößter Erdöleigner der Welt, einziger echter Konkurrent für die Saudis. Ungeklärte territoriale Fragen, so problematisch die nachkolonialen Grenzbeziehungen auch sind, bildeten wieder einmal den Vorwand zur Durchsetzung handfester Wirtschaftsinteressen. Doch, womit der irakische Diktator offenkundig nicht gerechnet hatte, war die Härte der amerikanischen Reaktion, die sich aus den möglichen geostrategischen und weltwirtschaftlichen Konsequenzen des dreisten Überfalls erklärt. Denn, so US-Präsident Bush im Sommer 1991, »der Krieg wurde nicht um die Demokratie in Kuwait geführt«, sondern, zumindest ganz überwiegend, um eine vierfache Verletzung des *Status Quo* in der Region:

- Die weltwirtschaftlichen Risiken durch höhere Energiepreise: Seit Mitte der 80er Jahre war es im Zusammenspiel mit Kuwait und Saudi-Arabien gelungen, den Ölpreis wieder zu drücken und zu stabilisieren und damit die ökonomischen Risiken zu mindern;
- die Kontrolle eines Viertels der Ölreserven durch Saddam: Die großen Ölmultis kamen 1989 bei einer theoretischen Annahme, daß die USA, müßten sie ihre gesamte Energienachfrage aus eigenen Ölquellen befriedigen, nur Reserven von 15 bis 20 Jahren hätten. Mit den Ölvorräten Saudi-Arabiens wären es dagegen mindestens 120 Jahre;
- die unmittelbare Gefährdung Saudi-Arabiens, dem wichtigsten Verbündeten im Ölgeschäft und Kernland amerikanischer Interessen am Golf: Dort konzentrieren sich ihre Investitionen und die Aktivitäten zur Rückschleusung von Petrodollars in die USA. Was aber soll nach der schnellen Eroberung Kuwaits Saddam noch daran hindern, auch Saudi-Arabien zu nehmen?;

- die andauernden Versuche Saddams, durch die Option auf Atom- und Chemiewaffen die militärische Hegemonie in der Region einzunehmen, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts dem NATO-Land Türkei zugedacht ist.

### Die Rolle der Firma Bechtel

Im Kampf um den politischen Einfluß und die wirtschaftliche Macht am Golf nimmt das kalifornische Multiunternehmen Bechtel eine Schlüsselrolle ein. Nur bei Insidern löst der Name bestimmte Assoziationen aus, denn der Konzern mit dem deutschen Namen ist verschwiegen wie ein Grab. Weil Amerikas Politik und Big Business beim größten Energiemonopol der Erde mitbestimmen wollen, werden die Aktivitäten eng miteinander verzahnt: Bechtel arbeitet im Interesse der Regierung, und umgekehrt unterstützt die Regierung die Interessen von Bechtel.

Von Warren Bechtel 1898 in San Francisco gegründet, war die Company bis in die 70er Jahre vor allem auf dem Energiesektor tätig. Als Planungs-, Konstruktions- und Bauunternehmen baute sie fast zwei Drittel aller amerikanischen Atomkraftwerke. Mit Beginn der 70er Jahre ging das Geschäft immer schlechter und kam 1979 mit der Beinahekatastrophe von Harrisburgh endgültig zum Stillstand. Seit dieser Zeit engagiert sich die Firma wie keine zweite in den neureichen arabischen Ölstaaten. Stephen Bechtel erkannte nach dem Ölchock von 1973 schnell die zukünftige wirtschaftliche Bedeutung der Region, vor allem Saudi-Arabiens. Das deckte sich mit der außenpolitischen Doktrin der Regierung. Bechtels Leute halfen bei der Erschließung der Ölquellen, übernahmen die Regie beim Aufbau einer petrochemischen Industrie und wurden zur wichtigsten Schaltstelle für die wirtschaftlichen Aktivitäten, vor allem auch zur Rückschleusung von Ölgeld in die Industriestaaten.

Firmenchef Bechtel organisierte die feste ökonomische Bindung der Emirate an die USA durch Gemeinschaftsprojekte und eine »amerikanische Infrastruktur«.

Er überzeugte 1973 König Feisal vom Bau der Industriemetropole Al-Jubail am persischen Golf, ein 45 Mrd. Dollar-Auftrag in der Ausdehnung von Groß-London. Die Firma bekam den Auftrag für den neuen petrochemischen Komplex Jambu, 110 km von Jubail entfernt, am Roten Meer und baute auch die Transarabien-Pipeline, durch die Öl des heutigen saudischen Monopolisten Aramco nach Sidon an die Mittelmeerküste des Libanon gepumpt wird.

Mit der beherrschenden Stellung in Saudi-Arabien wurde Bechtel überall in der Region Tür und Tor geöffnet, auch im Irak und selbst im Iran. So geht auch der Bau einer großen Fabrik zur Herstellung von Senfgas in Akashat, rund 400 km südlich von Bagdad, finanziert von der firmeneigenen Financing Services zusammen mit der britischen Midland-Bank und getarnt als Produktionsstätte für Düngemittel, auf das Firmenkonto. Erst Mitte 1990 kündigten die hemdsärmeligen Manager an, die Arbeiten einzustellen, freilich um dabei zu verschweigen, daß dies erst ein Jahr später der Fall sein sollte.

Mit der Erschütterung der Energiemärkte blühten die Geschäfte auf. Die schnell erreichte Vormachtstellung in Nahost ist eng mit George Shultz, heute einer der wenigen Mitbesitzer des Unternehmens, Caspar Weinberger und Philip Habib verbunden. Shultz quittierte 1974 für Bechtel sein Amt als Finanzminister unter Richard Nixon, der Chefjustitiar Weinberger betonte schon damals die Bedeutung der Region als *lebenswichtige Rohstoffquelle* und Habib, bis heute Nahostberater der amerikanischen Regierungen, war für die strategischen Planungen zuständig.

Die gemeinsamen Interessen und die Antihaltung zu Präsident Carter führten Bechtel und die Republikanische Partei, zu deren Sponsoren die Firma zählt, vor allem mit der zweiten Hälfte der 70er Jahre eng zusammen. Der Aufstieg der *Kalifornien-Connection* begann. Vorausgegangen war das am Widerstand der Unternehmen und Verbraucher gescheiterte Programm der Demokrati-

schen Partei, die Ölimporte um 40 Prozent bis zum Jahr 1990 zu verringern. Carter unterschrieb daraufhin 1979 die Präsidentenverfügung zur Bildung einer Sondereinsatztruppe für Saudi-Arabien (*Rapid Deployment Force*).

Die Bechtel-Manager Shultz und Weinberger wurden zu engsten Beratern für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan und nach der Niederlage von Jimmy Carter übernahmen beide 1981 Schlüsselfunktionen in der Regierung. Als Außen- und als Verteidigungsminister wurden sie zusammen mit Habib zu den Architekten der US-Golfstrategie. Das Netz wurde eng geknüpft: Wie ein Krake breitete sich Bechtel in Politik und Wirtschaft aus – Mitarbeiter wurden zu Botschaftern in den Golfstaaten oder mischten, wie Richard Helms, beim CIA kräftig mit. 1986 holte Reagan mit Richard Godwin einen weiteren Topmanager als Staatssekretär ins Pentagon, der für alle wichtigen Waffenbeschaffungsprogramme, insbesondere für SDI, zuständig wurde. Es versteht sich von selbst, daß auch seine alte Firma hierbei kräftig absahnt. In dieses Bild der wechselseitigen Verknüpfung wirtschaftlicher und politischer Interessen paßt auch, daß unter Reagan die Programme zur Steigerung der Energieeffizienz um 70 Prozent (*A. Loyins*) gekürzt wurden.

Auch bei der Vorbereitung und Durchführung des Golfkrieges wollte die Armee nicht auf das Know-how von Bechtel verzichten. Mindestens 100 Mitarbeiter waren vor Ort dabei, als General Schwarzkopf das *schwarze Gold* für den Westen retten sollte. Selbstverständlich bekam die Firma anschließend auch den Auftrag zum Wiederaufbau Kuwaits und war dabei als erstes für das Debakel bei der Löschung des Flammeninfernos auf den brennenden Ölfeldern verantwortlich. Ursprünglich sollten nur amerikanische Firmen an diesen Arbeiten beteiligt werden, als sich diese Einengung jedoch zu einer Katastrophe auszuwachsen drohte, gab Bechtel dem kuwaitischen Druck nach und engagierte Löschteams aus weiteren 21 Ländern, die dann die

Herkules-Arbeit, statt, wie andernfalls prognostiziert, in 3 bis 5 Jahren, bis November 1991 bewerkstelligen konnten. Das tat dem Ansehen der Firma jedoch keinen Abbruch, wie ein neuer Riesen-auftrag aus Dubai belegt.

### Zivilisierung oder Militarisierung?

Als in Deutschland mit *Kein Blut für Öl* gegen den Golfkrieg protestiert wurde, gab es berechnete Anmerkungen, aber vor allem unberechtigte Kritik. Dabei war es zuerst die amerikanische Friedensbewegung, die bereits im Oktober 1990 auf dem Campus vor dem Washingtoner Capitol skandierte: »No, no, no, we won't go, we won't die for Texaco!« Und dieser Protest traf, auch wenn er keine Lösung für den akuten Konflikt anbot, den Kern der Auseinandersetzung. Es war zuerst ein Krieg um Öl und ein moderner Kreuzzug für den westlichen *Way of Life*, der auf den brennenden Ölfeldern einen vorläufigen Höhepunkt fand. Dabei kam die Welt gerade noch einmal davon. Als nämlich das renommierte Hamburger Klimazentrum ihre Computer irrtümlich mit einer sehr viel höheren Ruß- und Ölmenge programmiert hatte, war ein weltweiter Klimaschock die Folge.

Der Golfkrieg hat mögliche Konfliktlinien der Zukunft in einer Welt mit begrenzten Rohstoffen, störanfälliger Umwelt und ungerechter Reichtumsverteilung gezeigt: Um den Öko-GAU zu verhindern, sind ganz schnell globale Begrenzungen für die Bewahrung der Naturgüter notwendig, insbesondere eine drastische Verringerung der Nachfrage an Energie. Über diesen Schlüssel für eine friedliche Zukunft verfügen allein die wenigen hochentwickelten Industrieländer. Mehr denn je stellt sich die Frage: Sind diese noch in der Lage, das vorherrschende Denken und Handeln in den Strukturen militärischer Lösungen, im westlich-kapitalistischen Sinne oder der Überlegenheit des Nordens gegenüber dem Süden zu überwinden oder hat der Krieg bereits die Weichen gestellt, daß die, die unten sind, auch weiter unten bleiben.

## Krieg der Wörter

Intellektuelle Schadensbilanz  
nach dem Golfkrieg

Am Anfang war die Zensur, die den Blick auf das Schlachtfeld manipulierte. Das förderte die Phantasie. Die einen sahen den Dritten Weltkrieg mit einer Klimakatastrophe auf uns zukommen; andere entdeckten im Krieg die Fortsetzung demokratischer Politik mit anderen Mitteln. Man mag sich kaum mehr daran erinnern, wie erregt am Anfang des letzten Jahres zwischen Kriegsbefürwortern und Kriegsgegnern, den Bellizisten und die Pazifisten, gestritten worden ist.

*Lothar Baier:*

Nutzlose geschichtliche Lektion

Lothar Baier hat in mehreren Texten die Gnadenslosigkeit der deutschen Debatte kritisiert:

*Der Streit zwischen Friedensfreunden und Kriegsbefürwortern im Angesicht des Golfkriegs ist der beste Beweis dafür, daß es kein Lernen aus der Geschichte gibt. Jede Position nimmt für sich in Anspruch, auf die Erfahrung des Nationalzialismus zu antworten. Die Friedensliebe betrachtet die Militarisierung der Gesellschaft des nationalsozialistischen Deutschland als das entscheidende Verhängnis und setzt deshalb auf die innere und äußere Abrüstung. Die Gegenseite sieht den Fehler dagegen im Mangel an Kampfbereitschaft und hat sich vorgenommen, beim nächsten Mal gleich hart und entschlossen zuzuschlagen. Eine geschichtliche Lektion, die zu solchen miteinander unvereinbaren Schlussfolgerungen führt, hat keinerlei Nutzen. Pazifisten und Bellizisten hat es auch schon vor Hitler gegeben. Im Interesse der Gegenwart empfiehlt es sich deshalb, den Nationalsozialismus, Hitler, München und Auschwitz für diesmal als historische Lektion zu vergessen.<sup>1</sup>*

Baier trifft den fatalen Kern, wenn er die Funktionalisierung geschichtlicher Lehren attackiert. Als Kritiker muß man Distanz bewahren und man möchte auch Distanz bewahren zu Leuten, die ange-

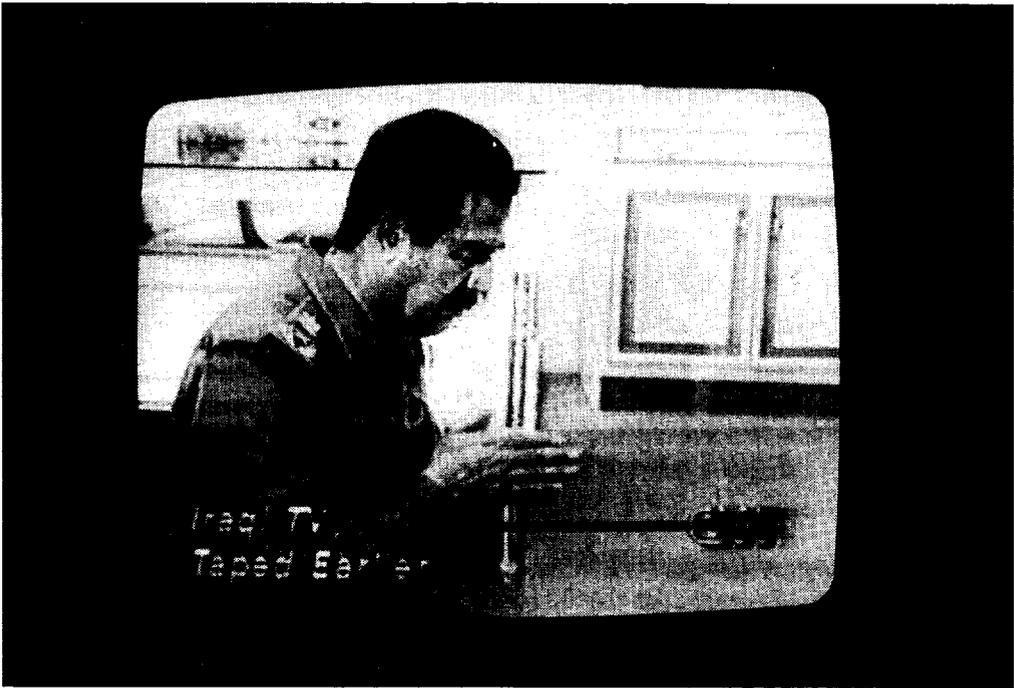
liche Lehren aus der Geschichte ziehen, um ihre politische Stellungnahme moralisch aufzuladen. Auch für den, der sich keiner Partei anschließen mag, gab es keinen gleichen Abstand zu beiden Parteien. Der rasante Gang der Ereignisse, Saddams Aggression und Bushs Intervention, die praktische Verbindung des Golfkrieges mit dem Existenzrecht Israels, ließ keine *Ohne-mich-Haltung* zu. Der Zwang, sich politisch entscheiden zu müssen, deckte die Entpolitisierung der deutschen Öffentlichkeit gnadenlos auf. Die emotionale Verwirrung wurde verstärkt durch ein Gemisch aus Ohnmacht und Moral, aus Angst vor Schuld und Mut zur Ignoranz.

*Cora Stephan* oder

Die Denunziation der Herkunft

Der politische Unsinn vieler öffentlicher Erklärungen, die in der Hitze des verbalen Gefechts abgegeben wurden, wird bei wiederholter Lektüre offensichtlich und viele versuchen, ihre Fehleinschätzungen durch Nachtarocken vergessen zu machen. So zum Beispiel Cora Stephan:

*Habemus Intellektuellenstreit. Und deutsches Ordnungsbemühen waltet auch hier: macht klar die Front – weshalb links Frieden heißt, rechts Krieg und alle Unklarheiten diesbezüglich auf Konvertitentum deuten. Das, möchte man meinen, ließe sich mit persönlichen Austritts- und Übertrittserklärungen leicht regeln und beendete manch faules Ausharren im linken juste milieu. Wenn nicht die allgegenwärtige Empörung die Vermutung nährte, es ginge dann doch um mehr: um alte deutsche Infragestellungen zum Beispiel. Um die elende Frage nach deutscher Identität, nach den Maßstäben deutscher Politik in der jetzt etwas größeren Republik. Um die deutsche Frage. Die Beliebtheit historischer Analogien ist ein überdeutlicher Hinweis darauf, daß sich für die Deutschen, im Spiegel des Golfkriegs, die Geschichte zu wiederholen scheint – uns fliegt*



Wieder ein arabischer Hitler: Saddam Hussein

Foto: JOKER/A. v. d. Osten-Sacken

*nichts Schlimmeres als die ganze unverdaute Vergangenheit mitsamt ihrer »Bewältigung« in unappetitlichen Brocken um die Ohren. Wieder einmal. Heftiger als je zuvor.<sup>2</sup>*

Bei Cora Stephan richtet sich der Verdacht gegen Intellektuelle, die sie mit dem Attribut *deutsch* schmückt. Nachdem sich schon die Geschichte als zweideutige Autorität erwiesen hatte, wird nun die Herkunft bemüht – eine besonders scheußliche Variante der Golfkriegsdebatte. Wichtig ist nicht, was einer sagt, sondern woher er kommt. Auf diese Weise wird die Diskussion ethnisiert – die Abstammung des Autors wird als vorrangiger Hinweis auf Superiorität oder Inferiorität seiner Argumente interpretiert.

*Hans Magnus Enzensberger*  
und die »substantiellen Ähnlichkeiten«

Ohne Zweifel stürzte das Jahr 1989 einen Teil jener Intelligenz, die stets die Lehren der Geschichte angemahnt hatte, in eine Existenzkrise. Die Geschichte fand ohne sie statt. Ein neuer Typus von

Kommentatoren versuchte, mit der Beweiskraft des zusammenbrechenden Kommunismus im Rücken, die Medienvormacht an sich zu reißen. Die Attacken gegen die DDR-Intelligenz nahmen nach dem Fall der Mauer in den westdeutschen Medien zu. An Christa Wolf, Stefan Heym und anderen sollte exemplarisch der moralische Anspruch linksintellektueller Gesellschaftskritik zerstört werden. Geschlagen wurde auf den ostdeutschen Sack, getroffen werden sollten aber westdeutsche Esel.

Spätestens seit 1989 tobte ein Verteilungskampf unter der deutschen Intelligenz um Feuilletonseiten und Sendeplätze. Die junge Garde des FRANKFURTER ALLGEMEINE-Feuilletons blies zum Sturm auf die Hamburger Meinungsmacher, deren Feuilletonisten wie Karasek und Greiner jedoch bald auf die Frankfurter Linie einschwenkten. Mit dem Fall der Mauer schlug die Stunde der Essayisten, die alles schon vorhergesehen hatten. Der unbestrittene Meister des neuen deutschen Essays heißt *Hans Magnus Enzensberger*, der auch schon vorher an-

dere Intellektuellenrollen zu verkörpern wußte. 1965 gründete er mit Karl Markus Michel das KURSBUCH, das die olympische Art des GRUPPE 47-Kommentars zu den Weltereignissen ablöste. Nachdem Enzensberger Ende der 60er Jahre verbal den Radikalismus der Studentenbewegung zu übertrumpfen suchte, erfand er einen neuen intellektuellen Prominentenstil und wandelte sich vom engagierten Linksintellektuellen zum schreibenden Narziß.

Enzensberger braucht keine talk show, er veranstaltet seine eigene Show. Sein SPIEGEL-Essay »Hitlers Wiedergänger« betitelt, im Februar 1991 veröffentlicht – schlug einen neuen Ton an, der oft kopiert, aber nie wieder erreicht wurde:

*Die Nachkriegszeit hat mit guten Gründen auf der Singularität der deutschen Verbrechen bestanden und jeden Vergleich mit anderen Beispielen staatlichen Terrors tabuisiert. Allzuoft dienten solche Parallelen nur dem Zweck, die Täter zu entlasten. Insofern schien das Denkverbot sinnvoll, wenngleich es letzten Ende nur moralisch, nicht aber intellektuell begründet werden kann; denn natürlich ist jeder Versuch, historische Vorgänge zu verstehen, auf die Erfahrung – und das heißt: auf den Vergleich – angewiesen. Dort, wo substantielle Ähnlichkeiten vorliegen, ist er nicht nur erlaubt, sondern geboten. Ich möchte versuchen, zu zeigen, daß die Rede von Saddam Hussein als einen Nachfolger Hitlers keine journalistische Metapher, keine propagandistische Übertreibung ist, sondern das Wesen der Sache trifft.<sup>3</sup>*

Nur zur Sache kommt Enzensberger in seinem Essay nicht. Der Autor schreibt nur über Personen – über Saddam, über Hitler – und last but not least: über sich selbst. Nach der klassischen Theorie des europäischen Essays, die vom jungen Georg Lukács formuliert worden ist, arbeitet der Essayist mit bereits Bekanntem, das er neu ordnet. In Enzenbergers SPIEGEL-Essay wird der Leser mit einer literarischen Zerfallsform bekannt – der Prominentenaufsatz als eine Neuorganisation von Vorurteilen. Während der klassische Essay strikt sachgebunden seine Form fand, hangelt sich der neue Essay von Person zu Person. Alles Sachliche bleibt im Halbwah-

ren, über das Persönliche läßt sich psychologisch spekulieren.

Enzensbergers argumentatives Wischiwaschi läßt sich am Ausdruck *substantielle Ähnlichkeiten* ablesen, der nicht mehr klar zwischen Identität und Differenz von Dingen unterscheiden läßt. Dem ehemaligen Kritiker der Bewußtseinsindustrie ist offensichtlich ein zentrales Merkmal massenmedialer Publizität entgangen – das Ähnlichmachen aller Dinge. Wenn alles mit allem verglichen werden kann, dann braucht man keine Begründungen, sondern nur noch Evidenzen. Die Kunst des neuen Essays besteht darin, etwas Evidentes als neu zu präsentieren:

*Jeder Vergleich zwischen Hitler und Saddam zieht somit notwendigerweise einen zweiten nach sich, zwischen den Massen, die sich dem einen und dem anderen als Schlächter und Schlachtopfer zur Verfügung stellen. Die Deutschen waren die Irakis von 1938 bis 1945. Daß dieser Rückschluß von keiner BILD-ZEITUNG gezogen wird, obgleich er nicht nur die Logik auf seiner Seite hat, sondern die innere Dynamik des Golfkriegs blitzartig erleuchten könnte, ist nur allzu begreiflich. Nichts könnte den Deutschen von heute ferner liegen, als sich in den arabischen Massen wiederzuerkennen. Eine solche Einsicht würde jeder rassistischen Deutung des Konflikts den Boden entziehen. Außerdem brächte sie verborgene Kontinuitäten ans Licht, Restbestände des Faschismus, an die niemand erinnert werden möchte.*

*Was die Deutschen begeisterte, war nicht allein die Lizenz zum Töten, sondern mehr noch die Aussicht darauf, selbst getötet zu werden. Ebenso inbrünstig äußern heute Millionen von Arabern den Wunsch, für Saddam Hussein zu sterben . . . »Das deutsche Volk ist es nicht wert, zu überleben«, sagte Hitler am Ende seiner Laufbahn. Ebenso denkt Saddam von den Seinen.<sup>4</sup>*

Enzensberger ist es gelungen, Geschichte und Gegenwart in ein Halbdunkel persönlicher Verhältnisse aufzulösen. In diesem *Clairobscur* läßt sich kaum noch unterscheiden, wie er zurecht ahnt, ob die Zentralthese von der BILD-ZEITUNG oder Enzensberger selbst formuliert worden ist. Die Psychologie, derer sich BILD und Enzensberger bedienen, ist die Alltagspsychologie, die jeder Stammtisch

teilt. Völker werden umstandslos mit ihren Führern identifiziert, die wiederum nichts anderes darstellen als die personifizierten Charaktere dieser Völker. Die Völkerpsychologie mit ihrer evidenten Lehre von den Volkscharakteren feiert fröhliche Urständ! In dieser Alltagswissenschaft ist jeder Experte in einer multikulturellen Gesellschaft. Wo man so leichtsinnig von Deutschen und Arabern, von Amerikanern und Israelis spricht, kann auch das Gerede über die Juden nicht ausbleiben.

### Kopfjäger Henryk Broder

Ein Fall für Henryk Broder, der schon seit Jahren dem ewigen Antisemiten, wie er seinen Feind selbst nennt, auf der Spur ist. Die Wirkungsweise hat *Thomas Rothschild* während des Golfkrieges auf den Punkt gebracht.

*Henryk M. Broders größte Angst ist es, nicht mehr im Gespräch zu sein. Deshalb muß er – wofür ich Verständnis habe – ständig provozieren. Broder ist ein umgekehrter Opportunist. Nichts irritiert ihn mehr als die Möglichkeit, eine bemerkenswerte Zahl von Menschen könnte ihm zustimmen. Für das Ziel, im Mittelpunkt der Beachtung zu stehen, nimmt er in seinen Aussagen auch mancherlei Widerspruch in Kauf. Denn seine Strategie funktioniert. Die einen beeilen sich dienstestrig, Broder ohne Wenn und Aber beizupflichten (und haben damit bei ihm natürlich jede Sympathie verspielt). Und die anderen verfallen in eine atemlose Empörung, die ihnen jegliches Argument raubt.<sup>5</sup>*

Anders als Enzensberger zehrt Broder nicht von der intellektuellen Aura seines Namens, sondern von seinem Ruf, als Prominentenkiller und Milieukritiker. Broder arbeitet mit vielen Tricks und sparsamen Mitteln. Wo der SPIEGEL ansonsten viele Schecks braucht, um einen zur Strecke zu bringen, begibt Broder sich in die Niederungen des Protestmilieus, in dem er sich auskennt wie ein Scotland-Yard-Detektiv in den Lasterhöhlen von Soho. Broder provoziert die Gerechten und Selbstgerechten zu der Weißglut, die Vorurteile überkochen läßt. Dann hat Broder gewonnen. Während des Golfkrieges hatte Broder leichtes

Spiel. Sein größter Erfolg war der Abschuß des GRÜNEN-Sprechers, Christian Ströbele, mit dem er vor einem Israelbesuch während es Golfkriegs ein Interview veranstaltete. Ein Ausschnitt:

*Broder: »Sie sehen keine Parallelen zwischen Hitler und Saddam Hussein?«*

*Ströbele: »Nein, Saddam Hussein ist für mich ein Diktator, ein Machtpolitiker, wie es viele andere in der Welt gibt, der leider besonders viele Waffen in der Hand hat. Aber man kann ihn und seine Politik nicht mit Hitler vergleichen.«*

*Broder: »Bei anderen Vergleichen haben Sie keine Bedenken. Die Besetzung Kuwaits und Israels Präsenz in der Westbank sind für Sie ein und dasselbe. Hier wird doch Unvergleichbares gleichgesetzt.«*

*Ströbele: »Vergleichbar ist, daß Israel Territorien anderer Staaten besetzt hält.«*

*Broder: ». . . aber doch aufgrund ganz anderer Umstände. Kuwait hat den Irak nicht bedroht, Israel wurde von seinen Nachbarn bedroht.«*

*Ströbele: »Das stimmt, Israel war damals einem Krieg ausgesetzt, hat die Gebiete erobert, hat sie dann behalten. Das ist ein wichtiger Unterschied zum Irak. Trotzdem ist das Unrecht, in den Gebieten zu bleiben und dort eine Besatzungspolitik zu machen, vom Grundsatz her ein ähnliches Unrecht wie die Besetzung Kuwaits. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß Israel seit Jahren eine Politik betreibt . . . (dreht den Kopf ab, hebt abwehrend die Hände und tut so, als wollte er kotzen, soll heißen: die wir nicht gutheißen können.) Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels.«*

*Broder: »Also ist Israel selbst schuld, wenn es jetzt mit Raketen beschossen wird?«*

*Ströbele: »Das ist die Konsequenz der israelischen Politik den Palästinensern und den arabischen Staaten gegenüber, auch dem Irak gegenüber.«<sup>6</sup>*

Broder hat es wieder einmal geschafft. Er spielt nicht den intellektuellen Souverän wie Enzensberger, sondern den Kopfjäger in einem medialen Wilden Westen: Steckbrief, Anklage, Gericht und

Vollstreckung – alles besorgt Henryk Broder selbst. Die Volte, die er dabei schlägt, sieht immer gleich aus: Kinder, die die Eltern kritisieren, stammen doch von ihnen ab. Das wäre aber nur eine Banalität. Erst wenn man das Verhältnis ethnisiert, wird's gruselig: Kinder von Nazieltern bleiben allemal Nazikinder. Und so weiter und so fort. Damit landet auch Broder wieder bei einem vormodernen Bewußtsein, bei der Völkerspsychologie. Da 1968 lange vorbei ist, muß man schon tiefer in die Generationenkiste greifen, um immer wieder das identische Bild zu malen.

Broder hat die Ethnisierung, die Beurteilung des Arguments nach der Herkunft des Argumentierenden, nicht erfunden, sondern er benutzt sie nur virtuos. Die Technik der Ethnisierung aber barbarisiert: Sie entindividualisiert nicht nur den fremden Gedanken, sondern auch den eigenen. Der Brodersche Typ intellektueller Entlarvung macht nicht nur die Dummköpfe lächerlich, die es verdient haben. Der billige Weg der Kollektividentifikation arbeitet gerade mit

der Vorurteilsstruktur, die sich gegen das Denken selbst richtet. Der Zynismus gescheiterter Aufklärung, den Broder zur Schau trägt, entspricht der allgemeinen Praxis, die durch Einsichten alter Aufklärer nicht mehr gestört werden möchte.

### Die *Bewegungsorientierten*

Nicht allein *marktorientierte* Intellektuelle vom Typus Enzensberger und Broder haben zu dieser Barbarisierung der Kultur beigetragen, sondern auch die *bewegungsorientierten* Intellektuellen haben ihren Beitrag zur Entindividualisierung des Denkens geleistet. Zur Zeit des Golfkrieges wurde es Mode, sich an die Seite seiner Freunde in Israel zu mogeln. Man entlastete sich vom aufkommenden Schuldgefühl, indem man sich öffentlich an jüdische Freunde wandte, um dem Vorwurf des Antisemitismus zu entgehen.

Offensichtlich befinden sich beide Gruppen, die in Gestalt der Linksintellektuellen sich überschneiden, in einer exi-

Friedensbewegung während des Golfkriegs

Foto: JOKER/A. v. d. Osten-Sacken



stentiellen Krise. Bis zum Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftssysteme hat sich der Westen insgesamt um die innere Verfassung dieser Länder nicht gekehrt. Das gilt auch und gerade in Deutschland. Erst die moralische Indignität-Nahme des Westens durch die Leipziger Montagsdemonstrationen präsentierte die DDR als ein Angebot, das sich nicht mehr ablehnen ließ. Aus den traditionellen Sonntagsreden wurde politische Realität – ohne Zutun der westlichen Rechten. Die Linke hatte sich auch mit dem Status quo arrangiert, aber sie hatte ihn anders als die Rechte moralisch legitimiert. Als ob die deutsche Teilung eine weltgerichtliche Strafe für den Nationalsozialismus gewesen wäre, rationalisierte man die Ergebnisse des Kalten Krieges. Diese moralische Blindheit, die auch die Völker Mittel- und Osteuropas für den deutschen Griff nach der Weltmacht mitsünnen ließ, desavouierte die beliebt gewordene Figur von den Lehren der Geschichte. Der deutsche Vereinigungsprozeß machte die von deutschen Linken hochgehaltenen Lehren bedeutungslos – er folgte der Logik des zusammenbrechenden sozialistischen Gesellschaftssystems, die Menschen nach nationalen Koordinaten gesellschaftlicher Orientierung greifen läßt. Bis zum Golfkrieg wurde die Geschichte ohne die Lehren der Geschichte gemacht. Ein heimlicher Bestseller der frustrierten Friedensbewegung wurde von Veteranen wie *Wolf Dieter Narr* und *Klaus Vack* nach dem Golfkrieg als Broschüre veröffentlicht, die das Gefühl moralischer Sicherheit im weltpolitischen Jammertal gut wiedergibt.

*Welche allmähliche – auch in diesem Krieg offenkundig gewordene – Wendung in der deutschen Geschichte, daß Deutsche heute ihres angeblich nicht situationsangemessenen Engagements für friedliche Konfliktlösungen beschimpft werden. Welch ein Ereignis (während der Frostjahre des Kalten Krieges hätte niemand von uns zu erhoffen gewagt), daß viele »normale« Bürgerinnen und Bürger demonstrierend auf die Straße gehen und den Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Frieden begreifen und selbst herzustellen versuchen. Das hilft den Gemordeten, Geschä-*

*digten und Geschändeten dieses Krieges nicht mehr. Aber erneut flammt die Hoffnung auf, es werde gelernt, es würden Lehren in Richtung Frieden gezogen. Das »Nie wieder Krieg« habe doch eine Chance.<sup>7</sup>*

Der bewegungsorientierte Intellektuelle zieht sich auf fundamentale Gewißheiten zurück, die ihm eine Rolle als Fürsprecher von Opfern garantiert. Der Massenanhänger der Bewegungen kann wechseln, ihre Prominenten bleiben auf wunderbare Weise identisch. Als auch für sie die Dinge komplizierter wurden und die prophezeiten Katastrophen nicht ganz so schlimm ausfielen wie vorhergesagt, schloß der Protest schlicht ein. Die Ideologen aber übten sich darin, in allem recht behalten zu haben.

Überdramatische Prophezeiungen und nachträgliche Besserwisserie fördern in *selffulfilling prophecy* den allgemeinen Antiintellektualismus, zu dessen kühnen Fürsprechern sich marktorientierte Intellektuelle machen. Unter ihnen bleibt Enzensberger der Vorreiter, der den rastlosen Positionswechsel in Zeiten totaler Vergeßlichkeit zum Publikationsprinzip gemacht hat. Aber hinter diesem Pionier folgt ein Heer von schreibenden Angestellten, von Massenmedienarbeitern, die über die Unbeweglichkeit der bewegungsorientierten Intellektuellen nur höhnen können. Dem Publikum wird eine selbstzerstörerische intellektuelle Clownerie vorgeführt, die weder sich selbst noch den anderen ernst nehmen kann.

- 1 Lothar Baier, Hitler vergessen, in: »Ich will reden von der Angst meines Herzens.« Autorinnen und Autoren zum Golfkrieg, Frankfurt (Luchterhand) 1991, S. 6 f.
- 2 Cora Stephan, Ersatzkrieg an der Meinungsfront, in: Klaus Bittermann (Hg.), Liebesgrüße aus Bagdad, Berlin (Tiamat) 1991, S. 146 f.
- 3 Magnus Enzensberger, Hitlers Wiedergänger, in: Liebesgrüße . . .
- 4 a.a.O., S. 44.
- 5 Thomas Rothschild, Die eigenen Fehler schmerzen, in: FREITAG vom 17. Mai 1991.
- 6 Henryk M. Broder, Unser Kampf, in: Liebesgrüße . . . , a.a.O., S. 19–21.
- 7 Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack, Streitbarer Pazifismus! Friedenspolitik und Friedensbewegung nach dem Golfkrieg. Ein Beitrag zur Orientierung, Sensbachtal 1991. S. 49 f.

# Kontrovers

HERMANN SCHWENGEL

## Freunde und Feinde

Hans Magnus Enzensbergers Vergleich Saddam Husseins mit Adolf Hitler, die erneute Einfügung von Freund und Feind in die politische Sprache, und der »Krieg der Intellektuellen« (DER SPIEGEL), den er ausgelöst hat, hat unberechenbare Auswirkungen, die über den Anlaß des Konflikts hinausgehen. Er hat seine Spuren in der Auseinandersetzung mit dem jugoslawischen Bürgerkrieg hinterlassen und wird in jede Beurteilung künftiger Konflikte, vom Osten Europas bis zum Norden Afrikas, hineinwirken. Die einfache Weigerung, die alten politischen Kategorien von Freund und Feind wahrzunehmen, reicht nicht; sie für unveränderlich zu halten, erst recht nicht. Eines jedenfalls hatten der wirkliche Krieg und der der Intellektuellen gemeinsam – bei aller Unangemessenheit des Vergleichs –, nämlich daß der Krieg keines der wirklichen Probleme löst, sondern gegebene Frontstellungen verschärft oder abmildert, konzentriert oder ausweitet, aber in seinen Wirkungen diffus und unberechenbar bleibt. Der Krieg ordnet nichts mehr. So gibt der Krieg zwischen Pazifisten und Bellizisten, in der plakativen Umschreibung des politisch-intellektuellen Streits, auch keine Antwort auf die Kernfrage, um die es in diesem Konflikt ging: Welchen Begriff des politischen Systems sollte das neue Deutschland im strategischen Dreieck zwischen Vilnius, Bagdad und Washington vertreten? Geben Nationalstaat und Nationalgesellschaft angesichts fortgeschrittener Globalisierung und Europäisierung überhaupt noch einen »homogenen Rechtsraum« (Senghaas) für das Politische ab, und wie sieht die politische Klasse aus, die die konstitutive Idee im Begriff des Politischen konstruiert und zum Ausdruck bringt? Das Ende des Ost-West-Konflikts und die relative Zuspitzung des Nord-Süd-Konflikts, die europäischen Revolutionen in Osteuropa und die neue Vereinigung Deutschlands geschehen zum Zeitpunkt eines Generationswechsels in der politischen Klasse der alten Bundesrepublik und der Bildung einer neuen politischen Klasse in den neuen Bundesländern.

Die in den 60er Jahren sozialisierte intellektuelle »politische Generation« der 68er, von der Claus Leggewie schon vor Jahren gesagt hat, daß sie mehr den kulturellen Unterboden der Gesellschaft umgebrochen als das Politische

dieses Gemeinwesens zu bestimmen versucht hat, fühlt spät, vielleicht zu spät die Lust der Nähe zur Macht. Politisch aufgewachsen mit der Idee der Realisierung der französischen Revolution in der immer noch verspäteten (Halb-)Nation, als idealer Freund der Menschheit, wird die Wahrnehmung eines Gegners von der sogar atomar bewaffneten Uneinsichtigkeit Husseins, wenn sie denn unumgänglich erscheint, um so härter und ausschließlicher, eben Feind der Menschheit, weil die eigenen biographisch aufgehäuften Verdrängungen die Feindlichkeit des Feindes noch steigern.

## Generationswechsel und Liebe zur alten Bundesrepublik

Aber wie gefährlich man auch die erneute Einfügung der Freund-Feind-Schemata in den politischen Diskurs finden mag, verständlich wird sie erst auf dem Hintergrund des politischen Defizits der vorherigen kritisch-theoretischen Debatte, der »Abstraktsidyle einer Generation« (Ulrich Beck). Aber wahr ist auch, daß es vielleicht dieses zwanglosen Nebeneinanders von Modernisierung und Emanzipation bedurfte, um die spätere Modernität der intellektuellen Bundesrepublik wachsen zu lassen. Es ist nicht so, daß anläßlich der Debatte um den Golfkrieg in Deutschland eine der Neuen Philosophie in Frankreich vergleichbare Denkart deutlich Konturen gewonnen hätte, der es kritisch-theoretisch zu widerstehen gälte. Nicht gegen, spät entdeckte, Gulags und die periodische politische Blindheit humanistischer Intellektueller wie Sartre richtet sich diese Wiederinbetriebnahme älterer politischer Kategorien – obwohl die Entdeckung des Ausmaßes der Aktivitäten der Staatssicherheit und die Rolle der Intellektuellen ebenfalls zu Diskussionen Anlaß gibt –, vor allem ist sie Reaktion auf die je nachdem ästhetizistische oder moralsoziologische Verdünnung des politischen Denkens bei einem großen Teil der intellektuellen Klasse in der Bundesrepublik, die sich ihrer erworbenen Überlegenheit über das Freund-Feind-Denken der 20er Jahre allzu sicher geworden war.

Aber der Gegensatz von intellektuellen Pazifisten und Bellizisten bringt diese Frage ebenso wenig auf den Punkt wie der müde akademische Dauerkonflikt von Moralisten und Ästhe-

ten, der schon die Postmodernismus-Diskussion entpolitisiert hat. Er reflektiert, zumindest auch, die Ratlosigkeit der ganzen jüngeren politischen Klasse, die nach Selbstzweifel und Zögern die Macht in der alten Bundesrepublik übernehmen wollte und sie nun in Deutschland übernehmen muß – oder scheitern wird. Sie kann nicht regieren und »Nie wieder Deutschland« denken. Der Machtgewinn in den Ländern und die Entfernung von der Macht im Bund bei den Sozialdemokraten reflektiert sowohl diesen Generationswechsel wie den Strukturwandel des Politischen in Deutschland. Ihr gegenüber mag, wie Peter Glotz geschrieben hat, ein neues junges Deutschland heranwachsen: national, durchaus republikanisch, smart, gebildet, wertmächtig und von beängstigender Unbefangenheit. Aber dieses ist aus ähnlichem Holz geschnitzt, aus dem auch die mittleren Strata der Sozialdemokraten gemacht sind, ohne die kein Modernisierer auskommt. Ihr mit dem moralischen Gegensatz von Kampf und Verständigung kommen zu wollen, wird nur ein müdes Lächeln hervorrufen. Der Kampf geht nicht um Moralisierung oder Entmoralisierung, sondern um politische Kompetenz und um die Kompetenz, wirtschaftliche Strategiefähigkeit mit kultureller Selbstbestimmung politisch auf einen Nenner zu bringen. Die neue politische Klasse im Osten Deutschlands verschärft eher

noch die unfruchtbare Entgegensetzung von technokratischer Realpolitik und moralisch-kritischer Gegenwart, die in den kulturellen westdeutschen Eliten schon überrepräsentiert war.

Vor und parallel zum dramatischen Wandel in Osteuropa hatte sich langsam, aber aufhaltsam eine gewisse späte Liebe zur alten Bundesrepublik herausgebildet. Eine Gesellschaft der Freunde der Bundesrepublik begann sich zu zeigen, die Identifikation mit einer nicht nur ökonomischen und institutionellen, sondern auch zivilgesellschaftlichen Erfolgsgeschichte. Die Feindschaftserklärung des »Nie wieder Deutschland« wurde schwächer, was sich am deutlichsten dann dokumentierte, als sie in Berlin noch einmal anlässlich des Prozesses der Vereinigung kurz an die Oberfläche treten konnte. Der die intellektuellen Geister scheidende »Deutsche Herbst« war endgültig zurückgetreten. Stabilität schien tatsächlich, wie Karl Schlögel geschrieben hat, sich der zivilen Substanz der Republik zu verdanken. Der vergleichsweise unheroische Umgang mit der deutschen Vereinigung und der notwendige Konflikt um die Rolle der Friedensbewegung in der Reaktion auf den Golfkrieg haben diesen Eindruck zunächst sogar noch verstärkt. Wahr ist aber auch, daß diese späte Liebe zur alten Bundesrepublik und ihre Wortbilder Zivilgesellschaft und Lebensstil politisch harmlos geblie-

Blicke sprechen Bände. Die jordanisch-palästinensische Delegation (von hinten gesehen) gegenüber der israelischen Delegation mit dem leeren Stuhl Schamirs

Foto: dpa



ben sind. Ohne wirkliche Alternative, ohne wirkliches Risiko und ohne Gegner offerierte sie scheinbar nur unseren Mittelklassen den wahren Mittelweg zum wirklichen Selbst.

Wie sehr die zivilgesellschaftliche Qualität der alten Bundesrepublik auf dem Schonraum und dem Status einer halbsouveränen Gesellschaft, sich selbst und anderen gegenüber, beruhte, beginnen wir erst langsam zu verstehen. Nicht daß die orthodoxen bürgerlichen und marxistischen Kritiker mit ihrem Zweifel an Wandel und Charakter von Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik seit früheren deutschen Regimes wirklich recht gehabt hätten. Aber sie spürten wie manche andere, daß der Bundesrepublik der Fortschritt mehr zufiel, als daß sie ihn sich erworben hätte. Modernisierung ohne Modernität war der alte Dahrendorfsche Verdacht. Die Engländer mochten mit ihrem Festhalten an überkommenen Strukturen die Modernisierung behindern und ihre Massenpresse hysterisch sein, in Amerika mögen Dynamik und Kreativität des Modernisierungsprozesses im Prozeß des Niedergangs einer hegemonialen Macht, wie ihn Paul Kennedy charakterisierte, gelähmt sein, die Bundesrepublik schien fast nichts als Modernisierung zu sein. Die Sorge vor diesem »nichts als Modernisierung« verbindet Pazifisten und Bellizisten wie ihre imaginäre Liebe zur alten Bundesrepublik. Das Beharren auf dem zivilgesellschaftlichen Quantensprung gegenüber der Bundesrepublik seit den 50er und 60er Jahren hat historisch recht, aber bezahlt wird mit der Selbstbegrenzung der politischen Verantwortung. In der pauschalen Etikettierung der Mentalitäten in den neuen Ländern als solche der 50er Jahre, Rückfall in Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit wird auch der Zweifel an der eigenen Modernität spürbar, der Zweifel an Dauerhaftigkeit und Härtung der zivilen Bundesrepublik.

### Politisch unbestimmte Europäisierung

Neben dem verzögerten intellektuellen und politischen Generationswechsel und der späten verantwortungsscheuen Liebe zur Bundesrepublik ist es die unbestimmt-dynamische zweite Welle der Europäisierung seit Mitte der 80er Jahre, die in die neue politische Selbstvergewisserung der Deutschen hineinwirkt. In Deutschland hat sie ähnlich wie in Spanien weit stärkere Wirkungen als in Frankreich oder Großbritannien, weil die nationalen Eliten in ihrer Resistenzfähigkeit geschwächt sind. Die Engländer konnten sich immer darauf verlassen, daß zwar die Deutschen Europa, die Franzosen aber Deutschland integrieren wollten. Für Europa werden die 90er

Jahre zu einem Jahrzehnt der Entscheidung werden. Im Golfkrieg sind, wie Richard von Weizsäcker gesagt hat, nur diejenigen Kräfte handlungsfähig in Erscheinung getreten, die es gab, und nicht die, die es zu gründen galt. Dem Europäisierungsprozeß werden nun sehr schnell harte Entscheidungen abverlangt. Die aus der Wahrnehmung der unterlegenen Konkurrenzposition gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan in Gang gesetzte Dynamik in Richtung Binnenmarkt und Währungsunion hatte politisch nur einen wachsenden Schatten von Non-Decisions geworfen. Obwohl die Eurokraten seit den 60er Jahren gern einen technokratisch-korporatistischen »europäischen« Diskurs mit den Fachleuten der nationalen Institutionen geführt hätten, hat sich auf der europäischen Ebene eher ein dem amerikanischen Modell verwandter Pluralismus des Aushandelns von Interessen herausgebildet. Er ist der zunehmend internationalisierten Geschäftswelt und ihrer Logik kollektiven Handelns geläufig, während er den alten sozialdemokratischen terms of trade zwischen fortschrittlichem Kapital, Gewerkschaften und Staat entgegenläuft. So mag ein nationalistisch gesinnter Unternehmer »europäisch« sein, weil ihm dies bessere Aushandlungsbedingungen bietet, während ein europäisch gesinnter Gewerkschafter nur halbherzig seiner Gesinnung folgen mag.

Eine ähnliche Unbestimmtheit entsteht, wenn ein homogener europäischer Rechtsraum entsteht, zugleich aber die Steuersouveränität und die Sozialstaatlichkeit national und ein wesentlicher Teil der Ungleichheitsstrukturen regional bedingt bleibt, ohne daß politische Institutionen ein so wirksames Rationalitätskriterium wie Mobilität (von Arbeit, Kapital, Geld und Dienstleistungen) bereithielten. Ganz zu schweigen von dem kulturellen Widerspruch, daß die Beschwörung der europäischen geistigen Bestände vor- bzw. alteuropäisch ist, während die medialen Produktions- und Marktbedingungen und der (Post-)Modernismus der Kultur eher transeuropäisch und global sind. Pluralismus ist zu wenig europäisch, Christentum zu sehr. Schon die Diskussion um die Verwirklichung der Währungsunion mit den bitterbösen, aber die Stimmung der alten politischen Klasse in England und Frankreich nur leicht verzerrenden Bemerkungen des britischen Handelsministers Nicholas Ridley, zeigte, daß die Binnenwidersprüche des bisherigen Europa-Projekts nicht zu verdecken waren. Währungsunion, Einsetzung des europäischen Parlaments in originär demokratische Rechte und Verteidigungsgemeinschaft sind ein unteilbares, aber ungeschnürtes Paket.

Aber erst der dramatische Wandel in Osteuropa zwingt zur Klärung. Wenn die Ukraine oder Boris Jelzin und die russische Republik in Straßburg anklopfen, wird klar, daß der europäische Kaiser politisch noch nackt ist. Europa ist hier kein geographisch-historischer Ort, sondern ein politisch neu zu definierender Raum, der kaum bis Wladiwostock reichen kann, kaum die Ordnungsleistung der Sowjetunion übernehmen kann – jedenfalls nicht, ohne sich selbst zu entmachten. Daß ein nationaler Modernisierungspfad in einer solchen Situation der Unsicherheit fast wieder als der vergleichsweise sichere gilt, kann deshalb nicht überraschen, obwohl er, nachdem so viele europäische Fakten und Symbole geschaffen sind, als realistische Alternative überhaupt nicht mehr gegeben ist. In der alten Bundesrepublik, unter günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen und bei Abdrängung von Problemen und Menschen in Rand- und Schwellenregionen, mochte man es in den 80er Jahren gut finden, daß nichts entschieden sei und daß das auch so bleiben solle. Die mangelnde Gründung Europas in befriedenden sozialstaatlichen inneren Gegnerschaften und äußeren realpolitischen Interessengegensätzen zwischen souveränen Staaten mag aber bei Wegfall dieser günstigen Bedingungen zu »zwanzig Nordirlands« (Senghaas) im Währungs- und Protektionismuskrieg mit den USA, Japan und der Dritten Welt führen.

Europäisierung führt nicht an den existierenden National- und Sozialstaaten vorbei oder um sie herum, wie meine Generation von Europäisierungsanhängern manchmal glaubte. Genausowenig ist eine nationalstaatliche Regression möglich, selbst wenn sie jemand unbedingt wollte. Selbst wenn Europa ein »Kontinent der Lüge« wäre, gibt es doch keine Wahrheit davor. Auch die strukturierenden und befriedenden Gegnerschaften von politischen Interessen im Inneren und gleichsouveränen Nationalstaaten nach außen können nicht ohne politischen Ersatz verdrängt werden. Eine europäische Unterbrechung des Nexus von Kriegsdrohung und Ordnungsleistung – die durch keine Weltpolizeirolle der Vereinten Nationen ersetzbar ist – müßte ebenso politisch bestimmt sein wie die rationale Kriegsdrohung selbst und nicht mit der Leisetreterei der politischen Klasse der Bundesrepublik zu Beginn des Golfkriegs.

Noch im Menschenfeind Saddam den Weltbürgerkrieg zwischen Nord und Süd wahrnehmen zu können, ist Qualitätsausweis der politischen Klasse. Dieser Krieg wird sehr selten schön säuberlich sortiert und mit offenem Visier auftreten. Niemand kann politische Gegnerschaft als Ordnungsleistung allein durch in-

nergesellschaftliche Zivilität und humanitäre Solidarität nach außen ersetzen. Die Institutionierung von »Freundschaft« als politisches Kriterium, um Carl Schmitt vom Kopf auf die Füße zu stellen, bedürfte jenseits allen Moralismus politischer Institutionen, die die politisch schmerzhaft Wahl zwischen Produktions- und Lebensweisen im Inneren mit der Stellung dieser Gesellschaft innerhalb der Weltkonflikte in Beziehung setzte – wie bei Schmitt das barbarische Feindschaftsverhältnis, im Ausnahmezustand, die Verbindung von innerer und äußerer Stellung leisten sollte. Allerdings wäre die Stunde des Ausnahmezustands für solche Institutionen – wo es in der Tat vom Hochsitz der Moral (Joachim Fest) herunterzusteigen gilt – kein Golfkrieg, sondern das wirkliche Eintreten der Dritten Welt als politischer Akteur in die Weltgeschichte, die katastrophenmächtige Feindschaftserklärung der Natur oder die aufbrechende kulturelle Anomie nichts als modernistischer Gesellschaften. Nicht die Kritik an der konservativen Lösung des Golfkonflikts – und der konservativen, nicht reaktionären – war das Problem, sondern die fehlende Einfügung der kritischen Haltung in einen klaren Begriff des Politischen anstatt der Zelebrierung eines sozialen Gefühls.

Angesichts der Bedingungen wäre jede andere Reaktion der deutschen politischen und intellektuellen Klasse als das Zögern und Zaudern und dann der überentschlossene geistige Dezisionismus fast ein Wunder gewesen. Liberale amerikanische, englische und französische Intellektuelle sollten sich freuen, daß die Deutschen nicht wieder bewiesen haben, welche schnellen und tiefen Denker sie sein können. Die Erfolgsgeschichte einer Halbnation ist zu Ende gegangen – deren Traumata womöglich ähnlich tiefgreifend sind wie die der weniger erfolgreichen Halbnation –, die letzte politische Klasse, die sie vielleicht am deutlichsten ausgedrückt hat, die sogenannten 28er, weil um 1928 geboren, tritt in den nächsten Jahren ab, ihre herrschende wirtschaftsgesellschaftliche Ideologie und ihre (halb-)staatstragende oppositionelle kritische Theorie sieht sich in Zweifel gezogen und manche Europäisierungshoffnung der Halbherzigkeit und der Fortsetzungen der »Dritte Wegs«-Illusionen überführt. Der Kritischen Theorie prognostiziert Ulrich Beck zu Recht, daß sie, die ja die Identitätsmängel, die Selbstkritik der Bundesrepublik wie kaum eine zweite Tradition zu Sprache und Wirkung gebracht hat, – zuerst als Tribut der Wendehälse – ihrer Basis beraubt wird. Man mag das bedauern oder nicht, die Halb-Distanz gehörte zur Halb-Nation. Enzensbergers Tritt in den war-

men, weichen und empfindlichen Bauch der liberalen und linken politischen und intellektuellen Klasse war deshalb so wirksam, rechtzeitig und notwendig, weil er die biographisch routinisierte Abwehr dieser Fragen umging. Auch für Intellektuelle, ob in Frankfurt oder Berlin, werden die Zeiten rauher. Aber eine normale bürgerliche Gesellschaft ist allemal besser dran als die Idylle hinter der Mauer.

Eines aber ist sicher, es ist die legitime innere Unsicherheit der jüngeren politischen Klasse, die die Haltung zum Golfkrieg bestimmte, kein neuer Anti-Semitismus der Friedensbewegung, der die Raketen auf Tel Aviv klammheimlich begrüßte. Der Punkt ist nur, daß sich dieses Land eine Ausdehnung des biographischen Moratoriums seiner politischen Klasse nicht länger leisten kann. Wenn die politische Generation nicht politisch wird, dann werden wir halt eine normale westliche Nation wie Großbritannien. Der angelsächsische selbstverständliche Umgang mit dem Horror-Szenario (Karl-Heinz Bohrer) – glücklicherweise dort durch genügend Gegengewalten in Schach gehalten – ist ein Krisensymptom, keine Normalitätsempfehlung. Es kommt nicht darauf an, daß deutsche Soldaten nun sofort an jeder Intervention der Vereinten Nationen in aller Welt beteiligt sind. Die Idee eines Friedens-

corps für Krisen- und Katastrophenfälle ist eine sinnvolle Ergänzung der internationalen Organisationen, die Beteiligung an Blauhelm-Aktionen notwendig, aber die entscheidende Frage ist, ob sich zwischen die Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen und die Konflikte von Nationalstaaten ein historisch neuer Akteur – so neu wie die Vereinigten Staaten vor einem Jahrhundert – dazwischenschieben kann. Davon ist auch die Durchsetzung weitgehender Leistungserweiterungen der UN abhängig. Die uneingeschränkte europäische Option muß offen sein. Denn wer sonst als Europa könnte irgendeiner strategischen Hoffnung auf eine veränderte Weltwirtschaftsordnung im Machtbereich zwischen Amerika, Japan und Europa politische Geltung verleihen? Wer sonst könnte Partner des Aufbaus einer Föderation sein, die früher Sowjetunion hieß? In welchem Rahmen sonst ist eine Zivilisierung der Marktkräfte möglich, die in Osteuropa zugleich ersehnt und befürchtet werden. Eine kritische politische Klasse, die die – uneingeschränkte – europäische Option in der Verteidigung ausschließt, zugleich die europäischen Völker der Sowjetunion nach Europa einlädt und im Innern nichts als ihre symbolische Liebe zur multikulturellen Gesellschaft anzubieten hat, soll sich zum Teufel scheren.

Krieg oder Frieden? Tarik Asis und James Baker scheiterten am 9. 1. 91 beim letzten Schlichtungsversuch in Genf  
Foto: dpa



## Wie viele Modernitäten braucht die Welt?

Auch wer zugibt, daß der amerikanische Präsident Bush, anders als sein Vorgänger, und der englische Premierminister Major, anders als seine Vorgängerin, während des Golfkrieges selbst und danach rational sowie umsichtig das »Management des Krieges« betrieben haben, muß nicht zustimmen, daß diese Art und Weise der Lösung unserer Weltgesellschaft beispielhaft ist. Jeder weiß, daß es nicht allein um die Menschenrechte und die Freiheitsrechte einer Nation gegangen ist, die, wie kurz darauf am Problem der Kurden deutlich wurde, nur selten zum Maß der Dinge in der Weltgeschichte erhoben worden sind. Aber es bliebe auch an der Oberfläche, allein wirtschaftliche und hegemonische Interessen im regionalen Raum und für bestimmte Ressourcen geltend zu machen. Nicht zuletzt ging es auch hier in letzter Instanz um die Übersetzung und Repräsentation von innerer Modernität in äußere und umgekehrt. Die »neue Weltordnung«, von der der amerikanische Präsident so oft spricht, wird imperiales Diktat oder leeres Versprechen bleiben, wenn sie nicht jenseits von Carl Schmitts expressionistischem Begriff des Politischen (Habermas) und den verschiedenen Collagen des Politischen die Beziehung von innergesellschaftlicher Entscheidung zwischen Produktions- und Lebensweisen und weltgesellschaftlichen Konflikten in Szene setzt. Daß es um die Art und Weise der Energiepolitik, ja, um eine mit der Energieverwendung zusammenhängende Lebensweise gegangen ist, daß sich die Backformen des Nord-Süd-Konflikts hier gezeigt haben ebenso wie die regionaler Autonomie gegenüber der früheren Doppelherrschaft der Supermächte, daß die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen noch einmal die Siegerrolle des Zweiten Weltkriegs für sich selbst und andere gespielt haben, wird auch derjenige zugeben, der keine Sekunde lang an die historischen Rechte des Iraks auf Kuwait und die Erlöserrolle des Saddam Hussein geglaubt hat. Was diesen Krieg und die Auseinandersetzung um ihn überdauern wird, ist eben die Frage nach dem Verhältnis von innerer und äußerer Modernität in den europäischen, amerikanischen und japanischen Gesellschaften.

Wir haben es uns angewöhnt, die japanische Modernität als eine eigenen Rechts zu interpretieren. Zweifellos wäre bei vergleichbarem wirtschaftlichen Erfolg uns auch eine arabische Modernität zu vermitteln, notfalls wären Max Webers Schriften über den Islam so umzuinter-

pretieren, daß die Entwicklung zu einer islamischen Modernität ebenso historisch notwendig erscheint wie die Entwicklung der Protestantischen Ethik zum Geist des Kapitalismus und westlicher Modernität, wie wir sie verstehen. Es ist offensichtlich, es gibt nicht nur eine Modernität, vielmehr hat die westliche Weltgesellschaftlichkeit und Uniformität des Modernisierungsprozesses uns dazu verführt, Modernität als Zweck ebenso uniform zu verstehen. Gegenüber der erfolgreichen japanischen Modernität ist die europäische und amerikanische in der Tat bereit, Defizite der Übersetzbarkeit und Repräsentation der inneren Bedingungen von Modernisierung zuzugeben. Schwerer fällt es schon gegenüber den Schwellengesellschaften, nicht zu schweigen von der zu Recht so interpretierten »Dritten Welt«, der gegenüber der europäischen und amerikanischen Modernität eine gewisse Unaufholbarkeit attestiert wird. Der Nord-Süd-Konflikt ist keineswegs, wie uns der Materialismus interessierter Beobachter klarmachen will, nur ein Konflikt zwischen Arm und Reich, zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern, sondern auch der Konflikt um eine Definition von Modernität, die sich nicht allein von den jeweiligen Erfolgen oder Mißerfolgen des Modernisierungsprozesses abhängig machen will und kann.

Wenn der relative Erfolg japanischer Modernität auch darauf beruht, daß westliche Modernisierung in ihren Imitationserfolgen kopiert wird, aber keineswegs das Eindringen in die inneren Lebensverhältnisse und Selbstbestimmungsbedingungen akzeptiert wird (Lepenes), der ihre eigene Modernität zugestanden wird – ob zu Recht oder nicht –, so ist nicht von vornherein ausgeschlossen, daß arabische, indische oder südamerikanische Gesellschaften einen ähnlichen Vorbehalt gegenüber europäischer und amerikanischer Modernisierung aufmachen. Tatsächlich nämlich ist sich die europäische und amerikanische Modernisierung ihrer eigenen Modernität keineswegs so sicher. Ingeheim »weiß« die westliche Modernisierung sehr gut, daß sie zu einem großen Teil Modernisierung ohne Modernität ist. Um so aggressiver und härter reagiert sie gegenüber dem Aufstand derjenigen, die die Fußkranken der Modernisierung sind und zugleich das Defizit an Modernität innerhalb der westlichen und amerikanischen Modernisierung einklagen. Wie froh ist jede westliche Gesellschaft, wen sie abwechselnd einen Schah, einen Chomeini oder Saddam findet, an dem sie das Defizit an Modernität außereuropäischer und außeramerikanischer Gesellschaften demonstrieren kann. Wann und wo hat der Westen eine islamische

Modernität begünstigt, statt der beliebten Kombination aus wirtschaftlicher Modernisierung und politischem Traditionalismus, Technokratismus und Autoritarismus?

Anhand dieser Widersprüche, wo sonst, könnte und müßte sich Europa aus der Imagination des kapitalistisch verengten Westens lösen, nicht um eine obskurante Vergangenheit zu beschwören, sondern um den Widerspruch von Modernisierung und Modernität tatsächlich politisch und praktisch aufzugreifen. Jedenfalls reflektiert die Haltung der »Alliierten« im Golfkrieg weniger den common sense einer entwickelten, zivilisierten Völkergemeinschaft, als die Angst einer Modernisierungsgemeinschaft vor dem Mangel an eigener Modernität. Hier auf arabische Intellektuelle zu hören, ist besser als auf britische Leitartikler. Die neokonservative Collage des Politischen, die die amerikanische und britische Gesellschaft der 80er Jahre zustandegebracht haben, kann man mit guten Gründen bezweifeln, auch wenn man nicht der Meinung ist, daß am deutschen Wesen die Welt erneut genesen könnte. Die Kritik an der eindimensionalen Vorstellung von Modernität kann nicht mehr national, erst recht nicht deutsch, vorgebracht werden, sondern allein unter der Maßgabe der Bildung neuer politisch-kultureller Großräume, wie sie mit dem Prozeß der Europäisierung begonnen worden ist, der aber kein Monopol auf die zweite »new nation«-Bildung hat. Der Begriff des Politischen, den manche amerikanische und englische Zeitungen in dem Golfkrieg demonstriert haben, würde man in der Logik der Wortbilder des Politischen eher als neo-expressionistisch oder gar als einen der »Neuen Wilden« interpretieren. Aber diese Modernitätsdiffusion nach außen reflektiert nur die verdrängte innere Debatte von Modernisierung und Modernität.

Selbst in den nicht-verspäteten Nationen Europas war die gesellschaftliche Ich-Definition mehr über den ethnisch Anderen als über ein wie auch immer definiertes gesellschaftliches Ich bestimmt. Die Definition des Ich in primären Interaktionsverhältnissen war demgegenüber dialogisch bestimmt, d. h. das Ich wußte über sich und die Welt eigentlich nur über das Du, sei es als autoritatives Du der Eltern und Verwandten oder das egalitäre Du der »peers«, Nachbarn oder Gemeindeglieder definiert, Bescheid. Zwischen diesen beiden unterschiedlichen Bestimmungen eine vernünftige und zugleich komplexe Ich-Identität zu entwickeln, erweist sich als schwierig. Daß die »Stelle der Macht« leer ist, behaupten sowohl Pädagogen wie politische Theoretiker, was die Sache nicht einfacher macht. So wenig, wie man den politischen Leviathan soziologisch

abschaffen kann, so wenig kann man den gesellschaftlichen Ödipus psychologisch neutralisieren.

Solange im Inneren der europäischen und amerikanischen Gesellschaften der Konflikt um die Authentizität des Lebensausdrucks, um die Echtheit des individuellen oder kollektiven Selbstbewußtseins ging, solange war der Blick auf die äußere Modernität, das Verhältnis zu konkurrierenden Modernitätsdefinitionen eher romantisch oder gar abweisend bestimmt. Wenn aber in der »methodischen Lebensführung« (Max Weber) einer wachsenden Minorität in den metropolitanen Gesellschaften der Konflikt um den »Stil des Lebens« (Simmel), d. h. um die Bedeutung der zentralen Aufstiegs- und Modernisierungsmuster, der Bewertungskonflikte zwischen den verschiedenen Lebenssphären zur Disposition steht, dann gerät auch notwendigerweise die alternative Modernität außereuropäischer Wege zur Moderne in den Blickpunkt, werden im »Fundamentalismus« außereuropäischer Modernitätsdefinitionen auch die kritischen Zwischentöne der eigenen Gesellschaft hörbar. Zu den zahlreichen negativen Konsequenzen des Golfkrieges gehörte auch, daß es für geraume Zeit die Zwischentöne unhörbar machte – was eine Reihe seiner Vertreter auch so gewollt hat. Die Raketen auf Tel Aviv ließen in der Tat nichts, gar nichts zu als das Angebot, auch mit Abwehrraketen zu helfen, aber daraus wird keine nachträgliche Rechtfertigung der Wahl der militärischen Lösung als politisches Mittel, der militärischen Antwort auf die Invasion Kuwaits.

Die Frage nach »Freunden und Feinden« behandelt nicht zuletzt das Verhältnis des Privaten zum Öffentlichen auf dem Niveau der Weltgesellschaft. Es mag irreführend gewesen sein, wenn Erzieher in der Schule ihren Kindern erklärten, daß ihre »Aggressivität« auf dem Schulhof irgendwie und irgendwann zu den kriegerischen Handlungen führen, die sie im Fernsehen anlässlich des Golfkrieges verfolgen können. Aber auch die Rationalität der Kritiker an dieser »Aufklärung« ist man leid.

Unsere jüngere politische und intellektuelle Klasse muß sich keineswegs schämen, daß sie zuerst mehr gezögert und gezaudert hat als zu entscheiden. Aber jetzt ist Zeit für politisches Denken, nicht für eine neue Verschiebung harter Fragen. Die kulturellen Bedingungen der politischen Entscheidung haben sich geändert. Wer die Früchte der zivilen Gesellschaft ernten will, muß mit dem Ausgleich von Wohlstandsverhältnissen auch den von Modernitätsdefinitionen zwischen westlichen, südlichen und östlichen politisch-kulturellen Großräumen verstehen lernen.

## Kultur und Geschichte

### GESPRÄCH MIT GÜNTER DE BRUYN

Die mystische DDR-Identität ist viel gefährlicher als die Stasi-Verbrechen.

*Günter de Bruyn wurde 1926 in Berlin geboren; als Abiturient Flakhelfer und Soldat; kurze Kriegsgefangenschaft; danach Landarbeiter. Ab 1946 vorübergehend Lehrer in Brandenburg; 1946 bis 1953 Bibliothekarschule in Berlin, anschließend acht Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentralinstitut für Bibliothekswesen; seit 1963 freier Schriftsteller.*

*Jüngste Veröffentlichungen u. a.: »Jubelschreie, Trauergesänge«, »Das Leben des Jean Paul Friedrich Richters«, beide bei S. Fischer in Frankfurt a. M. erschienen. Sibylle Wirsing schrieb in der FAZ: »Wenn man unter den deutschsprachigen Schriftstellern unserer Jahrzehnte denjenigen auszeichnen wollte, der die Arroganz bis zum letzten Hauch aus seiner Sprache getilgt und die Fairneß zur Arbeitsmoral erhoben hat, gehörte Günter de Bruyn der Preis.« – Das Gespräch führte Peter Glotz im Dezember vergangenen Jahres in Berlin.*

**Glotz:** Herr De Bruyn, in den Deutschen Befindlichkeiten schlagen Sie, wohl eher ironisch, ein Zentrales Erinnerungsbüro vor. Was soll denn das betreiben oder machen?

**De Bruyn:** Dieser Aufsatz ist unmittelbar nach der Wende, im Dezember '89, entstanden. Mir schien damals schon, daß es mit der *Aufarbeitung* der DDR-Vergangenheit schwierig werden wird. Ich hab' das als einen Vorschlag zur Güte – natürlich ironisch – gemeint: Man sollte, wenn man schon niemanden richtig belangen kann, in einer Zentrale diese Erinnerungen aufbewahren. Ich hatte damals schon befürchtet, daß eine Vergoldung der DDR-Vergangenheit einsetzen kann.

**Glotz:** Sieht es jetzt nicht eher umgekehrt aus, das heißt nicht so sehr Vergoldung als ständig sozusagen das Herunterreißen der Maske?

**De Bruyn:** Nein, das glaube ich nicht. Natürlich ist beides im Gange. Aber wenn Sie das richtig beobachten, kommt die Entlarvung gewisser Leute meist vom Westen. Was ich meinte, war ja die innere Aufarbeitung, und die geschieht nicht oder kaum.

**Glotz:** Sie glauben also, daß eine Gefahr besteht, daß viele sich zurücksehnen in den Honecker-Staat oder jedenfalls sich eine ganze Reihe angeblich positiver Elemente dieser scheinbaren DDR-Identität einbilden?

**De Bruyn:** Ich habe noch nie erlebt, daß jemand ernsthaft daran denkt, die DDR wiederherzustellen, aber man trauert ihr nach, identifiziert sich nachträglich mit ihr. Die neuen Existenzsorgen überdecken die alten Ängste und Leiden. Psychologisch ist das verständlich, politisch aber gefährlich, weil man damit der Rechenschaft über eigenes Verhalten aus dem Wege geht. Diese mystische DDR-Identität ist viel wichtiger als selbst die Stasi-Verbrechen.

**Glotz:** Das wird offensichtlich im Westen völlig anders begriffen. Ich nehme Herbert Riehl-Heise von der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, der geschrieben hat: »Und das wird nun die Routine der nächsten Jahre sein. Kaum ein Tag vergeht inzwischen, an dem nicht irgend einem ostdeutschen Biedermann vom Westen aus die Maske vom Gesicht gerissen würde. Am Montag erscheint die DPA-Meldung, wonach der bekannte Lyriker K. soeben als Stasi-Mann entlarvt worden sei, obwohl er vor eineinhalb Jahren von sich aus die schreckliche Geschichte erzählt hat, wie er 1966 mit Zuchthaus bedroht wurde und sich später unter Aufbietung aller Kräfte wieder trennte von seinem Erpresser. Mittwochs lauert dann ein unerschrockenes Kamerateam von RTL-PLUS einem vergünstigten stellvertretenden Schulleiter so lange auf, bis der aschfahl im Gesicht sagt, er habe sich nichts vorzuwerfen. Am Donnerstag endlich weist die große illustrierte STERN dem Ministerpräsidenten von Thüringen nach, daß er auf bunten Abenden von Stasi-Offizieren aufgetreten ist, Brandschutzinspektor war und zuständig für Wohnungspolitik im SED-geführten Kreis Gera. Demnächst werden wir noch enthüllen, daß in der DDR die Kommunisten regiert haben.« Wenn ich Sie richtig verstehe, teilen Sie die Kritik, die in dieser Passage steckt, nicht?

**De Bruyn:** Nein, und zwar deshalb nicht, weil ich glaube, daß die Gefahr des Verschweigens viel größer ist. Wenn solche Anstöße nicht kä-

men, würde vielleicht gar nichts geschehen. Die Form, in der Wolf Biermann den Sascha Anderson der Spitzeltätigkeit beschuldigte, fand ich wahrhaftig nicht schön. Aber wahrscheinlich ist das die einzige Möglichkeit, Licht in das Dunkel des Vergessens zu bringen – wenn auch die Vorstellung unheimlich ist, daß sich das über Jahre hinziehen kann.

**Glottz:** Und natürlich selektiv, nicht?

**De Bruyn:** Ja, aber unheimlich ist auch, daß das natürlich jederzeit von jedermann für andere Zwecke ausgenutzt werden kann. Wie auch Biermanns Aktion mich deswegen entsetzt hat, weil er gleichzeitig eine Herabminderung des Lyrikers Anderson damit verbunden hat, so daß man denken könnte, es spielten persönliche Motive mit hinein.

**Glottz:** Wolfgang Thierse hat den inzwischen differenzierten Begriff des *Tribunals* gebraucht. Er meint den Versuch einer öffentlichen Aufarbeitung – nicht sozusagen vor dem Amtsgericht, aber eben doch einen Diskurs, ein öffentliches Gespräch über dieses Thema. Wäre das eine Lösung?

**De Bruyn:** Als ich das erste Mal diesen Begriff von Wolfgang Thierse gehört habe, war ich sehr angetan von dem Gedanken, meine Skepsis galt lediglich seiner Realisierbarkeit. Inzwischen ist das ja ausführlich diskutiert worden. Der Begriff *Tribunal* wurde mit Recht fallengelassen. Richard Schröder hat überzeugend von *Forum*, von öffentlichem Diskurs gesprochen. Das wäre eine Möglichkeit. Ungeklärt ist aber noch immer, wie man das im einzelnen machen soll, wer es finanzieren und tragen soll. Aber davon abgesehen, finde ich, daß eine Notwendigkeit in dieser Hinsicht tatsächlich besteht. Notwendig ist es, öffentlich darzulegen, worin das Unrecht des Unrechtsstaats bestand, wie es funktionierte, wer, wo und wie Schuld daran trug. Das kann der Rechtsstaat nicht leisten. Das muß irgendwie anders gemacht werden – ohne daß es Prinzipien des Rechtsstaats verletzt.

**Glottz:** Wie stehen Sie denn zur rechtlichen Aufarbeitung? Wir sind ja ein Land, das seinen Justizminister nach Moskau geschickt hat, um Honecker zurückzuholen. Wie immer dies ausgeht: Ich persönlich sage: Dies ist ein völlig verholzter, die Zeit nicht mehr verstehender, krebskranker 80jähriger Mann. Den vor Gericht zu ziehen, wäre der Versuch, einen politischen Konflikt, der gegen seinen Leninismus endgültig entschieden ist, vor einem deutschen Amtsrichter auszutragen. Oder würden Sie es für notwendig und sinnvoll halten, diese Führungsfiguren, es geht ja nicht nur um Honecker, vor ein ordentliches Gericht zu stellen?

**De Bruyn:** Ich wäre froh, wenn Honecker morgen nach Chile fliegen würde und wir mit ihm nicht belastet wären. Ein Prozeß gegen ihn würde die Sache nur lächerlich machen. Wofür kann man ihn denn belangen? Das hat man ja beim Prozeß gegen Harry Tisch gesehen.

**Glottz:** . . . Daß man ihn wegen der Entwendung von Tafelsilber verurteilt.

**De Bruyn:** Ja, das würde der Ernsthaftigkeit der Sache nicht gerecht.

**Glottz:** Das Grundargument der Berliner Justizsenatorin Jutta Limbach und anderer Juristen ist: Wenn wir die Mauerschützen, also die NVA-Soldaten, die auf Flüchtlinge geschossen haben, verurteilen, müssen wir erst recht diejenigen verurteilen, die diese Befehle gegeben haben. Meine Antwort darauf wäre: Wir müssen eine Amnestie für Mauerschützen erlassen. In der Tat, man kann nicht 25jährige NVA-Soldaten verurteilen und Herrn Honecker laufen lassen. Auf der anderen Seite führt auch der Prozeß gegen Honecker nicht weit.

**De Bruyn:** Zu diesem Punkt muß ich sagen: Ich bin froh, daß ich das nicht entscheiden muß.

**Glottz:** Wie sehen Sie denn die Gefühle der Mitbürger in der früheren DDR? Von Wolf Biermann gibt es den bösen Satz: »Bemacht haben sich fast alle.« Damit will er sagen, es gehe nicht um diese Trennung von wenigen Tätern und vielen Opfern, sondern ein solches System sei so angelegt, daß sehr, sehr viele Bürger eines solchen Staates in irgendeiner Weise in die Verbrechen und jedenfalls in die Systemkrankheiten einbezogen würden. Und Pfarrer Schorlemmer hat kürzlich in einer Predigt gesagt: »Wieviel Gewalt noch in den Menschen steckt, die zur Gewaltanwendung auch zu feige waren, spüren wir auch zwei Jahre danach. Mich entsetzt die hier und da massiv zutage tretende Rachementalität.« Gibt es so etwas wie eine Rachementalität?

**De Bruyn:** Nein, da bin ich mit Schorlemmer nicht einer Meinung. Ich sehe diese Rachementalität nirgendwo. Als Zeitungen vor einiger Zeit die Adressen von führenden Stasi-Leuten veröffentlichten, hat man auch *Lynchjustiz* befürchtet. Aber nichts ist geschehen. Eine solche Stimmung gibt es nicht, eher die gegenteilige: daß man zu schnell vergißt. Vielleicht hängt das mit dem zusammen, was Biermann mit seiner Übertreibung meint. Denn er übertreibt natürlich, wie immer. Pauschalurteile und kollektive Schuldzuweisungen sind nie richtig. Aber niemand, das muß ich hinzusetzen, hat soviel Recht zur Übertreibung wie er. Sein Format des Protestes hatte niemand von uns Intellektuellen, die wir in der DDR geblieben sind. Man muß sich immer sagen: Er hat gemacht, was

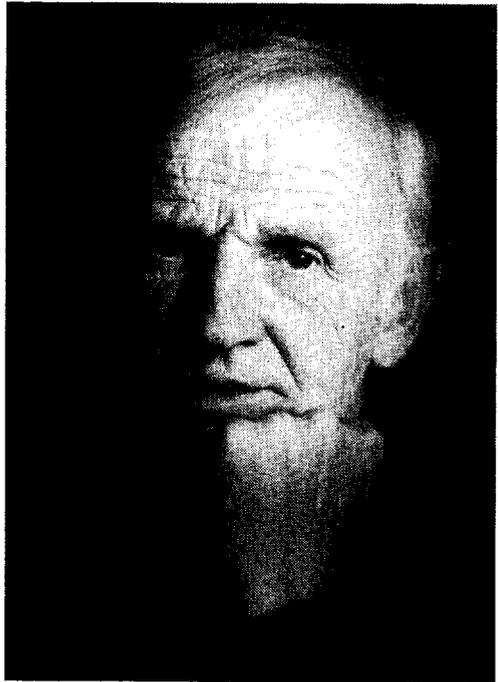
wir alle hätten machen müssen. Insofern sollte man zurückhaltend sein, ihm zu widersprechen. Aber das will ich auch gar nicht, ich möchte nur differenzieren. Auch Schweigen, Sich-Zurückziehen, Ausweichen kann Schuld bedeuten, aber das ist doch ein anderer Grad von Schuld als der der kleinen und großen Täter. In Biermanns Schimpfkanonaden, die immer den Vorteil haben, daß sie wirksam werden, werden die Unterschiede zwischen Oppositionellen, Mitläufern und Machthabern völlig verwischt.

**Glötz:** In jedem Fall ist es ausgeschlossen, 15 oder 16 Millionen Menschen in die Ecke zu stellen. Das heißt also, wenn man so differenziert, wie Sie es vorschlagen, muß man erstens die respektieren, die sich durch Schweigen zurückgehalten haben und die sich jedenfalls nicht eingelassen haben mit dem Regime. Aber auch viele von denen, die zwar mitgemacht haben, die auch bestimmte Vorteile vom System hatten, die werden trotzdem in diesem Staat weiterleben, und sie müssen auch in irgendwelchen Berufen weiterleben. Man wird sie vielleicht nicht in den Bundestag wählen, man sollte sie möglichst nicht an führende Stellen setzen, aber man wird in den ganzen Funktionseliten ohne diese Menschen nicht auskommen können. Die Bereitschaft zum Treck nach Osten scheint bei den Bürgern von Düsseldorf und München ja relativ gering zu sein.

**De Bruyn:** Ja, allerdings, das betrübt mich auch. Wenn ich die Zahlen lese, wie wenig das sind, dann ist es erschreckend. Und aus dem Osten wandern immer mehr ab.

**Glötz:** Die »Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung« untersucht ja immer, was es für neue Begriffe gibt von Jahr zu Jahr. Der prominenteste Begriff des letzten Jahres ist die Neuprägung *Besserwessi*. Ist die Kritik, die in dieser Prägung steckt, berechtigt? Spüren Sie, daß ein Kolonisatoreninstinkt, eine Kolisatorenattitüde bei vielen existiert, die da rüber kommen?

**De Bruyn:** Zu diesem Klischee haben beide Seiten beigetragen, die einen durch Arroganz, die anderen durch Minderwertigkeitskomplexe. Und wenn solch Vorurteil einmal verbreitet ist, bestätigt es sich, ganz gleich wie man sich verhält, immer wieder neu. Der Hang zum pauschalen Aburteilen ist – übrigens auf beiden Seiten – oft erschreckend. Für den Westdeutschen, der ja tatsächlich oft der Besserwissende ist, ist es schwer, diesem Vorurteil nicht zu entsprechen. Viel Takt und Einfühlungsvermögen wird da von ihm verlangt. Was stört, ist ja nicht das bessere Wissen, das im Osten dringend gebraucht wird, sondern die damit oft verbundene Überheblichkeit.



Günter de Bruyn, 1991

Foto: Norbert Michalke/octobus

**Glötz:** Wie lange, glauben Sie, wird es dauern, bis sich diese Empfindlichkeiten abgeschliffen haben? Eine Generation?

**De Bruyn:** Länger bestimmt nicht. Die jungen Leute finden sich schon heute schnell in die veränderten Gegebenheiten hinein.

**Glötz:** Wie hat die deutsche Gesellschaft den Nationalsozialismus aufgearbeitet, und wie wird sie den Kommunismus aufarbeiten? Könnte man jetzt zu der skeptischen Folgerung kommen, daß es ungefähr gleich ablaufen wird? Ich erinnere mich an die Kritik der APO in den späten 60er Jahren, die nach hinten gewandt sagten zu ihren Vätern: »Ihr habt euch nie damit auseinandergesetzt.« Das war ein Grundimpuls. Wenn man jetzt sieht, wie die Aufarbeitung des kommunistischen Regimes abläuft, hat man den Eindruck, diese APO war vielleicht doch etwas naiv, es wird ganz ähnlich ablaufen, es werden Richter irgendwo weiterarbeiten, die vorher anderes Recht gesprochen haben, es werden Lehrer mit neuen Lehrplänen arbeiten, die vorher mit anderen Lehrplänen gearbeitet haben, und man weiß im Grunde auch nicht, wie es anders gehen sollte. Oder sehen Sie die Chance, daß man aus diesem ersten Prozeß nach '45 jetzt nach 1989 lernt?

**De Bruyn:** Ich bin in dieser Hinsicht von Anfang an skeptisch gewesen, hatte schon 1989

das Gefühl, daß es so ähnlich werden wird. Obgleich der Vergleich mit dem Deutschland von '45 doch immer hinkt.

**Glutz:** Ja, natürlich, . . .

**De Bruyn:** Anders ist es auch deshalb, weil es nur ein Drittel Deutschlands betrifft, weil die Forderung nach Aufarbeitung der Vergangenheit auch vom Westen kommt. Im Gebiet der ehemaligen DDR ist das Bedürfnis danach auf kleine Kreise beschränkt. Da trifft in der Tat der Vergleich mit '45 insofern zu, als die Leute ganz andere Sorgen haben. Mit der Währungs- umstellung fing das an. Wenn es um die Existenz geht, man arbeitslos wird, erscheint die Frage nach der Vergangenheit unwichtig.

**Glutz:** Sie haben in Ihrem Buch geschrieben: »Die Frage ist, ob zum Beispiel der Richter, der meinen Kollegen Erich Loest politisch abweichender Meinungen wegen zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt hat, heute Schuldgefühle empfindet oder verdrängt.« Sie schreiben dann dazu: »Wahrscheinlich wird er sich als von falschen Idealen verführt ausgeben oder von damals geltenden Gesetzen und einer Art Befehlsnotstand reden, wahrscheinlich aber wird er danach so wenig gefragt werden wie die vielen Leute in den Chefetagen, die nicht fachlicher Eignung wegen dort saßen oder oft noch sitzen, sondern weil es der SED nützlich erschien.«

**De Bruyn:** Ja, das glaube ich in der Tat. Die Richter hat man ja nun fast alle rausgeworfen, soweit sie wirklich belastet waren. Aber in vielen anderen Fällen ist es doch tatsächlich so gekommen, daß man nach dem Verhalten in DDR-Zeiten nicht fragt. Auch sich selbst fragt man nicht danach, sondern findet Ausflüchte, läßt Verdrängungen wirksam werden oder lenkt ab auf Fehler, die der Westen nun macht.

**Glutz:** Wie haben Sie denn reagiert auf die Debatte, die von Frank Schirrmacher in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG und von Ulrich Greiner in der ZEIT zu Christa Wolf angestoßen wurde?

**De Bruyn:** Ich habe da gespalten reagiert. Einerseits fand ich es falsch und ungerecht, Christa Wolf als Beispiel zu nehmen, deren kritische Wirkung nicht unterschätzt werden darf – Hermann Kant hätte sich dazu viel besser geeignet –, andererseits aber begrüßte ich, daß die Debatte dadurch in Gang kam, eine notwendige Debatte, bei der nur bedauerlich war, daß sie vom Westen ausging und nicht von den Leuten, die sie betraf.

**Glutz:** Man hat manchmal den Eindruck, daß dieselben Leute, die lange Zeit bei uns als halbe Dissidenten Medien-Stars waren – dazu gehörte Christa Wolf und auch Stefan Heym –, zu Aggressionsobjekten wurden, als sie dann die-

sen berühmt-berüchtigten Aufruf »Für unser Land« unterzeichnet hatten.

**De Bruyn:** Ja, das ist unerfreulich, besonders wenn auch der künstlerische Rang dieser Autoren plötzlich in Frage gestellt wird. Das wirft ein schlechtes Bild auf die Literaturkritik.

**Glutz:** Im Grunde müßten wir eine Art neues Curriculum erarbeiten, in dem die Kunstwerke, die in der früheren DDR produziert worden sind, miteinbezogen werden. Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam nachdenken: Was gehört eigentlich von literarischer Qualität in dieses Curriculum hinein? Es gibt natürlich eine Reihe von bedeutenden Schriftstellern, die nach '45 in die DDR mit großen Hoffnungen gekommen sind, deren große Werke aber eher vor dem Krieg geschrieben worden sind. Das trifft für Anna Seghers zu, auf Brecht . . .

**De Bruyn:** Oder Arnold Zweig . . .

**Glutz:** Das Hauptwerk hat, einfach auch aus Altersgründen, in der Emigration oder in der Weimarer Republik stattgefunden. Aber dann gibt es ja die jüngere Generation. Was sind denn wichtige Namen, die wir in das neue, das gemeinsame Curriculum einbeziehen müssen?

**De Bruyn:** Darauf antworte ich ungern, weil man dabei immer wichtige Namen vergißt und sich mit Sicherheit irrt. Auch bei längerem Nachdenken werden wir eine sichere Antwort darauf nicht finden. Da müssen viele mitarbeiten, Kritiker, Literaturwissenschaftler, und nicht zuletzt die Leser, die letztendlich darüber entscheiden, was Bedeutung behält. Das gilt übrigens für die in der DDR entstandene Literatur nicht anders als für die westdeutsche. Erst nach historischen Veränderungen erweist sich, ob Literatur mehr aufzuweisen hatte als Zeitbezogenheit. Auch ist die Abgrenzung des Begriffs DDR-Literatur schon fraglich, wenn man an Peter Huchel oder Wolf Biermann denkt.

**Glutz:** Man kann ja der Meinung sein, daß wir, wie auch zwischen 1830 und 1890, in einer Art literarischem Loch leben. Das heißt also, daß Figuren der Größenordnung Thomas Manns, Brechts, Benns in den letzten 30 Jahren kaum zu verzeichnen waren. Stimmen Sie dem zu?

**De Bruyn:** Soweit wir das beurteilen können, ja. Das gilt aber für den Westen wie den Osten. Aber ich bin da vorsichtig. Denn in dieser Hinsicht ist jeder Zeitgenosse blind. Auch Fontanes Mitlebende wußten nicht, daß gerade er es sein würde, der 100 Jahre später noch lebendig ist.

**Glutz:** Wie groß ist denn die Gefährdung für den Gefühlshaushalt dieser neuen Nation, die daraus entsteht, daß beispielsweise um die künftige Hauptstadt Berlin herum bestimmt 30- bis 40 000 erstklassig ausgebildete intellektuelle arbeitslos sein werden?

**De Bruyn:** Soziale Nöte beeinträchtigen natürlich die Stimmungslage, die von Intellektuellen besonders, da sie ihre Frustrationen besser und lauter äußern können. Die Gereiztheit zwischen Ost und West wird sich ändern, wenn die Angleichung der Lebensumstände erreicht ist. Das aber setzt voraus, daß die Besitzfragen bald geklärt werden. Diese Unsicherheit scheint mir ebenso gefährdet wie die Arbeitslosigkeit.

**Glötz:** Weil einfach der Mensch, der mit dem Zollstock kommt und an dem Haus herummißt, in dem einer nun seit 20 Jahren wohnt, viel Angst und Wut erzeugt?

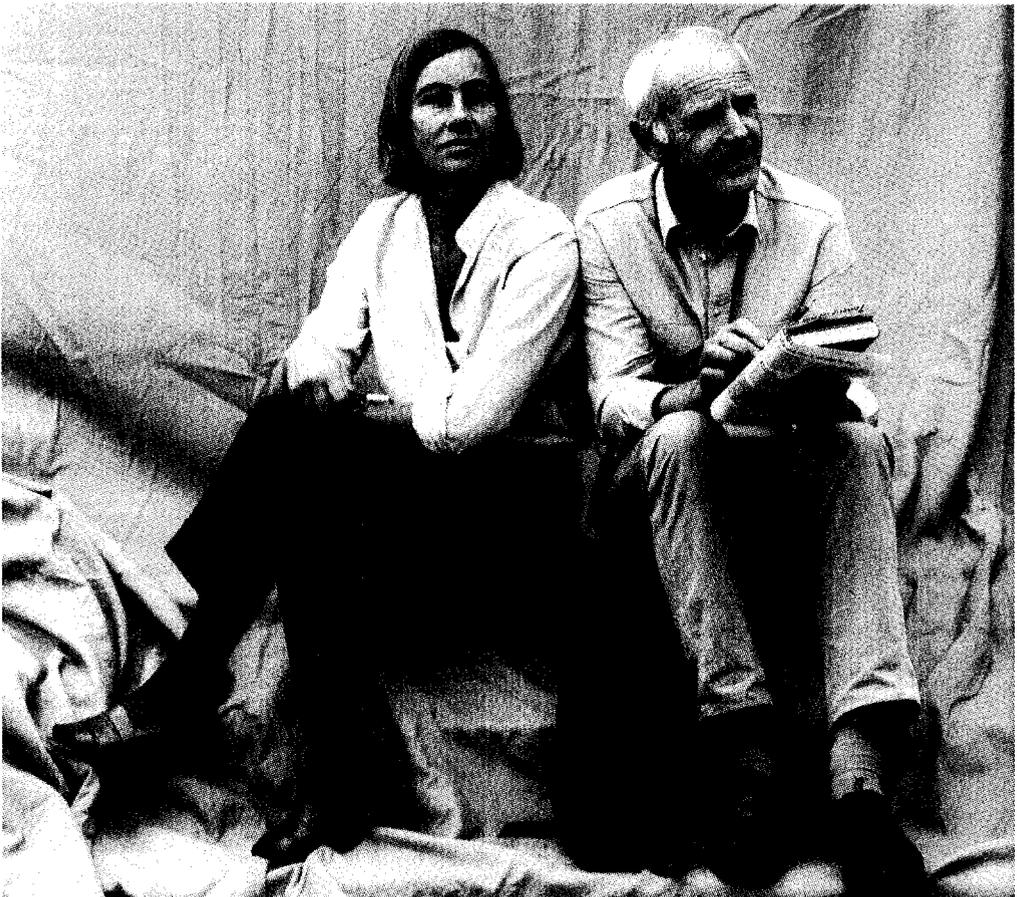
**De Bruyn:** Einmal diese direkte Konfrontation, dieses Gefühl, enteignet zu werden, zum anderen aber auch die verhinderten Investitionen.

**Glötz:** Sehen Sie die Gefahr, daß aus dem ostdeutschen Bürgertum eine relativ starke Unterstützung für rechtspopulistische Parteien und Strömungen entstehen könnte?

**De Bruyn:** Anfangs waren meine Befürchtungen in dieser Hinsicht groß. Sie sind geringer geworden, aber nicht geschwunden. Zwei Erscheinungen sehe ich als gefährlich an: die wachsende Ausländerfeindlichkeit und der Ruf nach dem starken Staat, nach mehr Polizei, auf Grund der anwachsenden Kriminalität. In einem Rechtsruck deutlich geäußert haben sich diese wohl noch nicht. Aber die Gefahr besteht. Bestes Vorbeugungsmittel ist soziale Sicherheit – hier und dort.

Schriftsteller, Berlin

Foto: Stefan Moses



## Ein Lob der Anpassung

Oktober 1990. Am Abend. Wahlkampf in Erfurt und Gera. Deutschland ist seit einer Woche vereint.

Ich bin mir meines Publikums nicht sicher. Drüben im Westen kenne ich die Zuhörerinnen und Zuhörer, weiß, wann sie klatschen werden oder nachdenken wollen, merke auch, wo sie etwas anderes von mir erwartet hätten. Hier aber bin ich darauf angewiesen, in den Gesichtern zu lesen. Es sind deutsche Gesichter, so wie in den alten Bundesländern auch. Und doch kommen sie mir weniger vertraut vor.

Auch die Landschaften, in denen diese Menschen leben, haben ein eigenes, ein unverwechselbares Gesicht. Der Wahlkampf ließ mir leider nur die Zeit, sie aus der Auto- oder Hubschrauberperspektive kennenzulernen. Ob Westen oder Osten, bei Klarsicht ist kein Irrtum möglich. Aus der Luft stellt sich Westdeutschland als Flickenteppich grad- oder schrägwinklig aneinandergereihter Parzellen dar. In Ostdeutschland sind die Felder größer, akkurater voneinander abgesetzt, zugeschnitten auf die Produktionsweise großer landwirtschaftlicher Genossenschaften. Selbst noch die Nacht läßt Unterschiede durchscheinen: Die Lichter sind im Osten dunkler.

Zweifelsohne haben die Landschaften in der Ex-DDR ein anderes Gesicht als die der westlichen Bundesrepublik, ebenso die Städte, die Dörfer, die Industrieanlagen. Und die Menschen?

Das wirtschaftliche oder politische Leben folgt Regeln und Gesetzen, die sich in ihrer Gesamtheit als Systeme oder Ordnungsmodelle erklären lassen. Um das Empfinden und Denken der Menschen zu erfassen, fehlen solche abstrakten Gebilde. Aber die Gesichter geben davon etwas preis. Nichts ist intimer als das Gesicht eines Menschen. Die individuelle Lebenserfahrung schlägt sich darin nieder. Die kollektive auch? Gibt es den Typus des DDR-Menschen? Oder wird er jetzt schon überlagert vom Typus des Brandenburgers, des Mecklenburgers, des Sachsen?

Weil sie Antwort auf solche Fragen geben, faszinieren mich die Portraits, die der Fotograf *Stefan Moses* in den Jahren 1989 und 1990 in der DDR aufgenommen hat und die, nachdem sie im Deutschen Historischen Museum in Berlin ausgestellt waren, zu einem Bildband gebündelt wurden – *Stefan Moses, Abschied und Anfang. Ostdeutsche Portraits 1989–1990, Edition Cantz.*

Stefan Moses' Bilder sind Kompositionen. Der Fotograf hat Stilleben eines transitorischen Augenblicks inszeniert: In jenen Wochen und Monaten waren die Menschen aus der DDR schon nicht mehr das, was sie bisher sein mußten, aber auch noch nicht ganz das, was sie in Zukunft sein wollten. Es waren Menschen auf dem Transitweg in eine neue Staats- und Lebensform.

Die Serie ostdeutscher Portraits wird mit Fotos von Übersiedlern eingeleitet, die Stefan Moses im Oktober '89 aufgenommen hat. Alle Übersiedler werden in einer realen, wenn auch trostlosen Umgebung präsentiert: Triste Fassaden eines Aufnahmelagers, winterlich kahle Äcker, grauer Straßenasphalt. Da stehen sie nun im gelobten Land herum mit Kind und Kegel, eher verlegen denn verloren. Viel Kind und wenig Kegel. Reisende, die angekommen sind – aber nicht daheim.

Reisende sind auch die anderen, die Dagebliebenen. Reisende, die gar nicht erst abgefahren sind. Das Transitorische der Situation empfinde ich bei ihnen sogar noch stärker als bei den Übersiedlern. Das mag an dem Tuch liegen, das der Fotograf als Bildhintergrund verwendet. Das Tuch trennt die Menschen aus ihrer Umgebung heraus, schneidet sie ab von ihrer Umwelt. Dem Betrachter prägen sie sich tiefer ein, weil sie nur durch sich selber wirken, gestellt zwar, aber durch keinen Hintergrund verstellt.

Schon früher, in den 60er Jahren, hat Stefan Moses Menschen aus der Bundesrepublik vor einem tuchbespannten Aufbau portraitiert. Zwei dieser älteren Bilder sind am Ende des Katalogs wiedergegeben. Ihre Ähnlichkeit mit den neuen ostdeutschen Portraits ist sicher nicht ganz zufällig. Die schwarz-weiß Kolorierung der Aufnahmen erinnert an die Farbtechnik der Portraitfotografen aus den 30er oder 50er Jahren. *Fünfziger-Jahre-Gesichter*, genau dieser Eindruck wird suggeriert. Doch soll dadurch der Betrachter nicht getäuscht, sondern bestätigt werden in seiner Wahrnehmung: Der Fotograf unterstreicht mit technischen Stilmitteln lediglich die Wirklichkeit der Portraitierten. Es ist ja nicht zu leugnen, daß so manche Wirklichkeit der DDR gut 20 Jahre hinter den gesellschaftlichen Realitäten des Westens zurückgeblieben war.

Steht diese Verspätung tatsächlich auf den Gesichtern? Wohl kaum. Wer dennoch einen

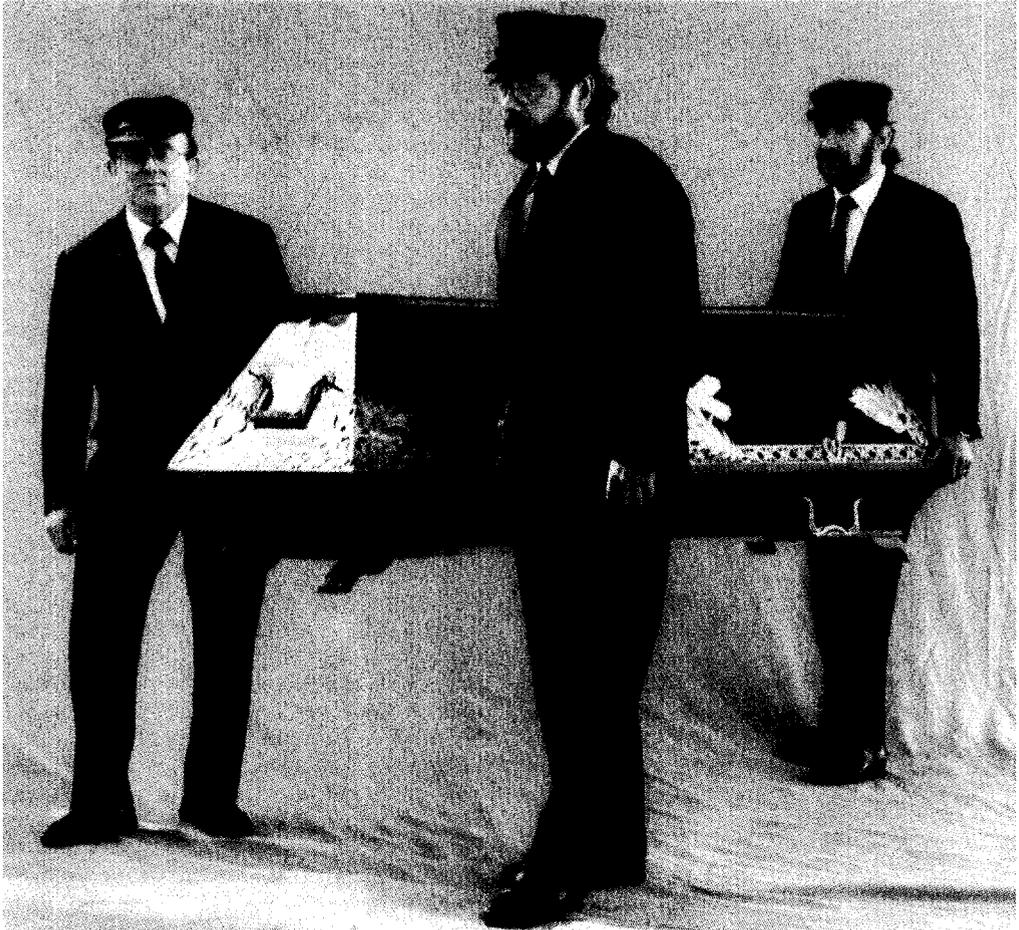
solchen Ausdruck sieht, liest in die Gesichter hinein statt aus ihnen heraus. Und er liest durch die Brille des Gesellschaftssystems, in dem die Besitzer der Gesichter lebten. Zurückgeblieben sind nicht die Gesichtszüge, zurückgeblieben sind manche Frisuren und Kleider. Zurückgeblieben sind einige Gegenstände und Utensilien, mit denen der Fotograf die Menschen umgibt und seine Stilleben komponiert. Aus den Gesichtern spricht vor allem die Individualität. Erst die Accessoires verweisen auf den Zustand der Gesellschaft, erst die Komposition erschließt die soziale Realität der Portraitierten. Darunter sind Bekannte und Unbekannte. Keiner wird mit Namen genannt, so, als ließen sie sich alle reduzieren auf die Arbeit oder die Funktion, die sie im System innehatten. Da finden sich Berufe wieder, die im Westen bereits ausgestorben sind und die im Osten keine Zukunft haben. Verräterisch die Berufsbezeich-

nungen. Sie sind Ausdruck der *technokratischen Sinnlichkeit* einer Gesellschaft, die unter dem Kuratel der Bürokraten stand. In dem Maße, wie die unfreiwillige Komik des offiziellen Idioms in den allgemeinen Sprachgebrauch einging, gewöhnten sich die Menschen auch an die traurige Lächerlichkeit eines Systems, das lebendige Demokratie zur bürokratischen Farce verknöchern ließ: Wo schon das schlichte deutsche Wort *Wimpel* durch die Bezeichnung *Winklement* ersetzt wird, braucht sich niemand mehr über den *Besamungstechniker* oder die *Instrukteurin für Veranstaltungswesen* zu wundern. So kann man, durch die Gewöhnung der Menschen ans Lächerliche, der Karikatur den kritischen Stachel nehmen.

Natürlich kennt Stefan Moses die zersetzende Kraft der Karikatur. Er macht davon nur behutsam Gebrauch, denn nicht die Menschen, höchstens das System will er denunzieren: Das

Sargträger, Cottbus

Foto: Stefan Moses



Portrait der Köchin aus Cottbus geriet ihm zu einem Denkmal proletarischer Küchenerotik für eine Gesellschaft, die unter Kochkunst die freudlose Umwandlung von Nahrungsmitteln in Kantinenfraß versteht; und treffender als durch das PDS-Pärchen in Imkermontur – Bürgermeister und Parteifunktionär mit einer Miene, als seien sie gerade von einem halben Schwarm Bienen gestochen worden – hätte sich die sauertöpfische Kleinbürgerlichkeit des *real nicht mehr existierenden Sozialismus* kaum darstellen lassen.

Wenn die Fotos ein Spiegel der sich auflösenden DDR-Gesellschaft sind – die Aussagen der Fotografierten selber, die ihre Realität in den Ablichtungen wiederfanden, bestätigten es –, dann war es nach westlichem Maßstab in der Tat eine verspätete Gesellschaft: Durch die Portraits schimmert eine festgefügte alte Welt, in der die Normen des Handelns noch eindeutig sind. Schon der weibliche »Reichsbahnoberssekretär« – das erste Portrait in der Reihe der Dagebliebenen – signalisiert dies mit erhobener Kelle und Trillerpfeife. Genauso haben wir als Kinder unsere Märklin-Züge auf die Strecke durchs Wohnzimmer geschickt.

Die abgelichteten Arbeiter und Bauern sehen aus wie richtige Arbeiter und Bauern in einem richtigen Arbeiter- und Bauernstaat. Nirgends der leiseste Hauch des »modernen Arbeitnehmers« – auch dies ein Indiz für industrielle Rückständigkeit und für die »Schottendicht-Mentalität« des ehemaligen kommunistischen Ghettos. Kein türkischer Schnauzbart im ganzen Katalog. Die Drecksarbeiten mußten noch von den Deutschen selber verrichtet werden.

Auffällig hoch die Zahl der Uniformierten: Musiker und Tanzgruppen, Sargträger und Kellner, Empfangsdamen und Instrukturinnen für das Veranstaltungswesen, Matrosen und Soldaten, Pastoren und Klosterfrauen, Förster und Feuerwächmänner, Eisenbahner und Postzustellerinnen, Kraftfahrer und Polizisten, junge Pioniere und Hausbesetzer, sie alle tragen Uniform. Hinzu kommen noch die uniformen Berufskleidungen der Ärztinnen und der Metzger, der Köchinnen und der Schornsteinfeger, der Verkäuferinnen und der Bibliotheksfachkräfte, der Krippenerzieherinnen und der Facharbeiterinnen für Gemüseaufbereitung. Schon am ausgeprägten Hang zur Uniform merkt man, daß es sich um deutsche Portraits handelt. Im weltoffenen, modebewußten und permissiven Westen hat sich diese Vorliebe in den letzten Jahrzehnten etwas verloren. Im Osten konnte sie sich länger halten, weil der Staat selber die Harmonisierung der Gesell-

schaft betrieb. Staatliche Harmonisierungsbestrebungen – vor allem dann, wenn sie unter dem Vorzeichen der Gleichheit stehen – münden ja nicht selten in geistige und ästhetische Uniformierung.

Ein Bild fällt aus der Reihe. Ein Mann sitzt auf der Couch in seiner guten Stube, die Hände gefaltet, den Blick ins Nichts. Das Tuch dient nur als Sofadecke, trennt nicht den Mann von seiner Einrichtung. Die Dekoration ist authentisch. Vor der Wand die Requisiten der Träume: Eine Landkarte Afrikas, Masken aus fremden Kulturen, ein bunter Holzvogel und das Modell eines Drei-Mast-Seglens. Die Fluchten, die auf diese Weise angezeigt werden, müssen im Kopf des Mannes wirklich stattgefunden haben. Und ganz vorne groß im Bild ein exotischer Vogel lebendig in einem Käfig – für den Mann auf dem Sofa ein Gleichnis seiner selbst. Jedes Arrangieren durch den Fotografen war hier überflüssig. Der Mann ist Günter Schabowski. Ihn hatte das Schicksal auserkoren, die Öffnung des Käfigs zu verkünden.

Noch einmal: Wer in den Gesichtern der Menschen die Züge des Systems sucht, erliegt einer optischen Täuschung, wenn er so etwas wie gesellschaftliche Rückständigkeit zu entdecken glaubt. Hätte Stefan Moses eine fränkische Bäuerin oder einen saarländischen Bergmann mit denselben Stilmitteln inmitten derselben Accessoires aufgenommen, wie er sie für seine ostdeutschen Portraits verwendet, ich wette, der Gesichtsausdruck würde die Westdeutschen unter den Ostdeutschen auf den ersten Blick nicht verraten. Die Aufnahmen von jungen Ostdeutschen oder von ostdeutschen Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen, die sich in Haltung und Kleidung kaum von ihren westdeutschen Pendants unterscheiden, zeigen, daß die Gesichter keine besonderen Kennzeichen tragen. West- und Ostdeutsche wären nackt nur schwer auseinanderzuhalten.

Und dennoch findet sich beim genaueren Hinschauen auch in den Gesichtern jener Unterschied, der in den Seelen liegt. Im Osten haben die Menschen anders zu denken und anders zu empfinden gelernt als im Westen. Die lange Demütigung hat in den Charakteren Spuren hinterlassen, die sich – kaum merklich und individuell verschieden – nach außen kehren. Mit Rückständigkeit hat dies wenig zu tun, mit Anderssein viel. »Wir sind ein Volk – wir auch«, so lautet das tarifvertragliche Motto der alltäglichen Auseinandersetzungen. Es wird wohl eine Generation brauchen, bis die Deutschen im psychologischen Sinn wieder eine gesellschaftliche Einheit bilden. Auf den Fotos sind Täter und Opfer zu sehen, Anführer und Fußvolk,

Aufpasser und Angepaßte. Je befleckter sie erscheinen, desto mehr gehen sie mit der Staatssicherheit ins Gericht. Das Lachen der Täter aber ist nicht weniger sympathisch als das der Opfer. Der Fotograf meint es gut mit allen. Gleichsam als unsichtbares Accessoire hat er allen Kompositionen seine eigene menschenfreundliche Wärme beigemischt. Und seinen subversiven Humor. Der arbeitslose Traktorist aus Neetzow oder der ehemalige Berufssportler aus Cottbus in seinem urzeitlichen Vehikel sind dafür genauso verschmutzte Beispiele wie der Stadtplaner aus Dessau.

Gewiß gab es in der DDR viele Angepaßte. Aber ein Unterschied zwischen angepaßten Tätern und angepaßten Opfern muß bleiben. Das Mitläufertum hat ja in ganz Deutschland Tradition, eine Tradition also, die uns vereint. Auch in der Bundesrepublik haben die Menschen nach der Befreiung vom Naziregime – die viele als Niederlage empfanden – nicht über Nacht die Charaktere abgelegt wie man ein Oberhemd wechselt, sondern sie haben sich nach und nach auf die Verkehrsformen der neuen Institutionen eingestellt. Demokratie und Marktwirtschaft war nicht allen ein emphatisches Anliegen, galt es doch zunächst einmal die eigene Haut zu retten, sich der existentiellen Sorgen zu entledigen, eine Wohnung zu finden, nach Arbeit zu suchen. Erst mit der Zeit wurden Demokratie und Marktwirtschaft im Westen habituell.

In den nächsten Jahren wird es in den neuen Ländern zu einem großen Wachstumsschub kommen. Es wird Gewinner und Verlierer, Aufsteiger und Absteiger geben. Der Unterschied zwischen Übersiedlern und Dagebliebenen wird verwischt werden. In 15 Jahren, dessen bin ich sicher, werden wir ein einheitlich Volk von angepaßten Demokraten und angepaßten Marktwirtschaftlern sein. Ich sage das ohne Sorge und ohne Zynismus. Dann möchte ich wieder einen Fotoband von Stefan Moses sehen: Neue deutsche Portraits oder besser noch – *europäische* Portraits aus Deutschland.

MARTIN LINDNER

## Weimarer Profile: Die verschollene Generation

### Eine Kultur-Geschichte in vier Lebensläufen (II)

**A**rnolt Bronnen, Ernst Glaeser, Ernst von Salomon, Ernst Erich Noth: Vier heute kaum mehr bekannte Schriftsteller der Weimarer Republik, Verfasser *sachlicher* Zeitromane. Vier engagierte Intellektuelle, zwei *links*, zwei *rechts*, an denen sich erweist, daß die heute gängigen Ideologieschubladen nichts erklären.

### Der Fall Arnolt Bronnen

Als unmittelbare Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und den Erdrutschsieg der NSDAP bei der Septemberwahl 1930 hielt der Nobelpreisträger Thomas Mann im halbgefüllten Berliner Beethovensaal eine Rede, die dann unter dem Titel »Deutsche Ansprache, Appell an die Vernunft« veröffentlicht wurde. Die Ansprache wurde durch Zwischenrufe Arnolt Bronnens gestört, der u. a. mit Ernst Jünger und Alexander Mitscherlich gekommen war. Zudem waren einige SA-Männer beteiligt. Nachdem Ordnungskräfte die Störer entfernt hatten, konnte Mann seine Rede beenden.

Mit diesem Skandal wurde Bronnen, der erfolgreiche Theateravantgardist, endgültig zum schwarzen Schaf der Berliner Intellektuellenszene, die bis dahin die Nazis kaum zur Kenntnis genommen hatte. Nun erschien Bronnen auf den berühmten Parties seines Verlegers Ernst Rowohlt und telefonierte demonstrativ mit seinem Freund Goebbels. Dennoch nahm ihn niemand wirklich ernst. Er war eine exotische Attraktion, ebenso wie der Rathenau-Attentäter, Rechtsrevolutionär und frischgebackene Rowohlt-Autor Ernst von Salomon oder der schwarzbehemdete Otto Strasser, der den wohligh schauernden Partygästen in liebenswürdigem Ton mitteilte, daß sie aus rein sachlichen Erwägungen nach seiner Machtergreifung an die Wand gestellt werden würden.

Auch Thomas Manns Rede und Bronnens Störversuch waren trotz aller Publizität politische Randerscheinungen. Bronnen und mit ihm viele Jüngere forderten, gemäß dem nietzscheanischen Ideal des *gefährlichen Lebens* auf der Schaumkrone der schicksalhaften Springflut mitzuschwimmen, die im Namen des Lebens die marode bürgerliche Gesellschaft zertrümmern würde.

Thomas Mann beschwor in seiner Rede noch einmal ein in sich gefestigtes Kulturbürgertum, die Humanität gebildeter Schöngelster. Für Bronnen aber war dieses traditionelle Bürgertum spätestens seit der Inflation ausgelöscht. In seinem 1935 erschienenen Rundfunkroman *Kampf im Äther* karikiert er den Thomas Mann von 1930 als weltfremden *Thomas Greis, harmlos an Schreibtischen aufgewachsen in einem Lande, das sich während seines Schreibtisch-Daseins mehr gewandelt hatte als Japan oder Kalifornien.*

Und dennoch bestanden durchaus Ähnlichkeiten zwischen dem Denken des Rechtsrevolutionärs Bronnen und dem Denken Thomas Manns, der 1921 die Formel von der *Konservativen Revolution* geprägt hatte. Wie etwa auch Heidegger und Benn verband Bronnen mit dem Nationalsozialismus eben die von Nietzsche inspirierte Hoffnung auf eine neue, »seelische«, existentielle Politik, die 1914 auch Thomas Mann gehegt hatte, als er im Krieg die Synthese von Macht und deutscher Seele zu erkennen glaubte. Doch während der Ästhet Thomas Mann im Weltkrieg seinen »zweijährigen Gedankendienst mit der Waffe« noch in Gestalt der 600 Seiten starken *Betrachtungen eines Unpolitischen* ableistete (wie er selbst im Vorwort schrieb), glaubten sich die Radikalen unter den jüngeren Intellektuellen zu konkreterem Engagement verpflichtet. Sie waren bereit, ihre Individualität zurückzustellen und sich dem einheitlichen Menschentyp der Zukunft unterzuordnen – ob man ihn nun im kommunistischen Proletarier erblickte, wie Bronnens Ex-Freund Brecht, oder in der Gestalt des Deutschen Arbeiters, wie Bronnen selbst unter dem Einfluß Ernst Jüngers.

1929 war Bronnens faschistischer Roman *O.S.* erschienen, der die Freikorpskämpfe in Oberschlesien in einer wüsten Mischung aus neusachlicher Dokumentation, Satire, Landserroman, nationalem Kitsch, gewalttätig-pubertärem Zynismus und kruden Sex-Szenen behandelte, vorwärtsgetrieben von Bronnens dynamischer und ruppiger Sprache, die schon den Erfolg seiner Stücke ausgemacht hatte.

Krenek, ein junger kommunistischer Arbeiter aus Berlin, wird zurück in seine schlesische Heimat verschlagen und erlebt dort die Geburt eines neuen sozialistischen Nationalgefühls, das den wurzellosen Materialismus der KPD überwindet. Der eigentliche Gegenspieler Kreneks aber ist ein Rechter, ein intriganter Staatsanwalt und verräterischer Lobbyist des Kapitals wie des korrupten Nationalismus:

*Immer wieder, vor dem ganzen Schlammassel, steht dieser Zuzler, dachte sich Krenek. Er*

*fliegt herum wie ein Rauchgeschwader, die Welt einhüllend in Gestank, Nebel und Gas. Man müßte Klarheit schaffen, er steuerte geradezu auf diese Forderung zu, Offenheit, Einfachheit, Direktheit, eine ganze Schicht von Leuten müßte zunächst einmal weggeräumt werden. Man müßte die Extreme gegeneinander platzen lassen, die Zeit der Verhandlungen und des Kuddelmuddels wäre vorbei.*

Den Kommunisten hatte sich inzwischen auch der linksbürgerliche Starautor Ernst Glaeser angenähert. In seinem Roman *Frieden* von 1930, der als unmittelbare Fortsetzung des Bestsellers *Jahrgang 1902* Revolution und Nachkriegszeit behandelt, beschreibt er sich selbst als Prototyp des *freischwebenden Intellektuellen*, der zwar der alten bürgerlichen Kultur nachtrauert, aber weiß, daß sie unwiederbringlich ist.

Wie im Fall Bronnens war auch Glaesers Anlehnung an eine mächtige, lebensvolle Bewegung nicht frei von Opportunismus. Hans Sahl, der damals mit ihm befreundet war, charakterisiert ihn so:

*Er war im Grunde schüchtern. Er versuchte, seine unbewältigte Jugend durch männliches Auftreten zu ersetzen, seine Abwehrhaltung gegen die Welt hatte etwas Abwartendes. Er brauchte Wärme, um Farbe zu bekennen, und als die Wärme ausblieb, das heißt, der Erfolg, wurde er blaß und farblos wie die anderen.*

Noch aber war er ein Erfolgsautor, ein gefragter Mann, der politische Vorträge hielt und als prominenter Gast auf einem internationalen Schriftstellerkongreß in der Sowjetunion gefeiert wurde. Gleichzeitig aber wurde seine Sehnsucht nach der bürgerlichen Idylle immer stärker. Nicht nur der früher knappe, sachliche Stil wurde zusehends blumiger und trivialer, auch inhaltlich tendierte er, wie übrigens viele Autoren und Maler der *Neuen Sachlichkeit*, zu schwärmerischen Lobpreisungen des naturhaften, einfachen Lebens. Wie Bronnen und von Salomon sah er auf dem Land das zeitlose Gegenbild zum entwurzelten Großstadtleben. Wo aber von Salomon ein betont nüchternes Bild des bäuerlichen Lebens entwarf und Bronnen oft seiner Schwäche für heroische Blut- und Boden-Mystik nachgab, neigte Glaeser zu kitschigem Landschaftspathos. Er suchte seine Wurzeln in der heimatlichen Landschaft des Rheingaus, deren Lieblichkeit und Sanftheit in seinen Augen einen Lebensstil voller Humanität und Schönheitssinn verkörperte. Als er wegen dieser bürgerlichen Abweichungen von den Kommunisten hart kritisiert wurde, brach er schließlich Ende 1932 mit der Partei.

Für das Feuilleton der hochangesehenen FRANKFURTER ZEITUNG, dessen Mitarbeiter Glaeser war, schrieb während seines Studiums auch Paul Krantz, der sich dann Ernst Erich Noth nannte. Das Pseudonym nahm er 1931 an, als sein halbautobiographischer Romanerstling *Die Mietskaserne* erschien, um nicht von seiner zweifelhaften Berühmtheit vom Sensationsprozeß um den Steglitzer Schülermord her zu profitieren. Allerdings verdankte er seine guten Verbindungen in Frankfurt, wo er Germanistik studierte, nicht zuletzt eben dem Interesse, das man der Hauptfigur dieses Prozesses, dem Prototyp des begabten, gefährdeten Jünglings, entgegenbrachte. Seine Resozialisierung war zu einem Präzedenzfall für die Lösung der *Jugendfrage* geworden, wie man sie sich in bildungsbürgerlichen Kreisen vorstellte. Heinrich Simon, der Verleger der FRANKFURTER ZEITUNG, protegierte persönlich Noths neusachlichen Roman, der tatsächlich ein Achtungserfolg wurde – verdientermaßen, denn Noth schilderte die Leiden seiner Kindheit im proletarischen Milieu eindringlich, aber ohne allzuviel Larmoyanz. An der Frankfurter Universität engagierte sich Noth dann in linken Studentengruppen und in der neugegründeten SOZIALISTISCHEN ARBEITER-PARTEI, die die heimatlose Linke zwischen KP und SPD auffangen wollte. Wie bei den meisten anderen Studenten war sein Engagement allerdings mehr moralisch als im strengen Sinn politisch motiviert. Obwohl er Vorlesungen bei Horkheimer und Adorno hörte, habe er nie den renommierten Wirtschaftsteil der FRANKFURTER ZEITUNG gelesen, bekennt er in seinen Memoiren. 1933 reichte Noth seine Dissertation über »Das Bild des jungen Menschen im Roman der Nachkriegszeit« ein. Hitlers Machtergreifung verhinderte die Promotion. Ernst Erich Noth emigrierte nach Frankreich, Ernst Glaeser in die Schweiz. Arnolt Bronnen und Ernst von Salomon blieben.

### Verrat am Exil 1938: Der Fall Glaeser

Anfang 1939 kehrte Ernst Glaeser mit Billigung der nationalsozialistischen Behörden aus dem Schweizer Exil nach Deutschland zurück. Der Schritt des bekannten Schriftstellers löste unter den Emigranten große Bestürzung aus und wurde von der nationalsozialistischen Auslandspropaganda gebührend ausgeschlachtet. Glaeser, dessen Bücher verbrannt worden waren und der noch 1935 in seinem europäischen Bestseller *Der letzte Zivilist* die Nationalsozialisten scharf angegriffen hatte, schrieb nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Propagandaartikel für Wehrmachtzeitungen.



Arnolt Bronnen (1895–1959)

Foto: Ullstein

Kurz vorher hatte der nichtsahnende Ernst Erich Noth, dem es als einem von sehr wenigen Emigranten gelungen war, die Isolation der Emigrantenkreise zu durchbrechen und sich in der französischen Presse als Schriftsteller und Journalist zu etablieren, mit Glaeser ein Interview geführt. Glaeser, der sich bereits im Schweizer Exil von den anderen Emigranten zurückgezogen hatte, wurde vom sympathisierenden Noth als ein leidender Patriot beschrieben, der sich nach der deutschen Heimat sehnte. Diesen gefühlsseligen Patriotismus setzte Noth ganz im Sinne Glaesers als Alternative dem aggressiven Nationalismus der Nazis entgegen. Um so entsetzter war er, als Glaeser aus dem Exil *desertierte*.

Tatsächlich entschuldigte Glaeser seine Rückkehr nach 1945 mit Heimweh. Das klingt wie eine schlechte Ausrede, ist aber durchaus glaubhaft, wenn man seine Texte betrachtet. Hier wird zur grausamen Welt der Technik und der Zivilisation eine humane Gegenwelt aufgebaut, meist verkörpert von einer Kleinstadt in den Weinbaugebieten Südwestdeutschlands, wo noch gebildete und feinsinnige alte Demokraten in der Tradition von 1848 wohnen. Glaesers Haß auf das wilhelminische Preußentum läßt ihn nach seiner Abkehr vom Kollektivismus die Vision eines besseren, eigentlichen Bürgertums entwerfen. Diese Vision aber ist, wie er

selbst weiß, mehr Nostalgie als Utopie. Als letzte Lebensmöglichkeit bleibt dem unzeitgemäßen gebildeten Individuum ein isoliertes, naturnahes Leben, wie es Glaeser in der Erzählung *Der Pächter* von 1936 beschreibt. Den Schritt des Autors vorwegnehmend, kehrt bereits hier der Held aus Heimweh nach Nazi-Deutschland zurück und besucht den Pächter einer Rheininsel, der sich nur noch dem Obstanbau und dem Studium von Aufklärern wie Diderot, Leibniz und Lichtenberg widmet:

*Das Leben rollt sich hier in einer Selbstverständlichkeit ab, die aus dem Gleichklang und der souveränen Haltung des Flusses steigt. Während wir uns in abendlichen Debatten zeredeten, begoß er seine Obstbäume, von denen er bestimmt wußte, daß sie in wenigen Monaten Ernte tragen würden. Ja, fern war dieser Mensch. Weitab von dem, was uns ruhelos macht. Er war kein Kämpfer. Er bewahrte nur eine Flamme, ein Licht, das einstmals heller leuchten wird als der Mythos einer Zeit, die nur Blut sieht.*

Das ist nichts anderes als das Lebensgefühl der *Inneren Emigration*, die Glaeser somit bereits im Exil praktizierte. Erstaunlich ist diese Wandlung des früheren Paradeautors der *Neuen Sachlichkeit*, des Rundfunkmannes und Reporters nur auf den ersten Blick. Tatsächlich enthielt die *Neue Sachlichkeit* von Anfang an eine irrationale Komponente, die in den 30er Jahren mehr und mehr in den Vordergrund trat. Die betont nüchterne, neutrale Betrachtung der entfesselten Zivilisation war ein verzweifelter Versuch der an den Rand gedrängten bürgerlichen Intellektuellen gewesen, das unbegreifliche Chaos der modernen Welt gedanklich in den Griff zu bekommen. Die sachliche Kritik sollte gleichsam die Atmosphäre reinigen von den Nebelschwaden der alten bürgerlichen Ideologien und so den Boden bereiten für das Lebensgefühl der Zukunft. Unter dem Einfluß der Existenzphilosophie wandelte sich die sachliche Haltung dann unmerklich zu einer metaphysischen Betrachtungsweise: Die freischwebende Intelligenz suchte Zuflucht in zeitlosen, ruhenden, objektiven Formen, die man hinter der verwirrenden Oberfläche vor allem in der Natur und in mythischen Strukturen der Geschichte zu erkennen glaubte. Hier suchte man den existentiellen Maßstab, der im Chaos der Moderne verlorengegangen war. Dieses Lebensgefühl der *Inneren Emigration* setzte längst vor 1933 ein und war keineswegs eine spezifische Reaktion auf den Nationalsozialismus – den man allerdings sogleich als Bestätigung deutete, als mythisches Verhängnis und als tragische Konsequenz der gesamten Mo-

derne, jedenfalls aber der deutschen Geschichte. Die Ohnmacht gegenüber dem Nationalsozialismus schien den Intellektuellen nur ihre Ohnmacht gegenüber der modernen Welt als ganzer zu spiegeln. So verstanden vereinigt die Haltung der Inneren Emigration in den 30er Jahren fast die gesamte bürgerliche Intelligenz, Linke und Rechte gleichermaßen, soweit sie sich den neuen Massenbewegungen von vornherein verweigerten oder sich später enttäuscht von ihnen abwandten. Tucholsky, Kästner und auch Jünger zogen sich bereits vor 1933 in eine mehr oder weniger eingestandene fatalistische Resignation zurück, die meisten linksbürgerlichen Autoren folgten unter dem Eindruck der Exilerfahrung und viele Kommunisten nach dem Bekanntwerden der stalinistischen Greuel.

Vor eben diesem Hintergrund begrüßte Ernst Erich Noth 1938 seinen Interviewpartner Ernst Glaeser als einen Geistesverwandten, der ebenfalls unter kollektivistischen Anfeindungen den reinen Geist und die Humanität bewahrte. Noth sah diese Werte in Frankreich verkörpert, das bereits von Heinrich Mann als Gegenbild zu Deutschland, als Verkörperung wahren demokratischen Geistes idealisiert worden war. Es wurde zur Wahlheimat für den Außenseiter, der den Aufstieg in die bildungsbürgerliche Intelligenz gerade in dem Moment geschafft hatte, als diese gesellschaftliche Gruppe in Deutschland keine Zukunft mehr sah. Im Namen des reinen Geistes distanzierte sich Noth energisch von den politischen Grabenkämpfen des Pariser Emigrantenklüngels. *Der Einzelgänger* ist der bezeichnende Titel seines ersten Exilromans. Die Emigration hatte er von vornherein nicht als Fluch, sondern als Chance begriffen, wobei ihm allerdings auch in Frankreich seine zweifelhafte Berühmtheit vom Steglitzer Sittenprozeß her zu Hilfe kam. So war es ihm gelungen, sich als französischsprachiger Publizist zu etablieren.

1938 propagierte Noth in dem existenzphilosophisch geprägten Essay *L'Homme contre le Partisan den Kampf des Geistes gegen die Materie, des Menschen gegen den Parteigänger*. Ähnlich wie Glaeser war er sich über das Unzeitgemäße seines Standpunkts im klaren. Anders als seine Romanhelden engagierte er sich selbst aber, seiner wachsenden Resignation zum Trotz, weiter im Sinne seines moralistischen Politikverständnisses. Den landschaftlichen Trost, den Glaeser in der rheinhessischen Heimat suchte, fand das heimatlose Berliner Mietskasernenkind Noth in der Provence. Ebenso ergeht es Hans Hesse, dem Helden des zweiten Exilromans *Weg ohne Rückkehr*. Der genießt in der lieblichen provençalischen Land-

schaft einen Aufschub vor dem kommenden Krieg, dessen schicksalhafte Unvermeidlichkeit zugleich seine Passivität rechtfertigt. Es bleibt ihm nur, die Reinheit des Geistes zu bewahren.

*Mit zunehmendem Abstand zu den deutschen Dingen erkannte Hesse den tieferen Sinn seiner Flucht. Sein Verhängnis bestand darin, daß man ihn schon im eigenen Land zum Fremden gemacht hatte. Er mußte die unverlierbare eigene Person, seine innere Unabhängigkeit gegenüber den Losungen, Verkündigungen und Schlagworten der Gruppen und Parteien verteidigen. Diese altehrwürdige Provinz war ewig und stand doch unter der Herrschaft der Wirklichkeit und des Augenblicks. Ja, das Land war ewig und atmete Dauer. Hier gab es mit dem schönen Maß auch lebenskluges Maßhalten. Wenn die Menschen und eine berstende Welt ihm die Zeit ließen, würde er hier vielleicht noch zu sich selbst und zu den Menschen finden.*

Einzelgängertum und Abstand zu den deutschen Dingen – das charakterisiert auch den letzten Zivilisten, die Hauptfigur des gleichnamigen Exilromans von Glaeser, in dem der Aufstieg der Nazis in einer schwäbischen Kleinstadt zwischen 1927 und 1931 nachgezeichnet wird. Ähnlich wie in Noths Romanen werden zwei Prototypen des nationalsozialistischen Parteigängers und damit auch zwei Begründungen für den unaufhaltsam erscheinenden Aufstieg Hitlers vorgeführt. Zum einen sind die aktiven Nazis *kleinbürgerliche* Massenmenschen, die in der Wirtschaftskrise menschlich zerstört wurden. Die Fassade der Zivilisation ist zerbröckelt, die verdrängten primitiven Triebe brechen aus dem Unbewußten hervor – als Geldgier, als Judenhaß, als schmutzige Sexualität. Zum anderen sind da die schwärmerischen Jugendlichen, fehlgeleitete Idealisten, deren Schicksal das tragische Scheitern des typisch deutschen Irrationalismus in einer entgöttlichten Welt verkörpert. Glaeser und Noth schreiben diesen sympathischen Figuren einen mystischen Todestrieb zu, den sie als angeborenes Krankheitssymptom der deutsche Seele werten. In beiden Fällen erscheint der Nationalsozialismus als deutsches Schicksal, erwachsen aus politischen, wirtschaftlichen, geistesgeschichtlichen und sozialpsychologischen Wurzeln. Widerstand ist da im Grunde zwecklos. Wie aber erging es den faschistischen Intellektuellen im Dritten Reich, die als aufrichtige Idealisten in den Exilromanen der Emigranten Glaeser und Noth beinahe rehabilitiert wurden?

Arnolt Bronnen, der an die deutsche Revolution glaubte und auf eine entscheidende Stellung im Rundfunk hoffte, wurde in den Macht-

kämpfen der ersten Jahre kaltgestellt. Beim Blutbad vom 30. Juni 1934 wurden nicht nur die nationalrevolutionären Elemente ausgeschaltet. Zur gleichen Zeit entschied sich auch der Kampf zwischen den Verfechtern progressiver Kulturformen, die vom italienischen Faschismus beeinflusst waren, und den germanischen Saubermännern um Alfred Rosenberg zugunsten des letzteren. Der als Avantgardist und SA-Sympathisant berüchtigte Bronnen veröffentlichte 1935 unter Pseudonym einen letzten Roman, in dem er die Geschichte des Berliner Rundfunks verarbeitete und noch einmal seine eigene faschistische Vision entwarf. Weder die NSDAP noch Hitler wurden darin erwähnt. Seit 1935 arbeitete Bronnen ohne festen Vertrag beim Fernsehen, das sich im Experimentalstadium befand. 1937 wurde er aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen. 1942 wird er in einem Schreiben des Rosenberg-Amtes an den Führer zusammen mit Ernst Glaeser und Kästner als *Kultur bolschewist* erwähnt, dem endlich das Handwerk zu legen sei. 1944 näherte sich Bronnen in dem österreichischen Dorf, in das er sich vor dem wachsenden Druck zurückgezogen hatte, dem kommunistischen Widerstand an.

Ernst von Salomons Roman *Die Stadt*, in dem er die Nationalsozialisten hart kritisierte, wurde 1933 verbrannt. Er selbst hielt sich abseits und nutzte seine Verbindungen zu alten Putschkameraden nur, um seine halbjüdische Lebensgefährtin zu schützen. In zwei Büchern widmete er sich der Geschichte der Freikorpskämpfe, wobei er zwischen den Zeilen seine eigene Lesart eines preußischen Sozialismus ohne Zugeständnisse an die Nazis vertrat. Ansonsten arbeitete von Salomon, der sich auch äußerlich zu einem beleibten Genießer gewandelt hatte, als Lektor für den befreundeten Ernst Rowohlt. Ab 1936 schrieb er erfolgreiche Drehbücher für den Film. Aktiven Widerstand leistete von Salomon nicht. Auch er zog sich zurück, wobei er sich allerdings nie als intellektueller Einzelner fühlte, sondern als Kollektivist ohne Kollektiv. Die Haltung der *Inneren Emigration*, die Flucht in das überzeitliche des Mythos und der Natur blieb seinem eher nüchternen, machtpolitisch orientierten Denken fremd. Der Ausbruch des Krieges stürzte von Salomon dann in einen Zwiespalt: Er lehnte das Nazi-Regime ab, bejahte aber als überzeugter Nationalist und Militarist den Krieg. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß der frühere preußische Kadett wegen seiner Zuchthausstrafe nicht eingezogen, sondern der Filmindustrie zugeteilt wurde.

## Gehorsam oder Initiative?

Zum Begriff der arbeitsteiligen  
Täterschaft

*In Frankfurt a.M. soll ein »Lern- und Dokumentationszentrum des Holocaust« entstehen, das sich von den bislang üblichen Gedenkstätten unterscheidet. Auf einer ersten internationalen Konferenz diskutierten im Oktober 1991 Wissenschaftler und Autoren den Projektentwurf, den Hanno Loewy in einem 150-Seiten starken Gutachten vorgelegt hatte. – Folgend veröffentlichen wir den kriminalwissenschaftlichen Beitrag Herbert Jägers zur Auseinandersetzung mit dem Holocaust.*

### Vorbemerkung

Die Besonderheit der kriminologischen Sichtweise besteht, da der Begriff des Verbrechen sich nur auf individuell zurechenbare Handlungen beziehen läßt, nicht aber auf historische Geschehenskomplexe und kollektive Ereignisse als ganze, darin, auf der Grundlage vor allem forensischer Befunde und Ermittlungsergebnisse den Anteil des Einzelnen am staatlich organisierten Völkermord zu bestimmen, d. h. das Verhalten des einzelnen Funktionsträgers und das Bedingungsgefüge, das sich auf sein Handeln ausgewirkt hat, mikroperspektivisch zu untersuchen und differenziert sichtbar zu machen. Innerhalb der Holocaust- oder Genozidforschung kommt der Kriminologie also die Aufgabe zu, das zumeist eher großflächige, historische Gesamtzusammenhänge und Entwicklungen erfassende Wirklichkeitsbild der zeitgeschichtlichen Forschung durch individuelle Detailausschnitte zu ergänzen und zu vervollständigen.

Die kriminologische Analyse trägt auf diese Weise dazu bei, verbreiteten Klischeevorstellungen entgegenzuwirken, die in den Menschheitsverbrechen des nazistischen Systems überwiegend, von sadistischen Exzessen abgesehen, ein transpersonales Geschehen erblicken, nämlich das Werk eines von der Führung zentral gelenkten bürokratisch-paramilitärischen Machtapparats, in dessen Vernichtungsaktionen der einzelne Funktionär als unpersönlich handelndes Werkzeug gleichsam schicksalhaft verstrickt war. Es scheint mir das in seiner Bedeutung kaum zu überschätzende Verdienst der strafrechtlichen Aufarbeitung dieser Verbre-

chen zu sein, zur Revision dieses den individuellen Anteil verharmlosenden Geschichtsbildes entscheidend beigetragen zu haben.

### Thesen

1. Meine erste These lautet: Die diesem Forum vorgegebene Frage »Gehorsam oder Initiative?« scheint mir wenig geeignet zu sein, die unter totalitärer Herrschaft bestehenden Verhaltensalternativen zu kennzeichnen. Jedenfalls darf Gehorsam nicht allein als Bereitschaft zu strikter Befehlsausführung, umgekehrt aber auch Initiative nicht im Sinne ausschließlich persönlich motivierten Handelns verstanden werden. Viele Verbrechen wurden nicht begangen, weil die Täter konkreten Weisungen gehorchten, sondern weil sie sich systemkonform, d. h. in Übereinstimmung mit den propagierten Zielen des Regimes verhielten. Dazu bedurfte es oft keiner das Einzelverhalten genau festlegender Anordnungen, sondern nur des für den einzelnen erkennbaren generellen Willens der Staatsführung, der weniger durch mechanische Befehlsausführung als vielmehr – und weit effektiver – durch einfallsreiche Interpretation, Kooperationsbereitschaft und vielfältige Formen eigenständigen Handelns umsetzbar war.

Das heißt selbstverständlich nicht, daß strikte Befehlsstrukturen keine Rolle spielten, wohl aber, daß die Automatik von Befehl und Gehorsam sich nur in Teilbereichen des Systems auswirkte, etwa in zur Exekution konkreter Mordbefehle eingeteilten und abkommandierten Einheiten, nicht aber für die Funktionsweise des gesamten Herrschaftssystems charakteristisch war. Außer solchen strikt weisungsgebundenen Aktionen gab es zahllose Vernichtungsschauplätze, auf denen die Entscheidung über Leben und Tod ganz der Befehlsgewalt örtlicher Funktionäre überlassen war. Hier war das Machtzentrum auf selbständige Aktivitäten und persönlichen Energieeinsatz angewiesen, ohne die der Gesamtplan nicht zu verwirklichen gewesen wäre.

In den höheren, zum Teil aber auch mittleren Rängen des Herrschaftsapparats hatten die Direktiven der Führung also nur den Charakter richtungsweisender Vorgaben, nicht aber strik-

ter, das Verhalten festlegender Befehle. Sie waren gleichsam Konformitätssignale, die Aktivitäten im Sinne des Führungswillens auslösten und Anpassungsleistungen ermöglichten. Ich teile daher uneingeschränkt Raoul Hilbergs in seiner Monographie über die Vernichtung der europäischen Juden geäußerte Auffassung, daß es fast immer der mittlere Bürokrat war, der eine Maßnahme einleitete, wenn er den rechten Augenblick für gekommen hielt, auch wenn kein definitives Wort von oben vorlag. Eine einzelne Anordnung brauchte überdies »nicht unbedingt alles zu enthalten, was es zu tun gab; es konnte sogar vorkommen, daß sie der zu erledigenden Aufgabe im Weg stand« (Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, 675 f.).

Eine einseitig auf die Befehlshierarchie und die mit ihr verbundenen Zwangswirkungen abstellende Interpretation totalitärer Herrschaft beruht also auf optischen Täuschungen. Sie verkennt das Ausmaß dessen, was man voraus-eilenden Gehorsam oder auch *Initiative von unten* nennen könnte. Darüber hinaus gehört zum Bild des Völkermordes eine Vielzahl befehlloser Individualtaten und Willkürakte, die momentanen Impulsen folgten und in unkontrollierbaren Situationen der Machtausübung begangen wurden. Von den Individualmorden, mit denen es die Strafjustiz normalerweise zu tun hat, unterscheiden sie sich allerdings dadurch, daß sie in einem vom Regime geschaffenen Ausnahmezustand begangen wurden, d. h. in einer Art Freiraum, in dem die sonst wirksamen Normvorstellungen und Sanktionsmechanismen faktisch außer Kraft gesetzt waren, Gewalt also folgenlos freigesetzt werden konnte.

2. Aus dieser ersten These folgt zwangsläufig eine zweite: In der kriminologischen Deutung des Holocaust kommt neben der Analyse differenzierter Befehlssituationen der Systemanpassung eine Schlüsselstellung zu. Die Erklärung des Einzelverhaltens wird dadurch gegenüber einer nur die Organisationsform totalitärer Herrschaft in Betracht ziehenden Interpretation wesentlich erschwert. Kollektivpsychologische und gruppendynamische Erklärungsansätze treten damit in den Vordergrund. Nicht mehr aufrecht zu erhalten ist ein Deutungsmuster, das den einzelnen Beteiligten frei von persönlichen Motiven und Eigeninteressen in den Verbrechenapparat eingliedert sieht. Bedürfnisse, den vorherrschenden Verhaltensnormen und Erwartungshaltungen zu genügen und sich im Sinne des Härteideals der nationalsozialistischen Ideologie zu bewähren, blinde Autoritätsgläubigkeit, erhoffte Karriere und Aufstiegschancen, Prestigegewinn, Befriedi-

gung von Geltungsbedürfnissen, das Erlebnis von Machtausübung, aber auch innere Übereinstimmung mit der offiziellen Politik wurden so zu entscheidenden Beweggründen und Antrieben, die mehr noch als die Befehlssituation Beachtung verdienen.

Wer diesen – hier nur stichworthaft skizzierten – Motivhintergrund vor Augen hat, kann die Mikrosphäre individuellen Handelns aus der Deutung dieses dunkelsten Abschnitts der deutschen Geschichte nicht mehr wegdenken. Er kann sich auch über die Ergebnisse des bekannten Milgram-Experiments nicht allzu sehr wundern, das gezeigt hat, wie sehr Konformitätswünsche und Autoritätsabhängigkeit das Verhalten auch unter normalen, nichttotalitären Umständen bestimmen. Eine auf Anpassung beruhende Gewaltbereitschaft mit menschenfeindlichen Wirkungen ist, wenn sie *höheren* Zielen und den Interessen der eigenen Gruppe zu dienen scheint, fast allenthalben zu beobachten. Der Holocaust hat nur auf erschreckende Weise deutlich gemacht, wie wirkungsmächtig diese Mechanismen unter den Bedingungen von totaler Herrschaft und Massenwahn selbst dort noch werden können, wo es um extremste Menschheitsverbrechen geht. Diese Erfahrung muß für uns heute ein Anlaß sein, selbst unscheinbaren ersten Spurenelementen und Frühformen derartiger Enthumanisierungsprozesse mit größter Aufmerksamkeit zu begegnen.

3. Die Kriminologie sieht sich bei staatlichen Verbrechen, zu deren Gipfelpunkten der Holocaust gehört, vor die noch weitgehend ungeklärte Frage gestellt, ob und wieweit das individuelle Verhalten von persönlichen Faktoren, Sozialisation und Biographie abhängig ist oder ob die externen Handlungsbedingungen so dominant sind, daß eine derartige Individualisierung abwegig erscheint. Aus dem bisher Gesagten ergibt sich bereits – so meine dritte, im Hinblick auf die bisherige Forschungssituation etwas vage und allgemeine These –, daß auch bei staatlicher und kollektiver Kriminalität den individuellen Verhaltensbedingungen nachgegangen werden sollte. So spricht ein kürzlich erschienener psychoanalytischer Aufsatz, der das Psychogramm des Auschwitzkommandanten Höss zum Gegenstand hat, sehr anschaulich von dem »Ineinandergreifen der charakteropathischen Deformation und der Sozialisation zum Töten im Sinne eines Schlüssel-Schloß-Phänomens« (J. Zeiler). Ich möchte mir dieses Bild in der Weise zueigen machen, daß die Vorprägungen des einzelnen Funktionärs in gewissem Maße zu der ihm übertragenen Funktion wie der Schlüssel zum Schloß passen müssen.

4. Das andere Stichwort dieses Forums ist das der arbeitsteiligen Täterschaft. Die im allerletzten Stadium der NS-Prozesse eher zu vernachlässigende Frage, ob der innerhalb eines riesigen Organisationszusammenhangs mit nur begrenztem Tatanteil beteiligte Funktionsträger mit dem strafrechtlichen Täterbegriff adäquat zu erfassen ist, läßt sich in Kürze nicht erledigen. Meine vierte These lautet insoweit: Auch wenn das Strafrecht mit seinen Kategorien das individuell abweichende Verhalten und die Straftaten kleiner Gruppen, nicht aber den kriminellen Herrschaftsapparat im Auge hat, bietet es in seiner Abstraktheit doch hinreichende Möglichkeiten, mit Rechtsfiguren wie denen der mittelbaren Täterschaft, der Mittäterschaft oder der »Willensherrschaft kraft organisatorischer Machtapparate« (*C. Rovin*) auch den indirekt Handelnden, etwa den »Schreibtischtäter«, in die Täterverantwortlichkeit einzubeziehen. Das wird in der öffentlichen Diskussion gelegentlich verkannt. Die Schwierigkeiten liegen im Grunde eher in den unterschiedlichen Interpretationen des Täterbegriffs durch die Rechtsprechung und die Strafrechtslehre, die teils mehr von der inneren Identifikation mit der Tat, teils mehr von der Beherrschung des Tatgeschehens ausgehen.

5. Weitaus bedeutsamer ist auch in diesem Zusammenhang der kriminologische und psychologische Aspekt. Denn von der extremen Funktionsaufteilung innerhalb eines hochdifferenzierten Kollektivs und der mit ihr verbundenen Verantwortlichkeitsaufsplitterung gehen in Bezug auf die Beteiligten Entlastungs- und Enthemmungswirkungen aus, die zu den wohl entscheidenden Handlungsbedingungen staatlicher Großverbrechen gehören. Meine fünfte These ist mit einer Feststellung in Hilbergs Monographie weitgehend identisch: Töten ist im 20. Jahrhundert als Folge von Technisierung, Spezialisierung, Arbeitsteiligkeit und sich daraus ergebender Tatortdistanz leichter geworden. Hilberg hat zweifellos recht, wenn er diese Gefahren wachsen sieht und darauf verweist, daß der »Bürokrat von morgen« in dieser Hinsicht bereits besser ausgerüstet sei, als es die Nazis waren (*Hilberg 804*). Diese Gefährdung – das sollte man allerdings ausdrücklich hinzufügen – ist nun gewiß nichts für den Holocaust Spezifisches und damit Singuläres, sondern sie betrifft alle Formen kollektiver Gewalt, vor allem das Töten im Krieg.

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust sollte für uns daher nicht nur in der Aufarbeitung der Vergangenheit bestehen, sondern vor allem eine Aufgabe sein, die der Zukunftsbevältigung dient.

## Kritik

ULLI STARK

### Antipazifistische Querschläger

»Der Ölteppich kam nicht bis Sylt . . .«

Während überall in der Welt die Menschen erleichtert aufatmen, während die irakischen Soldaten den amerikanischen GI's . . . aus Dankbarkeit um den Hals fallen, macht sich in Deutschland eine klammheimliche Enttäuschung breit. Die Apokalypse wurde bis auf weiteres vertagt, der Dritte Weltkrieg hat nun doch nicht stattgefunden . . . und – vor allem! – der Ölteppich aus dem Golf konnte schon weit vor Sylt gestoppt werden.« (7/8) – Die elf Schriftsteller und Autoren, hier Henryk Broder, die sich mit dem Essaybändchen *Liebesgrüße aus Bagdad* zu einer Nachbetrachtung auf den deutschen Umgang mit dem Golfkrieg zusammengefunden haben, setzen bewußt auf Polemik und Provokation. Nachdem der Altlinke Wolf Biermann mit seinem Stoßseufzer »Gottseidank – für Israel – geht's den USA am Golf um's Öl!« den Stein ins Rollen und als erster Sand ins ideologische Getriebe der ehemals eigenen Reihen gebracht hatte, will Herausgeber Klaus Bittermann im Rahmen seiner Reihe *critica diabolis* eine diabolische Breitseite auf alle Mitwirkenden nachschieben. Das sind »die Friedensbewegung«, »Presse und Öffentlichkeit« (unter besonderer Berücksichtigung von SPIEGEL, TAZ und ZEIT), »die guten Bürger dieses Landes« und viele weitere Mitwirkende.

Es gibt viel zu kritisieren an einem vielfach zu beobachtenden Auftreten der Friedensbewegten in jenen späten Januar Tagen, das mir auch persönlich – als Mitorganisator der drei großen Stuttgarter Kundgebungen – von Tag zu Tag mehr Unbehagen bereitete. Polemik und Provokation sind dem Sachverhalt wie auch den Adressaten angemessen. Ralph Giordano beklagt den »einseitigsten Pazifismus« der mir je begegnet ist« (81), der alle möglichen Beteiligten (außer Saddam) zu den Feuer-teufeln vom Golf erklärte. Er besteht zudem darauf, daß zwar »ohne die sowjetische und westliche . . . Waffenhändler- und Rüstungsmafia der Iraker ein lokaler Despot geblieben« wäre (84), daß jedoch letztendlich eines klar bleiben sollte: »Der Täter heißt Saddam Hussein!« (und nicht Edward Reuter, möchte man in Erinnerung an die vielen Transparente anfügen).

Differenzierend will Giordano auch die Rolle der USA betrachtet wissen – nicht zuletzt

aufgrund seiner eigenen Erfahrung der Befreiung aus der Naziherrschaft: »Ich weiß nicht mehr, wie oft ich mich gegen eine amerikanische Außenpolitik empört habe, die sich mit allen rechten Diktaturen rund um den Erdball liiert hat . . . *ein Gesicht* der Weltmacht USA, aber nicht ihr einziges.« (82) Amos Oz legt – auf der Suche nach der Befindlichkeit der Friedensbewegung – dazu passend nach, indem er treffend einen Hang zur Auffassung konstatiert, »die Dritte Welt sei das absolut Gute«, während die nordamerikanisch-westliche »die Koalition der schlechten Kerle, in jedem Fall mit Amerika als dem Teufel für alle Ewigkeit« darstelle (Interview mit *Frank Schirrmacher*, 87). »Aber das ist Theologie, nicht Politik«. Wie wahr!

Zu dieser *Koalition der schlechten Kerle* in ihrer spezifischen Ausformung zum Jahresbeginn gehörte natürlich Israel. Die Vorwürfe aller Autoren an die diesbezügliche deutsche Beteiligung liegen auf der Hand: »Zum einen Hilflosigkeit gegenüber Aggression: Die »Naivität, mit der, getreu der Parole »Krieg ist nur ein Ergebnis unserer Phantasielosigkeit«, in jedem Winkel für den Frieden getrommelt und gepfiffen wird, gleicht im Resultat den bunten Bildchen, zu denen die Kinder ihre Angst mit Malstiften und kreativ verarbeiten sollen.« (Joachim *Bruhn*, 131 f.) ». . . als eine ZuhörerIn die bedenkenswerte Konfliktlösungsstrategie (im Rundfunk) unterbreitete, man möge doch an Bush und Saddam die Worte richten: »Du bist okay, ich bin okay.« (*Bittermann*, 104). Zum anderen Heuchelei: »Wenn nicht gerade die israelische Armee involviert ist, fällt das Medienecho solcher Greuel (gemeint sind Ziviltote wie bei den Gemetzeln in Afghanistan oder Indien) eher neutral aus. . . « (123) – »Es geht nicht um Waffenruhe. Welcher ARD-Korrespondent hätte je den ANG darum angefleht?« (Jörg *Friedrich*, 124)

Insbesondere wird der Finger in die Wunde des Widerstands gegen die Lieferung deutscher *Patriot*-Raketen zum Schutz Tel-Avivs gegenüber den *Scud*-Raketen sowie der Weigerung des Personals in diversen deutschen Krankenhäusern, amerikanische Verwundete zu behandeln, gelegt. Der SPD-Kanzlerkandidat hatte im Wahlkampf und später eine andere Variante im Köcher, die auch mir nie einzuleuchten vermochte: »Traditionsverbunden dünkt es Oskar Lafontaine das perverseste von der Welt, daß Bundeswehrsoldaten das Gas heimischer Hersteller einatmen. Minder pervers wäre demnach, daß die Inhalation deutscher Gase anderen (gemeint sind amerikanische Soldaten und israelische Zivilisten) zuteil wird.« (122)

Leider kippt bei einer Reihe von Autoren die Polemik um. Der Herausgeber selbst ist kräftig



Foto: JOKER/A. v. d. Osten-Sacken

dabei, wenn er schreibt, die peinliche europäische Zusammenarbeit bei Husseins Aufrüstung sei »also gemeint, als Weizsäcker vom erfüllten Leben im europäischen Haus schwafelte« (*Bittermann*, 100). Es kommt noch derber, wenn er Analogien zu Demonstrationen »mit Hitler für den Frieden« bemüht und die »Leitfigur Weizsäcker«, die dem Ausland drohe (113) gleich noch mit verhackstückt. Eike *Geisel* schließt sich nahtlos an mit der von ihm ausgemachten »pazifistische Werwolf-Truppe« der Friedensbewegung (56).

Den Vogel schießt freilich Henryk *Broder* mit seiner Analyse des »Gedankenschrotts von Leuten wie Schwarzer, Ströbele, Schröder. . . « ab: »Je heftiger der Vergleich *Hussein = Hitler* abgewehrt wird, um so stärker wird der Irak von heute mit dem Deutschland von damals identifiziert.« (30) »Die mögliche Vernichtung Israels wurde nicht nur als die logische, fast zwangsläufige (also verdiente) Konsequenz der israelischen Politik bildend in Kauf genommen, diese Option hat Saddam Hussein genau den Sympathie-Bonus verschafft, den er mit seinem antiimperialistischen Gedröhne allein nicht erreicht hätte. Daß ich ja richtig mißverstanden werde: Ich meine nicht, daß sich die Mehrheit der Deutschen die Vernichtung Israels wünscht, im Gegenteil. Ich meine nur, daß in einem relevanten Teil der Friedensbewegung der unbewußte aber überaus heftige Wunsch das Fühlen, Denken und Handeln bestimmt, Saddam Hussein möge die historische Chance

nutzen und den Job vollenden, den die Nazis nicht zu Ende bringen konnten« (32).

Da gibt es freilich nichts mehr mißzuverstehen. Schon gar nicht, wenn zwischen jenen Befunden bzw. Zitaten von Friedensbewegten aus jener Zeit immer wieder Hussein-freundliche bzw. antisemitische Äußerungen junger Neonazis geschickt eingeflochten sind. Die Friedensbewegung – im Vollrausch der Einheit – auf dem Weg zur SS des 21. Jahrhunderts?

Schade, daß hier durch redaktionellen Pfuscher einigen Autoren ein Forum gegeben wurde, auf dem sie sich seitenweise (und offenbar mit Wollust) verbal übergeben konnten. Fast die Hälfte der Beiträge (an vorderster Front der von *Enzensberger*) lesen sich mit ihren beinahe wortgleich und gebetsmühlenhaft wiederholten Klischees wie die Tonbandabschriften von einem Zecherstammtisch des *Dan-Diner-Fanclubs* nach der vierten Runde.

Schade möglicherweise auch um den Interview-Beitrag von *Oz*, der als Betroffener der *Scud*-Angriffe und Aktivist der israelischen Friedensbewegung die Ausgangslage für deutsche Friedensbewegte auf den Punkt bringt, den Außenminister Genscher anlässlich seines Israel-Besuchs im Februar auch für sich akzeptierte: »Es geht nicht darum, jede dumme israelische Politik gut zu finden (gemeint sind z. B. Westbank und Gaza-Streifen)... Aber wenn der Versuch unternommen wird, Israel durch einen unprovokierten Angriff zu vernichten, auszulöschen, dann sollte ein Deutscher dies als einen Angriff auf sich selber empfinden...«

Vermutlich wird es dabei bleiben, daß nur wenige politische Diskussionsforen die notwendige Debatte über Deutschlands neue Rolle in der Welt und vor allem in der anstehenden Europäischen Politischen Union offen führen werden. Die meisten linken Gazetten – die sozialdemokratisch orientierten sind dabei ausdrücklich nicht ausgenommen – betreiben statt dessen mit aller Kraft weiterhin das immer wieder beliebte Gesellschaftsspiel »Wir entlarven den US-Imperialismus in all seiner Niedertracht«.

Der vielfach geäußerte Vorwurf eines grassierenden *Antiamerikanismus* erscheint mir in diesem Zusammenhang als unpräzise und harmlos. Mich beschleicht manchmal vielmehr der Eindruck, ein neues grün-rosa Spießbürgertum – entstanden aus den verblichenen Idealen der *Alt-* und *Nach-68er* – würde sich wie Mehltau über die politische Kultur in diesem unserem Lande legen. . .

*Klaus Bittermann (Hrsg.): »Liebesgrüße aus Bagdad«, Edition Tiamat, Berlin 1991, 155 S., DM 20,-.*

JUDITH KLEIN

## »Hervorragende Bildung und männliche Thatkraft«

Meir Kayserlings Frauenporträts

**H**at Meir Kayserling, 1829 geborener Autor des nun im Nachdruck erschienenen Werks über »die jüdischen Frauen in der Geschichte, Literatur und Kunst«, Frauenforschung *avant la lettre* betrieben? Ist es ihm, dem weltläufigen Rabbiner, dem Historiker des sephardischen Judentums und Kämpfer für jüdische Rechte, gelungen, historiographisches Interesse mit Parteinahme für die Frauen zu verbinden?

Kayserlings Werk ist ein einzigartiges Dokument, in das die widersprüchlichen Orientierungen seiner Zeit eingegangen sind und das zugleich Ausdruck seines feministischen Bewußtseins und des Bemühens ist, jüdische Tradition nicht der modernen Bildung zum Opfer fallen zu lassen.

Der Autor benutzt vielfältige Quellen, Chroniken, religiöse Texte, Werke der antiken und zeitgenössischen Historiographie (Josephus Flavius, Zunz, Grätz, Sprenger) und gibt doch seinen pädagogischen Antrieb zu erkennen: die Porträts sollen das Selbstbewußtsein der Frauen seiner Zeit heben und die Liebe zum Judentum stärken. Sie reichen vom Altertum bis zur Epoche des Autors, vom Orient zum Okzident und umfassen so unterschiedliche Bereiche wie Kunst, Medizin, Politik.

Des Autors ganze Sympathie gehört den gelehrten Frauen, deren »hervorragende Bildung und männliche Thatkraft« er preist. Weltliche und religiöse Bildung finden gleichermaßen seine Anerkennung, wenn er auch von der selbstgewählten Aufgabe durchdrungen ist, das Judentum vor der Verweltlichung zu retten: er will die Frauen seiner Zeit, die an der Spitze des Emanzipations- und Säkularisierungsprozesses stehen, von der Notwendigkeit *jüdisch-religiöser* Bildung überzeugen. Da ist kaum ein Bild, das er nicht zu Hilfe nähme, kaum ein suggestiver Zusammenhang, den er nicht anführte, um jene für die jüdische Religion einzunehmen oder zurückzugewinnen. Er lockt mit Vorbildern; über die im 18. Jahrhundert in Padua lebende *Bienvenida Ghironi* heißt es: »*Bienvenida* hielt schon als junges Mädchen talmudische Disputationen mit den größten Männern ihrer Zeit, welche ihr Wissen und ihren Scharfsinn nicht genug loben und bewundern konnten. Mit dem Studium des Midrasch und

des Talmud beschäftigen sie sich fortwährend.« Und zusammenfassend schreibt Kayserling über die Frauen des 17. und 18. Jahrhunderts: »Sie leben als leuchtende Vorbilder noch lange fort; mögen sich die Frauen unserer Zeit daran spiegeln und erheben.« Als abschreckende Beispiele dienen ihm diejenigen Frauen, die das Judentum verlassen haben: »auf Abwege geratene Persönlichkeiten«. Über die europäischen Gebildeten des 17. und 18. Jahrhunderts hingegen weiß er Erstaunliches zu berichten: »Jeder Gelehrte, und wer als solcher gelten wollte, hielt es für Ehrensache, Hebräisch zu erlernen, und es gehörte bald zum guten Ton, in hebräischer Sprache zu correspondieren, sodaß selbst christliche Damen mit Vorliebe dieselbe pflegten und hebräische Briefe schrieben.«

Immer wieder hebt der Autor die bedeutende Stellung der Frau im Judentum hervor: »Von einer Ausschließung kann auch in religiöser Beziehung nicht die Rede sein. Die Glaubenslehren sind im Judentum dieselben für das Weib wie für den Mann.« Daß das religiöse Lernen weitgehend den Männern vorbehalten war, habe ihre Teilnahme niemals verhindert: »einzelne wißbegierige Frauen scheuten sich nicht unter den Jüngern Platz zu nehmen, um dem Vortrage des Lehrers zu lauschen.« Insbesondere für die Zukunft betont Kayserling die Unersetzbarkeit der Frauen, denen er eine Schlüsselstellung einräumt: »Denn in weit höherem Maße als von der Religiosität der Männer ist die Zukunft jeder Religion von der religiösen Bildung und Hingebung des weiblichen Geschlechts abhängig.«

Kayserlings Buch bildet den Konflikt zwischen emanzipatorischem Bildungsstreben und bürgerlicher Tugendkonzeption ab. Einerseits knüpft es an eine literarische Strömung an, die seit dem 16. Jahrhundert weiblicher Bildung das Wort redete. Autoren des 18. Jahrhunderts stellten Ahnengalerien gelehrter Frauen auf, um den Beweis zu erbringen, daß Frauen zu wissenschaftlicher Betätigung fähig waren – eine Erkenntnis, die der bürgerlichen Gesellschaftskonzeption nicht paßte und im Gefolge der tatsächlichen Ausgrenzung der Frau aus der Öffentlichkeit eine Weile lang verdrängt werden konnte. Andererseits spiegeln Kayserlings Frauenporträts eine gegen die Emanzipation der Frau gerichtete Orientierung wider: wie der traditionelle Kanon der Frauenapologetik zollt auch sein Buch spezifisch weiblichen Tugenden wie Sanftmut, Häuslichkeit, Treue etc. Tribut: »Sittlichkeit« sei der »höchste Schmuck des Weibes«, »Tugend und reine Zucht« seien »Erbgut« (der Juden). »Häuslichkeit war und bleibt das schönste Lob, das dem



Foto: Agentur Voller Ernst

Weibe gesendet werden kann. [...] Nächster der Glaubenstreue ist es besonders die Wohlthätigkeit, in der das jüdische Weib zu allen Zeiten seine höchsten Triumphe feierte«, heißt es.

Zwar bestimmen diese Wertungen nicht die Auswahl der Frauenbilder, jedoch beginnt beinahe jedes Kapitel mit solchen stereotypen Hinweisen zur eigentlichen Aufgabe weiblicher Existenz; dabei hat es den Anschein, als sei die Reverenz, die der Autor diesen Auffassungen erweist, eine Art Schirm, hinter dem die Subversivität der in der Öffentlichkeit hervorgetretenen Frauen entfaltet werden darf. Denn Kayserlings konkrete Frauendarstellungen strafen in ihrer Mehrheit die bürgerliche Tugendkonzeption Lügen. Der bürgerlichen Ausgrenzung der Frauen aus der gesellschaftlichen Kommunikation werden Gegenbilder entgegengehalten: die Geschichte ihrer Gelehrtheit und öffentlichen Tätigkeit.

*Meyer Kayserling: Die jüdischen Frauen in der Geschichte, Literatur und Kunst, Leipzig 1879 / Hildesheim 1991, Nachdruck in der Bibliothek des deutschen Judentums, hg. im Auftrag des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte von Julius H. Schoeps, Georg Olms Verlag, 383 Seiten, DM 84,-.*

## Zwei Tyrannen des 20. Jahrhunderts

Wer das Leben und die politischen *Karrieren* von Hitler und Stalin beschreiben will, muß zugleich die Geschichte Europas in diesem Jahrhundert zur Kenntnis nehmen. Dabei kommen auch die anderen *Mitspieler* aus diesem Kontinent und von Übersee notwendig vor. Die mehr als dreizehnhundert Seiten dieses – wie ein spannender Roman zu lesenden – Buches sind aus diesem Grunde kaum genug. Ich nenne Hitler und Stalin Tyrannen, weil das Wort *Diktator* zumindest ursprünglich einen Politiker bezeichnete, der nur vorübergehend und – in Rom z. B. – aufgrund eines Verfassungsgesetzes – die unumschränkte Herrschaft ausübt. Das war aber weder bei Hitler noch bei Stalin der Fall. Bullock vergleicht das Leben und die Herrschaft der beiden, nicht um die Unterschiede unter den Tisch fallen zu lassen, sondern um sowohl Ähnlichkeiten als Unterschiede nur um so deutlicher zu beleuchten.

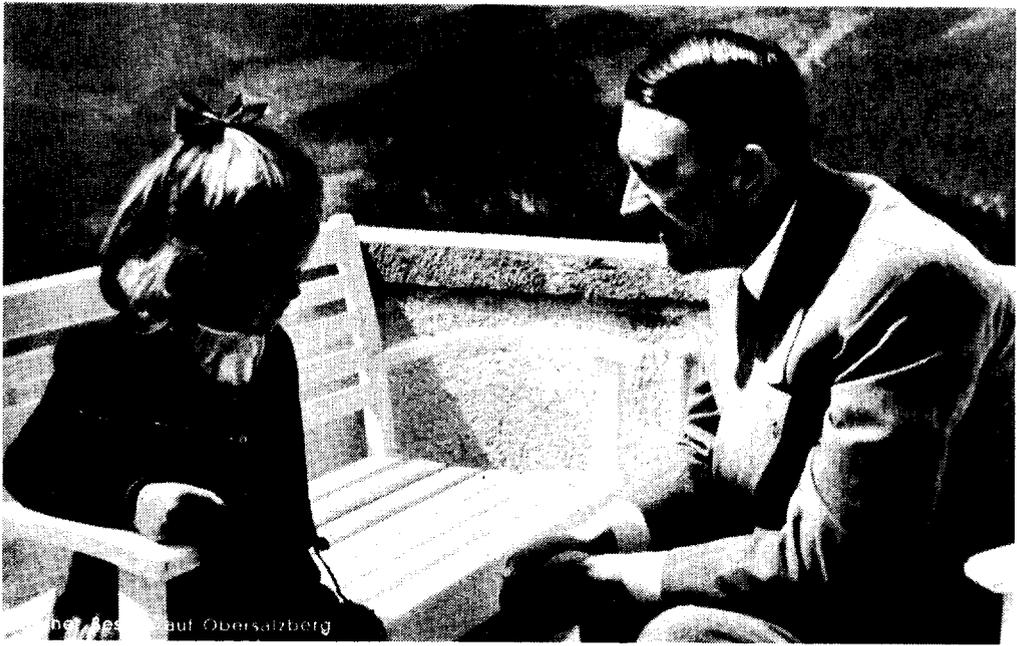
Beginnen wir mit den Ähnlichkeiten: beide stammen sowohl sozial als auch ethnisch aus marginalen Verhältnissen. Dabei überschätzt Bullock offenbar die *Bürgerlichkeit* Hitlers, dessen Mutter vor ihrer Ehe Hausangestellte war und dessen Vater eine kleiner Subalternbeamter im Zoldienst kaum zum *Bürgertum* gerechnet werden konnte. Charakteristisch ist aber das unsichere Lavieren des Schulversagers Hitler am unteren Rand der Gesellschaft. In Wien lernt er – Insasse eines Männerheims und mit kitschigen kleinen Bildern der eigenen Hand sich seinen dürftigen Lebensunterhalt verdienend – seine *Feinde* kennen, an denen er seine, angeblich aus eigener *denkerischen Arbeit* resultierenden Weltanschauung verdankt. Es sind die Juden, die Slawen – namentlich die in Wien zahlreichen Tschechen – und die Marxisten. Daß diese *Feinde* zugleich bewunderte und beneidete Vorbilder sind, erwähnt Bullock lediglich für die marxistischen Sozialisten, deren mächtige Organisation Hitler imponiert. Aber auch die Überlebensfähigkeit der seit Jahrhunderten verfolgten und unterdrückten Juden scheint ihm imponiert zu haben.

Den Antisemitismus lernt er in seiner christlichen Version durch den Wiener Bürgermeister Lueger kennen, die rassistische Variante durch die Groschenhefte des Lanz von Liebenfels. Den Sozialdemokraten wirft er unter anderem vor, daß sie »dem Kampf um die Er-

haltung des Deutschtums in Österreich« ablehnend gegenüberstehen (S. 40) und für »einen Kompromiß mit ihren slawischen Genossen eintreten«. Dagegen dürfte – so Bullocks Annahme – die sogenannte *Deutsche Arbeiterpartei* in Böhmen (DAP) ihn beeindruckt haben, die für eine »Ausweitung des deutschen »Lebensraums« eintrat und 1918 »die Eingliederung der deutsch besiedelten Teile Böhmens und Mährens an das Deutsche Reich« verlangte (44).

Während aber Hitler nach seinem Scheitern beim Versuch in die Wiener Kunstakademie aufgenommen zu werden, nicht so recht wußte, was er aus seinem Leben machen sollte, war Stalin, der bis zum zwanzigsten Lebensjahr ein Priesterseminar in Tiflis besuchte, schon früh als Revolutionär aktiv. Anfangs in der georgischen sozialistischen Bewegung, später dann als überzeugter Anhänger des Leninschen Flügels in der SDAPR. Wiederholt inhaftiert und nach Sibirien verbannt, bewährte sich Stalin schon vor 1917 als tüchtiger Organisator von Streiks und Parteigruppierungen in den kaukasischen Teilen des alten Rußland. Lenin wurde auf ihn aufmerksam und ließ ihn – während eines kurzen Aufenthalts in Wien – die kleine Schrift über den *Sozialismus und die nationale Frage* schreiben, durch die er sich auch als *Theoretiker* einen Namen machen konnte. Trotz des hinausgeschobenen *Erwachens* von Hitler zur politischen Tätigkeit beginnt die eigentliche Karriere beider Tyrannen ungefähr zur gleichen Zeit.

Hitler, der den Weltkrieg als Erlösung aus seiner Lethargie begeistert begrüßt, liegt zur Zeit des Kriegsendes in einem Lazarett, wo er – vielleicht an einer hysterischen Blindheit, vielleicht auch an den Folgen eines Gasangriffs leidet. Die Niederlage wird von ihm wie von vielen Gleichgesinnten als Folge eines angeblichen *Dolchstosfes* der Heimat gegen das ruhm- und siegreiche Heer erklärt. Kriegskameraden verschaffen dem entlassenen Gefreiten Hitler einen Posten als Werbeoffizier und beauftragen ihn, über die neuentstehenden *patriotischen* Verbände zu berichten. In dieser Eigenschaft lernt er auch die *Deutsche Arbeiterpartei* kennen und überzeugt deren wenige Mitglieder bald durch seine große Rednergabe. Als werbewirksam empfiehlt er den Zusatz *nationalso-*



Nazi-Postkarte, 1940

zialistisch und setzt sich an die Spitze der NSDAP.

Stalin kehrt aus der sibirischen Verbannung im rechten Augenblick zurück, um – wenn auch keineswegs wie Trotzki, Lenin und andere an führender Stelle, wie er später verbreiten läßt – an der Oktoberrevolution teilzunehmen. Man beruft ihn ins Politbüro und überträgt ihm das Volkskommissariat für nationale Fragen. Der Georgier scheint für diesen Posten durch seine Herkunft und durch seine kleine Schrift prädestiniert. Der Unterschied zwischen Hitler und Stalin besteht darin, daß Stalin sich einer schon existierenden Bewegung und deren unumstrittenen Führer anschließt, während Hitler sich an die Spitze einer erst entstehenden Partei stellt. Beide optieren für den Nationalismus des Volkes dem sie – wie Stalin gar nicht – oder wie Hitler nur am Rande angehören. Zwar scheint Stalin als Marxist Internationalist zu sein, aber als zum Russentum konvertierter Georgier erweist er sich insgeheim als großrussischer Chauvinist.

Das Jahr 1923 bringt für beide – in merkwürdiger Parallele – einen Rückschlag. Stalin verliert das Vertrauen Lenins vor allem wegen seiner Grobheit und seines gewalttätigen Vorgehens gegen das nach Unabhängigkeit strebende Georgien, Hitlers Münchner Putsch scheitert und er muß sich vor einem Gericht wegen Hochverrat verantworten. In beiden Fällen

werden die Rückschläge durch glückliche äußere Umstände rasch überwunden. Stalin kann sich behaupten, weil Lenin nach dem dritten Schlaganfall nicht mehr imstande ist, die gewünschte Absetzung des inzwischen zum Generalsekretär der Partei avancierten Stalin zu erwirken und weil sein Gegenspieler Trotzki in Verkennung der Lage Stalin unterschätzt. Hitler findet freundliche Richter, die ihm in ihrer antidemokratischen und antisozialistischen Gesinnung nahestehen und kommt mit milder Festungshaft davon, die nach neun Monaten durch Amnestie beendet wird.

Der Hinweis auf diese Rückschläge und ihre Überwindung dient Bullock dazu, die Rolle des Zufalls in der Geschichte – auf die er noch öfter zurückkommen wird – zu unterstreichen. In der Tat hätte ja die Karriere beider Männer sehr leicht im Jahre 1923 zuendegehen können. Die Stalins, – wenn Lenin ihn abgesetzt oder Trotzki energisch gekämpft hätte, die Hitlers, – wenn er entschlossene Richter gefunden hätte und nach Österreich ausgewiesen worden wäre.

Hitlers und Stalins Weg an die Spitze ihrer Länder unterscheidet sich freilich radikal. Während Hitler zunächst seine kleine Partei wieder aufbauen und dann in Wahlen zur stärksten Oppositionskraft machen mußte, war Stalin vor allem bemüht, innerhalb der schon allein regierenden Kommunistischen Partei potentielle Konkurrenten auszuschalten und seine eigene,

unumschränkte Herrschaft über den – mit Anhängern und Protégés durchsetzten – Apparat zu festigen. Die Fähigkeiten, die für diesen Aufstieg notwendig waren, unterschieden sich entsprechend. Hitler verfügte über bemerkenswerte demagogische Fähigkeiten, die – wie sein Buch *Mein Kampf* zeigt – durchaus auf rationaler Berechnung beruhten; Stalin mußte sich vor allem mit diplomatischen Tricks und Intrigen nach oben kämpfen. Während Hitler in seiner autoritären Partei von vorn herein als unumstrittener *Führer* auftreten konnte, mußte Stalin – angesichts der antiautoritären und egalitären Tradition seiner Partei – seinen Ehrgeiz verstecken und sich als bescheidenen Testamentshüter Lenins und Mitglied einer kollektiven Führung präsentieren. Erst 1934 konnte er die Maske fallenlassen und den *Persönlichkeitskult* – scheinbar widerwillig – zulassen, in Wahrheit als Mittel zur Sicherung seiner Macht organisieren.

Einmal an die Macht gelangt, zeigten sich wieder eine ganze Reihe Ähnlichkeiten zwischen Hitler und Stalin. Während jedoch Hitler zu seinen *alten Kämpfern* – nachdem er Ernst Röhm der Reichswehr und seine konservativen Bundesgenossen geopfert hatte – unbegrenztes Vertrauen hatte, blieb Stalin bis zuletzt mißtrauisch. Die massenhaften Verhaftungen von Altbolschewisten waren Ausdruck einer zutiefst verstörten paranoiden Mentalität. Die Erschießung fast der gesamten Führungsgruppe der Roten Armee in den Jahren vor Kriegsbeginn 1941 schwächte die Abwehrkraft der Sowjetunion und war sicher zum erheblichen Teil schuld an den anfänglichen Niederlagen.

Während Stalins Paranoia sich auf die – meist ihm an Bildung und Wissen überlegenen – Alt-Bolschewiki und später auf die führenden Militärs der eigenen Armee richtete, war die ideologisch überhöhte Paranoia Hitlers auf das *Weltjudentum* fixiert, dem er – immer wenn er eine Niederlage hinnehmen mußte – einen geheimnisvollen Einfluß unterstellte. Mißtrauen hegte er allerdings auch gegenüber Experten und Juristen, deren Bedenken ihn – so seine Meinung – an richtigen Entscheidungen immer wieder zu hindern suchten.

Die Wiederbewaffnung Deutschlands, die Besetzung der entmilitarisierten Zone im Rheinland, der »Anschluß« Österreichs und der Sudetengebiete sowie zuletzt noch die Annexion der »Rest-Tschechei« (so die damalige Terminologie) wurden entgegen den Warnungen der Experten – von den Westmächten hingenommen. Zu mehr als verbalen Protesten mochte sich weder die britische noch die französische Regierung aufschwingen. Bullock und

allein hieran merkt man den Engländer – geht mit seiner damaligen Regierung hart ins Gericht. Der Versuch, Hitler durch Nachgiebigkeit zu *besänftigen* und damit den Frieden zu wahren, erwies sich als fatal. Spätestens in München hätten das die Westmächte erkennen müssen. Auch beim Versuch eines Bündnisses mit der Sowjetunion wurden sie von Hitlers Diplomaten ausgetrickst. Der Ribbentrop-Molotow-Pakt wäre zu verhindern gewesen, so wenigstens sieht es Bullock. Aber Hitler konnte Stalin weit mehr bieten als die westlichen Demokratien: Ostpolen, die baltischen Staaten und Moldawien fielen danach – ohne einen Schwertstreich – an die Sowjetunion. Wieder einmal fanden sich Deutsche (früher waren es Preußen) und Russen zusammen, um Polen unter sich aufzuteilen. Die Besatzungspolitik beider Mächte war ähnlich, auch wenn die ideologische Begründung sich unterschied. Während es Hitler darum ging, durch Dezimierung der Bevölkerung und Eliminierung der Führungsschicht Platz für deutsche Siedler zu machen, die Polen lediglich noch als Knechte brauchen konnten, verfolgte Stalin die Oberschicht als »herrschende Klasse der Kapitalisten« und ließ in Katyn massenhaft polnische Offiziere erschießen, von denen er annahm, daß sie Antikommunisten waren. Die Behauptung der sowjetischen Regierung, die Toten seien von den Deutschen umgebracht worden, schien damals – angesichts der deutschen Polenpolitik – nicht unplausibel.

Die genaue Beschreibung der Besatzungspolitik in der Sowjetunion durch Bullock kann dazu dienen, die Hypothese von *Ernst Nolte* in seinem jüngsten Buch als unreal zurückzuweisen: »Man braucht sich im kontrafaktischen Gedankenexperiment nur die ganze Grauenhaftigkeit des sowjetischen Regimes der späten dreißiger Jahre vor Augen zu halten und zu fragen, was die Konsequenz gewesen wäre, wenn der Nationalsozialismus tatsächlich die führende Kraft eines »reinen« und daher internationalen Antibolschewismus dargestellt hätte. Nach allem menschlichen Ermessen wäre ein Krieg nach Analogie des amerikanischen US-Krieges gegen den Irak die Folge gewesen, und ein halbes Jahrhundert früher wäre – vermutlich mit proportional weniger Opfern unter den Unterlegenen – dasjenige eingetreten, was sich zu Beginn der neunziger Jahre abzeichnet ... die Rückführung Rußlands nach Europa, die Befreiung der Nationalitäten, der wirtschaftliche Aufschwung Osteuropas.«

Diese Hypothese geht auf die Noltesche Annahme zurück, Hitler und der Nationalsozialismus sei eine *Gegenbewegung* gegen den Mar-

xismus, eine »Antwort auf den verbrecherischen Bolschewismus« gewesen. Hier stünde das Prinzip nationaler Besonderheit gegen das des revolutionären Internationalismus. In Wirklichkeit – die Auseinandersetzungen der Naziführung mit Anwälten einer schonenden Behandlung der Völker der Sowjetunion (namentlich der Ukrainer) macht es deutlich, Hitler und Himmler kam es gar nicht darauf an, diese Völker für den Kampf gegen den Bolschewismus zu gewinnen, sie sollten dezimiert und unterdrückt, ausgebeutet und versklavt werden, um dem germanischen Herrenvolk zu dienen. Bullock hält es für denkbar, daß auch die massenhafte, fabrikmäßige Tötung der Juden zugleich mit der rassenideologischen *Reinigung* auch die Aufgaben der Verringerung der Bevölkerung in den eroberten Gebieten hatte.

Während des Krieges mit der Sowjetunion griff Hitler immer öfter in die Führung der Armeen, ja der einzelnen Division ein und verletzte so die erprobten Prinzipien der Kriegsführung. Ohne den Zustand der Truppe, das Gelände usw. genau kennen zu können, verlangte er Offensiven, verbot er – z. B. in Stalingrad Ausbruchsbewegungen oder Rückzüge – und wurde so am Leben zahlloser unnötig geopferter Soldaten schuldig. Stalin, der ähnlich wie Hitler sich gleichfalls an die Spitze der gesamten Streitkräfte gestellt hatte, war jedoch – im Unterschied zu Hitler – lernfähig und begnügte sich gegen Kriegsende mit allgemeinen Anweisungen, die den Heerführern genügend Spielraum für die Anpassung an die konkreten Verhältnisse des Kriegsschauplatzes ließen.

Die Schilderung der schlaunen Verhandlungstaktik Stalins in Teheran, Jalta und Potsdam geht schon über die Parallelbiographie hinaus. Hitler spielt hier schon kaum noch eine aktive Rolle. Als der *großdeutsche Rundfunk* Hitlers angeblichen Heldentod meldete und mit Wagners Trauermarsch aus der *Götterdämmerung* untermalte, wußten die Deutschen endgültig, daß der Krieg verloren war. Daß das deutsche Volk sich durch seine Niederlage als eines Hitlers *unwürdig* erwiesen habe und nun einem jüngeren und kampffähigeren Volk Platz machen müsse, war Hitlers sozialdarwinistische Folgerung. Dennoch *verpflichtete* er in seinem politischen Testament die Politiker Deutschlands zur *Reinhaltung der Rasse* und Verfolgung der Juden. Die Tatsache, daß es für die sogenannte *Endlösung der Judenfrage* keinen schriftlichen Befehl Hitlers gibt, erklärt Bullock damit, daß die Naziführung diese *Aktionen* auch vor dem eigenen Volk verstecken wollte. Die bekannte Himmlerrede in Posen am 4. 10. 1943 spricht von der massenhaften Tö-

tung von Juden als einem »niemals geschriebenen und niemals zu schreibenden Ruhmesblatt (!) unserer Geschichte«. Die Vorstellung, diese – mit einem enormen Aufwand an Material und Menschen – betriebene Tötung der europäischen Juden hätte ohne Wissen *des Führers* stattfinden können, ist schlechthin aberwitzig.

Beide – Hitler wie Stalin – waren für millionenfache Morde verantwortlich und doch sieht Bullock einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus. Worin unterscheiden sich die beiden Bewegungen?

»Ganz anders als bei Stalin und der Kommunistischen Partei gab es bei Hitler und den Nationalsozialisten nie einen Konflikt zwischen den politischen Zielen und den Mitteln, die zu ihrer Erreichung eingesetzt wurden, auch zwischen 1941 und 1945 nicht, als die Zeit kam, die ideologischen Pläne zu verwirklichen. Die tiefe Korruptheit der nationalsozialistischen Ideologie lag in den Zielen selbst: Gewaltherrschaft, Versklavung, Ausrottung sind per se böse und schlecht und korrumpieren früher oder später jede Bewegung, die sich ihnen verschreibt.«

»Die Korruptheit der kommunistischen Ideologie hingegen lag in den »Mitteln«. Soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, ein Ende der Ausbeutung und Entfremdung, das alles sind edle, humane Ziele. Was sie so verhängnisvoll korrumpiert, waren die unmenschlichen Methoden, die zu ihrer Durchführung angewendet wurden. Dies trifft auf Lenin oder Trotzki ebenso zu wie auf Stalin.« (556)

Die große Doppelbiographie von Hitler und Stalin zeigt zumindest zwei Tatsachen, erstens, daß Persönlichkeiten sehr wohl einen Einfluß auf die historische Entwicklung ausüben und zweitens, daß Zufälle und nicht allein Strukturgesetzmäßigkeiten der Gesellschaften (die es aber auch gibt) für den Verlauf der Geschichte eine erhebliche Rolle spielen.

*Alan Bullock: Hitler und Stalin, parallele Leben. Siedler Verlag Berlin 1991, 1334 Seiten, DM 78,-.*

## Zu den Autorinnen und Autoren

NORMAN BIRNBAUM, geb. 1926, ist Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Universität Georgetown/USA.

DETLEV CLAUSSEN, geb. 1948, lebt als freier Publizist in Frankfurt a. M.

ALEXANDER DUKA, geb. 1955, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Sankt Petersburger Filiale der Akademie der Wissenschaften.

HERBERT JÄGER, geb. 1928, lehrt als Professor für Strafrecht und Kriminalpolitik an der Universität Frankfurt a. M.

JUDITH KLEIN, geb. 1946, habilitiert, lehrt Literaturwissenschaften an der Universität in Osnabrück.

THOMAS KRAPP, geb. 1955, lebt als freier Journalist und Übersetzer in Jerusalem.

OSKAR LAFONTAINE, geb. 1943, saarländischer Ministerpräsident seit 1985, stellvertretender SPD-Vorsitzender.

MARTIN LINDNER, geb. 1961, ist Literaturwissenschaftler und Publizist.

FRANÇOISE MANFRASS-SIRJACQUES, geb. 1941, war wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

MICHAEL MÜLLER, geb. 1948, Umweltexperte, ist Mitglied des Deutschen Bundestags.

MOHAMED RABIE ist Präsident des »Center for Educational Development« in Washington, D.C., lehrt Wirtschaftswissenschaften an arabischen und amerikanischen Universitäten.

WOLFGANG SCHROEDER, geb. 1960, arbeitet in der Grundsatzabteilung der IG METALL in Frankfurt a. M.

HERMANN SCHWENGEL, geb. 1949, lehrt als Sozialwissenschaftler an der Freien Universität Berlin.

ULLI STARK, geb. 1960, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europa-Parlament.

AHMAD TAHERI, geb. 1939, lebt als freier iranischer Journalist in Frankfurt a. M.

BASSAM TIBI, geb. 1944, ist Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen der Universität Göttingen und parallel seit 1988 am »Research Associate« der Harvard University/USA.

### IMPRESSUM

#### *Anschrift der Redaktion:*

Godesberger Allee 139  
5300 Bonn 2  
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42  
Telefax: (02 28) 88 35 39

#### *Verlag und Anzeigenverwaltung:*

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,  
In der Raste 2  
5300 Bonn 1  
Tel.: (02 28) 23 80 83  
Telefax: (02 28) 23 41 04  
Anzeigenpreisliste Nr. 20  
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

#### *Gesamtherstellung:*

satz+druck gmbh, Düsseldorf

#### *Bezugsbedingungen:*

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabonnement 90,- DM frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist. In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.